

This is a digital copy of a book that was preserved for generations on library shelves before it was carefully scanned by Google as part of a project to make the world's books discoverable online.

It has survived long enough for the copyright to expire and the book to enter the public domain. A public domain book is one that was never subject to copyright or whose legal copyright term has expired. Whether a book is in the public domain may vary country to country. Public domain books are our gateways to the past, representing a wealth of history, culture and knowledge that's often difficult to discover.

Marks, notations and other marginalia present in the original volume will appear in this file - a reminder of this book's long journey from the publisher to a library and finally to you.

Usage guidelines

Google is proud to partner with libraries to digitize public domain materials and make them widely accessible. Public domain books belong to the public and we are merely their custodians. Nevertheless, this work is expensive, so in order to keep providing this resource, we have taken steps to prevent abuse by commercial parties, including placing technical restrictions on automated querying.

We also ask that you:

- + *Make non-commercial use of the files* We designed Google Book Search for use by individuals, and we request that you use these files for personal, non-commercial purposes.
- + Refrain from automated querying Do not send automated queries of any sort to Google's system: If you are conducting research on machine translation, optical character recognition or other areas where access to a large amount of text is helpful, please contact us. We encourage the use of public domain materials for these purposes and may be able to help.
- + *Maintain attribution* The Google "watermark" you see on each file is essential for informing people about this project and helping them find additional materials through Google Book Search. Please do not remove it.
- + *Keep it legal* Whatever your use, remember that you are responsible for ensuring that what you are doing is legal. Do not assume that just because we believe a book is in the public domain for users in the United States, that the work is also in the public domain for users in other countries. Whether a book is still in copyright varies from country to country, and we can't offer guidance on whether any specific use of any specific book is allowed. Please do not assume that a book's appearance in Google Book Search means it can be used in any manner anywhere in the world. Copyright infringement liability can be quite severe.

About Google Book Search

Google's mission is to organize the world's information and to make it universally accessible and useful. Google Book Search helps readers discover the world's books while helping authors and publishers reach new audiences. You can search through the full text of this book on the web at http://books.google.com/



Über dieses Buch

Dies ist ein digitales Exemplar eines Buches, das seit Generationen in den Regalen der Bibliotheken aufbewahrt wurde, bevor es von Google im Rahmen eines Projekts, mit dem die Bücher dieser Welt online verfügbar gemacht werden sollen, sorgfältig gescannt wurde.

Das Buch hat das Urheberrecht überdauert und kann nun öffentlich zugänglich gemacht werden. Ein öffentlich zugängliches Buch ist ein Buch, das niemals Urheberrechten unterlag oder bei dem die Schutzfrist des Urheberrechts abgelaufen ist. Ob ein Buch öffentlich zugänglich ist, kann von Land zu Land unterschiedlich sein. Öffentlich zugängliche Bücher sind unser Tor zur Vergangenheit und stellen ein geschichtliches, kulturelles und wissenschaftliches Vermögen dar, das häufig nur schwierig zu entdecken ist.

Gebrauchsspuren, Anmerkungen und andere Randbemerkungen, die im Originalband enthalten sind, finden sich auch in dieser Datei – eine Erinnerung an die lange Reise, die das Buch vom Verleger zu einer Bibliothek und weiter zu Ihnen hinter sich gebracht hat.

Nutzungsrichtlinien

Google ist stolz, mit Bibliotheken in partnerschaftlicher Zusammenarbeit öffentlich zugängliches Material zu digitalisieren und einer breiten Masse zugänglich zu machen. Öffentlich zugängliche Bücher gehören der Öffentlichkeit, und wir sind nur ihre Hüter. Nichtsdestotrotz ist diese Arbeit kostspielig. Um diese Ressource weiterhin zur Verfügung stellen zu können, haben wir Schritte unternommen, um den Missbrauch durch kommerzielle Parteien zu verhindern. Dazu gehören technische Einschränkungen für automatisierte Abfragen.

Wir bitten Sie um Einhaltung folgender Richtlinien:

- + *Nutzung der Dateien zu nichtkommerziellen Zwecken* Wir haben Google Buchsuche für Endanwender konzipiert und möchten, dass Sie diese Dateien nur für persönliche, nichtkommerzielle Zwecke verwenden.
- + *Keine automatisierten Abfragen* Senden Sie keine automatisierten Abfragen irgendwelcher Art an das Google-System. Wenn Sie Recherchen über maschinelle Übersetzung, optische Zeichenerkennung oder andere Bereiche durchführen, in denen der Zugang zu Text in großen Mengen nützlich ist, wenden Sie sich bitte an uns. Wir fördern die Nutzung des öffentlich zugänglichen Materials für diese Zwecke und können Ihnen unter Umständen helfen.
- + Beibehaltung von Google-Markenelementen Das "Wasserzeichen" von Google, das Sie in jeder Datei finden, ist wichtig zur Information über dieses Projekt und hilft den Anwendern weiteres Material über Google Buchsuche zu finden. Bitte entfernen Sie das Wasserzeichen nicht.
- + Bewegen Sie sich innerhalb der Legalität Unabhängig von Ihrem Verwendungszweck müssen Sie sich Ihrer Verantwortung bewusst sein, sicherzustellen, dass Ihre Nutzung legal ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass ein Buch, das nach unserem Dafürhalten für Nutzer in den USA öffentlich zugänglich ist, auch für Nutzer in anderen Ländern öffentlich zugänglich ist. Ob ein Buch noch dem Urheberrecht unterliegt, ist von Land zu Land verschieden. Wir können keine Beratung leisten, ob eine bestimmte Nutzung eines bestimmten Buches gesetzlich zulässig ist. Gehen Sie nicht davon aus, dass das Erscheinen eines Buchs in Google Buchsuche bedeutet, dass es in jeder Form und überall auf der Welt verwendet werden kann. Eine Urheberrechtsverletzung kann schwerwiegende Folgen haben.

Über Google Buchsuche

Das Ziel von Google besteht darin, die weltweiten Informationen zu organisieren und allgemein nutzbar und zugänglich zu machen. Google Buchsuche hilft Lesern dabei, die Bücher dieser Welt zu entdecken, und unterstützt Autoren und Verleger dabei, neue Zielgruppen zu erreichen. Den gesamten Buchtext können Sie im Internet unter http://books.google.com/durchsuchen.





HARVARD LAW LIBRARY

mat,

Ptiger

er bem

υe W ල

JAN 1 5 1912

ceived

Guttentag'sche Sammling

Ar. 25. Prengifder Gefete.

×

Ħr. 25.

Text : Musgaben mit Anmertungen.

Freußische Kommunalbeamtengesekgebung.

Text=Uusgabe mit Unmerkungen und Sachregister.

Oral Fran VAI

Dr. Frang Aremsti, Regierungs-Affeffor a. D. und Magiftrats-Affeffor ju Berlin.



Berlin 1901.

3. Guttentag, Berlagsbuchhandlung,

&. m. b. H.

JAN 1 5 1912

A.

Borwort.

Die Anregung zur Abfaffung ber nachftebenben Arbeit verdanke ich dem Berliner ftädtischen Kämmerer, Herrn Stadtrath Maak, Königlichem Regierungs= rathe a. D., welcher es für die städtische Berwaltung als fehr wünschenswerth und zeitersparend bezeichnete, wenn die wichtigften, das ftäbtische Beamtenrecht Bestimmungen in einem handlichen betreffenden Bandden zusammengefaßt werden murden. Für bas Staatsbeamtenrecht ift eine folche Zusammenftellung bekanntlich vom Königlichen Kanzleirath herrn Bfafferoth als zweites Bandchen ber Buttentag'ichen Sammlung Preußischer Gefete erschienen und hat sich als Bademekum der königlichen Beamten so ein= gebürgert, daß es bereits in britter Auflage vorliegt. Nach bem Mufter dieses Buches habe ich das meinige verfaßt, unter Berüdfichtigung ber eigenthumlichen Struktur des Kommunalbeamtenrechtes, welches weit zersplitterter und unübersichtlicher als das Staats= beamtenrecht ift, und von der Gesetgebung bislang noch stiefmütterlicher als bieses behandelt wurde, Jeder Renner der Materie weiß, daß dabei recht erhebliche Schwierigkeiten zu überwinden maren,

Vor Allem handelte es sich um die Begrenzung bes Stoffes. Obwohl ich anfänglich nur beabsichtigt hatte, das Recht der städtischen Kommunalbeamten zu behandeln, entschloß ich mich auf Wunsch ber Verlagsbuchhandlung auch das Recht der Beamten der anderen Kommunalnerhände mit in die Bearbeitung einzubeziehen, namentlich da durch das neue Kommunalbeamtengeset ber erfte und in ber That vollkommen geglückte gesetgeberische Bersuch gemacht worden ift, das Kommunalbeamtenrecht zu vereinheitlichen. Ferner handelte es sich um die Frage, ob nur das Recht der befoldeten oder auch das der unbesoldeten Kommunalbeamten in Betracht gezogen werden sollte. Rach reiflicher Ueberlegung entschloß ich mich, nur das Recht der befoldeten Beamten darzuftellen, da dieses für die Kommunalverwaltungen von gang besonderer Bichtigkeit ift und weil leider bezüglich der Frage, welche ehren= amtlich wirkende Funktionäre den Kommunalbeamten zuzuzählen sind, immer noch dieselbe bedauerliche Unsicherheit herrscht, wie fie vor Inkrafttreten bes Rommunalbeamtengesetes hinfichtlich der besoldeten Beamten bestand.

So ift 3. B. für Berlin erft durch Magistratsbeschluß nach eingeholtem Syndikatsgutachten sestgesetzt worden, welche im städtischen Dienst befindlichen unbesoldeten Beamten als Beamte im Sinne her Städteordnung anzusehen sind, und welche nicht. Um also sesten Boben unter ben Füßen zu haben, erschien eine strikte Anlehnung an die Borsschriften des Kommunalbeamtengesetzes geboten. Nach § 1 des Gesetzes betreffend die Anstellung und Berssorgung der Kommunalbeamten vom 30. Juli 1899, nicht ganz zutreffend aber kurz "Kommunalbeamtengesets" genannt, gilt nämlich im Sinne dieses Gesietzes nur der als Kommunalbeamter:

"wer als Beamter für ben Dienft eines Rommunalverbandes gegen Besolbung angestellt ift."

Dem Kommunalbeamtengesete, welches ich als zweiten Theil unter ber Aubrit "Art ber Unstellung," wegen ber zur Begründung ber tommunalen Beamteneigenschaft nunmehr erforberlichen Aushändigung ber Anstellungsurkunde aufführte, habe ich einen "Allgemeinen Theil" poraufgeben laffen, in welchem nach die noch gultigen Bestimmungen bes Preußischen Allgemeinen Landrechts, die Allgemeinen Bedingungen ber Unftellung sowie die Bestimmungen über ben Diensteid, Die besonderen Rechte und Pflichten der Rommunalbeamten, die Schabenserfagansprüche gegen lettere, und bie Sicherung ber Aften nach dem Tode von Kommunalbeamten behandelt find. Die benütten Quellen find gehörigen Orts Das fürglich erschienene "Preußische angegeben. Kommunalbeamtenrecht" von Kaut und Appelius konnte wegen begonnener Drucklegung leider nur für einzelne Theile der Arbeit verwendet werden. Dem Kommunalbeamtengesete nebst Ausführungsanweifung folgt zunächst bas für die Rommunen fehr michtige Unftellungsrecht ber Militäranmarter. welches ben Uebergang bilbet zu bem Spezialbeamtenrechte der einzelnen Kommunalverbände. In Abweichung von dem Kommunalbeamten= aesette. welches das städtische Beamtenrecht zuerst vorwegnimmt, habe ich aufsteigend von den kleineren zu ben größeren Rommunalverbanden ber Reihe nach bas Beamtenrecht ber Landgemeinben, Rheinischen Landbürgermeiftereien, Beftfälischen Memter, 3medverbande, Amtsverbande, Stadtgemeinden, Rreisund Provinzialverbande sowie im Anschluft an lettere bas ber Bezirksverbanbe Caffel und Biesbaben, des Lauenburgischen Landeskommunalverbandes und zulett bas Recht ber Gemeinbeforftbeamten behandelt, im Uebrigen vollständig ber Anordnung des Kommunalbeamtengesetes folgend. Ungefügt find ferner die Borfchriften über die Benfionirung, das Gnadenquartal und die Sterbemonate. Die Schluftapitel bilden die disziplinar- und ftrafrechtlichen Borschriften. Rach bem Borgange Bfafferoths ift das Defekten- und Konfliktsverfahren nicht mit aufgenommen, ba bei bem feltenen Borkommen einschlägiger Fälle ber Gebrauch von Kommentaren boch nicht zu umgehen ift.

Die einzelnen Gefekesbeftimmungen murben auf

ihre Bültigkeit geprüft und es find nur diejenigen mit aufgenommen worden, die nach meiner Unficht gegenwärtig noch in Kraft sind. Die Kompilation ift hauptfächlich für die Bedürfnisse der Braris beftimmt und foll bem vielgeplagten Bermaltungs= beamten, dem oft nur fehr schwer die erforderliche Beit zu Gebote fteht, sich in einer ganzen Reihe von Büchern über die anzuwendenden Bestimmungen zu orientiren, Erleichterung verschaffen. Es ist mir gar wohl bewuft, daß es bei der ungeheueren Rerfplitterung des Materials geradezu unmöglich ift, auch nur einigermaßen vollftanbig zu fein. Pa mußte mich baber auf bie Rusammenftellung ber hauptsächlichsten Bestimmungen beschränken. Da die Herausgabe eines Rommentars nicht bezweckt mar, so beschränken sich die Anmerkungen auf die zum Berftändnik des Gesetestertes unentbehrlichsten Erläuterungen.

Der Berfaffer.

A. Perwort V
B. Inhaltsverzeichniß X
C. Chronologisches Verzeichnift der abgedruckten Ge-
fete, Verordnungen und fonftigen Bestimmungen XXVII
D. Verzeichnif der Abkürzungen
E. Kommunalbeamtengesetzebung 1
I. Allgemeiner Theil.
1. Noch gultige Beftimmungen des Preußischen All-
gemeinen Landrechts v. 5. II. 1794. Th. II. Tit. 10.
§§ 1-3, 68-98, 102, 104
2. Allgemeine Bedingungen der Anstellung und Diensteid 7
A. Allgemeine Bebingungen der Anstellung.
a) Berfaffungsurkunde für den Preußischen Staat
v. 31. I. 50. Art. 4
b) Verfassungsurfunde für das Deutsche Reich v.
16. IV. 71. Art. 3
den Verlust der Bundes- und Staatsangehörigkeit
v. 1. VI. 70. § 9 8
c) Reichsgeset, betreffend bie Gleichberechtigung ber
Konfessionen in bürgerlicher und staatsbürger-
licher Beziehung v. 3. VII. 69 8
d) Berfassurfunde für den Preußischen Staat
v 31. J. 50. Urt. 47 9

bb. Bfandungsvorrechte. I. Im Civilprogefrerfahren. Borbemerkung. C.P.D. §§ 832, 833 22 1. Bon der Pfandung befreite Sachen der Rom= munalbeamten. C.B.D. § 811 Nr. 7. 8 . 22 2. Bfandbarfeit der Gehaltsforderungen der Rommunalbeamten. C.B.D. § 850 Nr. 7, 8 23 II. 3m Bermaltungsamangsberfahren. Berordnung, betreffend das Berwaltungszwangsverfahren wegen Beitreibung von Gelbbetragen v. 15. XI. 99. § 1 25 a) Pfandfreie Sachen. § 25 Abf. 1 25 b) Pfandfreie Forderungen. § 46 Rr. 6, 7 und Abs. 2, 3 25 3. Stenervorrechte 26 1. Seranziehung der Kommunalbeamten zu der Gemeindeeinkommenfteuer 26 a) In Landgemeinden 26 Vorbemerfung. R. A. G. § 41 26 Bufat 1: R.A.G. & 23 al. 2 27 Bufak 2: 5.= N.L.G.D. v. 4. VIII. 97 § 8 . 27 b) In Stadten. R.A.(8. § 41, H.= M.St.D. p. 4. VIII. 97. § 4 28 Bufat: Berordnung, betreffend die Berangiebung der Staatsdiener zu den Rommunalauflagen in den neuerworbenen Landes-

theilen v. 23. IX. 67.

a) Ö.Kr.O. v. 13 XII. 72. § 18 .

Bufat: Gefet v. 11. VII. 22. betreffend die

2. Heranziehung des Diensteinkommens der Rommunalbeamten zu den Kreissteuern .

28

32

32

Ingalisverzeichtts.	XIII
Heranziehung der Staatsdiener zu den	
Gemeindelasten. §§ 1-3, 10	33
b) 2B.Kr.D.	
c) Rh.Kr.D.	
d) Hr.D. } § 18	35
e)	
f) ShH.Kr.D.	
e) Besonderes Kündigungsrecht der Kommunal-	
beamten bei Miethungen von Wohnungen.	
B.G.B. §§ 570, 565 Abj. 1, 596 Abj. 3	36
d) Kommunalbeamte als Urtundspersonen.	
A.G. J. B.G.B. Art. 12 § 2	37
28.G.28. §§ 313, 873	37
E.G. z. B.G.B. Art. 142	38
Besondere Pflichten der Komunalbeamten	38
a) Wohnfikpflicht am Dienstort	38
1. A.C.A. Th. II Tit. 10 § 92	38
2. Befondere Bestimmungen für städtische Be-	
amte der Proving Hannover. H.St.D. § 46	38
b) Berbot ber eigenmächtigen Substitution eines	
Anderen in Ausübung der Dienstverrichtungen.	
A.G. J. B.G.B. Art. 89. A.C.A. Th. I Tit. 13	
§§ 41—45	39
c) Pflicht zur Urlaubsnachsuchung bei dienstlicher	
Berhinderung und Ausnahmen	40
I. Allgemeine Beftimmungen.	
1. Urlaub in Krankheitsfällen und jum Zweck	
der Wiederherstellung der Gefundheit. D.R.	
v. 9. IV. 37; M.H. v. 4. VII. 37	40
2. Urlaub aus anderen als den zu 1 genannten	
Gründen	42
3. Rein Urlaub zur Ausübung parlamentarischer	
Thatigkeit. Pr.B.U. v. 31. I. 50. Art. 78	
9(6) 9 90 90 11 h 10 TV 71 9(44 91	40

4. Kein !Urlaub bei Erfüllung !sonstiger all=	43
gemeiner staatlicher Berpflichtungen	
Borbemerfung	43
a) Bei Einziehung jum Williar. R.W.G.	40
v. 2. V. 74. §§ 65 Abj. 1, 66	4 3
b) Bei Berufung als Schöffe ober Ge-	
jchworener. F.M.A. v. 24. VIII. 49.	
(Geschworenendienst)	44
II. Spezialbestimmungen.	
1. Benrlaubung der Bürgermeifter, Beigeord-	
neten und Magiftratsmitglieder. A.B. v.	
10. XII. 98. 907.98. v. 5. XII. 67	45
2. Beurlaubung der sonstigen städtischen Be-	
amten. 3.f.d.St.M. v. 25. V. 35. § 20 Nr. 9	50
3. Befondere Beftimmungen für Sannoveriche	
ftabtische Beamte. H.St.D. § 59	51
4. Beamte der anderen Kommunalverbande .	51
d) Amtsverschwiegenbeit	52
I. Allgemeine Beftimmungen.	
1. R.D. p. 21. XI. 35	52
2. Amtsverschwiegenheit und Zeugnigpflicht im	
Civilprozeß	53
a) Wahrung des Dienstgeheimnisses bei Ber-	
nehmung eines Kommunalbeamten als	
Benge. C.P.D. § 376. St.P.D. § 53.	53
b) Pflicht der Kommunalbeainten fich im Civil-	
prozeß und Strafprozeß als Sachverftandige	
vernehmen ju laffen. C.B.D. § 407.	
St. P.O. § 75. C.P.O. § 408, Abj. 2.	
St. P.D. § 76, 261. 2	54
II. Sonderbestimmungen.	
E.St. &. v. 24. VI. 91, § 69; (8.St. &. v.	
24. VI. 91. § 72. Gtq.St.G. v. 14. VII. 93.	
£ 46.	5.5

e) Genehmigung zur Nebernahme von Rebenämtern Rebenbeschäftigungen, zum Gewerbebetrieb und	
zur Uebernahme einer Vormundschaft	57
1. Nebenämter und Nebenbeschäftigungen der Ma-	
gistratsmitglieder. B.d.M.d.J. v. 21. I. 82.	57
2. Besondere Bestimmungen begüglich ber Ueber-	
nahme von Nebenämtern und Nebenbe-	
schäftigungen für Hannoversche städtische Be-	
amte. H.St.D. § 57	58
3. Gewerbebetrieb der Kommunalbeamten.	
Br.G.D. v. 17. I. 45. § 19. R.G.D. v.	
21. VI. 69. § 12	58
4. Genehmigung der vorgesetten Dienftbehörde	
zur Uebernahme einer Vormundschaft, Gegen-	,
vormundschaft, Pflegschaft sewie des Amtes als	
Beiftand. B.G.B. § 1784. A.G. 3. B.G.B.	E ()
Art. 72, Abf. 1 u. 2. B.G.B. § 1888	59
1. Für Preußen. Pr.St.G. v. 31. VII. 95.	60
88 12 15 10	60
§§ 13, 15, 19	w
§§ 40, 34 ¥66. 1	62
5. Anspruch auf Erfat des von Kommunalbeamten	Ü.
jugefügten Schabens	63
Borbemerkung	63
a) Schabensersaganspruch gegen ben Beamten felbit	00
bez. beffen Bertreter oder Gehülfen. B.G.B.	
§§ 839, 840, 831, 841.	
Art. 78. A.C.A. Th. I, Tit. 13 §§ 41, 42,	
Th. II, Tit. 10 §§ 90, 91, Th. I, Tit. 6	
§§ 45—49, 58	63
b) Erfahanspruch gegen ben offentlichen Verband,	
deffen Organ ber Beamte tft	~=
1. Wenn ber Beamte fich in Ausübung ihm an-	67

vertrauter privatremuimer verrichtungen de-	
junden hat	67
Borbemerkung	67
aa. Kontraktliche Berhältniffe.	
B.G.B. §§ 278, 276 Abj. 2	67
bb. Außerkontraktliche Berhältniffe.	
B.G.B. §§ 31, 89 Abs. 1	68
1384. A.G. J. B.G.B. Art. 89 Rr. 2	68
6. Sicherung der Aften und amtlichen Sachen beim Lobe eines Rommunalbeamten. Pr.Fr.G.G. v.	
21. IX. 99. Art. 20	69
II. Art ber Anstellung.	
1. Befet, betreffend bie Anftellung und Berforgung ber	
Rommunalbeamten vom 30. VII. 99.	71
Zujak zu R.B.G. § 6	73
Befolug bes Reichsgerichts III. Civilsenats v. 15. II. 98. und Gebührenordnung für Zeugen	. •
und Sachverftandige v. 30. VI. 78. §. 14 .	73
Aufat 1 au R.B.G. § 11 Abi. 2	77
Polizeiverwaltungsgeset v. 11. III. 50. § 4	
Mbj. 1	77
Berordnung v. 20. IX. 67. § 4 Abs. 1	77
Lauenburgisches Gefet v. 7. J. 70. § 5 Abs. 1	77
Bujak 2 zu K.B.G. § 11 Abj. 2. SchlH.St.D.	
§ 89 Abj. 2	77
Bujak 3 zu R.B.G. § 11 Abj. 2. Ausführungs-	
anweisung jum Kommunalbeamtengeset IV, 1	78
Aufak zu R.B.G. § 12 Abj. 1	79

9	Reichsgeset über die Beurkundung des Personenstandes und die Cheschließung v. 6. II. 75. §§ 1-6	79
-	bie Anstellung und Bersorgung der Kommunal- beamten v. 12. X. 99.	91
	III. Anstellung ber Militäranwärter.	
1.	Gefet, betreffend die Besetzung der Subaltern- und	
	Unterbeamtenstellen in der Berwaltung der Kom-	
۵	munalverbande mit Militäranwärtern v. 21. VII. 92.	126
z.	Ministerielle Aussahrungsanweisung zum Militäranwärter-Anstellungsgeset v. 30. IX. 92. bez.	
		137
	IV. Beamte ber Landgemeinden.	
1.	Landgemeindeordnung für die Rheinproving v. 23. VII. 45.	1.00
	A. Beamte ber Landgemeinben, ausschlieflich ber	162
	(Hamain Sasimus Kunan	162
	Borbemerkung. Rh.L.G.D. §§ 78, 72	162
	B. Gemeindeeinnehmer. Rh.L.G.D. § 79	164
2.	Landgemeindeordnung für die Provinz Westfalen	
	v. 19. III. 56	165
	a) Gemeindeborsteher. B.C.G.D. § 40 b) Unterbeamte und Diener der Gemeinde. B.C.G.D.	165
	§ 43	165
	c) Gemeindeeinnehmer. 23. 2. G.D. §§ 44, 38, 40	166
3.	Hannoversches Geset, die Landgemeinden betreffend	
	v. 28. IV. 59	168 168
	A. Gemeindebeamte. S.L.G.D. §§ 22; S.Gef.	100
	b. 5. IX. 48. § 20 Abj. 2; \$5. P. S. S. \$ 23, 24;	
	S.Ar.D. §§ 31, 32; Ausführungs-Befannt-	
	machung des Kgl. Hannov. Ministers des Innern	
	gremsti, Kommunalbeamtengesetzgebung.	

vertrauter privatremitiger verrichtungen de-	
funden hat	67
Borbemerkung	67
an. Kontraktliche Berhältniffe.	
aa. Kontituttitige Bethatiniffe.	
B.G.B. §§ 278, 276 Abf. 2	67
bb. Außerkontraktliche Berhältniffe.	
B.G.B. §§ 31, 89 Abf. 1	68
 Wenn der Beamte fich in Ausübung der ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt befunden hat. E.G.3.B.G.B. Art. 77. Code civil Art. 	
1384. A.G. J. B.G.B. Art. 89 Ar. 2	68
6. Sicherung ber Atten und amtlichen Sachen beim	
Tode eines Rommunalbeamten. Pr.Fr.G.G. v.	
21. IX. 99. Art. 20	69
II. Art ber Anstellung.	
1. Gefet, betreffend die Anftellung und Berforgung ber	
Kommunalbeamten vom 30. VII. 99.	71
Aufak zu K.B.G. § 6	73
Beschluß des Reichsgerichts III. Civilsenats v.	
15. II. 98. und Gebührenordnung für Beugen	
und Sachberständige v. 30. VI. 78. §. 14 .	73
Zujah 1 zu K.B.G. § 11 Abj. 2	77
Polizeiverwaltungsgesetz v. 11. III. 50. § 4	
Ябј. 1	77
03	77
Berordnung v. 20. IX. 67. § 4 Abf. 1	
Lauenburgisches Geset v. 7. I. 70. § 5 Abs. 1	77
Lauenburgisches Gesetz v. 7. I. 70. § 5 Abs. 1 Zusatz 2 zu K.B.G. § 11 Abs. 2. SchlH.S.C. § 89 Abs. 2	77 77
Lauenburgisches Gesetz v. 7. I. 70. § 5 Abs. 1 Zusatz 2 zu K.B.G. § 11 Abs. 2. Schl."H.St.D. § 89 Abs. 2	77
Lauenburgisches Gesetz v. 7. I. 70. § 5 Abs. 1 Zusatz 2 zu K.B.G. § 11 Abs. 2. SchlH.S.C. § 89 Abs. 2	

	Reichsgeset über die Beurkundung des Personen- standes und die Gheschließung v. 6. II. 75.	79
2.	§§ 1-6	••
	beamten v. 12. X. 99	91
	III. Anftellung ber Militäranwärter.	
1.	Gefet, betreffend bie Besetzung ber Subaltern- und	
	Unterbeamtenstellen in der Berwaltung der Kom-	
	munalverbande mit Militäranwärtern v. 21. VII. 92.	126
2.	Ministerielle Ausführungsanweisung jum Militar-	
	anwarter-Anftellungsgeset v. 30. IX. 92. bez.	107
	1. XII. 99	131
	IV. Beamte ber Lanbgemeinben.	
1.	Landgemeindeordnung für die Rheinprovinz v.	
	23. VII. 45	162
	A. Beamte der Landgemeinden, ausschließlich der	
	Gemeindeeinnehmer	162
	B Comming. Mh.E.G.D. §§ 78, 72	162 164
2.	B. Gemeindeeinnehmer. Rh.L.G.D. § 79 Landgemeindeordnung für die Proving Weftfalen	104
۷.		165
	v. 19. III. 56	165
	b) Unterbeamte und Diener der Gemeinde. 28.2.G.D.	
		165
	c) Gemeindeeinnehmer. B.C.G.D. §§ 44, 38, 40	166
3.	Hannoversches Gefet, die Landgemeinden betreffend	
	v. 28. IV. 59	168
	Borbemertung	168
	A. Gemeindebeamte. S.C.G.D. §§ 22; H.Gef.	
	v. 5. IX. 48. § 20 Abf. 2; H.L.G.D. §§ 23, 24; H.Kr.D. §§ 31, 32; Ausführungs-Bekannt-	
	machung des Kal. Hannov. Ministers des Innern	
	Rremeti, Rommunalbeamtengefeggebung.	

VIII. Beamte ber Amtsverbanbe.

1.	Alte Provinzen. D. Kr.D. v. 13. XII 72. §§ 69, 47,	
	58, 71 Art. 4 Mr. 5; M.J. v. 18. VI. 73	226
2.	Proving Schleswig-Holstein. SchlH.Ar.D. v.	
	26. V. 88. § 60 u. M.J. v. 19. VI. 88. Art. 4 Nr. 5	230
	IX. Beamte ber Stabtgemeinben.	
	A. Magiftratsmitglieber (Bürgermeifter und Beigeordnete).	
1.	Deftliche Städteordnung v. 30. V. 53. D.St.D.	
	v. 30. V. 53 §§ 29, 30; 3.G. § 7; D.St.D. §§ 56	
	Mr. 6, 31, 21, 32-34, 64, 65	231
2.	Städteordnung für Neuvorpommern und Rügen b.	
	31. V. 53. St.D. f. N.=B.=B. u. R. v. 31. V. 53.	
	§§ 3, 5	240
3.	Westfälische Städteordnung v. 19. 111. 56. W.St.D.	
	v. 19. III. 56. §§ 29, 30; 3.6. § 7; \$8.\$t.D.	
	§§ 31, 21, 32—34, 64, 65	240
4.	Rheinische Städteordnung v. 15. V. 56. Rh.St.D.	
	v. 15. V. 56. §§ 28—32; 3.6. § 13 Abj. 1.;	040
-	Mh.St.D. §§ 33, 58, 59	248
υ.	v. 24. VI. 58. § 38; S.L.B.G. v. 6. VIII. 40.	
	§ 58; \$.St.D. §§ 39, 40, 43, 31, 44, 107 96, 5;	
	3.6. §§ 17, 6. St. D. 47-50; B. G. B. §§ 1589, 1590;	
	6. St. O. §§ 51, 53; 6. M.B. b. 28. VIII. 59;	
	5. St. D. § 54; A.G. v. 8. V. 67; S.L.B.G. § 59	
	Albi. 3; 3.G. § 13; H.St.D. §§ 55, 58, 65, 70;	
	5.4.2.6. §§ 175, 176	253
6.	Gemeindeverfaffungsgefet für Frantfurt am Main	
	v. 25. III. 67. Fr. G.B.G. v. 25. III. 67. §§ 38 bis	
	41, 31, 42-44, 71, 72	269
7.	Schleswig-holfteinische Städteordnung v. 14. IV. 69.	
	Sol. 5. St.D. v. 14. IV. 69. §§ 28-31, 42-44,	
	32-34, 76, 77	274

8.	Heffen-Nassausiche Städteordnung v. 4. VIII. 97. HR. St. D. v. 4. VIII. 97. §§ 32, 33, 87, 34—36, 69, 70, 72—74	283
	' '	200
	B. Sonstige ftädtische Bramte.	
1.	Deftliche Städteordnung v. 30. V. 53. D.St.D.	000
		2 90
2.	Westfälische Städteordnung v. 19. III. 56. W.St.D.	001
	v. 19. III. 56. §§ 55, 56 Nr. 6	291
3.	Mheinische Städteordnung v. 15. V. 56. Mh.St.D.	201
	v. 15. V. 56 §§ 52, 53 9h. 6	291
4.	Gemeindeverfaffungsgeset für Frankfurt am Main	
	v. 25. III. 67. Fr. G.B.G. v. 25. III. 67. § 63	200
_	Rr. 6. Schleswig-Holsteinische Städteordnung v. 14. IV. 69.	292
Э.	Soleswig-Hollteinische Stadieordnung v. 14. 1v. 69.	
	SchlH.S. v. 14. IV. 69. §§ 60 Nr. 6, 75;	200
a	3. G. § 14	293
6.	Hannoverlage Stateoronung v. 24. vi. 58.	294
	A. Kämmerer und Stadtfefretar. H.St.D. §§ 41,	
	45 906. 1, 47, 48, 50, 51, 56, 119 906. 1 u. 3	
	B. Sonstige städtische Beamte. H.St.D. §§ 52,	
_	45 905. 2—4, 48 905. 3	296
7.	Heffen-Raffauische Städteordnung v. 4. VIII. 97.	
	5A.St.D. v. 4. VIII. 97. § 61 Ar. 6, § 33	307
	Ябі. 1 Ят. 2, § 32	297
X. Beamte ber Kreisverbande.		
Α.	Einrichtung von Kreisämtern. D.Kr.D. § 116	
	Nr. 7; H.Kr.D. § 73 Nr. 7; H.Kr.D. § 74	
	Nr. 7; B.Ar.D. § 61 Nr. 7; Mh.Ar.D. § 61 Nr. 7;	
	Schl.=H.Kr.D. § 103 Nr. 7	
В.	Ernennung von Kreisbeamten. D.Rr.D. § 134	
	Mr. 3; H.Kr.D. § 91 Mr. 3; H.Kr.D. § 92	
	Nr. 3; W.Kr.D. § 79 Nr. 3; Mh.Kr.D. § 79 Nr. 3;	
	SchlH.D. § 122 Nr. 3	299

C. Besondere Bestimmungen für die Provinz Posen.		
Boj. L.B. G. v. 19. V. 89. Art. V. B. Nr. 2	299	
XI. Beamte ber Probinzialverbände, der Heffen Raffauifgen Bezirkverbände und des Lanenburgifden Landes- kommunalverbandes.		
A. Die Provinzen des Preußischen Staates außer Bofen.		
	302	
2. Lanbesbirettor (Lanbeshauptmann). § 87 A. W. Rh. SchlH., § 60 HN., § 87 H., § 88 A. W. Rb. SchlH., § 61 HN., § 88 H., § 89 A. W. Rh. SchlH., § 62 HN., § 89 H., § 90 A. W.		
H. Rh. SchlH., § 63 HN	30 3	
	307	
	308	
Rh. SohlH., § 68 HN	30 9	
Rh. SchlH., § 70 HN	309	
1. Poj. C. B. G. v. 19. V. 89. Art. V. A. Rr. 2 2. B. v. 5. XI. 89. §§ 21, 22; Poj. C. B. G. v. 19. V. 89. Art. V. A. Ar. 3 Abj. 1, 3; B. v. 5. XI. 89. §§. 23,	310	
24, 27, 28, 29, 30, 31	311	
C. Befondere Bestimmungen für bie Beamten ber Begirts= verbande Caffel und Biesbaden.		
Б.=N.¥.D. v. 8. VI. 85. §§ 69, 93 Иб. 3	314	

D. Besondere Bestimmungen für die Beamten des Lauen- burglichen Landestommunalverbandes.		
2.B. v. 24. VIII. 82. Art. V. Abf. 2, 3, 5; L.G. v.		
7. XII. 72. § 20 906 f. 2	315	
XII. Cemeinbeforftbeamte.		
Borbemertung	317	
Borbemerkung	317	
2. Für Landgemeinden. 3.G. § 30 Abf. 2	317	
A. Oftliche Provinzen. D.St.D. v. 30. V. 53. § 55,		
D. L. G. D. v. 3. VII. 91. § 69 Abj. 2; Gej. v.		
14. VIII. 76. §§ 1, 7, 10, 15	320	
B. Weftliche Provinzen (Rheinland und Weftfalen).		
Mh.St.D. v. 15. V. 56. § 51; Mh.L.G.D. v.		
23. VII. 45. § 99; W.St.D. v. 19. III. 56.		
§ 54; B.L.G.D. v. 19. III. 56. § 55; B. v.		
24. XII. 16. §§ 3, 6	322	
C. Neue Provinzen. B. v. 4. VII. 67. § 2	325	
1. Hannover. H.St.D. v. 24. VI. 58. § 119		
Abs. 5; Bek.d.H.d.J. v. 28. IV. 59 § 15	325	
2. Schleswig = Holftein. SchlH.B.D. v.		
10. VII. 92. § 69	326	
3. Regierungsbezirk Wiesbaden excl. des bor-		
male landgräflich Seffen = Somburgifchen		
Theiles und des Stadtfreises Wiesbaden.		
Gef. v. 12. X. 97. §§ 1—16	326	
D. Gemeinde, Feld- und Forfthüter. F.F.P.G. v.		
1. IV. 80. § 62	334	
XIII. Penfionswefen.		
	334	
I. Penfionirung der Magiftratsmitglieder. R.B.G.		
§ 14 Abj. 1	336	
A. Bftliche und Weftfälifche Stabteorbnung v.		
30. V. 53. bezw. 19. III. 56. § 65 Abf. 1, 4.	373	

	B. Ageinische Statestonung v. 15. v. 56. 3 59	
	Abs. 1, 4	338
	14. IV. 69. § 78 Whi. 1, 2, 5	339
	D. Frankfurter Gemeindeverfaffungsgeset v. 25. III.	
	67. § 72	340
	E. Heffen-Raffauische Städteordnung v. 4. VIII. 97.	
	§§ 70, 72, 74 · · · · · · · · · · ·	341
	F. Besondere Bestimmungen für hannover. (Han-	
	noveriche Städteordnung v. 24. VI. 58.) R.B.G.	
	§ 14 Abj. 2; H.St.D. §§ 64, 44. 107;	
	\$.St.D.G. v. 24. VI. 58. §§ 64-66, 102;	
	H.St.D. §§ 65, 66, 69, 70; H.L.B.G. v.	
	6. VIII. 40. §§ 175, 176	342
II.	Penfionirung ber sonstigen städtischen Beamten	
	ausschließlich ber Magistratsmitglieber	
	1. Bestimmungen bes Kommunalbeamtengesetes	
	v. 30. VII. 99. R.B.G. § 12 Abj. 1	348
	2. Gefet, betreffend die Penfionirung der un-	
	mittelbaren Staatsbeamten v. 27. III. 72.	
	Borbemerkung	349
	Penf. G. v. 27. III. 72. §§ 1, 2, 5, 7, 8—10,	
	12, 13; M. Penj. G. v. 27. VI. 71. § 107;	
	Benf. G. §§ 20-29, 32, 38	349
Ш.	Befondere Beftimmungen für Bürgermeifter und	
	Beamte ber Beffen-Raffauischen Landgemeinden v.	
	4. VIII. 97. R.B.G. § 25 Nr. 2; 5N.L.G.G.	
	§§ 84—88	362
IV.	Penfionskaffen für Rommunalbeamte in Rheinland	
	und Westfalen. R.B.G. § 25 Abs. 2; W.Rr.D.	
	§ 28, 9th. Rr. D. § 27	365
V.	Gefet, betreffend die Fürforge für Beamte in Folge	
	pon Betriebeunfällen p. 18. VI. 87. 88 1-15 .	367

XIV. Snadenquartal und Snaden-(Sterbe-)monate.	
I. Bestimmungen des Kommunalbeamtengesehes v.	
30. VII. 99. K.B.G. § 4	377
II. Gnadenquartal. Gef. v. 6. II. 81. § 2, R.D. v.	
15. XI. 19, (Sef. v. 6. II. 81 § 3	377
III. Gnaden=(Sterbe-)monate. Penf. G. v. 27. III. 72.	
§ 31, C.P.D. § 850 Nt. 8	379
XV. Wittwen: und Waisenverforgung.	
Gef. v. 20. V. 82. §§ 7—14, 15—20, 24	380
XVI. Disziplinarverhältniffe.	
Disj. G. v. 11. VII. 52. §§ 1—19	385
Zusak zu § 19	
A. Ordnungsftrafen gegen Burgermeifter, Beigeord-	
nete, Magistratsmitglieder und städtische Ge-	
meindebeamte. 3.G. § 20 Nr. 1; H.St.D.	
§ 91 Mr. 1; 3.G. § 20 Mr. 2	392
B. Gegen ländliche Gemeindevorsteher (Amtmanner in Westfalen, Bürgermeifter in ber Rheinproping,	
Schöffen, Mitglieder des kollegialischen Gemeinde-	
porftandes und fonftige ländliche Gemeindebeamte.	
sowie gegen Berbandsvorsteher	394
a) Geltungsbereich ber öftlichen und ber Schles-	
wig-Holsteinischen bez. Heffen = Nassauischen	
Landgemeindeordnung bez. § 115 Mr. 3 .	394
b) Geltungsbereich ber anderen Landgemeinde-	
ordnungen. 3.G. § 36; W.L.G.D. § 83,	
Rh.L.G.D. §§ 83, 104 Abs. 2	390
D. Gegen Kreisbeamte	399
a) Geltungsbereich der öftlichen Kreisordnung v.	000
13. XII. 72. D. Str. D. § 68 Mr. 1, § 134 Mr. 3;	
Disz. Bej. v. 21. VII. 52. § 20.	

	B. Rheinische Städteordnung v. 15. V. 56. § 59	
	થાઇ. 1, 4	338
	Abs. 1, 4	
	14. IV. 69. § 78 Abj. 1, 2, 5	339
	D. Frankfurter Gemeindeverfaffungsgeset v. 25. III.	
	67. § 72	340
	E. Heffen-Naffauische Städteordnung v. 4. VIII. 97.	
	§§ 70, 72, 74 · · · · · · · · · ·	341
	F. Besondere Bestimmungen für Hannover. (Han-	
	noversche Städteordnung v. 24. VI. 58.) R.B.G.	
	§ 14 Abj. 2; H.St.D. §§ 64, 44. 107;	
	5.St.D.G. v. 24. VI. 58. §§ 64−66, 102;	
	S.St.D. §§ 65, 66, 69, 70; S.L.B.G. v.	
	6. VIII. 40. §§ 175, 176	342
11.	Penfionirung ber fonftigen ftabtifchen Beamten	
	ausschließlich der Magistratsmitglieder	
	1. Bestimmungen bes Kommunalbeamtengesetes	
	v. 30. VII. 99. R.B.G. § 12 Mf. 1	348
	2. Gefet, betreffend die Penfionirung der un-	
	mittelbaren Staatsbeamten v. 27. III. 72.	
	Borbemerkung	349
	\$\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\\	
	12, 13; M. Penf. G. v. 27. VI. 71. § 107;	
	Benf. G. §§ 20—29, 32, 38	349
111.	Besondere Bestimmungen für Bürgermeister und	
	Beamte der Heffen-Naffauischen Landgemeinden v.	
	4. VIII. 97. R.B.G. § 25 Nr. 2; S.=N.R.G.G. §§ 84—88	369
137		002
1 V .	Benfionstaffen für Kommunalbeamte in Rheinland und Weftfalen. R.B.G. § 25 Abf. 2; W.Kr.D.	
	§ 28, 9th. Str. D. § 27	365
17		000
٧.	Gefet, betreffend die Fürforge für Beamte in Folge	267

XIV. Gnadenquartal und Gnaben-(Cterbe-)monate.				
I. Bestimmungen bes Kommunalbeamtengesebes v.				
30. VII. 99. R.B.G. § 4	377			
30. VII. 99. R.B.G. § 4				
15. XI. 19, Gej. v. 6. II. 81 § 3	377			
III. Gnaden:(Sterbe-)monate. Penf. G. v. 27. III. 72.				
§ 31, C.P.D. § 850 Nr. 8	379			
XV. Wittwen: und Waisenbersorgung.				
Gef. v. 20. V. 82. §§ 7-14, 15-20, 24	380			
XVI. Disziplinarverhältniffe.				
Disj. G. v. 11. VII. 52. §§ 1-19	385			
Zusak zu § 19				
A. Ordnungsftrafen gegen Burgermeifter, Beigeord-				
nete, Magistratsmitglieder und städtische Ge-				
meindebeamte. 3.G. § 20 Nr. 1; H.St.D.	400			
§ 91 Nr. 1; 3.G. § 20 Nr. 2	392			
in Bestfalen, Bürgermeifter in der Rheinprobinz,				
Schöffen, Mitglieder des follegialischen Gemeinde-				
vorftandes und fonftige landliche Gemeindebeamte,				
fowie gegen Verbandsvorsteher	394			
a) Geltungsbereich der öftlichen und der Schles-				
wig-Holsteinischen bez. Beffen - Raffauischen	204			
Landgemeindeordnung bez. § 115 Nr. 3.	394			
b) Geltungsbereich ber anderen Landgemeinde- ordnungen. 3.G. § 36; W.L.G.D. § 83,				
Hh.L.G.D. §§ 83, 104 Abj. 2	395			
C. Gegen Amtsvorsteher. D.Kr.D. § 68	398			
D. Gegen Kreisbeamte	399			
a) Geltungsbereich ber öftlichen Rreisordnung v.				
13. XII. 72. D. Kr. D. § 68 Mr. 1, § 134 Mr. 3;				
Disj. Gef. v. 21. VII. 52. § 20.				

XXVIII Bergeichniß ber abgbrudten Gefete, 2c.

- 1845, 23. Juli Rheinische Landgemeindeordnung § 72 S. 163; § 75 S. 210; § 78 S. 163; § 79 S. 164; § 83 S. 397; § 99 S. 322; § 103 S. 207; § 104—106 S. 209; § 104 Abj. 2 S. 398; § 107 S. 210.
- 1848, 5. Sept. Hannoversches Gefek § 20 Abs. 2 G. 169.
- 1849, 24. Aug. Finanzminifterialreffript G. 44.
- 1850, 31. 3an. Berfaffungeurfunde für ben Preugifchen Staat, Art. 4 S. 7; Art. 47 S. 9; Art. 78 Abf. 2 S. 42; Art. 108 S. 9.
- 1850. 11. Mara Polizeivermaltungsgefek & 4 Abi. 1 G. 77.
- 1852, 21. Juli Disziplinargefet für die nicht richterlichen Beamten & 1-19 S. 385-391; & 20 S. 401; §§ 21-24 S. 401-403; § 32 S. 403; §§ 34-39 S. 405-407; §§ 41-45 S. 407-408; §§ 47-54 S. 408-411; § 83 S. 411; § 85 S. 412; § 87 S. 412; § 93 S. 413; § 95 S. 413; § 100 S. 415.
- 1853, 30. Mai Städteordnung für die feche öftlichen Provinzen § 21 S. 234; §§ 29-31 S. 232-234; §§ 32-34 S. 235-238; § 55 S. 320; § 56 Nr. 6 S. 233, 290; §§ 64-65 S. 238-239; § 65 Abj. 1, 4 S. 337.
- 1853, 31. Mai Städteordnung für Neuvorpommern und Rügen § 3 S. 240; § 5 I S. 240.
- 1856, 19. Mara Weftfalifche Landgemeindeordnung § 3 S. 216; § 4 S. 215; § 20 S. 216; § 38 S. 167; § 40 S. 167; § 43 S. 165; § 44 S. 166; § 55 S. 322; § 69 S. 216; § 71 S. 216; § 73 S. 218; § 83 S. 397.
- 1856. 19. Mara Beftfälische Städteordnung § 21 C. 243 §§ 29-31 S. 240-242; §§ 32-34 S. 244-246; § 54 S. 322; § 55 S. 291; § 56 Mr. 6 S. 291; § 64 S. 246; § 65 S. 247; § 65 Abj. 1, 4 S. 337.
- 1856, 15. Mai Rheinische Städteordnung & 28-33

- *S. 248-251; § 51 S. 322; § 52 S. 299; § 53 Nr. 6 S. 292; § 58 S. 251; § 59 S. 252; § 59 Mbl. 1, 4 S. 358.
- 1856, 15. Mat Ergänzungsgeset zur Rheinischen Landgemeindeordnung v. 23. Juli 1845 siehe diese.
- 1858, 24. Juni Hannoversche Städteordnung § 4 Mbs. 2
 S. 174; § 31 S. 255; § 38 S. 253; §§ 39 u. 40
 S. 254; § 41 S. 294; § 43 S. 254; § 44
 S. 255, 343; § 45 Mbs. 1 S. 295; § 45 Mbs. 2-4
 S. 297; § 46 S. 38; § 47 S. 257, 295; § 48
 S. 257; § 48 Mbs. 1 S. 295; § 48 Mbs. 3
 S. 297; § 49 S. 257; § 50 S. 258, 295; § 51
 S. 259, 295; § 52 S. 296; § 53 S. 259; § 54
 S. 266; § 55 S. 267; § 56 S. 296; § 57 S. 58; § 58 S. 12, 253, 267; § 59 S. 51; § 64 S. 342; § 65 S. 268, 346; § 66 S. 346; § 69 Mbs. 1
 S. 346; § 70 S. 268, 347; § 107 S. 343; § 107 Mbs. 5 S. 256; § 119 Mbs. 1 u. 3 S. 296; § 119 Mbs. 5 S. 235.
- 1858, 24. Juni Hannoversches Staatsbienergeset § 64-66 S. 345; § 102 S. 346.
- 1859, 28. April Sannoberiche Landgemeindeordnung § 8 S. 171; § 15 S. 172; § 25 S. 171; § 26 S. 172; § 27 S. 172; § 28 S. 172; § 29 S. 172; § 30 S. 172; § 34 S. 172; § 35 S. 172; § 36 S 173; § 41 S. 173; § 42 S. 173; § 46 S. 174; § 48 S. 174.
- 1859, 28. April Ausführungs-Befanntmachung bes Hannoverschen Ministeriums bes Innern zur Landgemeindeordnung § 15 S. 325; § 22 S. 168; §§ 23—24 S. 169; § 29 S. 170; § 30 S. 170; § 39 S. 170; § 40 S. 171; § 62 S. 175; § 63 S. 175.
- 1859, 28. Auguft Hannoveriche Ministerialbekanntmachung §§ 1—7 S. 260—263.

- 1860, 13. Dez. Bekanntmachung d. Hannob. Ministeriums b. J. §§ 1-5 S. 264-266.
- 1861, 24. Mai Gefet betreffend die Erweiterung des Rechtsweges §§ 5 6 S. 16.
- 1867, 22. Januar Berordnung betreffend Beamtenvereibigung in ben neuen Provingen S. 10.
- 1867, 25. Marz Gemeindeberfaffungsgeset für Frankfurt am Main § 31 S. 271; § 38 S. 269; § 39 S. 269; § 40 S. 270; § 41 S. 270; § 42 S. 271; § 43 S. 272; § 44 S. 272; § 63 Rr. 6 S. 292; § 71 S. 273; § 72 S. 273, 340.
- 1867, 6. Mai Berordnung betreffend bie Form der Diensteite S. 10.
- 1867, 8. Mai Allerhöchfter Erlaß S. 266.
- 1867, 4. Juli Berordnung betreffend die Organisation der Forstberwaltung in den neu erwordenen Landestheilen § 2 €. 325.
- 1867, 20. Sept. Berordnung über die Polizeiverwaltung in den neu erworbenen Landestheilen § 4 Abf. 1 S. 77.
- 1867, 23. Sept. Heranziehung der Beamten der neu erworbenen Landestheile zu den Konnmunalauflagen § 1 S. 28; §§ 2—4 S. 29; §§ 5—6 S. 30; §§ 7—12 S. 31; § 13 S. 32.
- 1867, 5. Dez. Ministerialreffript G. 48.
- 1869, 14. April Schleswig-Holfteinische Städteordnung §§ 28—31 S. 274—276; §§ 32—34 S. 280—281; §§ 42—44 S. 278—279; § 60 Ar. 6 S. 293; § 75 S. 293; § 76—78 S. 281—283; § 78 Abs. 1, 2 S. 339 Abs. 5 S. 340; § 89 Abs. 2. S. 78.
- 1869, 21. Juni Reichsgewerbeordnung § 12 Abj. 2 G. 59.
- 1869, 3. Juli Reichsgefet betr. Die Gleichberechtigung ber Konfessionen G. 8.
- 1870, 7. Jan. Lauenburgifches Gefet betr. die Polizeiverwaltung § 5 Abf. 1 S. 77.

- 1870, 1. Juni Reichsgeseth betr. die Erwerbung und den Berluft ber Bundes- Staatsangehörigkeit § 9 S. 8.
- 1871, 16. April Berfassurfunde für das Deutsche Reich Art. 3 S. 7; Art. 21 S. 42.
- 1871, 15. Mai Reichsftrafgefetsbuch § 31—35 S. 416; § 36 S. 417; §§ 113—116 S. 417—418; § 128 S. 419; § 132 S. 3, 419; § 174 Mr. 2 u. 3 S. 420; § 196 S. 419; §§ 331—359 S. 420—428.
- 1871, 27. Juni Militarpenfionsgefet § 107 G. 354.
- 1872, 27. Warz Benfionsgeick § 1 ©. 350; § 2 ©. 351; § 5 ©. 351; §§ 7—10 ©. 352; §§ 12—13 ©. 354; §§ 14—15 ©. 354; §§ 16—17 ©. 356; §§ 20—21 ©. 357; §§ 22—24 ©. 358; §§ 25—27 ©. 359; §§ 28—29 ©. 360; §§ 30—33 ©. 361; § 31 ©. 397; § 38 ©. 361.
- 1872, 7. Dez. Lauenburgisches Geset § 20 Abs. 2 S. 316.
- 1872, 13. Dez. Kreisordnung für die öftlichen Provinzen, siehe 19. März 1881.
- 1873, 18. Juni Ministerialinstruktion Art. 4 Nr. 5 &. 228.
- 1874, 2. Mai Reichsmilitärgesetz § 65 Abf. 1 S. 43; § 66 S. 43.
- 1875, 6. Febr. Reichsgeset über die Beurkundung des Personenstandes § 1 S. 79; §§ 2—4 S. 80; 5—6 S. 81.
- 1875, 29. Juni Provinzialordnung, fiehe 1881, 22. März. 1876, 30. Jupi Gebührenordnung für Zeugen und Sachverständige § 14 S. 73.
- 1876, 14. August Gesetz betr. die Verwaltung der Gemeindewaldungen in den öftlichen Provinzen §§ 1, 7, 10. 15 S. 321.
- 1877, 30. Jan. Civilprozepordnung, fiehe 1898, 17 Mai.
- 1877, 1. Februar Strafprozesordnung § 53 S. 54; § 75 S. 54; § 76 Abf. 2 S. 55.
- 1878, 30. Juni Gebührenordnung § 14 S. 78.

į

1880, 1. April Feld- und Forftpolizeigefet § 62 C. 334

XXXII Bergeichniß ber abgebrudten Gefete, 2c.

- 1881, 6. Februar Geseth betr. Zahlung der Beamtengehälter, und Bestimmungen über das Gnadenquartal § 2 S. 377; § 3 S. 378.
- 1881, 19. Marz Kreisordnung für die öftlichen Provinzen § 18 S. 32; § 58 S. 227; § 68 S. 399, 402; § 18 Kr. 1 S. 399; § 69 S. 227; § 71 S. 228; § 116 Kr. 7 S. 298; § 134 Kr. 3 S. 299, 399, 402, 403; § 177 S. 415.
- 1881, 22. März Provinzialordnung für die diftlichen Provinzen § 41 S. 302; § 51 S. 402, 403; § 60 S. 303; § 87 S. 303; § 88 S. 305; § 89 S. 306; § 90 S. 306; § 93 S. 307; § 94 S. 308; § 95 S. 309; § 96 S. 309; § 97 S. 310; § 98 S. 400; § 98 Pr. 5 Mbf. 2 S. 402, 403, 404; § 114 S. 415; § 120 Mbf. 3 S. 310.
- 1882, 21. Januar Berfügung bes Minifters bes Innern S. 57.
- 1882, .20. Mai Gcfet betr. die Wittmen und Waisenversorgung der Staatsbeamten §§ 7—20 S. 380 bis 384; § 24 S. 385.
- 1882, 24. August Lauenburgische Berordnung Art. V Abs. 2, Abs. 3, Abs. 5 S. 315.
- 1883, 30. Juli Landesverwaltungsgeset §§ 14 u. 32 S. 402; § 39 S. 403; § 157 S. 404.
- 1883, 1. August Bustanbigkeitsgeset § 7 S. 233, 241; § 13 S. 266; § 14 S. 294; § 16 Abs. 2 S. 317; § 20 S. 392; § 20 Abs. 2 S. 413; § 20 Nr. 3 S. 402, 403; § 30 Abs. 2 S. 317; § 31 S. 174; § 36 S. 395; § 36 Abs. 2 S. 414; § 36 Nr. 4 S. 402, 403.
- 1884, 6. Mai Hannoversche Kreisordnung § 18 S. 35; § 31 S. 169; § 32 S. 170; § 73 Nr. 7 S. 298; § 91 S. 399; § 91 Nr. 3 S. 299.
- 1884, 7. Mai Hannoberiche Provinzialordnung § 41 S. 302; § 60 S. 303; § 87 S. 303; § 88 S. 305; § 89

- ©. 306; § 90 ©. 306; § 93 ©. 307; § 94 ©. 308; § 95 ©. 309; § 96 ©. 309; § 97 ©. 310; § 120 %65, 3 ©. 310.
- 1885, 7. Juni Heffen-Naffauische Kreisordnung § 18 S. 35; § 74 Kr. 7 S. 298; § 92 S. 399; § 92 Kr. 3 S. 299.
- 1885, 8. Juni Heffen-Naffauische Provinzialordnung § 38 S. 302; § 58 S. 303; § 60 S. 303; § 61 S. 305; § 62 S. 306; § 63 S. 307; § 66 S. 308; § 67 S. 308; § 68 S. 309; § 69 S. 314; § 70 S. 310; § 93 Abf. 3 S. 310, 315.
- 1886, 31. Juli Westsälliche Kreisordnung § 18 S. 35; § 27 S 217; § 28 S. 365; § 61 Kr. 7 S. 299; § 79 S. 399; § 79 Kr. 3 S. 299.
- 1886, 1. August Westfälische Provinzialordnung § 41 S. 302; § 60 S. 303; § 87 S. 303; § 88 S. 305; § 89 S. 306; § 90 S. 306; § 93 S. 307; § 94 S. 308; § 95 S. 309; § 96 S. 309; § 97 S. 310; § 120 Abi. 3 S. 310.
- 1887, 30. Mai Mheiniiche Kreisorbnung § 18 S. 35; § 23 S. 211; § 24 S. 212; § 26 S. 214; § 27 S. 366; § 61 Nr. 7 S. 299; § 79 S. 399; § 79 Nr. 3 S. 299.
- 1887, 1. Juni Rheinijche Provinzialordnung § 41 S. 302; § 60 S. 303; § 87 S. 303; § 88 S. 305; § 89 S. 306; § 90 S. 306; § 93 S. 307; § 94 S. 308; § 95 S. 309; § 96 S. 309; § 97 S. 310; § 120 Auft, 3 S. 310.
- 1887, 18. Juni Betriebsunfallverficherungsgeset für Beamte § 1—15 S. 367—376.
- 1888, 26. Mai Schleswig-Holfteinische Kreisordnung § 18 S. 35; § 59 S. 398; § 60 S. 230; § 103 Nr. 7 S. 299; § 122 S. 299; § 122 Nr. 3 S. 299.
- 1888, 27. Mai Schleswig-Holfteinische Provinzialordnung § 41 S. 302; § 60 S. 303; § 87 S. 303; §

- ©. 305; § 89 ©. 306; § 90 ©. 306; § 93 ©. 307; § 94 ©. 308; § 95 ©. 309; § 96 ©. 309; § 97 310; § 120 %65, 3 ©. 310.
- 1889, 19. Wai Landesverwaltungsgeset für Posen Art. V A Nr. 2 S. 310; Nr. 3 Abs. 1 S. 312; Nr. 3 Abs. 3 S. 312; Art. V B Nr. 2 S. 300.
- 1889, 5. November Verordnung § 21 S. 311; § 22 S. 311; § 23 S. 312; § 24 S. 312; § 27 S. 313; § 28 S. 313; § 29 S. 314; § 30 S. 314; § 31 S. 314.
- 1891, 24. Juni Gintommenfteuergefet § 69 G. 55.
- 1891, 24. Juni Gemerbefteuergefet § 72 G. 55.
- 1891, 3. Juli Oftliche Landgemeindeordnung § 47 Mbf. 3 u. 6 S. 222; § 53 Mr. 2 S. 178; § 59 S. 179; § 69 Ubf. 2 S. 320; § 74 S. 178; § 75 S. 179; § 75 Ubf. 2 S. 176; § 76 S. 179; §§ 77—87 S. 180—184; § 84 S. 220; § 88 Ubf. 4 S. 177; § 117 S. 177; § 118 Ubf. 1—3 S. 177; §§ 128—134 S. 219—220; § 137 S. 221; § 138 S. 222 § 143 S. 394, 402, 403, 414.
- 1891, 29. Dez. Ausführungsanweifung III zur Landgemeindeordnung Nr. 4 S. 176; Nr. 5 S. 177.
- 1892, 10. Juli Schleswig-Holfteinitche Landgemeindeordnung § 47 Abf. 3 u. 6 S. 222; § 53 Nr. 2 S. 185; § 59 S. 187; § 69 Ubf. 2 S. 326; §§ 74—76 S. 185—187; § 75 Abf. 2 S. 184; §§ 77—87 S. 187—191; § 84 S. 220; § 88 Nr. 5 S. 185; § 117 S. 184; § 118 S. 185; § 121f S. 191; §§ 128—134 S. 219—220; § 137 S. 221; § 138 S. 222; § 143 S. 394, 414; § 143 S. 420, 403.
- 1892, 21. Juli Militäranwärter Unftellungsgeset gang S. 126—136.
- 1892, 30. Sept. Ausführungsanweisung 3. Militäranwärter-Anstellungsgeset ganz S. 137—160.

- 1893, 14. Juli Kommunalabgabengeset § 23 al 2 S. 27; § 41 S. 27.
- 1893, 14. Juli Erganzungsfteuergejet § 46 S. 56.
- 1894, 27. April Reichsftempelgefet § 34 Abf. 1 S. 62; § 40 S. 62.
- 1895, 31. Juli Preußisches Stempelgeset § 13 S. 60; § 15 S. 61; § 19 S. 61.
- 1896, 18. August Bürgerliches Geschuch § 31 ©. 68; § 89 Abs. 1 ©. 68; § 138 ©. 2; § 197 ©. 17; § 198 Gat 1 ©. 18; § 201 ©. 18; § 208—209 ©. 18; § 210 ©. 19; § 276 Abs. 2 ©. 68; § 278 ©. 67; § 313 ©. 37; § 394 ©. 19; § 400 ©. 20; § 411 ©. 21; § 565 Abs. 1 ©. 36; § 570 ©. 36; § 596 Abs. 3 ©. 36; § 831 ©. 64 § 839 ©. 63; § 840 ©. 64; § 841 ©. 65; § 873 ©. 37; § 1069 ©. 21; § 1274 ©. 21; § 1589 ©. 258; § 1590 ©. 258; § 1784 ©. 59; § 1888 ©. 60.
- 1896, 18. August Einsährungsgeset 3. Bürgerlichen Gesethuch Art. 77 S. 68; Art. 78 S. 65; Art. 80 Abs. 1 S. 17; Art. 81 S. 19; Art. 142 S. 38.
- 1897, 4. August Heisen-Rassauliche Landgemeindeordnung § 8 S. 27; § 24 S. 205; § 45—60 S. 197—205; § 46 Abs. 2 S. 192; § 81 S. 193; § 82 S. 192; § 83 S. 194; § 84—88 S. 363—364; § 90 S. 192; § 100 S. 223; § 101 Abs. 2 S. 223; § 103—106 S. 224—225; § 109 Abs. 1, 2, 3, 7, S. 225; § 110 S. 223; § 115 S. 394, 403; § 115 Rr. 3 Abs. 1 S. 403; § 115 Rr. 3 Abs. 2 S. 414.
- 1897, 4. August Heffen-Naffauische Städteordnung § 32 S. 283, 298; § 33 S. 284; § 33 Abs. 1 Nr. 2 S. 298; §§ 34—37 S. 285—288; § 61 Nr. 6 S. 297; § 69 S. 288; § 70 S. 289, 341; § 72 S. 341, 290; § 73 S. 290; § 74 S. 290, 342;

- § 75 S. 414; § 87 S. 285; § 91 S. 403; § 91 Nr. 1 S. 393; § 91 Nr. 2 S. 402.
- 1897, 12. Oktober Gefet betr. die Forstschutzbeamten der Gemeinden im Regierungsbezirk Wiesbaden §§ 1—16 ©. 327—334.
- 1897, 20. Nov. Aussührungsanweifung II zur Hessen-Nassauischen-Landgemeindeordnung Nr. 6—8 S. 194—197.
- 1898, 15. Februar Beschluß des Reichsgerichts III Civilfenats S. 73.
- 1898, 17. Mai Civilprozehordnung neue Fassung § 376 © 53; § 407 © 54; § 408 Abs. 2 © 54; § 811 Nr. 7 © . 22; § 832—833 © . 22; § 850 Abs. 1 © 23; § 850 Nr. 8 © . 379; § 850 Abs. 1 © . 23; § 850 Abs. 4 © . 24.
- 1899, 30. Juli Kommunalbeamtengejet ganz S. 71—90. § 4 S. 377; § 7 S. 13; § 12 Ubj. 1 S. 348; § 14 Ubj. 1 S. 336; § 14 Ubj. 2 S. 342; § 19 S. 215; § 19 Nr. 1 S. 206; § 19 Nr. 3 S. 206; § 20 S. 209; § 25 Ubj. 2 S. 362, 265.
- 1899, 20. Sept. Ausführungsgeset 3. Bürgerlichen Gesetbuch Art. 12 § 2 S. 37; Art. 72 Abs. 1, 2 S. 59; Art. 89 S. 39; Art. 89 Nr. 2 S. 69.
- 1899, 21. Sept. Preußisches Geset über die freiwillige Gerichtsbarkeit Art. 20 S. 69.
- 1899, 12. Oktober Ausf.-Anw. 3. K.B.G. ganz S. 91—125. 1899, 15. November Berordnung betreffend das Berwaltungszwangsverfahren § 1 S. 25; § 25 Abj. 1
 - S. 25; § 46 Abj. 1 Nr. 6 S. 25; Nr. 7 S. 26; § 46 Abj. 2, 3, S. 26.
- 1899, 10 Dezember Allgemeine Berfügung bes Minifters bes Innern betr. Nachtrag zur Ausführungsanweisung aum Militäranwärtergeiek S. 45.

Berzeichniß der Abkürzungen.

- A. = Altländische (Östliche) Provinzialordnung v. 29. Juni 1875 (G.S. S. 181).
- A.G. = Allerhöchfter Erlaß.
- A.G.3.B.G.B. = Ausführungsgeset zum Bürgerlichen Gesethuche v. 20. September 1899 (G.S. S. 177).
- A.B. = Außemeines Lanbrecht v. 5. Februar 1794. A.B. = Außführungsverordnung.
- A.z. Ausf. b. L. G. O. Anweisung zur Ausführung der Landgemeinbeordnung.
- B.G.B. Bürgerliches Gesethuch v. 18. August 1896 (R.G.BL. S. 195 ff.).
- Bek.b.H.d.J. = Bekanntmachung bes Hannoversichen Ministeriums bes Innern.
- C.R.D. Civilprozehordnung, neue Faffung (R.G.BI. 1898 ©. 410).
- Disz.G. = Disziplinargeset v. 21. Juli 1852 (G.S. S. 465).
- E.G.3.P.G.B. Einführungsgeset zum Bürgerlichen Gesethuche v. 18. Auguft 1896 (R.G.BI. S. 604).
- Erg. St. G. = Grganzungssteuergeset v. 14. Juli 1893 (G. S. S. 134).

- E.St. G. = Einkommenfteuergeset v. 24. Juni 1891 (G.S. S. 175).
- F.F.P.G. Felds und Forftpolizeigefetz v. 1. April 1880 (G.S. S. 230).
- F.M.A. = Finanzministerialrestript.
- Fr.G.B.G. = Frankfurter Gemeinbeversaffungsgefet v. 25. März 1867 (G.S. S. 401).
- Bef. (B.) = Befeg.
- G.St.G. = Gewerbesteuergeset v. 24. Juni 1891 (G.S. S. 205).
- H. = Hannoversche Provinzialordnung v. 7. Mai 1884 (G.S. S. 243).
- S. Gef. = hannoveriches Gefet.
- Hr.D. = Hannoversche Kreisordnung v. 6. Mai 1884 (G.S. S. 181).
- H.A.G.D. Hannoversche Landgemeindeordnung v. 28. April 1859 (H.Ges. S. 393).
- H.A.B.G. Hannoversches Landesversassungsgesetz v. 6. August 1840 (H.Ges. S. 141).
- H.B. = Hannoversche Ministerialbekanntmachung.
- H.-N. Heffen-Rassauische Provinzialordnung v. 8. Juni 1885 (G.S. S. 247).
- H.Ar.O. Heffen Maffauische Areisordnung v. 7. Juni 1885 (G.S. S. 193).
- H.R.C.G.O. = Heffen-Naffauische Landgemeindeordsnung v. 4. Auguft 1897 (G.S. S. 301).
- H.B.O. Heffen-Naffauische Provinzialordnung v. 8. Juni 1885 (G.S. S. 247).

- H.:A.St.D. Heffen-Naffauische Städteordnung v. 4. August 1897 (G.S. S. 254).
- H.St.O. Hannoversche Städteordnung v. 24. Juni 1858 (H.Ges.S. S. 141).
- H.St.D.G. Hannoversches Staatsbienergeset v. 24. Juni 1858 (H.Ges.S. S. 119).
- 3.f.d.St.M. = Instruktion für die Stadtmagistrate v. 25. Mai 1835 (v. Kamph Annal. S. 733).
- K.A.G. Kommunalabgabengeset v. 14. Juli 1893 (G.S. S. 152).
- K.B.G. = Kommunalbeamtengeset v. 30. Juli 1899 (G.S. S. 141).
- R.D. = Rabinetsordre.
- Rr.O. = Rreisorbnung.
- 2.G. = Lauenburgisches Gefet.
- 2.B. = Lauenburgische Berordnung.
- 2.B.G. = Landesverwaltungsgefet v. 30. Juli 1883 (G.S. S. 195).
- M.d.J. = Minifter bes Innern.
- M.J. = Ministerialinstruktion.
- M.Hens. Militärpensionsgeset v. $\frac{27. \text{ Juni}}{22. \text{ Wai } 1893}$ (R.G.Bl. & 276) (R.G.Bl. & 171)
- M.R. = Ministerialrestript.
- N.C.C. Novum Corpus Constitutionum Borussico-Brandenburgensium.
- D.Ar.O. = Kreisordnung für die öftlichen Provinzen v. $\frac{13. Dezember 1872}{19. März 1881}$ (G.S. 1881 S. 180.)

- Ö.A.G.D. = Landgemeinbeordnung für die öftlichen Provinzen v. 3. Juli 1891 (G.S. S. 233).
- Ö.St.O. Städteordnung für die öftlichen Provinzen v. 30. Mai 1853 (G.S. S. 261).
- O.Tr. = Obertribunal.
- Penf.G. Penfionsgeset v. $\frac{27. \text{ März } 1872}{31. \text{ März } 1882}$ bez. 30. April 1884 (G.S. 1872 S. 268, 1882 S. 133, 1884 S. 126).
- Pof.L.B.G. Landesverwaltungsgesetz für die Provinz Posen v. 19. Mai 1889 (G.S. S. 8).
- Pr.Fr.G.G. = Preußisches Geset über die freiwillige Gerichtsbarkeit v. 21. September 1899 (G.S. S. 253).
- Br.G.O. Preußische Gewerberrbnung v. 17. Januar 1845 (G.S. S. 41).
- Pr.D. = Provinzialordnung.
- Br.St.G. = Preußisches Stempelgeset v. 31. Juli 1895 (G.S. S. 413).
- Pr.B.U. Preußische Berfassurfunde v. 31. Januar 1850 (G.S. S. 17).
- Publ. Publikandum.
- Rh. Rheinische Provinzialordnung v. 1. Juni 1887 (G.S. S. 252).
- Mh.Ar.O. Mheinische Kreisordnung v. 30. Mai 1887 (G.S. S. 209).
- Mh.L.G.D. = Mheinische Landgemeindeordnung v. 23. Juli 1845 (G.S. S. 523).

- Mh.St.O. = Mheinische Städteordnung v. 15. Mai 1856 (G.S. S. 406).
- R.G.O. = Reichsgewerbeordnung v. 21. Juni 1869 (R.G.BI. S. 245).
- R.M.G. = Reichsmilitärgefet v. 2. Mai 1874 (R.G.Bl. E. 45).
- R.St.G. = Reichsftempelgefet v. 27. April 1894 (R.G.BI. S. 381).
- R.St.G.B. = Reichsstrafgesethuch v. 15. Mai 1871 (R.G.BL 1876 S. 89).
- R.B.U. Reichsversaffungsurkunde v. 16. April 1871 (R.G.BL. S. 63).
- Schl.H. Schleswig-Holfteinische Provinzialordnung v. 27. Mai 1888 (G.S. S. 194).
- Schl.-H.Kr.D. = Schleswig Holfteinische Kreisordnung v. 26. Mai 1888 (G.S. S. 139).
- Schl.-H.A.G.O. Schleswig-Holfteinische Landgemeinbeordnung v. 10. Juli 1892 (G.S. S. 154).
- Schl.-H.St. D. = Schleswig holfteinische Städteordnung v. 14. April 1869 (G.S. S. 589).
- St.O.f.N.=B.=B.u.A. Städteordnung für Neuvorpommern und Rügen v. 31. Mai 1853 (G.S. S. 291).
- St. P.O. = Strafprozehordnung v. 1. Februar 1877 (R.G.BI. S. 253).
- Str.Arch. = Striethorft Archiv.
- V. = Verordnung.
- B.b.M.b.J. = Berfügung bes Minifters bes Innern.

bem Staat noch zu besonderen Diensten durch Gid und Pflicht zugethan.

II. Civilbeamte.

- 68. Alle Beamte bes Staats, welche zum Militärstande nicht gehören, sind unter der alls aemeinen Benennung von Civilbedienten begriffen.
- 69. Dergleichen Beamte ftehen entweber in unmittelbaren Diensten bes Staats, ober gewisser bemselben untergeordneter Gemeinen.

Beftellung berfelben.

- 70. Es soll Niemandem ein Amt aufgetragen werben, der sich dazu nicht hinlänglich qualificirt, und Broben seiner Geschicklichkeit abgelegt hat.
- 71. Wem die Besetzung der verschiedenen Arten von Civilbedienungen zukomme, wer zu dergleichen Bedienungen gelangen könne, und was für Borsbereitungen und Prüfungen dazu vorhergehen müffen, ist, nach Berschiedenheit der Fächer und Stufen solcher Bedienungen, durch spezielle Gesetze und Instructionen bestimmt.
- 72. Wer sich durch Bestechungen oder andere unserlaubte Wege in ein Amt eindrängt, soll desselben sofort wieder entsetzt werden.
- 73. Alle Berträge und Bersprechungen, wodurch Jemandem gegen Zuwendung eines Amtes, Privatvortheile zugesagt oder wirklich eingeräumt worden, sind null und nichtig.

Erfett burch §. 138 B.G.B. Ein Rechtsgeschäft, das gegen die guten Sitten verstößt, ift nichtig.

- 74. Auch Berabredungen zwischen einem abgehenden Beamten und bessen Nachfolger, wodurch dem Ersteren von den Einklinften des Amtes etwas vorbehalten werden soll, sind nur so weit gültig, als sie von der vorgesetzten Behörde ausdrücklich genehmigt worden.
- 75. Wer wissentlich eine Bedienung einer bazu nicht tauglichen Person anwertraut, muß dem Staat, für allen durch die Unwissenheit und Untauglichefeit eines solchen Bedienten entstandenen Nachtheil gerecht werden.
- 76. Niemand soll sich eigenmächtig die Berwaltung eines Amtes anmaßen, wozu er von der vorgesetzten Behörde nicht angewiesen worden.
- 77. Wer bieses thut, und vermöge eines solchen Umtes handlungen vornimmt, zu welchen er nach ben Gesetzen überhaupt nicht qualificirt ift, bessen handlungen sind unträftig.
- 78. Mangelt es ihm nicht an den erforderlichen Eigenschaften zu Handlungen dieser Art überhaupt: so können zwar seine Handlungen, zum Nachtheil der Parteien, in der Regel, und wo nicht besondere Gesetze ein Anderes vorschreiben, für nichtig nicht angesehen werden.

79 erfest durch § 132 des Reichsstrafgesethuchs (R.G.Bl. 1876 S. 25). Wer unbefugt sich mit Ausübung eines öffentlichen Amtes befaßt ober eine handlung vornimmt, welche nur kraft eines

öffentlichen Amtes vorgenommen werden barf, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre oder mit Gelbstrafe bis zu dreihundert Mark bestraft.

- 80. Alles, was der unbefugte Anmaßer bei Gelegenheit der von ihm unternommenen Amtshandlungen empfangen hat, muß er zurückgeben. (Erfetzt durch §. 182 B.G.B.)
- 81. Niemand soll bei Bermeibung ber im § 132 R.St.G.B. angebrohten Strafe sich ein Amt anmaßen, welches ihm nicht auf eine ber eingeführten Ordnung gemäße Art übergeben worden. (Bergl. § 79.)
- 82. Allen Schaben, welcher aus solchen uns gebührlichen Anmaßungen für den Staat entsteht, muß er ersegen.
- 83. Wer einem Kaffenbedienten die Kaffe übergiebt, ehe und bevor die Amtskaution besselben berichtigt worden, ift für allen daraus entstandenen Schaden verhaftet.
- 84. Titel und Rang, welche mit einem Amt versbunden sind, werden, nebst den davon abhangenden Borrechten, schon durch die darüber ausgesertigte Bestallung verliehen. (K.B.G. §. 1 Seite 71.)

Rechte und Pflichten berfelben in Anfehung ihres Amtes.

- 85. Die Rechte und Pflichten der Civilbedienten, in Beziehung auf das ihnen anvertraute Amt, werden, durch die darüber ergangenen besonderen Gesetze, und durch ihre Amtsinstruktionen bestimmt.
- 86. Niemand soll sein Amt zur Beleibigung ober Bevortheilung Anderer mifbrauchen.

87. Was ein Beamter vermöge seines Amtes und nach den Borschriften desselben unternimmt, kann gegen ihn als eine Privatbeleidigung nicht gerügt werden.

88. Wer ein Amt übernimmt, muß auf die pflichtmäßige Führung deffelben die genaueste Aufmertsamkeit wenden.

89. Jebes dabei begangene Berfehen, welches bei gehöriger Aufmerkamkeit, und nach den Kenntuissen, die bei der Berwaltung des Amtes erfordert werden, hätte vermieden werden können und follen, muß er vertreten.*)

*) §5. 88, 89 gelten nur für bie Haftung der Beamten dem betreffenden Lommunalverbande gegenüber, für die Haftung Dritten gegenüber gelten §5. 839, 831 B.G.B. (S. 63).

- 90. Borgesette, welche durch vorschriftsmäßige Aufmerksamkeit die Amtsvergehungen ihrer Untergebenen hätten hindern können, sind für den aus Bernachlässigung dessen entstehenden Schaden, dem Staate verhaftet.
- 91. Doch findet in beiden Fällen (§§ 89, 90) die Vertretung nur alsdann ftatt, wenn kein anderes gesetzmäßiges Mittel, wodurch den nachtheiligen Folgen eines solchen Versehens abgeholfen werden könnte, mehr übrig ift.
- 92. Kein Beamter barf ben zur Ausübung seines Amtes ihm angewiesenen Bohnort ohne Borwiffen und Genehmigung seiner Borgesetzen verslassen.
- 98. In wie fern, zu bloßen Reisen und Entfernungen auf eine Zeitlang, die Erlaubniß der unmittelbaren oder höheren Vorgesetzten erforderlich sei,

ist nach ben einer jeden Klasse von Beamten vorgeschriebenen besonderen Gesetzen und Amtsinstructionen zu bestimmen. (Anhang §. 124 fällt weg.)

Rieberlegung, Entfetung und Berabichung.

- 94. Bei berjenigen Instanz, von welcher bie Besetzung eines Amtes abhängt, muß auch bie Entlassung bavon gesucht werben.
- 95. Die Entlassung soll nur alsbann, wenn baraus ein erheblicher Nachtheil für bas gemeine Beste zu besorgen ist, versagt werben.
- 96. Einem Beamten, dem aus diesem Grunde die Entlassung versagt wird, steht dagegen die Berrufung auf die unmittelbare landesherrliche Entsicheidung offen.
- 97. In keinem Falle aber barf ber abgehenbe Beamte seinen Posten eher verlassen, als bis wegen Wiederbesetzung ober einstweiliger Verwaltung beseselben Verfügung getroffen ift.
- 98. Kein Borgesetter ober Departements-Chef fann einen Civilbedienten, wiber seinen Willen, einseitig entsetzen ober verabschieden. (Disziplinargesetz vom 21. Juli 1852, siehe Disziplinarverhältnisse [XVI].)
- 102. Umtsverbindungen, deren Dauer durch die Natur des Geschäftes, oder durch ausdrücklichen Borbehalt, auf eine gewisse Zeit eingeschränkt ift, erlöschen mit dem Ablause dieser Zeit von selbst. (§. 97.)

Rechte ber Civilbedienten in ihren Privatangelegenheiten.

104. Civilbediente werden in ihren Privats angelegenheiten nach eben ben Gesetzen und Rechten, wie andere Bürger des Staats, beurtheilt.

Anmerkung. Die Bestimmungen der §§. 114—145 Th. II Tit. 10 A.S.R. "Bon Kollegiis der Beamten" waren schon zu landrechtlicher Zeit größtentheils veraltet und unpraktisch geworden. Insbesondere sind die Bestimmungen über die "Bertretungsverbindlichseit" der Beamtenkollegien §§ 127—145 I. c. durch die Bestimmungen des Bürgerlichen Gesethuches als ersett zu erachten (Siehe S. 63 fl.).

2.

Allgemeine Bedingungen der Anstellung und Diensteid.

A. Allgemeine Bedingungen ber Anfellung.

a) Berfassungsurkunde für ben Breußi=
fchen Staat.

Bom 31. Januar 1850. (G.S. S. 17.)

- Art. 4. Die öffentlichen Aemter sind, unter Ginhaltung der von den Gesetzen festgestellten Bedingungen, für alle dazu Befähigten gleich zugänglich.
 - b) Berfassungsurkunde für das Deutsche Reich.

Bom 16. April 1871. (B.G.Bl. S. 63.)

Art. 3. Für ganz Deutschland besteht ein gemeinsames Indigenat mit der Wirkung, daß der AnKönige ben Gib ber Treue und bes Gehorsams und beschwören die gemissenhafte Beobachtung der Berfassung.

h) Verordnung, betreffend die Form ber Diensteibe.

Vom 6. Mai 1867. (G.S. S. 715.)

Wir Wilhelm 2c. verordnen für das Gebiet der Preußischen Monarchie, mit Ausschluß derzenigen Landestheile, auf welche sich die Berordnung vom 22. Januar d. J. (Gesetz-Samml. S. 132)1) bezieht, was folgt:

1. Die Form bes Diensteides, welcher von den ... im mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten sortan zu leisten ist, wird dahin sestgestellt: "Ich N. N. schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Seiner Königlichen Majestät von Preußen, meinem Allergnädigsten Herrn, ich unterthänig, treu und gehorsam sein und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Psslichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen, auch die Verfassung gewissenhaft beobachten will, so wahr mir Gott helse u. s. w." Dem Schwörenden bleibt es überlassen, den vorstehend sestgestellten Sidesworten

¹⁾ Die Berordnung vom 22. Januar 1867 betraf die Bereidigung der Beamten in den mit der Preußischen Monarchie durch die Gesetz vom 20. September und 14. Dezember vereinigten Landestheilen. Zetzt ist auch für die letzteren die Berordnung vom 6. Mai 1867 maßgebend.

bie seinem religiösen Bekenntnig entsprechende Besträftigungsformel) hinzugufügen.

Bei ben im mittelbaren Staatsdienste stehenden Beamten tritt benselben diesenige Sidesnorm hinzu, mittelst beren biese Beamten sich, den bestehenden Bestimmungen und den besonderen Berhältnissen gemäß, bem unmittelbaren Dienstherrn zu verpflichten haben.

2. Der im §. 1 gebachte Sib verpflichtet ben Schwörenben nicht nur für die zur Zeit ber Eibes-leistung von ihm bekleibeten, sondern auch für alle ihm etwa später zu übertragenden Aemter.

Bufat 1: Gibesformel für bie Berliner ftäbtifchen Beamten:

Ich schwöre zu Gott dem Allmächtigen und Allwissenden, daß Seiner Königlichen Majestät von Preußen, meinem allergnädigsten Herrn, ich unterthänig, treu und gehorsam sein, dem Magistrat als meiner vorgesetzen Behörde jederzeit willige Folge leisten und alle mir vermöge meines Amtes obliegenden Pflichten nach meinem besten Wissen und Gewissen genau erfüllen, auch die Verfassung gewissenshaft beobachten will, so wahr mir Gott helse.

Bemerkung. Sat der zu vereidigende Beamte, wie ihm bei Abnahme bes Eibes nach dem Staats-Ministerial-

²⁾ Für Evangelische: So wahr mir Gott helse durch Jesum Christum zur Seligkeit. Für Katholiken: So wahr mir Gott helse und sein heiliges Evangelium. Für Juden: So wahr mir Gott helse.

Beschlusse vom 12. Februar 1850 freizustellen ist, den Eidesworten am Schlusse eine, seinem religibsen Bekenntnisse entsprechende weitere Bekräftigungsformel hinzugefügt, so ist dieselbe auch in die von ihm durch seine Namensunterschift zu vollziehende Eidesformel aufzunehmen.

Bufat 2: Befonbere Beftimmungen für bie Magiftratsmitglieber und Beamten ber Sannoverichen Stäbte.

Hannoversche Städteordnung vom 24. Juni 1858. (Hannov. G.S. S. 141.)

58. Die Magistratsmitglieber sinb bei der Einführung in ihr Amt bahin zu verpflichten, daß sie das ihnen anvertraute Amt nach den Gesehen und der Stadtversassung getreulich versehen, die vermöge des Dienstes zu ihrer Kenntniß gelangenden, Geheimhaltung erfordernden Angelegenheiten Niemandem, als dem es zu wissen gebührt, offenbaren, auch nach Kräften und ohne alle Nebenrücksichten das Wohl der Stadt, sowie auch bei den von ihnen zu besorgenden Regierungsangelegenheiten das Wohl des Staates befördern wollen.

Im Falle der Wiedererwählung eines Magiftrats= mitgliedes zu dem bis zur Wahl von ihm bekleideten Umte bedarf es nur der Verweisung auf den früher geleisteten Eid.

Die übrigen bei und von dem Magiftrate ans zustellenden Beamten werden auf die vom Magistrate zu entwersende Dienstanweisung beeidigt. 3. ..

Befandere Rechte der Rommunalbeamten.

Hue de Grais, Handbuch, 13. Auflage 1900 S. 84ff.)

- a) Bermögensrechtliche Ansprüche ber Kommunalbeamten aus ihrem Dienstverhältniffe.
 - 1. Gefet betreffend die Anftellung und Berforgung der Kommunalbeamten. Bom 30. Juli 1899. (G.S. S. 141.)
- 7. Der Bezirksausschuß beschließt über streitige vermögensrechtliche Ansprüche der Kommunalbeamten einschließlich ber in §. 2 Absat 1°) erwähnten Beamten aus ihrem Dienstverhältnisse, insbesondere über Ansprüche auf Besoldung, Reisekostenentschädigung, Bension sowie über streitige Ansprüche der Hinterbliedenen der Beamten auf Gnadenbezüge oder Wittwen- und Waisengeld. Die Beschlußfassung erfolgt, soweit sie sich auf die Frage erstreckt, welcher Theil des Diensteinkommens dei Feststellung der Bensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist, vorbehaltlich der den Betheiligten innerhald zwei Wochen bei dem Bezirksausschuß gegen einander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitversahren. Im Uebrigen sindet gegen den in erster oder auf

¹) Die auf Brobe, zu vorübergehenden Dienftleiftungen oder zur Borbereitung angestellten Kommunalbeamten.

Beschwerbe in zweiter Instanz ergangenen Beschluß binnen einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Zustellung besselben die Klage im ordentlichen Rechtswege statt. Die Beschlüsse sind vorläufig vollstreckbar.

Bei ben in §§. 18 bis 20°) erwähnten ländlichen Kommunalverbänden tritt an die Stelle des Bezirksausschusses sowohl für das Beschluß- als auch für das Berwaltungsstreitversahren der Kreisausschuß.

Bufag: Buftanbigkeitstabelle.

(Rremeti Rommunalbeamtengefet S. 21.)

- I. Falls es sich um die Frage handelt, welcher Theil des Diensteinkommens bei Feststellung der Pensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist:
 - a) bei Beamten ber ländlichen Kommunalverbände und ber Amtsbezirke.

Beschluß bes Kreisausschusses, binnen zwei Wochen (§. 51 L.B.G.) Klage im Verwaltungsstreitzversahren gegen biesen Beschluß vor bemselben Kreiszausschuß, gegen bessen Entscheidung Verusung an den Bezirtsausschuß und gegen dessen Geburtheil Revision an das Oberverwaltungsgericht (§§. 82 u. 93 L.B.G.) beides binnen zwei Wochen (§§. 85, 95 L.B.G.).

³⁾ Landgemeinden, Landbürgermeistereien (Rheinprovinz), Aemter (Bestphalen), Zweckverbande und Amtsbezirke.

b) bei Beamten der städtischen und höheren Kommungsperbände:

Beschluß bes Bezirksausschusses, in Berlin bes Sberpräsidenten, gegen diesen Beschluß binnen zwei Wochen (§. 51 L.B.G.) Klage im Verwaltungsstreitwerfahren bei demselben Bezirksausschusse, in Berlin beim bortigen Bezirksausschuß (§. 43 Abs. 3 L.B.G.), gegen bessen Entscheidung Berufung an das Oberverwaltungsgericht binnen zwei Wochen (§§. 83 u. 85 L.B.G.).

- II. In allen andern Fällen bes § 7 R.B.G.:
- a) bei Beamten ber ländlichen Kommunalverbände und Umtsbezirke:

Beschluß bes Kreisausschuffes, eventuell bagegen binnen zwei Bochen Beschwerde an den Bezirksausschuß (§ 121 L.B.G.). Gegen den in erster oder in zweiter Instanz ergehenden Beschluß binnen 6 Monaten Ausschlußfrist nach Zustellung des Beschlusses die Klage im ordentlichen Rechtswege, bei Objekten dis zu 300 Mark einschließlich an das Amtsgericht, bei solchen über 300 Mark an das Landgericht.

b) bei Beamten ber städtischen und höheren Kommunglverbände:

Beschluß bes Bezirksausschusses, für Berlin bes Sberpräfibenten, eventuell bagegen binnen 2 Bochen Beschwerbe an ben Provinzialrath (§. 121 L.B.G.),

für Berlin an ben Minifter bes Innern (§. 43 Abf. 1 2.B.G.).

Das weitere Verfahren wie vorher bei a).

2. Gefen, betreffend bie Ermeiterung bes Rechtsmeges.

Bom 24. Mai 1861.*) (G.S. S. 242).

- §§. 1-4 erfest burch R.B.G. §. 7.
- 5. Die Entscheidungen der Disziplinars und Berwaltungsbehörden darüber, ob und von welchem Zeitpunkte ab ein Beamter aus seinem Amte zu entsfernen, einstweilen oder desinitiv in den Ruhestand zu versehen oder zu suspendiren sei, über die Bershängung von Ordnungsstrafen, sowie darüber, ob und wieweit eine gesorderte Bergütigung in Ermangelung eines vorher bestimmten Betrages oder Maßstades derselben mit der betreffenden Leistung im Berhältniß stehe, sind für die Beurtheilung der vor den Gerichten geltend gemachten vermögenserechtlichen Ansprüche maßgebend.
- 6. Ingleichen sind bei ber richterlichen Beurtheilung nächst den, dem Beamten besonders ertheilten Zusicherungen und den Bestimmungen der allgemeinen Landesgesetze, die zur Zeit der Entstehung des streitigen Anspruchs in Kraft gewesenen Königlichen

^{*)} Gilt auch für Kommunalbeamte. Koch Kommentar 3. A.C.N. 8. Auflage Bb. IV S. 98 Anm. 73.

Anordnungen, sowie die Seitens ber Centralbehörden ergangenen, den Provinzialbehörden mitgetheilten und die mit Genehmigung der Centralbehörden von den Provinzialbehörden erlaffenen allgemeinen Berfügungen, soweit solche nicht den Gesetzen oder Königlichen Anordnungen zuwiderlaufen, zum Grunde zu legen.

- b) Rechtsverhältnisse bes Diensteinkommens ber Rommunalbeamten.
- aa. Bestimmungen des bürgerlichen Rechtes, Verjährung, Abtretung, Verpfändung und Aufrechnung der Cehaltsansprüche.
 - 1. Grundlegende Beftimmung.
- E.G. z. B.G.B. Art. 80 Abf. 1. Unberührt bleiben, soweit nicht in dem Bürgerlichen Gesetzbuche eine besondere Bestimmung getroffen ist,1) die landesgesetzlichen Borschriften über die vermögensrechtlichen Ansprüche und Verbindlichkeiten der Beamten aus dem Amts- oder Dienstrerhältnisse, mit Einschluß der Ansprüche der Hinterbliebenen.
 - 2. Berjährung ber Gehaltsansprüche. B.G.B. 197. In vier Jahren verjähren bie An-

^{&#}x27;) Solche Bestimmung trifft das B.G.B. in den §§. 197, (394, 411 Siehe Zusab zu dem folgenden Artikel 81 E.G. z. B.G.B.) ferner in §§. 839, 841 (siehe S. 63) (Achilles S. 839).

sprüche auf Rückftände von ... Besolbungen, Bartegelbern, Ruhegehalten

201. Die Berjährung der in dem §. 197 bezeichneten Ansprüche beginnt mit dem Schlusse bes Jahres, in welchem der nach §. 198 maßzgebende Zeitpunkt eintritt.

198 Sag 1. Die Verjährung beginnt mit ber Entstehung bes Anspruchs.

208. Die Berjährung wird unterbrochen*), wenn ber Berpflichtete dem Berechtigten gegenüber den Anspruch durch Abschlagszahlung, Zinszahlung, Sicherheitsleiftung oder in anderer Weise anerkennt.

209. Die Verjährung wird unterbrochen, wenn ber Berechtigte auf Befriedigung oder auf Feststellung bes Anspruchs, auf Ertheilung ber Bollstreckungseklausel oder auf Erlassung bes Vollstreckungsurtheils Klage erhebt.

Der Erhebung ber Alage ftehen gleich:

- bie Zustellung eines Zahlungsbefehls im Mahnverfahren;
- 2. die Anmelbung des Anspruchs im Konkurse;
- 3. die Geltendmachung der Aufrechnung des Unspruchs im Brogesse;
- 4. die Streitverfündung in dem Prozesse, von dessen Ausgang der Anspruch abhängt;

^{*)} Rach der Unterbrechung beginnt eine neue Berjährungsfrift. Der vor der Unterbrechung bereits abgelaufene Theil der Berjährungsfrift wird hierbei nicht mitgerechnet.

- 5 bie Bornahme einer Bollftredungshandlung, und, soweit die Zwangsvollstredung den Gerichten ober anderen Behörden zugewiesen ist, die Stellung des Antrags auf Zwangsvollstredung.

 210. Hängt die Zulässigkeit des Rechtswegs von der Borentscheidung einer Behörde ab, oder hat die Bestimmung des zuständigen Gerichts durch ein höheres Gericht zu erfolgen, so wird die Berfährung durch die Einreichung des Gesuchs an die Behörde oder das höhere Gericht in gleicher Weise wie durch Klagerhebung, unterbrochen, wenn die Klage binnen drei Wonaten nach der Erledigung des Gesuchs ershoben wird.
 - 3. Aufrechnung, Abtretung und Berpfändung ber Gehaltsansprüche.
- E.G. z. B.G.B. Art. 81. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Borschriften, welche die Uebertragsbarkeit der Ansprüche der im Artikel 80 Abs. 1 bezeichneten Bersonen auf Besoldung, Wartegeld, Ruhezgehalt, Wittwens und Waisengeld beschränken, sowie die landesgesetzlichen Vorschriften, welche die Aufrechnung gegen solche Ansprüche abweichend von der Vorschrift des §. 394 des Bürgerlichen Gesetzbuchs zulassen.
 - a) Aufrechnung.
- B.G.B. 394. Soweit eine Forderung der Pfändung nicht unterworfen ift, findet die Aufrechnung

gegen die Forderung nicht statt. Gegen die aus Kranken-, Hills- oder Sterbekassen ... zu beziehenden hebungen können jedoch geschuldete Beiträge aufgerechnet werden.

Anmerkung. Rach ber herrschenden Meinung (Kappelmann Pr.B.Bl. XXI S. 498 Unm. 40 und die dort Citirten ist Aufrechnung gegen die Gehaltsforderung eines Beamten nur bezüglich des pfändbaren Theils des Gehalts, $^1/_8$ dom Plus über 1500 Mark, zuläfsig. Sehens Kauh-Appelius Preuß. Kommunalbeamtenrecht S. 214. Dagegen Ledermann Kommentar z. K.B.G. G. 48 Ar. 6: Aufrechnung unbeschränkt zulässig.

b) Abtretung und Berpfänbung.

B.G.B. 400. Eine Forberung kann nicht abgetreten werben, soweit sie der Pfändung nicht unterworfen ist.

(Siehe C.P.D. § 850 Nr. 8 und Abf. 2 G. 23.)

Anmerkung 1. Im Geltungsbereiche des Preußischen Landrechts ausschließlich der landrechtlichen Gebiete der Provinz Hannover find Abtretung und schriebeite der Provinz Hannover find Abtretung und schriftige. (Herrichende Meinung.) Anhang §§. 161, 163 zu Th. I zit. 124 Allgemeine Gerichtsordnung b. 6. II. 1793, nicht aufgehoben durch §. 14 E.G. z. E.P.D. (R.G. Straff. Bd. VII S. 95). Publ. v. 18. XI. 1802 N.C.C. XI S. 1213; D.T. IV v. 24. VI. 1861. Str.Arch. Bd. 42 S. 179; Hue de Grais 13. Aufl. 1900 S. 88; Koch Kommentar z. A.P.R. 8. Auflage 1884 Bd. I S. 821; Lebermann Kommentar z. R.P.G. S. 48 Rr. 5; Kauguppeliuß Preuß. Kommunalbeantenrecht S. 213.

Anderer Meinung Örtet, Asmmehrtar zu St.D. v. 30. V. 53 3. Auflage 1900 S. 515: Gehaltsansprüche find ceffibel, soweit fie pfändbar find.

Anmerkung 2. Im Geltungsbereich bes rheinischen Rechtes besteht berselbe Rechtszustand, da Anhang §§. 161, 163 zu Th. 1 Tit. 24 Allg. Ger. Ordn. v. 6. II. 1793 bort durch K.D. v. 23. V. 1826 (G.S. S. 54) eingeführt ist.

Anmerkung 3. Für die neuen Provinzen fehlt es an lanbesgefetlichen Borfchriften. Für diese behält es bei den folgenden Borfchriften des Bürgerlichen Gesethniches sein Bewenden.

411. Tritt ein (Kommunal») Beamter ben übertragharen Theil bes Diensteinkommens, bes Wartegelbes ober bes Ruhegehalts ab, so ist die auszahlende Kasse durch Aushändigung einer von dem bisherigen Gläubiger ausgestellten, öffentlich beglaubigten Urkunde von der Abtretung zu benacherichtigen. Bis zur Benachrichtigung gilt die Abstretung als der Kasse nicht bekannt.

1069. Die Beftellung bes Rießbrauchs an einem Rechte erfolgt nach ben für die Uebertragung bes Rechtes geltenden Borschriften

An einem Rechte, das nicht übertragbar ift, kann ein Nießbrauch nicht bestellt werden.

1274. Die Beftellung des Pfandrechts an einem Rechte erfolgt nach ben für die llebertragung bes Rechtes geltenben Borschriften.

Soweit ein Recht nicht übertragbar ift, kann ein Pfandrecht an dem Rechte nicht bestellt werden.

bb. Bfandungsverrechte.

Borbemertung.

Wirtung ber Pfanbung.

E.P.O. §. 832. Das Pfandrecht, welches durch bie Pfändung einer Gehaltsforderung oder einer ähnlichen in fortlaufenden Bezügen bestehenden Forderung erworben wird, erstreckt sich auch auf die nach der Pfändung fällig werdenden Beträge.

833. Durch bie Pfändung eines Diensteinstommens wird auch dasjenige Ginkommen betroffen, welches der Schuldner infolge der Versetung in ein andres Amt, der Uebertragung eines neuen Amtes oder einer Gehaltserhöhung zu beziehen hat.

Diese Bestimmung findet auf den Fall der Aenderung des Dienstherrn keine Anwendung.

I. 3m Civilprojefuetfahren.

1. Bon ber Pfändung befreite Sachen ber Rommunalbeamten.

Civilprozefordnung neue Fassung. (R.G.BI. 1898 S. 410.)

811. Folgende Sachen find ber Pfändung nicht unterworfen:

1-6 2c.

7. Bei (Kommunal)beamten, die zur Berwaltung des Dienftes oder Ausübung des Berufes erforderlichen Gegenstände, sowie anständige Kleidung.

- 8. Bei (Kommunal)beamten ein Geldbetrag, welcher dem der Pfändung nicht unterworfenen Theile des Diensteinkommens*) oder der Pension für die Zeit von der Pfändung bis zum nächsten Termine der Gehalts= oder Pensionszahlung gleichkommt.
- 2. Pfändbarkeit ber Gehalts=Forberungen ber Kommunalbeamten.

Civilprozehordnung neue Fassung. (R.G.BI. 1898 S. 410.)

850 Abf. 1. Der Pfändung find nicht unter- worfen:

1-6 2c.

- 7. bie Penfionen ber Wittwen unb Waisen und bie benselben aus Wittwen- unb Waisenkassen zukommenden Bezüge, die Erziehungsgelber und bie Studienstipendien ;
- 8. das Diensteinkommen der (Kommunal-) Beamten, die Pension dieser Personen nach beren Bersegung in dauernden Ruhestand, sowie der nach ihrem Tode den hinterbliebenen zu gewährende Sterbe- oder Gnadengehalt.

Abs. 2. Uebersteigen in den Fällen Nr. 7 und 8 das Diensteinkommen, die Pension oder die sonstigen Bezüge die Summe von fünfzehnhundert Mark für

^{*)} Siehe § 850, 8 C.P.D., welcher folgt.

das Jahr, so ist der dritte Theil des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen.

Anmerkung. Die Bestimmungen der §§. 29, 110 bes Hannoverschen Staatsdienergesets v. 24. 6. 58 (Hannov. Ges. I 119) — vergl. auch §. 48 Abs. 4 H.St. — nach welchen zur gerichtlichen Beschlanahme der Diensteinnahme von Beamten Genehmigung der Anstellungsbehörde erforderlich war, müssen als ausgehoben gelten, da die E.P.D. eine derartige Ausnahme nicht kennt.

Abf. 4. In ben Fällen bes Abfages 2 ift bie Pfändung ohne Rudficht auf ben Betrag julaffig, wenn fie wegen ber ben Bermanbten, bem Chegatten und dem früheren Chegatten für die Zeit nach Erhebung ber Klage und für bas biefem Zeitpunkte vorausgehende lette Bierteljahr fraft Befeges zu entrichtenden Unterhaltsbeiträge beantragt wird. Das Bleiche gilt in Unsehung ber zu Gunften eines unehelichen Rindes von bem Bater für den bezeichneten Zeitraum fraft Gesetzes zu entrichtenben Unterhalts= beiträge; diese Borichrift findet jedoch insoweit teine Unwendung, als ber Schulbner gur Beftreitung feines nothbürftigen Unterhalts und zur Erfüllung ber ihm feinen Bermandten, feiner Chefrau ober feiner früheren Chefrau gegenüber gesetlich obliegenden Unterhalts= pflicht ber Bezüge bedarf. hierbei werden ausschlieflich die Leiftungen berücksichtigt, welche vermöge einer folden Unterhaltspflicht für ben nämlichen Zeitraum ober, falls die Klage zu Gunften des unehelichen Rindes nach der Klage eines Unterhaltsberechtigten

erhoben ift, für die Zeit von bem Beginn des der Rlage dieses Berechtigten vorausgehenden letten Bierteljahrs ab zu entrichten find.

II. Im Bermaltungszmangswerfahren

Berordnung, betreffenb bas Bermaltungs: zwangsverfahren megen Beitreibung von Gelbbeträgen.

Bom 15. November 1899. (G.S. S. 545.)

- 1. Die Zwangsvollftreckung wegen aller berjenigen Abgaben, Gefälle und sonstigen Geldbeträge, welche nach ben bestehenden Borschriften ber Beistreibung im Berwaltungszwangsversahren unterliegen, erfolgt ausschließlich nach den Borschriften bieser Berordnung.
 - a) Pfanbfreie Sachen.
- 25 Abf. 1. Die in dem §. 811 der Civilprozeßs ordnung*) bezeichneten Sachen sind der Pfändung nicht unterworfen.
 - b) Pfandfreie Forberungen.
 - 46. Der Pfändung find nicht unterworfen:
 - 1-5 ac.
 - 6. die Pensionen der Wittwen und Waisen und die denselben aus Wittwen- und Waisenkassen zukommenden Bezüge, die Erziehungsgelder und die Studienstipendien ;

^{*)} Siehe G. 22.

- 7. bas Diensteinkommen der (Kommunal-) Beamten ; die Pension dieser Personen nach deren Bersetzung in dauernden Ruhestand sowie der nach ihrem Tode den hinterbliebenen zu gewährende Sterbe- oder Gnadengehalt.
- Abs. 2. Uebersteigen in den Fällen der Nr. 6 und 7 das Diensteinkommen, die Bension oder die sonstigen Bezüge die Summe von fünfzehnhundert Mark für das Jahr, so ist der dritte Theil des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen.
- Abs. 3. Bei ber Einziehung von kurrenten öffentlichen Abgaben, von Disziplinarstrafen und von solchen Zwangsstrafen, welche durch die vorgesetzte Dienstbehörde sestgeset sind, sinden die Borschriften der Nr. 7 rücksichtlich des Diensteinkommens und der Pension der (Kommunal-)Beamten nicht Anwendung.

cc. Bieuervorrechte.

- 1. herangiehung ber Rommunalbeamten gu ber Gemeinbeeintommenfteuer.
 - a) In Landgemeinden.

Borbemerfung.

§. 30 ber Landgemeindeordnung für die öftlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 ift erfest durch §. 41 des Kommunalabgabengesetes vom 14. Juli 1893, welcher auch für den Geltungsbereich der übrigen Landgemeinbeordnungen an Stelle ber früheren Borsschriften getreten ist, da jene Ordnungen mit Ausnahme der Hessen-Nassauischen, vor dem Komsmunalabgabengesetz ergangen sind.

Kommunalabgabengesetz vom 14. Juli 1898. (G.S. S. 152.)

41. Die Heranziehung der . . . mittelbaren Staatsbeamten, fowie der Wittwen und Waisen dieser Personen zu Einkommen- und Auswandssteuern (§. 23) wird durch besonderes Gesetz geregelt. Bis zum Erlasse dieses Gesetzes kommen die Bestimmungen der Berordnung, betreffend die Hertimmungen der Staatsdiener zu den Kommunalauslagen in den neu erwordenen Landestheilen, vom 23. September 1867 (Gesetz-Samml. S. 1648) mit der Maßgabe zur Answendung, daß das nothwendige Domizil außer Berückstötigung bleibt.

Bufat 1: R.A.G. S. 23 al. 2.

Die Einkommensteuer kann zum Theil durch Aufwandssteuern ersetzt werden. Auswandssteuern dürsen grundsätlich die geringeren Sinkommen nicht verhältnißmäßig höher als die größeren belasten.

- Bufan 2: Landgemeindeordnung für die Provinz Heffen-Raffau vom 4. Auguft 1897 (G.S. S. 301.)
- 8. Die Gemeindeangehörigen find nach Maßgabe der bestehenden Bestimmungen zur Theils nahme an den Gemeindelasten verpflichtet.

Es gilt also hier gleichfalls § 41 des Kommunalabgabengesesses.

b) In Stäbten.

Hier gilt gleichfalls §. 41 bes Kommunalabgabengesetzes im ganzen Umfang ber Monarchie. (§. 4 ber Städteordnung für die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 [G.S. S. 254] enthält die gleiche Bestimmung, wie der vorangeführte §. 8 der Hessen-Nassausschen Landgemeindeordnung v. 4. August 1897.)

Bufas.

Berordnung, betreffend die Heranziehung ber Staatsdiener zu den Kommunal-Auflagen in den neu erworbenen Landestheilen. Lom 23. September 1867. (Gefetz-Samml. S. 1648.)

1. Bon allen birekten Kommunalauflagen, sowohl der einzelnen bürgerlichen Stadt- und Landgemeinden, als der weiteren kommunalen Körperschaften (Umtsbezirke, Distriktsgemeinden, Armendistrikte, Wegeverbände u. s. w.) und der kreis-,
kommunal- und provinzialständischen Verbände, sind
vollständig befreit:

1-3 2c. 2c.

4. die verabschiedeten Beamten hinsichts ihrer aus Staatsfonds oder sonstigen öffentlichen Kassen zahlbaren Pensionen und lausenden Unterstügungsbezüge, ebenso die Beamten hinsichts ihrer Wartegelder, sofern der jährliche Betrag

- folder Bezüge für Einen Empfänger die Summe von 750 Mark nicht erreicht;
- 5. die hinterbliebenen Wittwen und Waisen der unter 4 genannten Personen hinsichts ihrer aus Staatssonds oder aus einer öffentlichen Bersorgungskasse zahlbaren Pensionen und laufenden Unterstützungen;
- 6. die Sterbe- und Gnabenmonate;
- alle diejenigen Dienft-Emolumente, welche blos als Erfat baarer Auslagen zu betrachten find.
- 2. Zu den Beamten im Sinne dieser Berordnung gehören alle, in Diensten der dem Staate untergeordneten kommunalen Korporationen stehende, mit sester Besoldung angestellte, beziehentlich in Ruhestand getretene öffentliche Beamte, dagegen nicht diesenigen, welche nur als außerordentliche Gehülsen vorübergehend im öffentlichen Dienst beschäftigt werden.
- 3. Die Beamten (§. 2) können von ihrem Diensteinkommen einschließlich der Warte- und Ruhegehälter . . . wenn nicht ein Fall der gänzlichen Befreiung nach §. 1 vorliegt zu direkten Kommunal-Auflagen (§. 1) nur insoweit herangezogen werden, als diese von allen Pflichtigen nach dem Maahstade des perstönlichen Einkommens erhoben werden.
- 4. Das Diensteinkommen wird in solchen Fällen nur halb so hoch, als anderes gleich hohes person-Liches Einkommen der Steuerpflichtigen veranlagt.

Wenn die Veranlagung nicht unmittelbar den Einkommensbetrag zur Grundlage hat, so ist, unter Genehmigung der Aufsichtsbehörde des besteuernden kommunalen Berbandes, das Einschätzungsversahren dergeftalt besonders zu regeln, daß der vorstehende Grundsas analog zur Anwendung kommt.

Das Diensteinkommen von zufälligen Emolumenten wird gleich bem sesten Gehalte besteuert; zu biesem Behuse wird nöthigensalls der Betrag derselben in runder Summe durch die vorgesetzte Dienstbehörde festgestellt.

5. An kommunalen Auflagen aller Art (§. 1) bürfen äußersten Falls, im Gesammtbetrage, bei Befolbungen (§. 3) unter 750 Mark nicht mehr als Ein Prozent, bei Besolbungen von 750 bis 1500 Mark ausschließlich nicht mehr als anderthalb Prozent, und bei höheren Besolbungen nicht mehr als zwei Prozent des gesammten Diensteinkommens jährlich gesorbert werden.

Die hiernach etwa nöthige Ermäßigung ber nach §. 4 berechneten Steuerbeträge trifft, im Fall ber Konturrenz mehrerer kommunaler Berbände, die zu-legt zur hebung gestellte Forderung, mehrere noch nicht entrichtete Forderungen aber nach Berhältniß ihrer höhe.

6. Auf Staatssteuern und Steuerlasten, welche gemeindeweise abgetragen werden, sinden die Bestimmungen dieser Berordnung keine Anwendung.

- 7. Die gemäß §§. 3—5 ben Staatsbienern obliegende Beitragspflicht zu den Kommunalabgaben erftreckt sich auf alle diejenigen Beträge der letzteren, welche innerhalb der Zeit, da der Pflichtige dem betreffenden kommunalen Berbande angehört, auf ihn vertheilt und auch fällig werden, nicht aber auf später fällige.
- 8. Nothwendiges Domizil des Beamten am Sit seiner Behörden. (Aufgehoben burch R.A.G. S. 41.)
- 9. Bon ihrem etwaigen besonderen Bermögen haben auch die nach §. 3 begünftigten Staatsdiener ihre Beiträge zu den Kommunallasten gleich anderen Angehörigen der betreffenden Berbände zu entrichten.
- 10 Abs. 1 ersetzt durch K.A.G. § 68 Abs. 6 (Brauch. III S. 569). Die in §. 41 (K.A.G.) ge-nannten Personen [Rommunalbeamten] sind von Naturalbiensten, soweit diese nicht auf den ihnen gehörigen Grundstüden lasten, befreit;
- 11 Abs. 1. Zu ben indirekten Gemeinde-Abgaben müssen auch die nach §§. 1—5 begünstigten Bersonen gleich anderen Gemeinde-Einwohnern beitragen. Sie sind nicht befugt, mas sie hierauf entrichten, bei ihren direkten Kommunalbeiträgen in Anrechnung zu bringen.
- 12. Alle entgegenftebenden gesetzlichen Beftimmungen werben aufgehoben.

Wo jedoch weitergehende Immunitäten für Beamte.... nach statutarischem Recht ober besonderen Privilegien bestehen, soll in denselben hierdurch nichts geändert werden.

18. Gegenwärtige Berordnung tritt mit dem 30. September d. J., unter Anwendung auf alle von diesem Tage an zur Ausschreibung gelangenden direkten Kommunal-Auflagen, in Kraft.

Der Minister bes Innern wird mit Aussührung berselben beauftragt.

- 2. Heranziehung des Diensteinkommens ber Kommunalbeamten zu den Kreis= steuern.
 - a) Kreisordnung für die öftlichen Provinzen vom 13. Desember 1872.
 19. März 1881. (G.S. S. 179.)

§ 41 K.A.G. bezieht sich nur auf die Gemeindeeinkommensteuer.)

(Anderer Meinung von Trott zu Solz Ergänzungsband für Heffen-Raffau zu Brauchitsch 1898 S. 209 Ann. zu § 18 H.-R.Kr.D.)

18 Bis zu einer gesetzlichen Regelung ist die Besteuerung des Diensteinkommens der ... mittelbaren Staatsbeamten nur nach Maßgabe der §§. 2 und 3 des Gesetzes vom 11. Juli 1822 (Gesetzsamml. S. 184) und nur insoweit zulässig, als die Beiträge derselben zu den Bedürfnissen der Gemeinde ihres Wohnortes nicht bereits das in den gedachten

Gesessvorschriften bestimmte Maximum erreichen, und auch dann nur innerhalb der Grenzen der letzteren. Ebenso findet der §. 10 des Gesets vom 11. Juli 1822 auf die Heranziehung zu den Kreissabgaben Anwendung.

Zusat: Geset vom 11. Juli 1822, betreffend bie Heranziehung der Staatsdiener zu den Gemeindelasten. (G.S. S. 184.)

- 1. Das Diensteinkommen der Beamten kann von den Gemeinden, zu welchen dieselben gehören, überhaupt nur dann besteuert werden, wenn auch der Beitrag der übrigen Einwohner des Orts in der Form einer allgemeinen Einkommensteuer erhoben mird.
- 2. Das Diensteinkommen soll bei einer solchen Beschatzung fortan im Uebrigen zwar wie das Einstommen der Bürger behandelt, darf aber, weil es einerseits seinem ganzen Dasein nach von dem Leben, der Gesundheit und andern zufälligen Verhältnissen der Person abhängig, und andererseits seinem ganzen Vetrage nach, bestimmt ist, und dadurch auf der einen Seite gegen Grunds und Kapitalscinkommen, und auf der andern gegen Gewerdsscinkommen im Nachtheil steht, immer nur mit einem Theile seines Vetrages zur Quotisirung gebracht werden, welcher hierdurch auf die Hälfte bestimmt wird.

- 3. Da auch bem Staate baran liegen muß, baß ben Beamten, welche als solche ihr Sinkommen burch die ben übrigen Sinwohnern vermittelst des städtischen Bereins dargebotene Gelegenheit zum Erwerb nicht vermehren können, ihr Unterhalt unter keinerlei Umständen zu sehr geschmälert werde, so verbleibt es bei der Bestimmung, daß im äußersten Fall an direkten Beiträgen aller Art, und zu sämmtlichen Gemeindebedürfnissen bei Gehalten unter 750 Mark nicht mehr als Sin Prozent, bei Gehalten von 750 Mark bis zu 1500 Mark ausschließlich nicht mehr als Anderthalb Prozent, und bei höheren Gehalten nicht mehr als Zwei Prozent des gesammten Diensteinkommens gesordert werden können.
- 10. Jedoch bleiben von allen birekten Beiträgen zu ben Gemeinelaften befreit:
 - a) die aus Staatskassen zahlbaren Bensionen der Wittwen und die Erziehungsgelder für Waisen ehemaliger Staatsdiener;
 - eben bergleichen Benfionen, ingleichen Wartegelber ber Staatsbiener felbst, sofern beren jährlicher Betrag bie Summe von 750 Mark nicht erreicht;
 - c) die Sterbe- und Gnadenmonate;
 - d) alle biejenigen Dienste Emolumente, welche blos als Ersas baarer Auslagen zu betrachten sind.

- b) Kreisordnung für die Provinz Weftfalen. Bom 31. Juli 1886 (G.S. S. 217) und
 - c) Kreisordnung für die Rheinprovinz. Bom 30. Mai 1887. (G.S. S. 209.)
- §. 18 gleichlautend mit §. 18 der öftlichen Kreißordnung (fiehe unter a).
 - d) Kreisordnung für die Provinz Hannover. Bom 6. Mai 1884 (G.S. S. 181), sowie
 - e) Kreisordnung für die Provinz heffen-Nassau. Bom 7. Juni 1885 (G.S. S. 193) und
- f) Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holftein. Vom 26. Mai 1888. (G.S. S. 139.) d, e, f gleichlautend.

18. Bis zur anberweiten gesetzlichen Regelung bleiben die Dienstgrundstücke der Geistlichen, Kirchenbiener und Elementarschullehrer gleichfalls von den Kreislasten befreit. Auch ist dis zu dieser Regelung die Besteuerung des Diensteinkommens der mittelbaren Staatsbeamten nur nach Maßgabe der §§. 4 und 5 der Berordnung vom 23. September 1867 (Gesex-Samml. S. 1648)*) und nur insoweit zulässig, als die Beiträge derselben zu den Bedürsnissen der Gemeinde ihres Wohnortes nicht bereits das in den gedachten Gesexvorschriften bestimmte Maximum erreichen, und auch dann nur innerhalb der Grenzen

^{*)} Siehe S. 28 ff.

ber legteren. Ebenso findet der §. 1 der Berordnung vom 23. September 1867 auf die Heranziehung zu den Kreisabgaben Anwendung.

- d) Besonberes Kündigungsrecht ber Kommunalbeamten bei Miethungen von Wohnungen.
- B.G.B. 570 ... (Kommunal)Beamte ... können im Falle der Versegung nach einem anderen Orte das Miethverhältniß in Unsehung der Räume, welche sie slür sich oder ihre Familie an dem bisherigen ... Wohnsorte gemiethet haben, unter Einhaltung der gesetzlichen Frist kündigen. Die Kündigung kann nur für den ersten Termin ersolgen, sür den sie zulässig ist.
- 565 Abs. 1. Bei Grundstüden ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendervierteljahrs zuslässig; sie hat spätestens am dritten Werktage des Bierteljahrs zu erfolgen. Ist der Miethzins nach Monaten bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß eines Kalendermonats zulässig; sie hat spätestens am fünfzehnten des Monats zu erfolgen. It der Miethzins nach Wochen bemessen, so ist die Kündigung nur für den Schluß einer Kalenderwoche zulässig; sie hat spätestens am ersten Werktage der Woche zu erfolgen.
- 596 Abs. 3. Gine Kündigung bes Pachtverhältniffes nach §. 570 findet nicht ftatt.

e) Rommunalbeamte als Urfundsperfonen.

A.G. 3. B.G.B. Urt. 12 §. 2. Wird bet einem Bertrage, durch ben fich der eine Theil verpflichtet, das Eigenthum von einem in Preußen liegenden Grundstlicke zu übertragen, einer der Bertragschließens den durch eine öffentliche Behörde vertreten, so ist für die Beurkundung des Vertrags außer den Serichten und Notaren auch der Beamte zuständig, welcher von dem Borstande der zur Vertretung berufenen Behörde oder von der vorgesetzten Behörde bestimmt ist.

B.G.B. 313. Ein Vertrag, durch den sich der eine Theil verpflichtet, das Eigenthum an einem Grundstilde zu ilbertragen, bedarf ber gerichtlichen oder notariellen Beurtundung. Sin ohne Beobachtung dieser Form geschlossener Vertrag wird seinem ganzen Inhalte nach gültig, wenn die Auslassung und die Eintragung in das Grundbuch erfolgen.

873. Zur Nebertragung des Eigenthums an einem Grundstücke, zur Belaftung eines Grundstücks mit einem Rechte, sowie zur Nebertragung oder Belaftung eines solchen Rechtes ist die Einligung des Berechtigten und des anderen Theiles über den Einstritt der Rechtsänderung und die Eintragung der Rechtsänderung in das Grundbuch erforderlich, sowiet nicht das Geset ein Anderes vorschreibt.

Bor der Eintragung sind bie Betheiligten an die Einigung nur gebunden, wenn die Erklärungen gerichtlich ober notariell beurkundet . . . sind . . . E.G. 3. B.G.B. Art. 142. Unberührt bleiben die landesgesetzlichen Berschriften, welche in Ansehung der in dem Gebiete des Bundesstaats liegenden Grundstücke bestimmen, daß für die Beurkundung des im §. 313 B.G.B. bezeichneten Bertrags sowie für die nach §. 873 Abs. 2 B.G.B. zur Bindung der Betheiligten erforderliche Beurkundung der Erklärungen außer den Gerichten und Notaren auch andere Behörden und Beamte zuständig sind.

4.

Besondere Pflichten der Kommunalbeamten.

(Hue de Grais Handbuch, 13. Auflage, 1900, S. 79ff.)

- a) Bohnfigpflicht am Dienftort.
 - 1. A.-L.-R. Th. II Tit. 10. (Gilt für die ganze Monarchie.)
- 92. Rein Beamter darf den zur Ausübung seines Umtes ihm angewiesenen Wohnort ohne Borwiffen und Genehmigung seiner Borgesetzten verlassen.
- 2. Befondere Bestimmungen für städtische Beamte der Provinz Hannover. Hannoversche Städteordnung v. 24. Juni 1858. (H.G.S. S. 141.)
- 46. Die Magistratsmitglieber, die Setretaire und der Rämmerer sind verpflichtet, in der Stadt gu

wohnen, sofern nicht Magiftrat und Bürgervorfteher eine Ausnahme gestatten.

b) Berbot ber eigenmächtigen Substitution eines Anbern in Ausübung ber Dienstverrichtungen.

Gilt nur für das ehemals landrechtliche Gebiet!

A.G. z. B.G.B. Art. 89. Aufgehoben werden;

- 1. folgende Borschriften des Allgemeinen Landrechts, soweit sie sich nicht auf öffentliches Recht beziehen.
 - a) 2c. 2c.
- b) der erfte Theil mit Ausnahme . . . der. §§. 41--45 des 13. Titels.
- 41. Geschäfte eines öffentlichen Amtes foll Riesmand eigenmächtig einem Anderen an feiner Statt auftragen.
- 42. Ift es bennoch geschehen, so sind die handlungen des Substituten nichtig, und er sowohl, als sein Machtgeber haften, Giner für Beide und Beide für Einen, wegen alles daraus entstandenen Schadens.
- 43. War jedoch der Substitut zur Verrichtung von Amtshandlungen dieser Art an sich qualifizirt; so wird zwar dadurch, daß der, welchem das Geschäfteigentlich oblag, ihn dazu eigenmächtig substituirt hat, die Handlung selbst noch nicht ungültig;
- 44. Derjenige aber, welcher sich eine solche eigenmächtige Substitution angemaßt hat, soll, nach

Bewandtniß ber Umftande, mit verhältnigmäßiger Gelb= ober Gefangnifftrafe belegt werben.1)

- 45. Auch von dieser Strafe bleibt ein Beamter frei, welcher durch Krankheit, ober andern Jufall, die Geschäfte seines Amts zu verwalten, auf eine Zeitslang außer Stand gesetzt worden, und auf so lange, bis von seinem Borgesetzten wegen einstweiliger Bersehung besselben Anstalten getroffen worden, solche Amtshandlungen, die keinen Ausschlab leiden, Anderen, welche zu Geschäften von gleicher Art öffentlich bestellt und verpflichtet sind, ausgetragen hat.
- c) Pflicht zur Urlaubsnachsuchung bei bienft= licher Berhinderung und Ausnahmen.

I. Allgemeine Beltimmungen.

1. Urlaub in Krantheitsfällen und zum Zwede ber Bieberherstellung ber Gefundheit:

Die Stellvertretungstoften fallen bem betreffenden Kommunalverbanbe jur Laft.

a) Ministerialrescript vom 9. April 1837. (v. Kamph Annalen Seite 436.)

..... ba jede Kommune die Koften für ihre Berwaltung in sich aufbringen muß, ist sie auch ohne

¹⁾ An Stelle der in § 44 angedrohten Strafen treten jest die Strafen des Disziplinargefetes vom 21. Juli 1852. (Koch, Commentar, 8. Auflage; Bd. II. S. 161.)

allen Zweifel verpflichtet, für die Bertretung des Bürgermeifters in Krankheitsfällen auf ihre Koften zu forgen. Dem Antrage der Majorität des Regierungs-Kollegiums, diesen Aufwand auf Staatstoften zu übernehmen, ift daher nicht ftatt zu geben.

b) Resolution des Ministeriums des Innern und der Polizei, an den Stadtkämmerer zu N. in Ostpreußen, wegen verweigerter Entschädigung sür die Bertretung des Bürgermeisters. Bom 4. Juli 1837.

(v. Ramph Annalen Seite 687.)

Es gilt, allerbings als Regel, daß, wenn ber Borfigende eines Collegii erfrankt, das zunächst folgende Mitglied den Borfit übernehmen und die Geschäfte besorgen muß, ohne dafür eine besondere Bergütung fordern zu können.

Diese Regel steht auch hinsichtlich der MagistratsKollegien sest. Glaubten Sie nun, daß Sie aus besonderen Gründen eine Ausnahme in Anspruch nehmen könnten, so hätten Sie gleich dei Uebernahme des Geschäfts diese Gründe geltend machen sollen. Gegenwärtig ist ein Anspruch überhaupt nicht statthaft, am wenigsten gegen die Stadt, welche die Bürgermeister- und Kämmerer-Besoldung bezahlt dat, und von der daher nichts weiter gesordert werden kann. Will die Stadt Ihnen aus Villigkeitsreinden eine Remuneration für die Stellvertretung ewilligen, so wird sie daran nicht gehindert werden.

Beit ber Einberufung zum Militärdienst gewahrt. Erhalten dieselben Offizierbesoldung, so kann ihnen der reine Betrag derselben auf die Civilbesoldung angerechnet werden; denjenigen, welche einen eigenen Hausstand mit Frau oder Kind haben, beim Berslassen ihres Bohnortes jedoch nur, wenn und soweit das reine Civileinkommen und Militärgehalt zusammen den Betrag von 3600 Mark jährlich übersteigen.

Nach benfelben Grundfägen find penfionirte ober auf Wartegelb stehende Civilbeamte hinsichtlich ihrer Pensionen ober Wartegelber zu hehandeln, wenn sie bei einer Mobilmachung in den Kriegsbienst eintreten.

Obige Bergünftigungen kommen nach ausgesprochener Mobilmachung auch benjenigen in ihren Cipilstellungen abkömmlichen Staatsbeamten zu Gute, welche sich freiwillig in das heer aufnehmen lassen.

Die näheren Bestimmungen bleiben den einzelnen Bundesregierungen überlaffen.

b) Bei Berufung als Schöffe ober Geschworener.

Finanzministerialrescript v. 24. August 1849 (M.Bl. C. 189).

Im Allgemeinen muß anerkannt und baran festgehalten werden, bag ben Staatsbeamten 1) ihre

¹⁾ Alfo auch ben mittelbaren.

politischen Rechte unter der Annahme der Unentbehrlickleit in ihrer amtlichen Stellung nicht verkümmert werden dürfen; es wird daher in der Regel auch keine besondere Erlaubniß der vorgesetzten Behörde erforderlich sein, wenn Beamte als Geschworene²) zu den Schwurgerichtssitzungen einberufen werden.

II. Specialbeftimmungen.

1. Beurlaubung der Bürgermeister, Beisgeordneten und Magistratsmitglieder. Allgemeine Berfügung vom 10. Dezember 1898, bestreffend die Beurlaubung der mit der Handhabung der Polizei in Städten betrauten Magistratspersonen.

(M.Bl.d. S. S. 4/5.)

Die mit der Handhabung der Polizei in Städten betrauten Magistratspersonen bedürfen in denjenigen Fällen, in welchen sie nach dem unten abgedruckten Cirkularerlasse vom 5. Dezember 1867 (Unlage a) Urlaub von dem Regierungspräsidenten zu nehmen haben, neben diesem Urlaub eines Dispenses oder einer förmlichen Beurlaubung von denen ihnen außer den polizeilichen übertragenen Magistrats-Geschäften durch den Magistratsdirigenten nicht. Ein solches selbständiges Beurlaubungsrecht des Legteren neben demjenigen des ihm vorgesetzten Regierungspräsidenten würde den allgemeinen Regeln der Beamten-

²⁾ Ift analog auf den Schöffendienst anzuwenden.

bisziplin wibersprechen und ist beshalb nicht ans zuerkennen.

Undererseits hat die Bestimmung des Cirkularerlaffes vom 5. December 1867, welche ben zu Polizeiverwaltern bestellten Magistratspersonen ausbriidlich vorschreibt, daß fie, ebenfo wie die Anzeigen über eine mehr als brei- und weniger als achttägige Abwesenheit, auch ihre Urlaubsgesuche ftets "zunächst bem birigirenden Bürgermeifter gur Beiterbeförderung zuzustellen" haben, boch mehr als eine nur formelle Bebeutung. Sie foll bem Magiftratsbirigenten Belegenheit geben, sich entweder mit der Ertheilung bes erbetenen Urlaubs einverftanben zu erklären oder seine etwaigen Bedenken gegen die Beurlaubung vor der Bewilligung des Urlaubs dem Regierungs= präfibenten vorzutragen. Diefer wird, wenn gegen die Beurlaubung aus der Lage der von dem Bolizeis verwalter mitverwalteten Magistratsgeschäfte wesent= liche und gerechtfertigte Bedenken erhaben werben. bie fich auf andere Beise nicht beseitigen lassen, ben Urlaub verfagen müffen. In diefer Beziehung beruht der Cirkularerlaß vom 5. Dezember 1867 ganz auf berfelben Auffaffung, aus welcher heraus in dem Erlasse vom 10. Mai 1872 (Min.Bl. 1872 S. 137) ber Grundsak ausgesprochen ist, daß die "Pflichten, welche ein beftimmtes Umt bem Inhaber auferlegt", baburch "feine Minberung erleiben fonnen, daß bie betreffende Berson ein anderes, in irgend einer Beziehung mit geringeren Pflichten verknüpftes Umt übernimmt."

Aus demselben Grundsate folgt, daß auch die Frage zu bejahen ist, ob die Polizeiverwalter, welchen zugleich Magistratsgeschäfte obliegen, in denjenigen Fällen, in welchen sie wegen der kurzen Dauer der beabsichtigten Entsernung vom Amte als Polizeiverwalter einer Beurlaubung durch den Regierungspräsidenten nicht bedürfen, gleichwohl auch nach dem Cirtularerlasse vom 5. Dezember 1867 verpslichtet seien, Urlaub von dem dirigirenden Bürgermeister zu erbitten.

Die Entscheibung auf die ihm durch die Hand des dirigirenden Bürgermeisters vorgelegten Urlaubszgesuche wird der Regierungspräsident in der Regel auf dem gleichen Wege den Antragstellern zugehen zu lassen, und, wo er eine direkte Benachrichtigung vorzieht, jedenfalls gleichzeitig dem Bürgermeister von der Urlaudsbewilligung Mittheilung zu machen haben. Findet sich dabei Anlaß zu sonstigen sür den Magistrat bestimmten Anordnungen oder Benachrichtigungen, so sind diese an den dirigirenden Bürgermeister zu richten.

Berlin, ben 10. Dezember 1898.

Der Minister bes Innern Frhr. von ber Rece.

Unlage a.

In Folge ber gutachtlichen Neußerungen, welche von ben Provinzialbehörden auf meinen Erlaß vom 10. December 1865 erstattet worden sind, habe ich angemessen befunden, die bestehenden Borschriften über die Beurlaubung der städtischen Magistratspersonen anderweit und gleichmäßig zu regeln, und bestimme zu diesem Behuse für diesenigen Städte, welche

- a) nach der Städteordnung vom 30. Mai 1858 für die sechs östlichen Provinzen,
- b) nach ber Westsälischen Städteordnung vom 19. März 1856 ober
- c) nach ber Rheinischen Stäbteordnung vom 15. Mai 1856

verwaltet werden, Folgendes:

- 1. Die Oberbürgermeister und Bürgermeister (die Beigeordneten, beziehentlich die zweiten Bürgermeister nur, während sie vertretungsweise die Funktionen des dirigirenden Bürgermeisters ausüben), haben von einer längeren als dreitägigen, jedoch den Beitraum von acht Tagen nicht übersteigenden Abwesenheit vom Amte dem vorgesetzen Regierungspräsidenten Anzeige zu machen. Zu einer längeren als achttägigen Abwesenheit bedürsen sie des Urlaubs des Regierungspräsidenten.
- 2. Das Nämliche gilt, falls eine andere Magiftratsperson als ber Bürgermeifter mit ber handhabung

ber Polizei in ber Stadt beauftragt ift, für ben betreffenden Beamten.

3. Die nach Bestimmung 1. und 2. an die Regierungspräsidenten zu richtenden Anzeigen und Urlaubsgesuche sind — sofern die Stadt einem landeräthlichen Kreisverbande angehört und die Ortspolizei nicht einer besonderen Königlichen Behörde übertragen ist — durch den Landrath an den Regierungspräsidenten einzureichen, die Bescheide des letzteren auf gleichem Wege zurück zu befördern.

In bem oben sub 2 erwähnten Falle ist bie betreffende Anzeige, bezüglich das Urlaubsgesuch zunächst bem dirigirenden Bürgermeister zur Beiterbeförderung zuzustellen.

- 4. Zugleich mit der Anzeige oder dem Urlaubsgesuche (zu 1. und 2.) ist der Regierungspräsident jedesmal von den wegen Bersehung des Dienstes während der Abwesenheit vom Amte getroffenen oder zu treffenden Aenderungen in Kenntniß zu segen.
- 5. Die übrigen Magistratsmitglieder und die Beigeordneten (zweiten Bürgermeister), auf welche die Bestimmungen zu 1. und 2. nicht Anwendung sinden, haben den Urlaub, ohne Unterschied der Dauer und ob sie besoldet sind oder nicht, bei dem dirigirenden Bürgermeister zu nehmen. Letztere hat indeh dergleichen Beurlaubungen, sosern sie auf längere Zeit als vier Wochen erfolgen, dem Regierungspräsidenten anzuzeigen.

6. Alle hiervon abweichenden reglementarischen Bestimmungen, insbesondere der Geschäftsinstruktion für den Magistrat zu Berlin vom 14. Juli 1834, sür die Magisträte in den sechs öftlichen Provinzen vom 25. Mai 1835, sowie der zu der Westfälischen und der Kheinischen Städteordnung ergangenen Ministerial-Justruktionen vom 9. Mai resp. 18. Juni 1856 u. s. werden hierdurch außer Kraft gesetzt.

Hinsichtlich der nicht zu den Magistratspersonen gehörenden Gemeindebeamten bleiben die bisherigen Vorschriften ungeandert.

Berlin, ben 5. Dezember 1867.

Der Minifter bes Innern. Graf zu Gulenburg.

2. Beurlaubung ber fonftigen ftabtifchen Beamten.

Im Geltungsbereich ber Stäbteordnung vom 30. Mai 1853.

Instruktion für die Stadtmagistrate vom 25. Mai 1835.

(von Ramps, Annalen S. 733.)

20, Rr. 9. Er (ber Dirigent bes Magistrats, Bürgermeister ober Oberbürgermeister) ist besugt, ben Unterbeamten bes Kollegiums bis auf vier Bochen Urlaub zu ertheilen; längerer Urlaub muß für die Unterbeamten beim Magistrats-Kollegium nachgesucht werden.

3. Befondere Bestimmungen für hannoveriche ftabtifche Beamte.

Hannoversche Städteordnung vom 24. Juni 1858.
(G.S. S. 141.)

59. Der Bürgermeister darf sich über Nacht nur mit Bormissen des Stellvertreters und bei einer acht Tage und darüber dauernden Abwesenheit nur unter Zustimmung des Wagistrats aus dem Stadtgebiete entsernen.

Den Mitgliedern des Magistrats kann der Bürgermeister auf 14 Tage Urlaub ertheilen; ein längerer Urlaub erfordert die Bewilligung des Magistrats.

Die Genehmigung der vorgesetzten Dienstbehörde*) ist erforderlich zu einer acht Tage und darüber dauernden Beurlaubung des Bürgermeisters, des Borstandes einer städtischen Polizeidirektion und desjenigen Magistratsmitgliedes, welches nach Bestimmung des Regierungspräsidenten die städtische Bolizei zu beforgen hat.

Beurlaubungen ber übrigen Magiftratsmitglieber auf länger als vier Wochen find ber vorgesetten Dienstbehörbe anzuzeigen.

4. Für die Beamten der anderen Rommunalperbande

tönnen Beftimmungen über Urlaubsertheilungen ftatutarisch bezw. reglementarisch festgeset werden.

^{*)} Des Regierungspräfidenten.

d) Amtsverschwiegenheit.

1. Illgemeine Seftimmungen.

1. Kabinetsorber vom 21. November 1835, betr. die Amtsverschwiegenheit der öffentlichen Beamten. (G.S. S. 237.)

Obaleich Gesetze und Dienst-Anstruktionen ben öffentlichen Beamten Berfcwiegenheit über Gegenstände ihres Amtes zur Pflicht machen, fo habe Ich boch mikfällig in Erfahrung gebracht, baf biefe Bflicht aus den Augen gesett, über bergleichen Gegenstände, ohne amtliche Veranlaffung, mündliche und schriftliche Mittheilung gemacht und folde felbst zur Bublizität gebracht worben. Gine folche Berlegung ber gesetlichen Borfchriften ift nicht länger gu bulben; bas Staatsminifterium hat baber biefe Migbräuche abzustellen und zu veranlassen, bag bie Departements-Chefs nicht nur ihren untergeordneten Behörden und Beamten die im Intereffe bes Dienstes unerläfliche Verschwiegenheit wiederholend und ernstlich einschärfen, sondern auch die geeigneten Anordnungen treffen, um die genaue Beobachtung derselben zu sichern und die Bropa= lation amtlicher Verhandlungen zu verhindern. Die Departements-Chefs haben auf die Befolgung diefer für die Beamten aller Kategorien geltenden Vorschrift mit Ernft und Sorgfalt zu halten, Die Beamten, welche dieselbe verleken, unnachsichtlich zur Berantwortung

J

und Bestrafung zu ziehen (Die Bestrafung ersfolgt nach ben Borschriften bes Disziplinars gesetzes v. 21. Juli 1852). Ich beauftrage bas Staatsministerium, die gegenwärtige Order durch die Gesetzammlung zur allgemeinen Kenntniß zu bringen.

Berlin, 21. November 1885.

Friedrich Bilhelm.

Un bas Staatsministerium.

(Bgl. Reichsbeamtengesets v. 31. März 1873 R.G.Bl. S. 61 § 11.)

Ueber die vermöge seines Amtes ihm bekannt gewordenen Angelegenheiten, deren Geheimhaltung ihrer Natur nach ersorderlich oder von seinem Vorgesetzten vorgeschrieben ist, hat der Beamte Verschwiegenheit zu beobachten, auch nachdem das Dienstverhältnis aufgelöst ist.

- 2. Umtsverichwiegenheit und Beugniß: pflicht im Civilprozeß und Strafprozeß.
 - a) Wahrung des Dienstgeheimnisses bei Bernehmung eines Kommunalbeamten als Zeuge.

Civilprozefordnung neue Faffung. (R.G.Bl. 1898 C. 410.,

376. Deffentliche Beamte, auch wenn sie nicht mehr im Dienste sind, dürfen über Umstände, auf welche sich ihre Pflicht zur Amtsverschwiegenheit bezieht, als Zeugen nur mit Genehmigung ihrer vorzesetzten Dienstbehörde oder der ihnen zulegt vorgesetzt gewesenen Dienstbehörde pernommen werden ...

Die Genehmigung barf nur verfagt werben, wenn die Ablegung des Zeugnisses dem Wohle des Reiches oder eines Bundesstaates Nachtheil bereiten würde.

Die Genehmigung ist burch bas Prozefgericht einzuholen und bem Zeugen bekannt zu machen.

Strafprozegordnung v. 1. Februar 1877. (R.G.BI. S. 253.)

53. Mit C.R.O. §. 376 Abf. 1 u. 2 wörtlich gleichlautend, Abf. 3 fällt weg.

b) Pflicht ber Kommunalbeamten, fich im Civilprozeß und Strafprozeß als Sachver= ftanbige vernehmen zu laffen.

Civilprozefordnung, neue Raffung. (R.G.Bl. 1898 C. 410.)

407. Der zum Sachverständigen Ernannte hat ber Ernennung Folge zu leisten, wenn er zur Erstattung von Gutachten der erforderten Art öffentlich bestellt ist, oder wenn er die Wissenschaft, die Kunst oder das Gewerbe, deren Kenntniß Boraussetzung der Begutachtung ist, öffentlich zum Erwerbe ausübt, oder wenn er zur Ausübung derselben öffentlich bestellt oder ermächtigt ist.

Bur Erstattung des Gutachtens ist auch derjenige verpflichtet, welcher sich zu derselben vor Gericht bereit erklärt hat.

St.P.O. §. 75 wörtlich gleichlautenb.

C.B.O. §. 408 Abs. 2. Die Bernehmung eines öffentlichen Beamten als Sachverständigen findet

nicht statt, wenn die vorgesetzte Behörde des Beamten erklärt, daß die Bernehmung den dienstlichen Interessen Nachtheile bereiten würde.

St. P.O. § 76. Abf. 2 wörtlich gleichlautend.

II. Sonderbeftimmungen.

- 1. Einkommenfteuergeset vom 24 Juni 1891. (G.S. S. 175.)
- 69. Die bei der Steuerveranlagung betheiligten (Kommunal)=Beamten . . . werden, wenn sie die zu ihrer Kenntniß gelangten Erwerds=, Bermögens= oder Einkommensverhältnisse eines Steuerpflichtigen, ins= besondere auch den Inhalt einer Steuererklärung oder der darüber gepflogenen Verhandlungen unbefugt offenbaren, mit Gelbstrase bis zu eintausendfünf= hundert Mark1) oder mit Gefängniß dis zu drei Monaten bestraft

Die Berfolgung findet nur auf Untrag der Resgierung²) ober des betroffenen Steuerpflichtigen statt.

- 2. Gewerbefteuergefet vom 24. Juni 1891. (G.S. S. 205.)
- 72. Die bei der Steuerveranlagung betheiligten (Kommunal)-Beamten . . . werden, wenn fie die zu

¹⁾ Im Unvermögensfalle Haft gemäß R.St.G.B. §. 28, 29. (E.St.G. §. 70.)

²⁾ In Berlin ber Koniglichen Direktion fur bie Bermaltung ber birekten Steuern.

ihrer Kenntniß gelangten Erwerbs-, Bermögens- ober Einkommensverhältnisse ober die Geschäftsgeheimnisse eines Steuerpflichtigen, insbesondere auch den Inhalt der im §. 55 1) bezeichneten Erklärungen oder der darüber gepflogenen Verhandlungen unbefugt offensbaren, mit Gelbstrase bis zu eintausendfünshundert Mark 1) oder mit Gefängniß bis zu drei Monaten bestraft.

Die Strafverfolgung tritt nur auf Antrag ein und muß stattfinden, insofern der durch die Berslezung des Geheimnisses betroffene Steuerpflichtige dieselbe unter Darlegung des Sachverhalts beansprucht und nicht Rücksichten des öffentlichen Wohles entgegenstehen. Für die Stellung des Antrages... ist... die Bezirksregierung zuständig. (Siehe S. 55 Anm. 2.)

- 3. Erganzungsfteuergeset vom 14. Juli 1893. (G.S. S. 134.)
- 46. Die folgenben Beftimmungen bes Ginstommenfteuergesetes...

¹⁾ Berhandlungen über den jährlichen Ertrag des Gewerbebetriebes oder über den Werth des Anlage und Betriedskapitals, worüber der Steuerslichtige auf besondere Aufforderung des Borsigenden eines zuständigen Steuersausschusses des Beranlagungsbezirks Auskunft zu ertheilen verpflichtet ift.

²⁾ Im Unvermögensfalle Haft, gemäß R.St.G.B. 88, 28, 29 (G.St.G. §. 73).

- 69 2c. (siehe vorher unter 1) finden sinngemäße Anwendung, . . . §. 69 mit der Maßgabe, daß der Steuererklärung die Bermögensanzeige, dem Ginkommen das steuerbare Bermögen im Sinne dieses Gesets gleichsteht . . .
- e) Genehmigung zur Uebernahme von Neben= ämtern, Nebenbeschäftigungen, zum Ge= werbebetrieb und zur Uebernahme einer Bormunbschaft.
 - 1. Nebenämter und Nebenbeschäftigungen ber Magiftratsmitglieber.

Berfügung bes Ministers bes Innern.

Bom 21. Januar 1882. (M.Bl. S. 47.)

Die Kabinetsordre vom 13. Juli 1839 bezieht sich nur auf unmittelbare Staatsbeamte. Dasgegen aber ergiebt sich aus den den Königk. . . . Regierungspräsidenten (für Berlin dem Oberpräsidenten) in § 76 der Städteordnung vom 30. Mai 1853 (jest § 7 des Zuständigkeitsgesetzes vom 1. August 1883) zugewiesenen Aufsichtsbesugnissen von selbst die Verpstichtung darüber zu wachen, daß von Magistratsmitgliedern nicht Nebenämter oder sonstige Nebenstellungen versehen werden, welche mit ihrem betressenen Kommunalamte unvereindar erscheinen. Es ist viedmehr in Fällen solcher Art die Uebernahme oder Fortsührung des Nebenamtes 2c. zu

untersagen und wenn einer bezüglichen Aufforderung nicht Folge gegeben werden sollte, auf Grund des Disciplinargesetes vom 21. Juli 1852 einzuschreiten.

Annı. Dieselben Bestimmungen werden naturgemäß auf alle Kommunalbeamte Anwendung finden.

2. Befondere Beftimmungen bezüglich der Uebernahme von Nebenämtern und Nebensbeschäftigungen für hannoversche städtische Beamte.

Hannoveriche Städteordnung v. 24. Juni 58. (G.S. S. 141.)

57. Die befolbeten stimmführenden Mitglieder des Magistrats, die Stadtsekretäre sowie der Kämmerer dürfen ohne Genehmigung des Magistrats und der Bürgervorsteher weder einen andern Erwerbszweig oder ein Nebengeschäft betreiben, noch andere Staatsbienste neben ihren städtischen Uemtern bekleiden. Inwiesern ein solcher Nebenerwerd den Unterbedienten zu gestatten, bleibt der Bestimmung des Ortsstatuts überlassen.

Unm. Für die sonstigen Kommunglverbande fehlt es an Bestimmungen, doch können solche statutærisch oder reglementarisch eingeführt werden.

3. Gewerbebetrieb der Kommunalbeamten. Preußische Allgemeine Gewerbeordnung Bom 17. Januar 1845. (G.S. S. 41.)

19. ... Alle mittelbaren Staatsbeamten, auch folche, die ihr Amt unentgeltiich verwalten, bedürfen zu dem

Betriebe eines Gewerbes der Erlaubniß ihrer vorgesetzen Dienstbehörde, sofern nicht das Gewerbe mit der Bewirthschaftung eines ihnen gehörigen ländlichen Grundstücks verbunden, oder fonst durch besondere gesetzliche Bestimmungen ein Anderes angeordnet ist.

Diese Erlaubnig muß auch zu bem Gewerbebetriebe ihrer Ehefrauen, ber in ihrer väterlichen Gewalt stehenden Kinder, ihrer Dienftboten und anderer Mitglieberihres hausstandes eingeholt werden.

Gewerbeordnung für den Norddeutschen Bund.

Bom 21. Juni 1869. (B.G.BL S. 245.)

12 Abs. 2. Diejenigen Beschränkungen, welche in Betreff des Gewerhebetriebes für Personen des . . . Beamtenstandes, sowie deren Angehörigen bestehen, werden durch das gegenwärtige Geset nicht berührt.

4. Genehmigung ber vorgesetten Dienst= behörde zur Uebernahme einer Bormunb= icaft, Gegenvormunbicaft, Pflegschaft, sowie bes Amtes als Beiftanb.

B.G.B. 1784. Gin (Kommunal) Beamter ..., ber nach ben Landesgesehen einer besonderen Erlaubniß zur Uebernahme einer Bormundschaft bedarf, soll nicht ohne die vorgeschriebene Erlaubniß zum Bormunde bestellt werden.

U.G. 3. B. B., Urt. 72, Abf. 1 und 2. Wer ein

besolbetes Amt in der . . . Rommunalverwaltung belleidet, beharf zur llebernahme einer Bormundschaft ober zur Fortführung einer vor dem Eintritt in das Amt übernommenen Bormundschaft der Erlaubniß der zunächst vorgesesten Behörde. Das Gleiche gilt für die llebernahme oder die Fortsführung des Amtes eines Gegenvormundes, Pslegers oder Beistandes.

Die Erlaubniß kann zurückgenommen werden. B.G.B. 1888. If ein Beamter zum Bormunde beftellt, so hat ihn das Bormundschaftsgericht zu entlassen,
wenn die Erlaubniß, die nach den Landesgeseten zur Uebernahme der Bormundschaft oder zur Fortführung
der vor dem Eintritt in das Amts- oder Dienstverhältniß übernommenen Bormundschaft erforderlich
ist, versagt oder zurückgenommen wird, oder wenn
die nach den Landesgesesen zulässige Untersagung
der Fortführung der Bormundschaft erfolgt.

- f) Pflicht zur Stempelfontrolle.
- 1. Für Breugen.

Stempelfteuergesetz vom 31. Juli 1895. (G.S. S. 413.)

Saftbarteit für bie Stembelfteuer.

13. Für die Entrichtung der Stempelsteuer haften unter Borbehalt des Rückgriffs gegen die eigentlich Berpflichteten:

a) (Kommunal)Beamte, welche die von ihnen aufgenommenen Urfunden vor erfolgter oder nicht ausreichend erfolgter Stempelverwendung aushändigen oder Ausfertigungen oder Abschriften ertheilen oder wegen der Einziehung des Stempels die ihnen nach §. 15 obliegenden Pflichten versabsäumen.

Beit ber Stempelbermenbung bei ben bon Behörben und Btamten aufgenommenen Berhamblungen.

Festfetung bon Orbnungsstrafen gegen Beamte . . .

19. . . . Mittelbare Staatsbeamte, . . . welche bei ihren amtlichen Berhandlungen ober bei ben im

Auftrage ober Namens einer mittelbaren Staatsbehörde mit Privatpersonen abgeschlossenen Berträgen die ihnen durch dieses Gesetz oder die zu dessen Ausführung erlassenen Borschriften hinsichtlich der Bersteuerung auferlegten Pflichten versäumen, sind, sofern nicht nach der Art des Bergehens wegen verletzer Amtspflicht eine höhere Strase eintritt, mit einer Ordnungsstrase dies zum Betrage des nicht verwendeten Stempels, jedoch nicht über einhundertsünfzig Mark zu belegen.

.... Die Festsetzung der Strafen gegen Beamte erfolgt durch die ihnen vorgesetzte Aufsichtsbehörbe; die Ermäßigung oder Riederschlagung der Strafe kann durch basjenige Ministerium angeordnet werden, zu bessen Berwaltung der Beamte gehört.

2. Für bas Reich.

Reichsftempelgesetz vom 27. April 1894. (R.G.BI. S. 381.)

- 40. Außerdem haben . . . die Behörden und Beamten der Kommunen die Verpflichtung, die Besteuerung der ihnen vorkommenden Urkunden zu prüsen und die zu ihrer Kenntniß gelangenden Zuwiderhandlungen gegen dieses Geset dei der zuständigen Behörde zur Anzeige zu bringen.
- 34 Abs. 1. Zuwiberhandlungen gegen bie Borsschriften bieses Gesets..., die im Gesets mit keiner besonderen Strafe belegt find, ziehen eine Ordnungssftrafe bis zu einhundertfünfzig Mark nach sich.

5.

Anspruch auf Ersak des von Rommunalbeamten zugefügten Schadens.

(Niedner, Kommentarzum Einführungsgesetzum Bürgerlichen Gesetzuch, Berlin 1899, S. 145.) Achilles, Burgerliches Gesetzuch, 2. Auflage Berlin bei Guttentag 1899.

Borbemertung.

Für ben Fall, daß der Beamte den Schaden in Ausübung seiner amtlichen Berrichtungen verursacht, kommen nachstehende Bestimmungen in Betracht.

- (Hat ber Beamte ben Schaben nicht in Ausübung seiner amtlichen Berrichtungen verursacht, also lediglich in Ausübung privater Verrichtungen einen Oritten geschäddigt, so hastet ber Beamte selbst, wie sede andere Privaterson nach den Grundsähen des kontraktlichen verschulbens B.G.B. §§. 276—278, 287, 300 bezw. §§. 249 ff. 823, 989, 1838, 2133).
- a) Schabensersatzanspruch gegen ben Beamten selbst bezw. bessen Bertreter ober Gehülfen, und zwar gleichviel, ob er sich in Ausübung ber ihm anvertrauten privatrechtlichen Berrichtungen, ober ber ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt besindet.
- B.G.B. 839. Berlett ein Beamter vorfätlich ober fahrlässig die ihm einem Dritten gegenüber obliegende Amtspflicht, so hat er bem Dritten

Nach Kang-Appelius Preußisches Communalbeamtenrecht Berlin 1900 J. T. Heines Berlag S. 257 kommen hier folgende Borschriften des Preußischen Landrechts in Betracht (Bergl. die Anm.).

A.S.R. Th. I Tit. 13. §§. 41, 42, abgebruckt S. 39.

U.S.R. Th. II Tit. 10. §§. 90, 91, abgebruckt S. 5.

- A.S.M. Th. I Tit. 6 (aufrecht erhalten durch A.G. 3. B.G.B. Art. 89, soweit öffentliches Recht in Frage kommt).
- 45. Wer ben Befehl bessen, bem er zu gehorchen schuldig ift, vollzieht, kann in ber Regel zu keinem Schabensersat angehalten werben.
- 46. Er muß aber bafür haften, wenn die befohlene Handlung in den Gesetzen ausdrücklich verboten ist.
- 47. Wer vermöge feines Standes oder Amtes die Befehle seiner Borgesetten ohne Ginschränkung zu besolgen verpflichtet ift, von dem kann nicht gefordert werden, daß er einen in Dienstgeschäften ihm geschehenen Auftrag seiner Oberen prüfe.
- 48. Dem, ber aus Unwissenheit einen gesetzwidrigen Befehl ausgerichtet hat, bleibt der Regreß gegen den Befehlenden vorbehalten.
- 49. Wer die Grenzen des erhaltenen Befehls überschreitet, macht sich allemal zum Ersatz des das durch entstandenen Schadens verantwortlich.
 - 58. Wer eine unerlaubte handlung befiehlt,

haftet hauptsächlich für ben baraus entstanbenen Schaben.

Unm. Th. II Tit. 10 §§. 90, 91 gelten für die ganze Monarchie, die vorangeführten Beftimmungen des Th. I N.L.N. nur für das vormals landrechtliche Gebiet. Im gemeinen und französischen Rechte find Sonderbeftimmungen nicht vorhanden.

- b) Erfaganfpruch gegen ben öffentlichen Berband, beffen Organ ber Beamte ift.
- 1. Wenn ber Beamte fich in Ausübung ihm anvertrauter privatrechtlicher Ber= richtungen befunden hat.

Borbemerfung.

Dienten biese Berrichtungen zur Erfüllung eines bem Communalverbande obliegenden Contractes, so ist die Haftung aus B.G.B. §. 278 begründet, anderenfalls aus B.G.B. §§. 31, 89.

(Das Citat bei Riedner S. 145 §§. 31, 46 ift offenbar ein Druckfehler!)

aa Rontrattliche Berhältniffe.

B.G.B. 278. Der Schulbner hat ein Berschulben seines gesetzlichen Bertreters und der Perssonen, deren er sich zur Erfüllung seiner Berbindlichsteit bedient, in gleichem Umsange zu vertreten, wie eigenes Berschulden. Die Borschrift des §. 276 Abs. 2 sindet keine Anwendung.

276 Abf. 2. Die haftung wegen Borsages tann bem Schulbner nicht im Boraus erlaffen werben.

bb. Mukerkontrattliche Berhältniffe.

- B.G.B. 31. Der Berein ift für ben Schaben verantwortlich, ben ber Borstand, ein Mitglied bes Borstandes ober ein anderer versassungsmäßig berusener Bertreter durch eine in Aussührung der ihm zustehenden Berrichtungen begangene, zum Schadensersas verpssichtende Handlung einem Dritten zusügt.
- 89 Abs. 1. Die Vorschrift des §. 31 findet auf die Körperschaften, des öffentlichen Rechtes entsprechende Anwendung.
- 2. Wenn ber Beamte fich in Aussibung ber ihm anvertrauten öffentlichen Gewalt befunden hat.
- E.G. 3. B.G.B. Art. 77. Unberührt bleiben bie landesgeseglichen Borschriften über die Haftung.... ber Gemeinden und anderer Kommunalverbände (Propinzials, Kreiss, Amtsverbände) für den von ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden') sowie

¹⁾ Im Gebiet des Allgemeinen Landrechts und des gemeinen Rechts giebt es solche landesgesetliche Borschriften nicht, wohl aber im Gebiete des französsischen Rechtes.

Code eivil. Art. 1384. Abf. 1. Man ift nicht nur für ben Schaben verantwortlich, ben man durch feine eigene Handlungen verursacht, sondern auch für den-

bie landesgesetlichen Borschriften, welche bas Recht bes Beschädigten, von bem Beamten ben Ersat eines solchen Schabens zu verlangen, insoweit ausschließen, als ber Kommunalverband haftet.2)

6. Sicherung ber Aften und amtlichen Sachen beim Tobe eines Kommunalbeamten.

Preuß. Gefet über die freiwillige Gerichts:
barkeit.

Bom 21. September 1899 (G.S. S. 253).

Art. 20. Nach dem Tode eines Beamten hat, unbeschabet der Zuftändigkeit des Nachlaßgerichts, die Behörde, welcher der Berstorbene angehörte, oder die Aufsichtsbehörde für die Sicherung der amtlichen Atten und der sonstigen Sachen, deren Herausgabe auf Grund des Dienstverhältnisses verlangt werden kann, zu sorgen, soweit hiersür ein Bedürsniß entsteht.

jenigen, der aus einer Handlung der Personen, sür welche man zu haften hat , entsteht.

Art. 1384 ift aufrecht erhalten durch A.G. 3. B.G. 2. Art. 89.

Aufgehoben wird:

2. Das Rheinische Bürgerliche Gesethuch mit Ausnahme des Artikel 1384, soweit er auf die Haftung der Gemeinden und anderer Communalverbände für den an ihren Beamten in Ausübung der diesen anvertrauten öffentlichen Gewalt zugefügten Schaden Anwendung finde .

*) Solche landesgesehliche Borfdriften find für Preuße.t nicht erlaffen.

Werben bei der Ausführung einer Maßregel, die das Gericht zur Sicherung eines Nachlasses angeordnet hat, Sachen der im Abs. 1 bezeichneten Art vorzefunden, so hat das Gericht die Behörde, welcher der Berstorbene angehörte, oder die Aufsichtsbehörde hiervon zu benachrichtigen und ihr zugleich von den Sicherungsmaßregeln, die in Ansehung dieser Sachen vorgenommen worden sind, Mittheilung zu machen. Der Behörde liegt es ob, das Weitere zu veranlassen.

II. Art der Anftellung.

Rommunalbeamtengeset v. 30. Juli 1899 mit Ausführungsanweisung v. 12. Oktober 1899 und ben Zusätzen.

- 1. Zusat zu K.B.G. §. 6: Beschluß bes Reichsgerichts III Civilsenats vom 15. Februar 1898 und Gebührenordnung vom 30. Juni 1878, neue Fassung (R.G.BI. 1898 S. 691) §. 14.
 - 2. Zusat zu K.B.G. §. 11 Abs. 2: Gemeindepolizeibeamte.
 - 3. Zusag zu K.B.G. §. 12 Abs. 1: Standesbeamte.

Commentare von Dr. Lebermann, Berlin 1899 bei Guttentag; Freytag, Berlin 1900 bei Karl Heymann; Dr. Kremski, Leipzig 1900 bei Albert Berger (Meinholds juristische Handbibliothek, Band 112).

1.

Gefet betreffend die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten vom 30. Juli 1899.

Angemeine Beftimmungen.

- 1. (A. Art. I.) Als Communalbeamter im Sinne bieses Gesetzes gilt, wer als Beamter für den Dienst eines Communalverbandes (§§. 8 bis 22) gegen Besoldung angestellt ist. Die Anstellung ersfolgt durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde.
- 2. (A. Ar. I.) Die Rechtsverhältnisse ber auf Probe, zu vorlibergehenden Dienstleistungen ober zur Borbereitung angestellten Communalbeamten unterliegen den Bestimmungen dieses Gesess nur insoweit, als dies ausdrücklich vorgesehen ist. Die Anstellung auch dieser Beamten erfolgt nach §. 1 Saz 2.

Auf Personen, welche ein Communalamt nur als Rebenamt ober als Rebenthätigkeit ausüben ober ein Communalamt führen, das seiner Art oder seinem Umsange nach nur als eine Rebenthätigkeit anzusehen ist, sindet dieses Geset keine Anwendung.

- 3. (A. Art. II.) Die Zahlung bes Gehalts an Communalbeamte erfolgt in Ermangelung besonderer Festsetzungen vierteljährlich im Boraus.
- 4. (A. Art. II.) Die hinterbliebenen eines Communalbeamten erhalten für bas auf ben Sterbe-

monat folgende Vierteljahr noch die volle Besoldung des Verstorbenen (Gnadenquartal); mar der Versstorbene pensionirt, so gebührt ihnen die Pension noch für den auf den Sterbemonat solgenden Wonat (Gnadenmonat). Dabei sinden die für die unmittelsdaren Staatsbeamten geltenden Bestimmungen mit der Waßgabe Anwendung, daß an Stelle der Genehmigung des Verwaltungschess und der Provinzialbehörde, auf deren Stat die Pension übernommen war, die Genehmigung der Communalverwaltungssbehörde tritt.

5. (A. Art. II.) In dem Genusse der von dem verstorbenen Beamten bewohnten Dienstwohnung ist die hinterbliebene Familie in Ermangelung anderweiter Festsehungen nach Ablauf des Sterbemonats noch drei fernere Monate zu belassen. Hinterläßt der Beamte keine Familie, so ist denjenigen, auf welche sein Nachlaß übergeht, unter der gleichen Boraussehung eine vom Todestage an zu rechnende einmonatliche Frist zur Käumung der Dienstwohnung zu gewähren.

In jebem Falle muffen Arbeits- und Sigungszimmer sowie sonstige, für ben amtlichen Gebrauch bestimmte Räumlichkeiten sofort geräumt werben.

6. (A. Art. II.) Ueber die Art und Höhe der Reisekostenentschädigung, welche den Communals beamten, einschließlich der im §. 2 Absat 1 erwähnten, bei Dienstreisen zugebilligt werden sollen, können die Communalverbände Borschriften erlassen. Kommen solche in Fällen, in welchen ein Bedürfniß der Regelung besteht, nicht zu Stande, so kann die Aufssichtsbehörde die ersorderlichen Borschriften erlassen, welche solange in Geltung bleiben, dis anderweite Bestimmungen seitens der Communalverbände gestrossen sind.

Zusatzu § 6.

Beschluß des Reichsgerichts III. Civilsenats vom 15. Februar 1898.

Bei Bemessung ber Gebühren bei Zeugenund Sachverständigenvernehmungen der Communalbeamten in den Fällen des §. 14 der Gebührenordnung vom 30. Juni 1878 (neue Fassung R.G.BI. 1898 S. 691) sind die auf Grund geseglicher Bestimmungen zu erlassenden Reglements der Communalverbände zu Grunde zu legen.

Geb.O. v. 30. Juni 1878 (R.G.BI. S. 173).

- 14. "Deffentliche Beamte erhalten Tagegelber und Erstattung der Reisekosten nach Maßgabe der für Dienstreisen geltenden Borschriften, falls sie zugezogen werden:
- 1. als Zeugen über Umftände, von benen fie in Unsübung ihres Umtes Kenntnig erhalten haben;
- 2. als Sachverständige, wenn sie aus Veranlassung ihres Amtes zugezogen werden und die Ausübung der Wissenschaft, der Kunst oder des Gewerbes,

beren Kenntniß Boraussezung der Begutachtung ift, zu den Pflichten des von ihnen versehenen Amtes gehört.

Werben nach ben Borschriften biefes Baragraphen Tagegelber und Reisekoften gewährt, so finbet eine weitere Bergütung an ben Zeugen ober Sachverstänbigen nicht statt".

R.B.G. 7. (A. Art. II.) Der Bezirksausschuß beschließt über streitige vermögensrechtliche Unsprüche ber Communalbeamten einschlieflich ber in §. 2 Ab= fat 1 ermähnten Beamten aus ihrem Dienftverhältniffe, insbesondere über Unsprüche auf Befoldung, Reisekostenentschädigung, Benfion sowie über ftreitige Unspriiche der Sinterbliebenen ber Beamten auf Gnadenbezüge oder Bittmen- und Baifengeld. Die Beschluffaffung erfolgt, soweit fie fich auf die Frage erftrect, welcher Theil bes Diensteinkommens bei Feftftellung ber Penfionsanfprüche als Gehalt anausehen ift, vorbehaltlich ber ben Betheiligten innerhalb zwei Bochen bei bem Bezirksausschuß gegen einander zuftebenden Rlage im Bermaltungsftreit= verfahren. Im Uebrigen findet gegen ben in erfter ober auf Beschwerbe in zweiter Inftang ergangenen Beschluß binnen einer Ausschluffrift von fechs Donaten nach Buftellung beffelben bie Rlage im orbentlichen Rechtswege ftatt. Die Beschlüffe find porläufig vollftredbar.

Bei ben in §§. 18 bis 20 erwähnten ländlichen

Communalverbänden tritt an die Stelle des Bezirks= ausschusses sowohl für das Beschluß= als auch für das Berwaltungsstreitversahren der Kreisausschuß.

Beamte ber Stabtgemeinben.

8. (A. Art. III.) Die Anstellung der städtischen Beamten erfolgt, unbeschadet der Borschriften in §§. 9 und 10, auf Lebenszeit.

Für die Beamten der städtischen Betriebsverwaltungen findet Absatz 1 nur insoweit Anwendung, als die Stadtgemeinden dies beschließen. Welche Berwaltungszweige zu den städtischen Betriebsverwaltungen zu rechnen sind, kann durch Ortsstatut sestgesetzt werden.

9. (A. Art. III.) Abweichungen von dem Grundsate der Anstellung auf Lebenszeit (§. 8 Abssatz) können durch Ortsstatut oder in einzelnen Fällen mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde sestz gesett werden.

Soweit hiernach eine Anstellung auf Kündigung zulässig ist, darf die Kündigung nur auf Grund eines Beschlusses des kollegialischen Gemeindevorstandes (Magistrats) oder, wo ein solcher nicht besteht, eines aus dem Bürgermeister und den Beigeordneten (Schöffen, Kathmänner) gebildeten Collegiums erfolgen.

10. (A.A. Art. III.) Der Anftellung kann eine Beschäftigung auf Probe vorangehen. Diefelbe barf

in der Regel die Dauer von zwei Jahren nicht überfteigen. Gine Ausdehnung der probeweisen Beschäftigung ist nur mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde zulässig.

Im Uebrigen hat bei Beamten, welche probeweise ober zu vorübergehenden Dienstleiftungen oder zum Zwecke der Borbereitung beschäftigt werden, die Regelung der Annahmebedingungen vor dem Antritt der Beschäftigung zu ersolgen.

Durch die vorstehenden Bestimmungen wird §. 13 bes Gesets, betreffend die Besetzung der Subalternund Unterbeamtenstellen der Communalverbände mit Militäranwärtern, vom 21. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 214) nicht berührt.

11. (U.A. Art. IV.) Die Aufsichtsbehörde kann in Fällen eines auffälligen Mißverhältnisses zwischen der Besoldung und den amtlichen Aufgaben der Beamtenstelle verlangen, daß den städtischen Beamten die zu einer zweckmäßigen Berwaltung angemessenen und der Leistungsfähigkeit der Stadtgemeinde entsprechenden Besoldungsbeträge bewilligt werden, insoweit nicht die Besoldung der betreffenden Stelle durch Ortsstatut sestgeset ist. Im Falle des Widerspruchs der Stadtgemeinde erfolgt die Feststellung der Besoldungsbeträge durch Beschluß des Bezirksausschusses.

Betreffs ber Polizeibeamten bewendet es bei ber Bestimmung im §. 4 Absat 1 Sat 1 bes Ge-

seiges über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 (Gesez-Samml. S. 265), §. 4 Absat 1 der Bersordnung vom 20. September 1867 (Gesez-Samml. S. 1529), §. 5 Absat 1 des Lauenburgischen Gesezs vom 7. Januar 1870 (Officielles Wochenblatt S. 13).

Busak 1 zu K.B.G. §. 11 Abs. 2. Polizeiverwaltungsgeset vom 11. März 1850. (G.S. S. 265.)

4 Abs. 1. Ueber die Einrichtungen, welche die örtliche Polizeiverwaltung erfordert, kann der Resgierungspräsident (L.B.G. §. 18) besondere Borschriften erlassen. Die Ernennung aller Polizeis beamten*), deren Anstellung den Gemeindebehörden zusteht, bedarf der Bestätigung des Regierungspräsidenten. (L.B.G. §. 18.)

Berordnung vom 20. September 1867.

(**G**.S. S. 1529.)

4 Abf. 1 und Lauenburgisches Gesetz vom 7. Januar 1870.

(Officielles Wochenblatt G. 13.)

5 Abf. 1. (Wortlich gleichlautend mit Gefet vom 11. Marz 1850 § 4 Abf. 1.)

Bufan 2 zu K.B.G. §. 11 Abf. 2 (Ausnahme von dem Grundsage des §. 4 Abf. 1 San 2 des Polizeiverwaltungsgesetzes vom 11. März 1850).

^{*)} Siehe die Anmerkung auf ber nachften Seite.

Schl.=H.St.O. 89 Abf. 2 Diejenigen von ber Gemeinbe anzustellenden Polizeibeamten, welche nur zu mechanischen Dienstleistungen verwendet werden, bedürfen die Bestätigung des Regierungspräsis benten nicht. (L.B.G. §. 18.)

Bufa B 3 ju R. B. G. S. 11 Abf. 2: A. A. B. G. IV.1. Dic Gehälter ber ft abtifchen Polizeibeamten*) unterliegen ber unbeschränkten Revision burch ben Regierungspräfibenten.

12. (A.A. Art. IV.) Die städtischen Beamten erhalten bei eintretender Dienstunsähigkeit — sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses ein Anderes seftgesetzt ist — Pension nach den für die Pensionirung der unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundstähen, wobei Artikel III des Gesetzes vom 31. März 1882, betreffend die Abänderung des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesez-Samml. 1882 S. 133), insoweit er nicht durch das Gesez vom 1. März 1891 (Gesez-Samml. S. 19) abgeändert ist, unberührt bleibt.

Als pensionsfähige Dienstzeit wird, unbeschadet ber über die Unrechnung der Militärdienstzeit bei Militäranwärtern und forstversorgungsberechtigten Bersonen des Jägercorps geltenden Bestimmungen und in Ermangelung anderweiter Festsetzungen nur

^{*)} Hierunter find nur Polizeierecutivbeamte zu verstehen, nicht Polizeiverwaltungsbeamte. (Frentag, Anm. 9 zu §. 11 S. 78. Lebermann, Anm. 7 zu §. 11 S. 76.)

bie Zeit gerechnet, welche ber Beamte in bem Dienste ber betreffenden Gemeinde zugebracht hat.

Die Bestimmungen bes Gesets vom 31. März 1882, betreffend die Abänderung bes Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 (Gesetz-Samml. 1882 S. 133), in Betreff der Beamten, welche das 65. Lebensjahr vollendet haben, können durch Ortsstatut auch für Communalbeamte in Kraft gesetzt werden.

Bufat zu §. 12 Ubf. 1: Stanbesbeamte.

Borbemertung.

Nach A.B.G. §. 12 find Standesbeamte penfionssfähige, wenn sie nach erreichtem pensionsfähigen Dienstalter bauernd bienstunfähig werden und vorsher ein Widerruf der zu ihrer Bestallung erforderslichen Genehmigung nicht ergangen ist. (A.A. z. A.B.G. IV, 2 Abs. 5.)

Reichsgeset über die Beurfundung des Personenstandes und die Cheschliegung. Bom 6. Februar 1875.

(M.G.BI. S. 23.)

(Brauchitsch Berwaltungsgesetze 1886 Bb. IV S. 415 ff.)

Erfter Abichnitt.

Allgemeine Beftimmungen.

1. Die Beurkundung der Geburten, Heirathen und Sterbefälle erfolgt ausschließlich durch die vom Staate bestellten Standesbeamten mittelst Eintragung in die dazu bestimmten Register. 2. Die Bilbung ber Standesamtsbezirke erfolgt burch die höhere Berwaltungsbehörde.*)

Die Standesamtsbezirke können aus einer ober mehreren Gemeinden gebildet, größere Gemeinden in mehrere Standesamtsbezirke getheilt werben.

3. Für jeden Standesamtsbezirk ist ein Standesbeamter und mindestens ein Stellvertreter zu bestellen. Für den Fall vorübergehender Behinderung oder gleichzeitiger Erledigung des Amtes des Standesbeamten und der Stellvertreter ist die nächste Aufsichtsbehörde ermächtigt, die einstweilige Beurkundung des Personenstandes einem benachbarten Standesbeamten oder Stellvertreter zu übertragen.

Die Bestellung erfolgt, soweit nicht im §. 4 ein Anderes bestimmt ist, durch die höhere Berwaltungs= behörde. (Oberpräsident.)

Geiftlichen und anderen Religionsdienern darf das Amt eines Standesbeamten ober die Stells vertretung eines folchen nicht übertragen werden.

4. In ben Standesamtsbezirken, welche ben Bezirk einer Gemeinde nicht überschreiten, hat der Borsteher der Gemeinde (Bürgermeister, Schultheiß, Ortsvorsteher oder deren gesetzlicher Stellvertreter) die Geschäfte des Standesbeamten wahrzunehmen, sofern durch die höhere Berwaltungsbehörde nicht ein besonderer Beamter für dieselben bestellt ist.

^{*)} Oberpräfibent. Bekanntmachung v. 1, December 1875 Nr. 1 (M.Bl. S. 275).

Der Borfteher!) ist jedoch befugt, die Geschäfte mit Genehmigung ber höheren Berwaltungsbehörde anderen Gemeindebeamten widerruslich zu über-

tragen.

Die Gemeinbebehörbe^a) kann die Anstellung besonderer Standesbeamten beschließen. Die Ernennung der Standesbeamten erfolgt in diesem Falle durch den Gemeindevorstand^a) unter Genehmigung der höheren Berwaltungsbehörde.

In ber gleichen Beise erfolgt bie Bestellung ber Stellvertreter.

Die burch ben Gemeinbevorstand ernannten befonberen Standesbeamten und beren Stellvertreter find Gemeinbebeamte.

- 5. Die durch die höhere Berwaltungsbehörde erfolgte Bestellung und Genehmigung zur Bestellung ist jederzeit widerruslich
- 6. Ift ein Standesamtsbezirk aus mehreren Gemeinden gebilbet, fo werben ber Standesbeamte

¹⁾ In Städten mit collegialischem Gemeindevorstande der Bürgermeister. Bekanntmachung vom 1. December 1875 Nr. 4 (M.Bl. S. 275).

In Landgemeinden der Ortsvorfteher.

²⁾ Diejenige Behörde, welche über die Einrichtung neuer Gemeindeamter zu beschließen hat. (Bekanntmachung vom 1. December 1875 Nr. 5.)

³⁾ In Städten mit collegialischem Gemeindevorstand ben Magistrat, sonst den Bürgermeister (Ortsvorsteher). (Bekanntmachung vom 1. December 1875 Nr. 6.)

und beffen Stellvertreter ftets von ber höheren Berwaltungsbehörbe beftellt.

Ein jeder Borfteher ober andere Beamte einer biefer Gemeinden ist verpflichtet, das Amt des Standesbeamten ober des Stellvertreters zu übernehmen.

R.B.G. 13. (A.A. Art. IV.) Das Recht auf ben Bezug ber Penfion (§. 12) ruht, wenn und solange ein Benfionär im Staats = ober Communaldienst ein Diensteinkommen ober eine neue Pension bezieht, insoweit als der Betrag des neuen Einkommens unter hinzurechnung der zuvor erdienten Pension den Betrag des von dem Beamten vor der Bensionirung bezogenen Diensteinkommens übersteigt.

14. (A.A. Art. IV) Betreffs ber Anftellung, Befoldung und Penfionirung der Mitglieder bes collegialischen Gemeindevorstandes (Magistrats), sowie in Städten ohne collegialischen Gemeindevorstand der Bürgermeister und deren Stellvertreter (zweite Bürgermeister, Beigeordnete), bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen mit der Aenderung, daß die Pension vom vollendeten zwölsten Dienstjahre ab bis zum vierundzwanzigsten Dienstjahre allzjährlich um 1/60 steigt.

In der Provinz hannover findet, unter entsprechender Aufhebung der Borschrift des § 64 Absfat 2 der revidirten Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesessamml. S. 141), auch auf

bie im Absat 1 gebachten Beamten die Berechnung ber Pension nach Maßgabe des §. 8 des Gesets vom 31. März 1882, betreffend die Abänderung des Pensionsgesets vom 27. März 1872 (Gesets-Samml. 1882 S. 133), Anwendung.

15. (A.A. Art. IV.) Die Wittwen nnb Waisen ber pensionsberechtigten Beamten der Stadtgemeinden, einschließlich der im § 14 aufgeführten Beamten, ershalten — sosen nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses ein Anderes sestgesest ist — Wittwenund Waisengeld nach den für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Vorschriften unter Zugrundelegung des von dem Beamten im Augenblic des Todes erdienten Pensionsbetrages; dabei tritt an die Stelle der für das Wittwengeld dei unmittelbaren Staatsbeamten vorgeschriebenen Höchstäße der Höchstsat von 2000 Mark.

Auf das Wittwen- und Baisengeld kommen die Bezüge, welche von öffentlichen Bittwen- und Baisenanstalten oder von Privatgesellschaften gezahlt werden, in demselben Berhältnisse in Anrechnung, in welchem die Stadtgemeinde sich an den vertraglichen Gegenleistungen betheiligt hat. Als Betheiligung der Stadtgemeinde wird es auch, soweit die Beit vor dem Inkrafttreten des Gesenleistung seitens des Beanteistung seitens des Beanteistung seitens des Beanten auf Grund ausdrücklicher, bei

ber Anftellung übernommener Berpflichtung ober anberweiter Festsetzungen erfolgt ist.

- 16. (A.A. Art. IV.) Stadtgemeinden im Sinne dieses Geseges sind diejenigen Städte, welche nach einer Städteordnung verwaltet werden, einschließlich der im §. 1 Absat 2 der Städteordnung für die sechs öftlichen Provinzen vom 30. Mai 1853 (Gesegemenk. S. 261) und der in §§. 94 ff. des Geseges, betreffend die Verfassung und Verwaltung der Städte und Fleden in der Provinz Schleswig-Holztein vom 14. April 1869 (Gesegesamml. S. 589), erwähnten Ortschaften und Fleden.
- 17. (A.A. Art. IV.) Die in ben vorstehenben Bestimmungen vorgesehenen Ortsstatuten unterliegen auch in ben Stäbten von Neuvorpommern und Rügen ber Genehmigung bes Bezirksausschusses.

Beamte ber Landgemeinben, der Landbürgermeistereien, Memter, Zwedberbände und Amtsbezirke.

18. (A.A. Art. V.) Die Anftellungs=, Besfoldungs= und Benfionsverhältnisse der Beamten der Landgemeinden, sowie die Ansprüche der Hintersbliebenen dieser Beamten auf Wittwen= und Waisenseld können durch Ortsstatut geregelt werden. Hiersbei gelangt für die Aheinprovinz und die Provinz Westfalen §. 19 Ar. 2 zur Anwendung.

Kommt ein berartiges Statut in größeren Land= gemeinden, für welche nach ihren besonderen ört= lichen Berhältnissen ein Bedürfniß ortsstatutarischer Regelung (Absat 1) besteht, insbesonbere städtischen Bororten, Industrieorten, Badeorten u. s. w. nicht zu Stande, so kann auf Antrag der Aufsichtsbehörde der Kreisausschuß beschließen, ob und inwieweit die Bestimmungen der §§. 8 bis 10 und 12 bis 15 dieses Gesetzes auf die Beamten oder einzelne Klassen der Beamten derselben entsprechende Anwendung zu sinden haben. Bei Anwendung der vorgedachten Bestimmungen tritt an die Stelle des Bezirtsausschusses der Kreisausschuß. Der Beschluß des Kreisausschusses bleibt solange in Geltung, dis durch Ortsstatut (Absat 1) eine anderweite Regelung getrossen ist.

Auf Antrag ber Betheiligten ober der Aufsichtsbehörde beschließt der Kreisausschuß über die Festsetzung der Besolbungen und sonstigen Dienstbezüge der Landgemeindebeamten.

Die vorstehenden Bestimmungen gelten auch für die Beamten der Amtsbezirke und der auf Grund der SS. 128 ff. der Landgemeindeordnung für die sieden östlichen Provinzen vom 3. Juli 1891 (Gesetz-Samml. S. 233), SS. 128 ff. der Landgemeindeordnung für die Provinz Schleswigspolstein vom 4. Juli 1892 (Gesetz-Samml. S. 155), SS. 100 ff. der Landzgemeindeordnung für die Provinz Hessenschung für die Provinz Hessenschung für die Provinz Hessenschung für die Provinz Hessenschung des Landzgemeindeordnung für die Provinz Hessenschung gebildeten Rweckverbände.

- 19. (A.A. Art. V.) Die Vorschriften der §§. 8 bis 15 dieses Gesetzes finden auf die Beamten der Bürgermeistereien in der Rheinprovinz und der Uemter in der Provinz Westfalen, sowie im Umsfange der §§. 12 bis 15 auch auf die Gemeindeseinnehmer in diesen Provinzen mit folgenden Maßzgaben sinnentsprechende Anwendung:
 - die Anftellung ber Bürgermeister und Amtmänner, sowie die Festsetzung ber Besoldung und Dienstunkostenentschädigung für diese Beamten und die Gemeindeeinnehmer (Amtseinnehmer) erfolgt nach den bisherigen Borschriften;
 - 2. im Falle der Penfionirung kommt bei der Berechnung der Dienstzeit auch die Zeit in Anrechnung, während welcher der zu penfionirende
 Beamte bei anderen Bürgermeistereien (Amtsverbänden) oder Landgemeinden innerhalb der
 betreffenden Provinz angestellt gewesen ist:
 - 3. an Stelle bes Bezirksausschuffes tritt überall ber Kreisausschuß.
- 20. (A.A. Art. V.) Für die Bürgermeistereien in der Rheinprovinz und die Aemter in der Provinz Westfalen kann die Anstellung besoldeter Beigeordeneter durch die Bürgermeistereis oder Amtsversammslungen beschlossen werden. Die Art der Ernennung und die Bedingungen der Anstellung regeln sich nach den die Landbürgermeister oder Amtmänner betreffensden Bestimmungen.

Beamte ber Rreis. und Probingialverbanbe.

- 21. (A.A. Art. VI.) Auf die Rechtsverhältnisse ber Kreiskommunalbeamten sinden die Borschriften in §§. 8 bis 15 entsprechende Anwendung; an Stelle der ortsstatutarischen Regelung tritt die der Geenehmigung des Bezirksausschusses unterliegende Besichlußfassung des Kreistages.
- 22. (A.A. Art. VI.) Hinfichtlich ber Provinzialsbeamten und ber Beamten ber Bezirksverbände ber Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden sowie der Beamten des Lauendurgischen Landes-Kommunalsverbandes bewendet es, unbeschadet der allgemeinen Bestimmungen dieses Gesetze, bei den bestehenden Vorschriften.

Bemeinbeforftbeamte.

- 23. (A.A. Art. VII.) Die Rechtsverhältnisse ber Gemeindeforstbeamten unterliegen der Regelung durch das vorliegende Gesetz mit folgenden Maßgaben:
 - 1. die §§. 8 bis 10 bleiben außer Unmendung;
 - bie Berordnung betreffend die Berwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Forsten in den Provinzen Westfalen, Cleve, Berg und Riederrhein vom 24. December 1816 (Geseß-Samml. 1817 S. 57), §. 15 des Geseßs vom 14. August 1876 (Geseß-Samml. S. 373) und das Geseg, betreffend die Forst-

- schutzbeamten der Gemeinden und öffentlichen Unstalten im Regierungsbezirk Wiesbaden u. s. f., vom 12. Oktober 1897 (Gesetz-Samml. S. 411) bleiben unberührt;
- 3. die Forstbeamten der Landgemeinden in der Rheinprovinz und in der Provinz Westsalen erhalten Pension und deren Wittwen und Waisen Hinterbliebenenversorgung nach den Vorschriften der §§. 12 bis 15; dabei tritt an Stelle des Bezirksausschusses der Kreisausschuß, und kommt im Falle der Pensionirung auch diesenige Zeit in Anrechnung, während deren der Beamte bei einer anderen Landgemeinde innerhalb der betreffenden Provinz als Forstbeamter angestellt gewesen ist.

Schlug- und Ucbergangsbeftimmungen.

24. (A.A. Art. VIII.) Ift bie nach Maßgabe bieses Gesetzes zu bemessenbe Pension eines Beamten geringer als die Pension, welche ihm hätte gewährt werden müssen, wenn er am 31. März 1900 nach ben bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensionirt worden wäre, so wird diese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt, jedoch unbeschadet der Feststellung des Wittwen- und Waisengeldes nach Maßgabe dieses Geses, soweit nicht auch in dieser Beziehung bereits erworbene Rechte bestehen.

- 25. (A.A. Art. VIII.) Die biesem Gesetze entgegenstehenden Bestimmungen treten außer Krast. Insbesondere gilt dieses auch von den §§. 41 Absat 3 und 47 der Hannoverschen Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetzesamml. S. 141). Unberührt bleiben:
- 1. §. 28 Absat 2 bis 5 ber Kreisordnung für die Provinz Westfalen vom 31. Juli 1886 (Gesetzsamml. S. 217) und §. 27 Absat 2 bis 6 der Kreissordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887 (Gestz-Samml. S. 209), jedoch mit der Maßgabe, daß die Zahlungspslicht der Kassenverbände sich auch auf die den Beamten nach §. 18 zustehenden Pensionen erstreckt.

Im Uebrigen kann in den beiden genannten Provinzen durch Beschluß des Provinziallandtages mit Genehmigung des Ministers des Innern der Kassenverband verpflichtet werden:

- a) auch diejenigen Pensionen von Beamten der Amtsverbände (Bürgermeistereien) und Landgemeinden zu zahlen, welche diesen im Wege der Einzelvereindarung unter Beachtung der in den §§. 12 Absatz 1, 19 Nr. 2, 23 Nr. 3 oder 25 Absatz 2 Nr. 1 b sestgestellten Grundsäte gewährt werden,
- b) bei Bahlung ber Pensionen auch biejenigen Beträge zu übernehmen, welche sich aus einer Anrechnung ber von ben Beamten im Reichs.

insbesonbere im Militärdienste, im Staatsdienste ober im Dienste eines deutschen Communalverbandes oder einer anderen öffentlichen Corporation verbrachten Zeit ergeben.

- 2. §§. 81 bis 87 ber Landgemeindeordnung für die Provinz Heffen-Nassau vom 4. August 1897 (Gesex-Samml. S. 301), §. 84 indessen mit der Aenderung, daß die Pension vom vollendeten 12. Dienstjahre ab dis zum 24. Dienstjahre allejährlich um 1/00 steigt.
- 26. (U.A. Art. VIII.) Das gegenwärtige Gefet tritt am 1. April 1900 in Kraft.
- 27. Der Minister des Innern ist mit der Ausführung dieses Gesess beauftragt.

Urfundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigedrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben Bergen, an Bord M. Y. "Hohenzollern", ben 30. Juli 1899.

(L. S.)

Bilhelm.

Fürst zu Hohenlohe.

v. Miquel.

Thielen. Boffe. Schönftebt. Frhr. v. d. Rede.

v. Goßler. Gr. v. Posadowsky.

2.

Anweisung zur Aussührung des Gesehes, betr. die Anstellung und Versorgung der Communalbeamten.

Vom 30. Juli 1899.

Allgemeine Beftimmungen.

(§§. 1-7 bes Gefeges.)

Artifel I.

'Unmenbungsgebiet bes Gefeges. - Begründung ber Beamteneigenfcaft.

(§§. 1, 2.)

- 1. Durch die Ueberschrift und die zwei ersten Paragraphen des Gesetzes wird das Anwendungsgebiet desselben nach einer breifachen Richtung abgegrenzt.
- a) Zunächst regelt bas Gesetz nur bie Ansstellung und Berforgung (Besolbung, Pensionirung, Wittwen- und Waisenversorgung) ber Communalbeamten in einigen wichtigen Beziehungen. Im Gebiete ber Anstellung insbesonbere greift es nur biejenigen Rechtsverhältnisse heraus, welche die Begründung der Beamteneigenschaft und die Dauer des Anstellungsverhältnisses betreffen, läst indessen die nach den Gemeindeversassungsgesetzt in der Art der Bestellung der Beamten, b. h. die Bestimmungen

١

über Bahl ober Anstellung, über Bestätigung u. s. f. unberührt.

- b) Sobann werden nur die Beamten berjenigen Communalverbände, welche in den §§. 8 bis 22 erwähnt sind, von dem Gesetze betroffen, d. h. die Beamten der Stadt= und Landgemeinden, der rheinischen Landbürgermeistereien, der westfälischen Uemter, der Zwedverbände, Umtsbezirke, Kreise und soweit die allgemeinen Bestimmungen (§§. 1—7) in Betracht kommen auch der Provinzen, der Bezirksverbände Kassel und Wiesbaden sowie des Lauenburgischen Landescommunalverbandes (§. 22); es bleiben also die Beamten der übrigen, in Nr. 2 des Kunderlasses vom 30. September 1892 (M.-Bl. S. 285) genannten communalständischen und landschaftlichen Berbände von dem Anwendungszgebiete des Gesexs ausgeschlossen.
- c) Aber auch innerhalb dieser Communalverbände werden nicht alle Beamtenkategorien dem Gesetze unterworsen, vielmehr bleiben unberührt die Berhältnisse derjenigen Beamten, welche ohne Besoldbung, also ehrenamtlich angestellt sind, oder welche ihr Communalamt nur als Nebenamt verwalten. In die erstere Kategorie fallen auch diesjenigen, welche als Entgelt ihrer Dienstleistungen lediglich eine im Wesentlichen zur Deckung ihrer Umtsunkosten bestimmte Baarentschädigung erhalten, die zweite Kategorie wird von denjenigen gebildet,

beren Umt entweder im Sinblid auf seine Art und feinen Umfang ober im Sinblid auf ben Umftanb, baß es neben einem hauptamt ober einer nichtamtlichen Sauptthätigkeit verwaltet wird, als Rebenamt anzusehen ift. Bu ber letteren Rategorie murben hiernach sowohl Inhaber folder Aemter geboren, beren Berwaltung im Allgemeinen Zeit und Kraft eines Mannes nur nebenbei in Unspruch zu nehmen pflegt, als auch Communalbeamte, beren Sauptamt ein Staatsamt (3. B. Rreisausschuffecretare, welche im hauptamte Rreissecretare find), ober beren Sauptthätigkeit ein Sandwerkerberuf ift (3. B. Nachtwächter, beren hauptberuf bas Schmiebehandwerk ift). etwaiger Streit über bas Borhandensein dieser Boraussetzungen würde in dem durch §. 7 des Gesetzes vorgeschriebenen Verfahren auszutragen sein, vorausgefest, daß es fich bei bemfelben um vermögensrechtliche Ansprüche des Beamten handelte. Fordert indeffen der Beamte zunächft die Aushandigung einer Unftellungsurfunde (§. 1 Sag 2), fo gilt für diefen Fall bas zu Mr. 4 Gefagte.

Eine Sonderstellung im Systeme des Gesetzes nehmen die auf Probe, zu vorübergehenden Dienstleistungen oder zur Borbereitung angenommenen Communalbediensteten ein. Auf diese Personen, welche im Allgemeinen auch im Wege des civilrechtlichen Dienstmiethsvertrages eingestellt werden könnten (siehe unter 5), sindet das Geset, sosern ihnen von dem Communalverbande Beamtenqualität eingeräumt wird, nur insoweit Anwendung, als dies ausdrücklich vorgesehen ift, d. h. im Umsange der Bestimmungen in §§. 1 Say 2, 6, 7 und 10 (§. 2 Uhs. 1). Hiernach erfolgt die Anstellung auch dieser Beamtenklasse durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde, eine Borschrift, welche die deutliche Unterscheidung der beamteten von den nicht beamteten Prodisten u. s. f. bezweckt; die Regelung der Ansahmebedingungen geschieht vor dem Antritt der Beschäftigung, die Prodediensteit ist zeitlich abgegrenzt, die allgemeinen Borschriften über Reisekostenentsschäung und über Bersolgung vermögensrechtlicher Unsprüche sind auf sie ausgedehnt.

Während mit den aus dem Vorstehenden sich ergebenden Maßgaben die allgemeinen Bestimmungen des Gesetzes alle Beamtencategorien der in demselben erwähnten Communalverbände betreffen, nehmen innerhalb der mit §. 8 beginnenden besonderen Bestimmungen einzelne Beamtenklassen wiederum eine Sonderstellung ein; hierher gehören insbesondere aus dem Kreise der städtlichen Beamten die Witzglieder des collegialischen Gemeindevorstandes (Mazgistrats) sowie in den Städten ohne collegialischen Gemeindevorstand die Bürgermeister und deren Stellsvertreter (zweite Bürgermeister, Beigeordnete), auf deren Rechtsverhältnisse die besonderen Bestimmungen über städtische Beamte (§§. 8 bis 17) nur im Ums

- fange ber §§. 14 bis 17 Anwendung finden. Die übrigen Berschiedenheiten in der Behandlung einzelner Beamtencategorien im Rahmen der besonderen Bestimmungen ergeben sich aus §§. 19, 23, 25 Rr. 2.
- 2. Nach & 1 San 2 erfolgt bie Unftellung ber Communalbeamten fortan durch Aushändigung einer Anstellungsurkunde. Durch diese Fassung ist zum Ausbrud gebracht, bag bie Aushändigung ber Anftellungsurfunde ber bie Beamteneigen= ichaft begründende formale Att fein foll, fo bak es in Rufunft ausgeschlossen fein foll, diefe Eigenschaft aus irgend welchen anderen Momenten, etwa aus ber Urt ober ber Dauer ber Beschäftigung, aus ber Bereidigung u. f. f. zu folgern. Bon besonderer Wichtigkeit wird das burch das Erforderniß ber Anftellungsurtunde eingeführte wefentliche Unterscheibungsmerkmal für biejenigen Gruppen von Communalbediensteten werden, welche, wie die Functionäre städtischer Betriebsverwaltungen, icon nach ber bisherigen Pragis theils im Wege bes privatrechtlichen Bertrages, theils in bem bes öffentlichrechtlichen Beamtencontracts angenommen zu werden pflegten.
- 3. Was die Form der Anstellungsurkunden anbelangt, so ist es erwünscht, daß dieselbe, sofern es nicht schon anderweitig geschehen ist, durch das die Beamtenverhältnisse des Communalverbandes ordnende Ortsstatut (für die Provinz durch Regle-

ment) festgestellt werbe. Bei Erlaß und Genehmisgung solcher genereller Bestimmungen werden bie im folgenden Absatz aufgeführten Momente zu besachten sein.

Jebenfalls wird die Form möglichst einsach zu gestalten und so zu fassen sein, daß über den Beamtencharakter des Anzustellenden kein Zweisel obwalten kann.

Neben diesem wesentlichen Bestandtheil der Anstellungsurkunden wird die Aufnahme der beobsachteten Bestellungsformalitäten, der Anstellungsdauer, der Amskompetenzen und etwaiger besonderer Beradredungen sich empsehlen. Hiernach würden die Anstellungsurkunden für einen städtischen Polizeisinspector und einen städtischen Bureauassischen etwas o zu lauten haben:

a) Nach Vernehmung ber Stadtverordnetenverssammlung und nach Bestätigung durch den Königslichen Regierungspräsidenten zu N. werden Sie hierdurch zum Polizeiinspector für die Stadtgemeinde X. und damit zum städtischen Beamten auf Lebenszeit ernannt.

Alls Gehalt wird Ihnen ein Jahresbetrag von ... Mt. und Dienstkleibung nach Maßgabe bes Regslements vom ... gewährt.

A., ben . . .

Der Magistrat.

b) Nach Bernehmung der Stadtverordnetenverılung werden Sie hierdurch zum Bureauaffiftenten er Stadt E. mit Beamteneigenschaft ert. Ihre Anstellung erfolgt unter dem Vorbehalt onatlicher Kündigung nach Maggabe bes Orts-& vom . . .

Ils Gehalt haben Sie einen Jahresbetrag von tt. zu beziehen.

.. ben . . .

Der Magiftrat.

e Königlichen Regierungspräsibenten werben jägen haben, ob es sich empfiehlt, für bie ihrer it unterstellten Communalverbande Mufter Inftellungsurfunden der einzelnen Beamtenien zu erlaffen, und im Bedürfnikfalle bas ete felbst ober - hinsichtlich ber ländlichen ınalverbande - burch bie Königlichen Lands peranlaffen haben.

Die Borfdrift des g. 1 San 2 bezieht fich le, vom Intrafttreten bes Befeges an !Ilenden befoldeten und nicht blok im amt thätigen Beamten ber unter 1 b iten Communalverbande, alfo auf geund ernannte, obere und untere Beamte. tficht auf biefe große praktische Bebeutung drift und auf den Umftand, daß die ermäkige Abneigung einzelner Bemeinbebes 7 ti, Rominunalbeamtengefetgebung.

hörben in fleineren Stabt- ober Landgemeinden gegen schriftliche Aufzeichnungen zu schweren Schädigungen von Personen führen könnte, welche als Inhaber von Umtsftellen Unftellungsurfunben nicht erhalten haben, wird es nicht ben anzustellenben Beamten allein liberlaffen merben burfen, bie Aushandigung folder Urfunden zu betreiben. Bielmehr mird es erforderlich fein, daß die Königlichen Regierungs= prafibenten bezw. Landräthe für die ihrer Aufficht unterftehenden kleineren Communalverbände je nach Wieblirfnig eine periobifche ober Gingelkontrole ber corretten Sandhabung biefer gefetlichen Borfdrift einrichten und überall bort, wo fie einen Inhaber einer Umtoftelle ohne Anstellungsurfunde finden, die Mushändigung einer folden - gegebenen Falls mit ben Zwangsmitteln bes &. 132 bes Befeges über bie allgemeine Lanbesverwaltung vom 30. Juli 1883 -- berbeifilbren.

5. Wohl zu unterscheiben von bem Fall einer Werkaumung der Urtundenaushändigung an den Insader einer Amtsstelle, dessen Beamteneigenschaft von den Parteien gewollt, aber wegen jener Berläumniß nicht erreicht worden ist, ist der Fall, in welchem ein Communalverdand Functionen, die ordnungsmäßiger Weise von einem Beamten wadrgenommen werden sollten, von einer im privatrechtlichen Tiensmiethsvertug augenommenen Person versehen läßt, d. h. erweider eine Amtsstelle für diese Funktionen nicht

schaffen oder eine bestehende Umtsstelle nicht mit einem Beamten besetzen will.

In biefer Beziehung wird an bem bisher geltenden Brundfage feftzuhalten fein, daß obrigkeitliche Kunctionen ausschlieflich von Beamten ausgeübt merden müffen, daß aber die Communalverbande nicht verpflichtet find, die nicht mit folden Funktionen auszuftattenden, besonders zu technischen, wissenschaftlichen, fünftlerischen ober zu mechanischen Dienftleiftungen benöthigten Rrafte im Bege bes öffentlichrechtlichen Beamtenkontrakts anzustellen. hiernach bleibt es ben Berbanden namentlich unverwehrt, die im Arbeiterverhältnif ftebenden und bie ausschlieklich in Betriebsvermaltungen beschäf= tigten, nicht mit obrigkeitlichen Funktionen ausgeftatteten Bersonen im Wege ber civilrechtlichen Dienst= miethe anzunehmen. So werden für bie Dienste in ftädtischen Theatern, Museen, Badeetabliffements, Basanftalten, Schlachthöfen im Allgemeinen Nicht= beamte angenommen werden können, während im Einzelnen einem Schlachthofvorfteber, welchem bie Befugniß zum Erlaß polizeilicher Berfügungen (z. B. betreffs ber Bermeifung minberwerthigen Fleisches auf die Freibant) übertragen werden foll, Beamteneigenschaft eingeräumt werben muß. Bu ben mechanischen, auch von Nichtbeamten mahrnehmbaren Dienstleiftungen werden die Funktionen von Pfortnern, Dienern, Ropisten, Arbeitern und anderen

ähnlich beschäftigten Personen unbedenklich gerechnet werden können. Auch werden solche Beschäftigungsarten, welche von vornherein zeitlich oder sachlich begrenzt — z. B. die Bearbeitung einer communalen Entwässerungsanstalt u. s. f. —, oder welche auf Probe oder zur Vorbereitung übertragen werden, nicht dem Beamten vorzubehalten, sondern zur privatzrechtlichen Regelung freizugeben sein, sosern bei den betressen Geschäften obrigkeitliche Functionen nicht in Betracht kommen.

Bas die zulässigen Einwirkungen der Aufsichts= behörden zur Berbeiführung einer ben vorftebenben Ausführungen gemäßen Amtsorganisation in ben Communalverbanden betrifft, fo ift zunächst für bas gesammte Bebiet ber Ortspolizeiverwaltung an ber burch bas Polizeigesetz vom 11. März 1850 (Berordnung vom 20. September 1867, Lauenburgifches Gefet vom 7. Januar 1870) begründeten staatlichen Organisationsbefugniß festzuhalten. Aber auch barüber hinaus bleibt es Recht und Pflicht ber Auffichtsbehörde, die Wahrnehmung obrigkeitlicher Funktionen burch Beamte - nöthigenfalls im Bege bes Zwanges - burchzusegen. In ber Berechtigung ber Auffichtsbehörde zu benjenigen Magregeln, welche erforderlich find, um die Berwaltung in dem ordnungs= mäßigen Gange zu erhalten und in ber weiteren burch &. 11 festgestellten Berechtigung zur Regulirung unzulänglicher Beamtenbesoldungen ift weiterhin die

Befugniß enthalten, auch für solche Funktionen, welche zwar nicht obrigkeitlicher Natur sind, aber aus organisatorischen Gründen von besoldeten Beamten wahrgenommen werden müssen, die Anstellung solcher zu verlangen. Hiernach wird es der Aufschlung solcher zustehen, zur Berwaltung umfangreicher, verantwortlicher und ständiger Sekretärsgeschäfte in einem größeren Communalverbande, welche bisher in unzulänglicher Weise durch Privatschreiber des mit einem Dienstunkostenpauschsaße bedachten Bürgermeisters versehen worden sind, die Anstellung eines besoldeten Bureaubeamten zu verlangen.

6. Ihrem Wortlaut nach kann ber Borfcrift des §. 1 Sag 2 eine rüdwirkenbe Araft nicht beigelegt merben. Aus biefer Borfchrift fann bemnach zur Entscheidung ber Fragen, ob einer ober ber andere ber bereits por Intrafttreten bes Gesetzes angenommenen Communalbediensteten als Beamter anzusehen und daher gemäß Sag 1 bes §. 1 ber Wohlthaten ber §§. 3 bis 6, 12 bis 15 theilhaftig zu machen sei, nichts entnommen werben. Wohl aber erscheint es angezeigt, gelegentlich ber Ginführung bes Gefenes Zweifel über die rechtliche Gigenschaft folder Communalbediensteter im Bege ber Bereinbarung zu erledigen. In diefem Sinne wird insbesonbere auf die Magiftrate (Bürgermeifter) von Stadtgemeinden und im Bedürfniffalle auch auf die Borftande fonftiger Communalverbanbe einzumirten fein.

Artifel II.

Gehalt. Gnabenbezüge. Reifekoftenentschäbigung. Berfolgung vermögensrechtlicher Anfprüche aus der Beamtenftellung.

(§§. 3 bis 7.)

1. Die in §§. 3 und 5 vorbehaltenen "besonderen (anderweiten) Festsetzungen" haben den Charakter von Verwaltungs», nicht von Versassungsvorschriften und können daher ebensowohl in der Form von Verswaltungsregulativen als in der Form von Ortsstatuten erlassen werden. Für die Provinzials und die ihnen gleichgestellten Beamten bewesidet es natürlich dei §. 96 der Provinzialsvonung und den dieser Bestimmung nachgebildeten Vorschriften. Uedrigens werden die obenerwähnten Festsetzungen ebensowohl im Wege der Vereinbarung getroffen merden können.

Auch die in §. 6 erwähnten "Vorschriften" ber Communalverbände über Art und höhe der Reisestoftenentschädigungen können sowohl als Regulative wie als Ortsstatute erlassen werden.

2. Die in §. 4 für die Regelung der Gnaden= kompetenzen in Bezug genommenen, hinsichtlich der un= mittelbaren Staatsbeamten geltenden Bestimmungen sind in §§. 2, 3 des Gesetzes vom 6. Februar 188! und §. 31 des Gesetzes vom 27. März 1872 enthalten.

Als Communalverwaltungsbehörde im Sinne

bieses Paragraphen sind der Provinzialausschuß, Kreisausschuß, Magistrat und die sonstigen Gemeindevorstände zu verstehen.

Durch die Vorschrift des §. 4 sollen endlich günsstigere Festsezungen einzelner Communalverbände nicht ausgeschlossen werden.

3 Für die Ausflihrung des §. 6 wird zu besachten sein, daß nach dem Beschlusse des Reichse gerichts (III. Civil-Senat) vom 15. Februar 1898 bei Bemessung der Gebühren für gerichtliche Zeugenund Sachverständigenvernehmungen der Communalbeamten in den Fällen des §. 14 der Gebührensordung vom 30. Juni 1878 (R.G.BI. S. 173) die auf Grund gesetzlicher Bestimmung erlassenen Vorschriften der Communalverbände über Dienstreisestoften zu Erunde zu legen sind.

Wenn auch angesichts der großen örtlichen Berschiedenheiten davon abgesehen werden muß, für das Gebiet der Monarchie Grundlinien behufs einer einsheitlichen Regelung dieser Materie zu ziehen, so wird doch thunlichst auf die Vermeidung weitgehender Abweichungen der Borschiften innerhalb der einzelnen Regierungsbezirke hinzuwirken, und dieser Gesichtspunkt überall dort zur Geltung zu bringen sein, wo wegen der gewählten ortsstatutarischen Form oder wegen erforderlich gewordener Feststellung der Aussichtsbehörde (§. 6 Sat 2) staatliche Mitwirkung erforderlich wird.

llebrigens werben bie communalen Borschriften bestimmen können, für welche Dienstreisen Entschädigungen gewährt werben, und ob die letteren in Reisekosten und Tagegelbern ober in ungetrennten Sägen bestehen sollen; auch Pauschalentschädigungen werben zugelassen werben bürfen.

Unzulässig würde selbstverständlich eine Regelung sein, welche ausschließlich für die Gerichtsgebühren Geltung haben ober für lettere andere Sätze als für Dienstreisen in communalen Angelegenheiten bestimmen würde.

Auflichtsbehörde ist hier wie z. B. auch in §. 9 al. 1 die mit der laufenden Communalaussicht betraute Staatsbehörde, nicht die zur Mitwirkung bei dieser Aussicht berusene Selbstverwaltungsbeschülußbehörde; für Städte mithin der Regierungspräsident, nicht der Bezirksausschuß. Diese Aussichtsbehörde hat, nachdem sie gegebenenfalls die Borschriften erlassen hat, dieselben wieder aufzuheben, sobald anderweite Bestimmungen seitens der Communalverbände getroffen sind.

4. §. 7 bringt eine neue und einheitliche Regelung ber Berfolgung vermögensrechtlicher Ansprüche ber Communalbeamten aus ihrem Dienstverhältnisse. Zu bem vorletzen Sate bes ersten Absates ist zu bemerken, daß gegen ben Beschluß des Bezirksausschusses bie Beschwerbe ober die Klage im ordentlichen Rechtse

wege offensteht, und daß die Klage auch noch gegen ben Beschluß des Provinzialraths, sofern Beschwerbe an benselben erhoben war, zulässig ift.

Beamte ber Stabtgemeinben.

(§§ 8-17.)

Artifel III.

Princip ber lebenslänglichen Anftellung ftäbtischer Beamter und Abweichungen.

Beamte städtischer Betriebsverwaltungen.
(88, 8—10.)

1. Mit ben §§. 8 ff. bezwedt bas Gefet, bei grundfäglicher Festhaltung des in dem größten Theile der Monarchie heute geltenden Brincips der lebens= länglichen Anstellung städtischer Beamter doch die Möglichkeit zu eröffnen, ben Rreis ber fündbar anzustellenden Beamten über die Schranken ber für die öftlichen Provinzen, für die Provinz Weftfalen und die Stadt Frankfurt a./M. erlaffenen Städte= ordnungen hinaus zu erweitern, soweit dies bas Bedürfnig der Städte nach freierer Beweglichteit verlangt. Bährend in bem bezeichneten Theile bes Staatsgebiets bisher nur die zu vorübergehenden ober zu mechanischen Dienstleiftungen bestimmten Beamten auf Ründigung angeftellt werben durften, will bas Gefet, welches bie erftere Beamtengruppe unter besondere Bestimmungen (§§. 2, 10) ftellt, ben

Gemeinden die Berechtigung verleihen, neben den mechanischen noch andere Funktionen des Amtsorganismus durch kündbare Beamte versehen zu lassen. In dem hiernach veränderten Umfange soll das Anstellungsprincip der angesührten Städtesordnungen fortan allgemein zur Geltung gelangen.

Bu bem Ende werden die mit der Genehmigung von Abweichungen vom Princip der lebenslänglichen Anstellung städtischer Beamter betrauten Behörden, d. h. bei ortsstatutarischer Regelung die Bezirks-ausschüsse, in Einzelfällen die Regierungspräsidenten (§. 9 al. 1, Art. II Ar. 3 a. E.), die Genehmigungs-anträge der Stadtgemeinden einer wohlwollenden Prüfung nach der Richtung zu unterwersen haben, ob die Wünsche der Communen durch die lokalen Berhältnisse begründet sind. Insbesondere werden sir die Zulassung von Abweichungen solgende Gessichtspunkte zu beachten sein:

- a) Für Dienstleistungen, welche nach ben Ausführungen in Artikel I Rr. 5 auch von Nichtbeamten wahrgenommen werden können, insbesondere also für solche rein technischer, wissenschaftlicher, künstlerischer oder mechanischer Natur wird die Anstellung von Beamten auf Lebenszeit nicht verlangt werden können.
- b) Auch wird die Anstellung auf Lebenszeit abs hängig gemacht werden dürfen von der Erreichung eines gewissen Lebensalters (etwa des dreißigsten)

allein ober in Berbindung mit ber Burudlegung einer mehrjährigen Dienstzeit in ber Stadt.

- c) Bezüglich ber Frage, inwieweit etwaigen Ansträgen auf kündbare Anstellung von Polizeiezecutivsbeamten zu entsprechen sein wird, bleibt unter Anderem zu prüsen, welche Garantien für eine sachgemäße, gerechte Ausübung des Kündigungsrechts aus der Gesammtlage der städtischen Verhältnisse zu entsnehmen sind.
- d) Die Abweichung wird auch in einer Anstellung auf bestimmte Zeit, etwa mit Bensionsberechtigung für den Fall nicht ersolgender Wiederernennung, bestehen können, sofern ein derartiges lokales Bedürfniß nachgewiesen wird.
- 2. Bei Anwendung des §. 8 Absat 2 wird Seitens der Stadtgemeinden mit um so größerer Vorsicht zu versahren sein, als der Begriff der städtischen Betriebsverwaltungen durch Theorie und Prazis disher noch keine seste Umgenzung gefunden hat, und als Meinungsverschiedenheiten einerseits der städtischen Berwaltungen und andererseits der in Streitfällen mit der Entscheidung befasten Gerichte hier zu schweren Schädigungen der Stadtgemeinden sühren können. Daher wird Seitens der Königlichen Regierungspräsidenten auf die in §. 8 a. a. D. vorgesehene ortsstatutarische Regelung dieser Frage in benjenigen Fällen hinzuwirken sein, in welchen Zweisel

über bie Gigenschaft einer ftäbtischen Betriebsvermaltung obmalten können.

Für bie nähere Feststellung biefes Begriffs mirb bavon auszugehen fein, bag in erfter Linie die gewerblichen Unternehmungen ber gemeinden zu den Betriebsverwaltungen zu rechnen find, wobei es auf die Frage, ob den Unternehmungen ein Monopol oder ein Benugungszwang eingeräumt ift, nicht ankommt. Auch wird die Thatsache, daß bei einem Unternehmen die Gewinnerzielung hinter Gesichtspunkte öffentlicher Interessen gurudtritt, nicht schon an sich die Annahme einer Betriebsverwaltung ausschließen. Gleichgültig ift ferner, ob einzelne im Betriebe angestellte Beamte obrigkeitliche Funktionen auszuüben haben (wie unter Umftanden Schlachthofporfteher in ftäbtischen Biebhöfen, vergl. Art. I Rr. 5). Mit diesen Maggaben mird eine städtische Betriebs= verwaltung im Sinne bes &. 8 Abfat 2 im Allgemeinen bort angenommen werben konnen, wo ein abge= fondertes wirthschaftliches Unternehmen ober eine abgesonberte mirthichaftliche Bermaltung ber Stabt mit eigenem Ber= fonal befteht. Das Erfordernif bes eigenen, von den übrigen städtischen Beamtengruppen verschiedenen Personals ergiebt sich aus ber Ermägung, daß andern= falls eine gesonderte Rechtsftellung biefes Personals ausgeschlossen sein würde. Da die hier verlangte Absonderung der Betriebsverwaltungen von den übrigen städtischen Berwaltungszweigen nur bei einem erheblicheren Umfange der ersteren zuzutreffen pflegt, wird es im Sinzelfalle für die Entscheidung über die Boraussetzungen der Betriebsverwaltung auf Art und Umfang derselben ankommen; so wird z. B. eine Kanalisation nur dann als Betriebsverwaltung gelten können, wenn sie mit Rücksicht auf selbständige, nach wirthschaftlichen Grundsäten zu leitende technische Sinrichtungen, z. B. auf die Berwendung von Rieselsslern u. s. f. ein wirtsschaftliches Unternehmen mit abgesonderter Verwaltung darstellt.

Mit ben aus bem Borftehenden sich ergebenden Borbehalten würden als Betriebsverwaltungen insebesondere zu bezeichnen sein: Bahnunternehmungen, Fuhrparks, Hafenanlagen, Lagerhäuser, Gas., Wasserie, Warkthallen, Schlachte und Biehehöse, Kurverwaltungen, Badeanstalten, Museen, Theatere, Konzertunternehmungen, zoologische Gärten u. A. m.

3. Daß die §§. 8—10 sich nur auf die nach Infrafttreten des Gesetzes zur Anstellung gelangenden städtischen Beamten und zwar auf alle diejenigen Beamten beziehen, welche nicht zu den Mitgliedern des kollegialischen Gemeindevorstandes (Magistrats) oder in Städten ohne solchen Borstand zu den Bürgermeistern oder deren Stellvertretern zählen, geht aus dem Wortlaut jener Baragraphen und dem

- S. 14 hervor. Auch hier wird indeffen die Ginführung bes Gesetzes eine paffende Gelegenheit bieten, die im Gebiete ber Städteordnungen für die öftlichen Brovinzen, für Westfalen und Frankfurt a. M. vielfach hervorgetretenen Zweifel über Lebenslänglichkeit ober Ründbarkeit der Anstellung städtischer Beamter, von beren Dienstleiftungen es nicht klar feststand, ob fie mechanischer bezw. vorübergehender Natur maren, baburch zu befeitigen, daß im Wege ber Bereinbarung zwischen Stadtgemeinden und Beamten entweder eine Declaration des bisherigen Rechtsverhältnisse erfolgt ober das bisherige Dienstverhältniß aufgelöft und eine neue Anftellung nach Maggabe biefes Gefetes vorgenommen wird. Die Königlichen Regierungspräfibenten werben sich eine Ginwirkung auf die Stadtverwaltungen in diefer Richtung angelegen fein au lassen haben.
- 4. Die Bestimmung des §. 10 al. 2 soll einen im Interesse sowohl der Stadtgemeinden als auch der Beamten liegenden Zwang zur völlig klaren und erschöpfenden Regelung der Annahmes bedingungen vor Antritt der zur Probe, zu vorübergehenden Dienstleistungen oder zur Borbereitung einzugehenden Beschäftisgungsverhältnisse senjenigen Streitigkeiten vorbeugen, welche über die Frage entstanden sind, ob das Beschäftigungsverhältnis eines Büreauhülfs

arbeiters ober eines sonstigen zur Aushülse angenommenen Beamten ein lediglich vorübergehendes sei ober nicht. Zu dem Ende wird die in §. 10 al. 2 vorgeschriebene zuvorige Regelung der Annahmesbedingungen bei vorübergehenden Dienstleistungen den Gegenstand der Beschäftigung und die voraussichtliche Dauer derselben neben den vermögensrechtlichen Momenten zu umfassen haben.

Als Aufsichtsbehörde im Sinne des §. 10 al. 1 ift auch hier die mit der laufenden Aufsicht betraute Instanz, also der Regierungspräsident zu verstehen.

Artifel IV.

Befolbung. Benfionirung. Bittwen= und Baifenverforgung der ftäbtifchen Beamten.

(§§. 11--17.)

1. Die Vorschrift bes §. 11 soll ber Aufsichtsbehörde die Handhabe bieten, unter den im ersten Absate bezeichneten Voraussezungen unzulängliche Beamtengehälter im Wege einer Beschlußfassung des Bezirksausschusses auf die angemessene Höhe zu bringen. Ueber den Rahmen dieser Voraussezungen hinaus ist von einer Mitwirkung der Aufsichtsbehörden bei der Festsezung der Beamtengehälter abzusehen. Nach Absat 2 des §. 11 bezieht sich die Bestimmung des ersten Absates nicht auf die städtischen Polizeibeamten, deren Gehälter auf Grund der durch das Polizeigeses vom 11. März 1850 sestgestellten staatlichen Organisationsbefugniß ber unbeschränkten Revision durch den Regierungspräsidenten unterliegen (vgl. hinsichtlich der Gemeindeforstbeamten Artikel VII Nr. 3). Auch auf die Mitglieder des Gemeindevorstandes findet der §. 11 keine Anwendung (§. 14).

2. Durch §. 12 wird die Penfionsberechtigung der lebenslänglich angestellten städtischen Beamten auf die fämmtlichen städtischen Beamten, insbesondere also die auf Kündigung angestellten ausgedehnt, welche letztere Pension erhalten, sosern sie nach Zurücklegung der erforderlichen Dienstjahre, ohne vorher eine Kündigung erfahren zu haben, dauernd dienstzunfähig werden.

Sine weitere Neuerung enthält §. 12 al. 1 insofern, als er eine von der gesetzlichen Bensionspregelung abweichende Festschung der Genehmigung des Bezirksausschusses unterwirft. Die Königlichen Regierungspräsidenten werden als Borsitende der Bezirksausschüsse ihren Ginfluß dahin geltend zu machen haben, daß im Allgemeinen nur günstigere Abweichungen im Interesse der Beamten die Genehmigung erhalten. Andere Abweichungen werden sich nur dann zur Genehmigung eignen, wenn der betressend Beamte, sei es weil er schon aus einer früheren Dienststellung eine Penston bezieht, sei es aus anderen Gründen größeren Werth auf Anstellung überhaupt als aus Gewährung der regelmäßigen

i

Benfion legt. Rachbem bas Reichsgericht burch Ent= icheibung vom 27. Februar 1896 (Entscheibungen in Civilfachen Bb. 37 G. 235) babin erkannt hat, bag gemäß §. 107 bes Militärpenfionsgesetes vom 27. Juni 1871 in der Kaffung bes Reichsgesetzes vom 22. Mai 1893 bei ber Benfionirung ber im preukischen Communalbienst angestellten Militäranwärter bie Militär= bienstzeit als pensionsfähige Dienstzeit in Unrechnung ju bringen fei, werben biejenigen Festsetzungen einer Genehmigung unfähig fein, mittels beren eine Stabtgemeinde die Unrechnungsfähigfeit ber bezeichneten Dienstjahre einzuschränten ober aufzuheben ftrebt, fofern nicht auch hier bas Interesse bes Militaranwärters ausnahmsweise die Genehmigung angezeigt erscheinen läßt. (Bergl. bezüglich ber Bemeinbeforft= beamten Artitel VII a. E.).

Neben ber Bezugnahme auf die eben erörterte reichsgesesliche Bestimmung enthält ber zweite Absat bes §. 12 die Borschrift, daß als pensionssähige Dienstzeit im Uebrigen "in Ermangelung anderweiter Festsehungen" "nur die Zeit gerechnet wird, welche der Beamte in dem Dienste der betreffenden Gemeinde zugebracht hat". Wenn auch hierdurch lediglich der Gedanke hat zum Ausdruck gebracht werden sollen, daß bei Uebertragung der im ersten Absat bezogenen pensionsrechtlichen Gesetze auf die mittelbaren Staatsbeamten diejenigen Dienstjahre nicht anrechnungssfähig sein können, welche einem anderen Verbande

als dem ruhegehaltspflichtigen Communalverbande gewidmet worden sind, wenn demnach der zweite Absat die Vorschrift des ersten nur in einem Einzelpunkte klarzustellen bestimmt ist, so sollen doch die von der Kommission des Herrenhauses beschlossenen Worte des zweiten Absates: "in Ermangelung anderweiter Festseyungen" nach den Kommissionsverhandlungen die Bedeutung haben, daß eine etwa beschlossene oder vereindarte Anrechnung auch auswärtiger Dienstziahre im Gegensate zu sonstigen günstigeren Pensionsbestimmungen, welche nach Absat der Genehmigung des Bezirksausschusses unterliegen, einer solchen Genehmigung nicht bedürfe (Komm.=Ver., Drucksachen des Herrenhauses 1899 Nr. 63 S. 20).

Die anderweiten Feftsetungen in Absat 1 und 2 begreifen übrigens in formeller hinsicht ebensowohl die generellen Bestimmungen als die Vereinbarungen.

Durch §. 12 werden auch die von dem Gemeindevorstand gegen Besoldung angestellten besonderen
städtischen Standesbeamten, welche gemäß §. 4
Uhs. 4 des Personenstandsgeseges vom 6. Februar
1875 Gemeindebeamte sind, pensionsberechtigt, sofern
sie nach erreichtem pensionssähigen Dienstalter dauernd
dienstunsähig werden und vorher ein Widerruf der
zu ihrer Bestallung ersorderlichen Genehmigung nicht
ergangen ist (§. 5 a. a. D.).

Die Regelvorschrift bes §. 12 bezieht sich ihrem Wortlaut nach nicht etwa bloß

auf die nach Inkrafttreten des Gesetzes zur Anstellung kommenden, sondern auch auf die zu jenem Zeitpunkt bereits im Amte befindlichen Beamten, soweit sie nicht dem Gemeindevorstande angehören (§. 14).

Sind hinsichtlich der Penfionirung der Beamten in einer Stadtgemeinde Ortsstatute oder Regulative in Geltung, welche andere als die in §. 12 enthaltenen Bestimmungen enthalten, so werden sie gemäß §. 25 al. 1 insoweit rechtsungültig. Daher werden die Stadtgemeinden diese Bestimmungen einer baldigen Revision und gegebenen Falls einer Umarbeitung zu unterziehen und die Genehmigung der Bezirtsausschilfe noch vor dem 1. April 1900 einzuholen haben. Die letzteren werden, da die Geltung dieser neuen Festsehungen vom Inkrasttreten des Gesets an datiren wird, kein Bedenken tragen können, die Genehmigung nach Maßgabe des neuen Gesetsschon vor der Inkrastsehung besselben zu ertheilen.

- S. 13 wiederholt eine schon aus dem bisherigen Rechte bekannte Borschrift, zu welcher an der Hand einer neuerlich ergangenen Entscheidung des Reichsegerichts (vom 12. Mai 1899, IV. Senat) nur zu bemerken ist, daß unter "Staatsdienst" auch der Dienst in einem nichtpreußischen beutschen Bundesestaate zu verstehen ist.
- S. 14 enthält, abgefehen von ber in Abfat 2 für bie Proving hannover getroffenen Bestimmung,

insbesondere durch höhere Gehaltsfestsegungen bisher schallos gehalten haben.

Beamte der Landgemeinden, der Landbürgermeistereien, Aemter, Awedberbande und Amtsbezirke.

Artifel V.

Regelung der Beamtenverhältniffe in den ländlichen Communalverbänden durch die Aufsichtsbehörden. Beamtenverhältniffe in der Rheinprovinz und in Westfalen.

(§§. 18-20.)

1. §. 18 Absat 2 und 4 geben ben Kreisaus= schüffen bie Befugnig, in größeren Landgemeinden, ländlichen Zweckverbänden und Amtsbezirken, für welche nach ihren örtlichen Berhältnissen ein Bedürfniß ortsstatutarischer Regelung der Anstellung und Befoldung ihrer Beamten befteht, diefe Regelung nach den für ftädtische Beamte geltenden Beftimmungen auch gegen ben Willen ber Berbanbe auf Antrag der Auffichtsbehörde herbeizuführen. Für die Ausführung diefer Bestimmung werden biejenigen Landgemeinden und ländlichen Berbande in Betracht tommen, welche, wie gewiffe ftabtifche Bororte, Industrie=, Badeorte u. f. f. burch Gin= wohnerzahl und Bedeutung ben Stadtgemeinden gleich= ober nahekommen. Die Bobe der Ginwohner= gahl wird nicht in mechanischer Beise zu bestimmen. vielmehr werden für die Anwendbarkeit der Bestimmung die Berhältnisse des Ginzelfalls sowohl im Hindlid auf die Gesammtlage des ländlichen Communalverbandes als auch auf die Beziehungen desselben zu den Stadtgemeinden der betreffenden Gegend maßgebend sein müssen.

Das Befet überläft es ber Beschluffassung bes Areisausichuffes, inwieweit die Beftimmungen ber §§. 8-10 und 12-15 auf die Beamten ober einzelne Rlaffen derfelben entsprechende Un= mendung finden follen. Es wird bekhalb zuläffig fein, die für ftäbtische Beamte geltenden Unftellungs= und Berforgungsgrundfäge nach Maggabe bes Bebürfnisses nur in einem näher begrenzten Umfange auf ben ländlichen Berband zu übertragen. Da nur eine "entsprechende" Anwendung der bezogenen Gesenesparagraphen ftattfinden foll, mird g. B. die Bestimmung in §. 14 Mangels einer Analogie ber Grundlagen von der Uebertragung auf den ländlichen Berband auszuschließen sein; bas Gleiche gilt von ben entsprechenben Bezugnahmen in §§. 19, 21 und 23. Die über die Befoldungsfeftstellung handelnde Borschrift des &. 11 ist bekhalb von einer Uebertragung auf die ländlichen Beamten ausgenommen worden, weil es nicht in der Absicht liegt, die weiter= greifende, für alle dem Besetze unterliegenden Land= gemeindebeamten gedachte Beftimmung bes britten Absages bes §. 18 im Falle ber Statutoftronirung für die davon betroffene Beamtentlaffe auszuschließen. 2. Die Anrechnung der in anderen ländlichen Communalverbänden der Provinz verbrachten Dienstzeit bei den pensionsberechtigten Beamten der rheinischen und westfälischen Landgemeinden, Landbürgermeistereien und Aemtern (§. 18 al. 1 Satz., § 19 Nr. 2, §. 23 Nr. 3) ist bedingt durch das Bestehen der provinziellen Pensionskassenverbände in der Rheinprovinz und Westfalen (§. 25 al. 2 Nr. 1).

Die Borschrift bes §. 20 ift bazu beftimmt, ben Bürgermeifter ober Amtmann, namentlich in großen inbuftriellen Bürgermeiftereien bezw. Aemtern burch Zulassung ber Anstellung besolbeter Beigeordneter nach Bedürfniß zu entlasten.

Beamte ber Rreis- und Probingialverbanbe.

Mrtikel VI.

Beschlußfassung ber Areistage. Besonbere Bestimmung für Provinzialbeamte.

(§§. 21, 22.)

1. Da auf die Rechtsverhältnisse der Kreiscommunalbeamten die für die städtischen Beamten gegebenen Borschriften entsprechende Anwendung zu sinden haben, beziehen sich die zu den letzteren Borschriften oben gemachten Aussiührungen auch auf die Kreisbeamten. Bei den Anträgen auf Genehmigung der gemäß §. 9 al. 1 von den Kreistagen zu beschließenden Abweichungen von dem Grundsate ber lebenslänglichen Beamtenanftellung werben bie Bezirksausschüffe bie individuellen Berhältniffe ber einzelnen Kreise zu berücksichtigen in der Lage sein.

2. Für die Beamten der Provinzialverbände, der Regierungsbezirks-Berbände Caffel und Biessbaden sowie des Lauendurgischen Landescommunalverbandes erlangen nur die allgemeinen Bestimmungen des Geses Geltung.

Semeinbeforftbeamte.

Artifel VII.

Maßgaben ber Gleichstellung mit ben übrigen Gemeinbebeamten. Berhältnifse in Rheinlanb und Westfalen.

(§. 23.)

- 1. Die Gemeinbeforstbeamten werden durch das Gesetz principiell den übrigen Gemeindebeamten gleichgestellt: es erlangen also auch für sie die allgemeinen Bestimmungen und die für die Beamten der einzelnen Communalverbände gegebenen des sonderen Bestimmungen Geltung. Indessen siese Gleichstellung nur mit den aus solgenden Nummern ersichtlichen Maßgaben statt:
- 2. Die betreffs der Anftellung gegebenen Borsschriften des Gesetzes (§§. 8—10) sollen von der Anwendung auf Forstbeamte im gesammten Geltungszgebiete des Gesetzes ausgeschlossen bleiben. Sine Konsequenz dieser Thatsache ift, daß auch im Wege

ber Statutoktronirung nach §. 18 al. 2 bie §§. 8–10 auf die Forstbeamten größerer Landgemeinden nicht ausgedehnt werden dürsen. Der Ausschluß der §§. 8—10 hat indessen nicht etwa irgend welche Verschlechterung der äußeren Lage der Gemeindeforstbeamten zur Folge; vielmehr will er nur die zur Zeit über Art und Dauer ihrer Anstellung geltenden anderweiten Regeln unberührt lassen.

- 3. Durch die Aufrechterhaltung der Berordnung vom 24. Dezember 1816 (G.=S. 1817 S. 57) wird die Geltung des §. 11 al. 1 für die städtischen Forstebeamten in Rheinland und Westfalen zu Gunsten des unbeschränkten Rechts der Regierungspräsidenten auf zweckentsprechende Gehaltsregulirung (Erkenntniß des Oberverwaltungsgerichts vom 1. Mai 1894, Entscheidungen Bd. 27 S. 77) ausgeschlossen.
- 4. Für die ländlichen Gemeindeforstbeamten der Provinzen Rheinland und Westfalen bringt das Gesetz durch §. 23 Nr. 3 die Ergänzung des schon bestehenden Pensionsrechts gemäß §. 12 und die obligatorische Wittwen- und Waisenversorgung gemäß §. 15.
- 5. Für die Forstschutzbeamten im Regierungssbezirke Wiesbaden bewendet es bei dem Gesetze vom 12. Oktober 1897.

hinsichtlich der Anwendung des §. 12 auf Gemeindesorstbeamte ist noch zu bemerken, daß diese, weit sie Anwärter aus dem Kägerkorps sind, in Bezug auf die Anrechnung der Militärdienstzeit bei der Pensionirung ebenso zu behandeln sind wie die aus dem Jägerkorps hervorgegangenen staatlichen Forstbeamten, welchen die aktive Militärdienstzeit und die in der verpflichteten Reserve des Jägercorps zugebrachte Zeit als Dienstzeit angerechnet wird.

Solug- und Hebergangsbeftimmungen.

Artifel VIII.

Rechtsverhältnisse ber zur Zeit bes Inkraftstretens bes Gesetzes im Umte befindlichen Communalbeamten. Erlaß ber im Gesetzes porgesehenen Ortsstatute 2c.

(§§. 24-27.)

1. Wie die zur Zeit noch nicht erledigten Zweifel über die rechtliche Natur des Dienstvershältnisses oder die Dauer der Anstellung bereits im Communaldienste stehender Bediensteter zu beseitigen sein werden, ist unter Artikel I Nr. 6 und Artikel III Nr. 3 ausgeführt worden. Unter Artikel IV Nr. 2 und 3 ist weiterhin sestgestellt worden, daß die jezt in Städten geltenden Pensionss und Reliktenverssorgungs-Regulative oder -Statuten, welche andere Bestimmungen enthalten, als solche durch §§. 12 ff. erslassen sind, mit der Inkrastesung dieses Geses rechtsungültig werden. Als eine Maßgabe dieser Consequenz enthält der erste Sattheil des §. 24 die schon aus den Geseen vom 31. März 1882 und

1. März 1891 bekannte Beftimmung, daß, fofern die nach Maggabe biefes Gefeges, b. i. nach Maggabe entweder der ausdrücklichen Borfchriften beffelben ober ber burch §. 12 zugelassenen anderweiten Feftfegungen, ju bemeffende Benfion geringer ift als bie Benfion, welche bem Beamten hatte gemährt werben muffen, wenn er am 31. Märg 1900 nach ben bis bahin für ihn geltenben Bestimmungen venfionirt worben mare, biefe lettere Benfion an Stelle ber erfteren bewilligt mird. Für bie Berechnung ber hinterbliebenenverforgung foll indeffen diesem Falle - unbeschabet wohlerworbener Rechte - nach bem zweiten Santheil bes &. 24 biejenige Benfion zu Grunde gelegt werden, welche nach Maggabe des vorliegenden Gefenes geschulbet wird. Die Vorschrift bes erften Santheils wird übrigens auch für die Beamten der Broping Sannoper praktische Bedeutung haben. Da voraussichtlich die= jenigen Städte, welche ichon jest Reftfenungen über Benfionirung und hinterbliebenenverforgung getroffen haben, die ben Beamten günftiger als die burch bas Befen gemährleifteten Rechte find, Berth auf eine weitere Aufrechterhaltung berfelben legen werben, fo werben biefelben, wie bies in Artitel IV Dr. 2 und 3 vorgesehen ift, alsbald bas Weitere zur Revision und zur Erlangung ber Genehmigung ber ih Bezirksausschüffe bezüglich jener Regulative u. f. f. au veranlaffen haben. Auf biefem Bege merben

etwaige Uebergangsschwierigkeiten im Gebiete ber Beamtenversorgung unschwer zu beseitigen sein.

Der alsbalbige Erlaft ber ebengebachten Reftfetungen wie auch ber übrigen im Gefete vorgefebenen ortsgeseklichen ober abminiftrativen Regelungen, insbefondere beretmagemäk §. 9 ftäbtifcherfeits zu befchließenben Abmeichungen von bem Brincipe lebenslänglicher Beamtenanftellung wird feitens ber Auffichtsbehörben mit Rachdruck zu betreiben fein. Das Bleiche gilt für die Areiscorporationen, die rheinischen Bürgermeiftereien und bie weftfälischen Aemter (§§. 19, 21) sowie im Bedürfniffalle für bie Landgemeinden, Amtsbezirke 2c. (§. 18). Daß die mit der Genehmigung ber ju erlaffenden Borfchriften befagten Gelbftverwaltungsbeschlußbehörben schon vor dem 1. April 1900 bie Benehmigung folder mit biefem Zeitpunkt in Geltung tretenber Beftimmungen zu ertheilen in ber Lage find, ift unter Artikel IV Nr. 2 und 3 ausgeführt worden.

Spätestens mit dem Zeitpunkt des Inkrasttretens des Gesetzes wird Erlaß und Genehmigung der zu beschließenden Ortsstatute oder Regulative beendigt sein müssen.

Berlin, ben 12. October 1899.

Der Minifter bes Innern. Freiherr von Rheinbaben.

III. Anftellung der Militaranwärter.

1.

Gesek, betreffend die Besetzung der Zubaltern= und Unterbeamtenstellen in der Perwaltung der Communalverbände mit Militäranwärtern.

(Bom 21. Juli 1892 G.S. S. 214.) Geändert gemäß Art. 2 der Reichsverfaffung durch die Bekanntmachung des Bundesrathes v. 25. Juli 1899. (Centralblatt für das Deutsche Reich S. 268.)

Wir **Wilhelm**, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen, mit Zuftimmung beider häuser bes Landtages, für den gesammten Umfang der Monarchie, was folgt:

1 Abf. 1. Die Subaltern= und Unterbeamtensftellen in der Verwaltung der Communalverbände, sowie in ständischen und solchen Instituten, welche ganz oder zum Theil aus Mitteln . . . der Gemeinden unterhalten werden, jedoch ausschließlich der Forstverwaltung, sind gemäß den nachstehenden Bestimmungen mit Militäranwärtern zu besehen.

Abs. 2. Militäranwärter im Sinne dieses Gessesses ift jeder dem Preußischen Staate angehörige und aus dem Preußischen Reichsmilitärcontingente hervorgegangene Inhaberdes Civilversorgungsscheins. Die unter Preußischer Berwaltung stehenden außerspreußischen Contingente und die Kaiserliche Marine

find in diefer Beziehung bem Preußischen Contingente gleichgeftellt. 1)

- 2. Die Subaltern= und Unterbeamtenftellen in benjenigen Landgemeinden und ländlichen Communalsverbänden, welche weniger als 2000 Einwohner haben, unterliegen den Borschriften dieses Geses nicht. Es können jedoch bezüglich der Kriegsinvaliden durch Königliche Berordnung, von welcher dem Landstage bei seinem nächsten Jusammentritt Mittheilung zu machen ift, die Subaltern= und Unterbeamtensstellen in diesen Landgemeinden und Communalsverbänden der Borschrift des §. 1 unterworsen werden.
- 3. Ausschließlich mit Militäranwärtern find zu besetzen:
 - 1. bie Stellen im Kangleidienft, einschließlich berjenigen der Lohnschreiber, soweit beren Inhabern

¹⁾ Der ganze Absat 2 gilt jest nur noch für diejenigen Militäranwärter, welche den Civilversorgungsschein in einer militärisch organisirten Preußischen Schukmannschaft oder in der Preußischen Gendarmerie erworben haben.

An Stelle des §. 1 Abi. 2 tritt für diejenigen Inhaber bes Civilversorgungsscheins, welche benselben nicht in einer militärisch organisirten Preußischen Schutzmannschaft oder nicht in ber Preußischen Gendarmerie erworben haben, die Bestimmung,

daß dieselben, um in Breußtschen Communen sowie den in §. 1 Abs. 1 genannten Instituten den Anspruch auf Berücksichtigung bei der Stellenbesehung zu haben, zwei Jahre lang im Besitz der Preußischen Staatsangehörigkeit sein müssen.

11. (geändert). Neber die Bewerbungen um noch nicht erledigte Stellen haben die Communalbehörden Berzeichnisse nach Anlage 2s anzulegen, in welche die Stellenanwärter nach dem Datum des Einganges der ersten Meldung eingetragen werden. War die Befähigung noch durch eine Prüfung (Vorprüfung) nachzuweisen, so kann die Eintragung auch nach dem Tage des Bestehens der Prüfung ersolgen.

Bei ber Besetzung erledigter Stellen sind unter sonst gleichen Berhältnissen Unteroffiziere, welche mindestens 8 Jahre im Heere oder in der Marine aktiv gedient haben, in erster Linie zu berücksichtigen.

12. Die ben Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen dürfen, außer in dem Falle des §. 7, mit anderen Personen nicht besetzt werden, sosern sich Militäranwärter finden, welche zur Uebernahme der Stellen befähigt und bereit sind. Es macht dabei keinen Unterschied, ob die Stellen dauernd oder nur zeitweise bestehen, ob mit denselben ein etatsmäßiges Gehalt oder nur eine diätarische oder andere Remuneration verbunden ist, ob die Anstellung auf Lebenszeit, auf Kündigung oder auf Widerruf gesschieht.

Bu vorübergehender Beschäftigung als Hülfsarbeiter oder Bertreter können jedoch auch Nichtversorgungsberechtigte angenommen werden.

In Unfehung berjenigen bienftlichen Ber-

richtungen, für welche wegen ihres geringen, die volle Zeit und Thätigkeit eines Beamten nicht in Anspruch nehmenden Umsanges und der Geringfügigkeit der damit verbundenen Remuneration besondere Beamte nicht angenommen, welche vielmehr an Privatpersonen, an andere Beamte als Nebenbeschäftigung oder an verabschiedete Beamte übertragen zu werden pslegen, behält es hierbei sein Bewenden. Wenn sich jedoch Militäranwärter ohne Aufsorderung zu solchen bienstlichen Berrichtungen melden, so sind dieselben vorzugsweise zu berücksichtigen.

13. Die Anstellungsbehörden sind zur Berüdssichtigung von Bewerbungen nur dann verpflichtet, wenn die Bewerber eine genügende Besähigung für die fragliche Stelle beziehungsweise den fraglichen Dienstzweig nachweisen. Darüber, ob der Bewerber genügende Besähigung besitzt, entscheidet auf Besichwerde die staatliche Aufsichtsbehörde.

Sind für gewisse Dienststellen oder für gewisse Gattungen von Dienststellen besondere Prüfungen (Borprüfungen) vorgeschrieben, so hat der Militäranwärter auch diese Prüfungen abzulegen. Auch tann, wenn die Sigenthümlichkeit des Dienstzweiges dies erheischt, die Zulassung zu dieser Prüfung oder die Annahme der Bewerdung überhaupt von einer vorgängigen informatorischen Beschäftigung in dem betressenden Dienstzweige abhängig gemacht werden, welche in der Regel nicht über drei Monate auszu-

dehnen ist. lleber die Zulässigkeit einer insormatorischen Beschäftigung entscheidet die staatliche Aufsichtsbehörde.

Die Anstellung eines einberufenen Militär= anwärters tann zunächst auf Probe erfolgen ober von einer Probedienstleiftung abhängig gemacht werden. Die Probezeit darf vorbehaltlich der Ub= kürzung bei früher nachgewiesener Befähigung in ber Regel höchstens sechs Monate, für ben Dienst ber Stragen= und Bafferbauverwaltung, mit Ausschluß ber im §. 3 bezeichneten Stellen, ein Jahr betragen. handelt es fich um Unftellungen im Bureaus ober Raffendienft, fo tann die Probezeit mit Genehmigung ber staatlichen Aufsichtsbehörde unter Zustimmung ber zuftändigen Militarbehörde ausnahmsmeife bis auf die Dauer eines Jahres verlängert werben. Während ber Unftellung auf Probe ift bem Unwärter bas volle Stelleneinkommen, mahrend ber Probedienstleiftung eine fortlaufende Remuneration von nicht meniger als Dreiviertheil des Stellencinkommens zu gewähren.

14. Welche Subaltern= und Unterbeamtenstellen und, gegebenen Falls, in welcher Anzahl dieselben gemäß den vorstehenden Bestimmungen den Wilitärsanwärtern vorzubehalten sind, hat die Communalsaufsichtsbehörde sestzustellen. Gegen diese Feststellung ist die Beschwerde zulässig. Stellen, wegen deren eine solche Feststellung noch nicht stattgefunden

hat, dürfen, insofern nicht Militäranwärter zur Anstellung gelangen, ober das in diesem Gesetze bezüglich der Besetzung der Stellen mit Militäranwärtern vorgeschriebene Berfahren erledigt ist, dis zu der erfolgten Feststellung nur widerrustlich besetzt werden. Die Anstellungsverhältnisse der Inhaber von solchen Stellen, welche gemäß den vorstehenden Bestimmungen den Militäranwärtern vorzubehalten, dagegen ohne Berletzung der disherigen Bestimmungen an nicht Bersorgungsberechtigte übertragen worden sind, bleiben hierdurch unberührt. Gleichsalls unsberührt bleiben bereits erworbene Ansprüche von Militäranwärtern.

lebergangs= und Schlußbestimmungen.

15. Sind bei dem Inkrafttreten dieses Gesetzes Civilpersonen seit mindestens drei Jahren in Stellen, welche denselben nach dem bisherigen Rechte ohne landesherrliche Berleihung der Berechtigung zu einer Anstellung nicht hätten übertragen werden dürfen, so können die Civilpersonen in diesen Stellen belassen werden. Gehören diese Stellen zu denjenigen, welche gemäß den Borschriften des gegenwärtigen Gesetzes den Militäranwärtern theilweise vorbehalten sind, so müssen frei werdende Stellen den Militäranwärtern so lange und in ununterbrochener Reihenfolge übertragen werden, dis der den Militäranwärtern vorsbehaltene Theil erfüllt ist.

16. Das gegenwärtige Gesetz tritt am 1. Oktober 1892 in Kraft.

Mit biesem Zeitpunkte treten alle entgegenftehenden Bestimmungen, insbesondere die Declaration wegen Berücksichtigung invalider Militärpersonen bei Besetzung städtischer Posten vom 29. Mai 1820 (Gesez-Samml. S. 79), die Kabinetsorder, betreffend die Besetzung der Kämmereirendantenzund Communaltassenrendantensschen, vom 1. August 1835 (Gesez-Samml. S. 179) und der Allerhöchste Erlaß, dertreffend die Berpslichtung der Stadtgemeinden in den neu erwordenen Landestheilen zur Besetzung der besoldeten städtischen Unterbedientenstellen mit versorgungsberechtigten Militärinvaliden, vom 22. September 1867 (Gesex-Samml. S. 1667) außer Kraft.

Der Minister bes Innern und ber Kriegs= minister sind mit ber Ausführung bieses Gesetzes beauftragt und erlassen die hierzu erforderlichen An= ordnungen und Instruktionen.

Urtundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Insiegel.

Gegeben an Bord Meiner Jacht "Kaiserabler", Drontheim, ben 21. Juli 1892.

(L. S.) Bilhelm.

Gr. zu Gulenburg. v. Boetticher. Herrfurth. v. Schelling. Frhr. v. Berlepsch. Miquel. v. Kaltenborn. Thielen. 2.

Ministerielle Ausführungsanweisung zum Militärsanwärter=Anstellungsgesetz vom 21. Juli 1892.

Bom 30. September 1892 bezw. 1. Dezember 1899. (Ministerialblatt für die innere Verwaltung Jahrgang 1892 S. 285, 1899 S. 235.)

Cirkular an sämmtliche Königliche Regierungs- Präsibenten vom 30. September 1892*) über Ausführung des Gesetes, betr. die Besetung der Subaltern- und Unterbeamtenstellen in der Berwaltung der Communalperbände mit Militäranmärtern.

In Nummer 24 ber Gesetz-Sammlung (S. 214) ift das Gesetz, betr. die Besetzung der Subalterns und Unterbeamtenstellen in der Verwaltung der Commusnalverbände mit Militäranwärtern, vom 21. Juli 1892, zur Veröffentlichung gelangt. Dasselbe tritt nach §. 16 mit dem 1. Oktober d. Is. in Kraft.

Bur Ausstührung bes Gesetzes ertheile ich auf Grund bes §. 16 Abs. 3 im Ginverständnisse mit bem Herrn Kriegsminister bie nachstehenden Beissungen.

Das Gesetz verfolgt die Absicht, unter Aufhebung

^{*)} Abgeändert durch Allg. Bf. vom 1. Dezember 1899 (M.-Bl. f. d. i. B. S. 235), welche auf Grund der Bekanntmachung des Bundesrathes vom 25. Juli 1899 (Centrals blatt für das Deutsche Reich S. 268) ergangen ift.

ber für die Stadtgemeinden, die Rreis- und Provinziglverbande megen ber Unftellung von Militarin= validen zur Zeit beftehenden Borfchriften, die Grund= fate, welche für die Reichs= und Staatsbehörden bei ber Befekung ihrer Subaltern= und Unterbeamten= ftellen mit Militäranwärtern gelten, auf bie Communalverbande mit benjenigen Maggaben zu über= tragen, welche aus ber Berschiebenheit ber beiberseitigen Berhältnisse sich ergeben. Wie die Bergleichung bes Gefetes und jener "Grundfäte" (Minift.=Bl. für bie innere Verwaltung 1882 S. 225) ertennen läßt, ift ber S. 1 bes Gefenes ben SS. 1 und 2 ber Grundfane. es find ferner die SS. 3 bis 6 bes Befeges ben entfprechenden Paragraphen ber Grundfäge, ber §. 7 bes Gefetes bem &. 11 ber Grundfage fast wortlich nachacbildet. Bei ber Ausführung bes Befeges ift bemnach im Allgemeinen in gleicher Beife zu verfahren, wie bei ber Ausführung ber "Grundfage" bisher verfahren worden ift und weiterhin verfahren werden mirb.

3m Einzelnen ift Folgendes zu beachten:

1. Das Gesetz betrifft die Besetzung von Subsalterns und Unterbeamtenstellen. Welche solcher Stellen und in welcher Anzahl dieselben den Militäranwärtern vorzubehalten sind, ist nach den Bestimmungen des Gesetzuges gemäß §. 14 von den Communalaussichtsbehörden sestzustellen.

In ben Berichten, welche bei ber Borbereitung

bes Entwurfs bes Befeges erforbert worben finb, ift mehrfach die Auffassung zum Ausbrucke gebracht worden, bak Berfonen, welche in ben gewerblichen Unternehmungen ber Communalverbande beschäftigt werben, überhaupt nicht Beamte feien und daß folg= lich bie Stellen biefer Berfonen bei ber Befegung ber Subaltern= und Unterbeamtenftellen ber Communal= verbande von vornherein ausschieden. Diese Auffassung ist irrig. Wie das Königl. Ober=Verwaltungs= gericht in feiner Entscheidung vom 20. November 1891 (Entich. Bb. 22 S. 67) gutreffend ausgeführt hat, "kann die Eigenschaft von Gemeindebeamten und mittelbaren Staatsbeamten auch folden im Dienfte ber Stadt ftebenben Perfonen gutommen, die teinerlei obrigkeitliche Befugniffe ausüben, sondern lediglich in industriellen oder sonst rein wirthschaftlichen Betrieben ber Stadtgemeinde thatig find." Sieraus folgt, wie das Ober-Verwaltungsgericht weiterhin bargelegt hat, nicht, daß alle biejenigen, welche eine Bemeindebehörde zu Dienften innerhalb eines abgrengten Geschäftsbereichs beruft, allein ichon aus biefem Grunde Gemeindebeamte find. Die Beforgung ber Geschäfte kann auch lediglich als eine privat= rechtliche Berpflichtung burch Bertrag übertragen werben, und dies ift bei ber llebertragung von Beschäften in den gewerblichen Unternehmungen der communalen und weiteren Berbande nicht felten ber Fall. Ob in Fällen biefer Urt ein Beamten- ober

ein privatrechtliches Dienstwerhältniß besteht, ist in jedem einzelnen Falle eine wesentlich thatsächliche Frage, deren Beantwortung vornehmlich von der Bürdigung derjenigen Umstände abhängt, in denen der Wille der Betheiligten einen erkennbaren Ausderuck gefunden hat.

Welche Beamtenstellen sodann als Subalternund Unterbeamtenstellen zu erachten find, ift, fofern Zweifel in dieser Beziehung bestehen, im Allgemeinen aus ber Analogie ber Festsetzungen über die ben Militäranwärtern im Preußischen Staatsdienste vorbehaltenen Stellen zu beantworten, insbesondere im hinblid auf bas burch ben Allerhöchsten Erlag vom 30. Juni 1885 (Minift. Bl. S. 165) genehmigte Stellenverzeichniß und bessen Nachträge. Aus dem Umftande, daß im §. 5 des Gefetes - abweichend von bem bemfelben entsprechenden §. 4 ber Regierungs= vorlage, und nur an diefer Stelle - auf die finngemäße Zugrundelegung ber für bie Reichs= und Staatsbehörden jeweilig geltenden Stellenverzeichnisse für den Fall dieses Paragraphen ausbrücklich bingewiesen worden ift, darf nicht gefolgert werben, baß bie Stellenverzeichniffe bei ber Ausführung ber SS. 3, 4, 6 bes Gefenes nicht gleichfalls finngemäß zu verwerthen seien. Insoweit auch auf diesem Wege zu einem Ergebnisse nicht zu gelangen ist, wird grundfählich bavon auszugehen fein, baf biejenigen Stellen, beren Inhabern eine felbftftändige Bermaltung übertragen ift, zu ben Subaltern= und Unterbeamtenstellen nicht zu rechnen sind. Es gilt dies beispiels=
weise von den Stellen der Borsteher der Jrren=,
heil=und Pflegeanstalten, der Blinden=, Taubstummen=,
Besserungs= und Erziehungsanstalten, der communalen Kur= und Bade=Stablissements, ferner der
Branddirektoren, Standesbeamten, Polizei=Inspec=
toren= und =Kommissare.

Soweit hiernach bas Gesetz auf Beamtenstellen überhaupt Anwendung findet, ist es unerheblich, ob die Stellen etatsmäßige oder nicht etatsmäßige sind.

2. Unlangend die Frage, welche Berbande als Communalverbande im Sinne bes §. 1 zu gelten haben, so gehören zu denselben nicht nur die Land= und Stadtgemeinden, Die Kreise und Provingen, fondern namentlich auch die in den alten Brovingen noch bestehenden communalständischen Verbande und bie landschaftlichen Berbande in der Proving Sannover, die hohenzollernichen Unitsverbande, die Bezirksverbande der Regierungsbezirke Raffel und Wiesbaden. der hohenzollernsche und der Lauenburgische Landescommunalverband, ferner bie aus Gemeinden bezw. aus Gemeinden und Gutsbezirken für beftimmte communale Zwede gebilbeten Berbanbe, bie Gefammtarmenverbande und Begeverbande, Bürgermeiftereien in der Rheinproving, die Uemter in Weftfalen, die Zwedverbanbe im Sinne ber §8. 128 ff. ber Landgemeinde-Ordnung vom 3. Juli 1891, — nicht bagegen die landschaftlichen Kreditverbände.

Im llebrigen muß baran festgehalten werben, baß bas Gesetz nur von Beamten in der Berwaltung der Communalverbände spricht. Das Gesetz sindet somit keine Unwendung auf die Stellen solcher Personen, welche, wie dies z. B. in der Rheinprovinz und in Westfalen nicht selten der Fall ist, lediglich in einem persönlichen Dienstverhältnisse zu dem an der Spize des Communalverbandes stehenden Besamten sich besinden und für die Besorgung von Geschäften in der diesem Beamten übertragenen communalen Verwaltung aus dem demselben bewilligten Kostenaversum besolbet werden.

Ergänzung zu Rr. 2. (AUg. Bf. v. 1. Dezember 1899 M.=Bl. f. b. i. B. S. 235.)

Bu ben Beamtenstellen "in ber Berwaltung ber Communalverbände" (§ 1 Ges. vom 21. Juli 1892) gehören auch die Stellen in "ständischen und solchen Instituten, welche ganz oder zum Theil aus Mitteln . . . ber Gemeinde unterhalten werden."

3. (AUg. Bf. v. 1. Dezember 1899 M.=Bl. f. b. i. B. S. 235.)

Während nach dem Gesetze vom ?1. Juli 1892 (§. 1 al 2) der Stellenanspruch eines Inhabers des Civilversorgungsscheins von der doppelten Bedingung abhängig war, daß derselbe die Sigenschaft

eines Breußischen Staatsangehörigen besaß und aus bem Breugischen Reichsmilitärkontingente hervorgegangen mar, ift burch die "Grundfage" bes Bunbegraths bie lettere Bebingung fortgefallen und bie erftere babin abgeändert worben, daß der Inhaber bes Civilverforgungsicheins, um in Breugischen Communen u. f. f. ben Unfpruch auf Berudfich= tigung bei ber Stellenbesetzung zu haben, amei Jahrelang im Besige ber Preußischen Staats= angehörigfeit fein muß. Ift hiernach im einzelnen Ralle biese lettere Bedingung erfüllt, so ist es für den Unfpruch des Betreffenden gleichgiltig, ob er ben Civilversorgungsichein in einem preufischen oder unter preußischer Bermaltung stehenden Militärkontingente bezw. in der Kaiferlichen Marine ober in bem bagrifchen, fächfischen ober murttembergischen Militärkontingente erdient hat. Nur hinsichtlich berjenigen Militäranwärter, welche ben Civilverforgungsschein in einer militärisch organisirten preußischen Schutmannichaft ober in ber preugischen Genbarmerie erworben haben, verbleibt es bei ber Beftimmung bes §. 1 al. 2 bes Gefeges vom 21. Juli 1892.

4. Nach §. 3 ber "Grundfäte" sind die aussschließlich mit Militäranwärtern zu besetzenden Stellen im Kanzleidienste diejenigen, deren Inhabern I ediglich die Besorgung des Schreibwerks obliegt. Das Wort "lediglich" sehlt im Gesetz. Im

Sinne bes letteren gehören zu ben Stellen im Kanzleidienst auch diesenigen, deren Inhaber außer dem Schreibwerk nebenbei und in geringem Umfange auch sonstige Dienste zu besorgen haben, wogegen zu dieser Stellen diesenigen nicht gehören, deren Inhaber nur nebenbei auch zur Besorgung des Schreibwerks und der damit zusammenhängenden Dienstverrichtungen herangezogen werden. Das Geset hat dem Umstande Rechnung getragen, daß namentlich in den Verwaltungen der kleinen Communalverbände, Kanzleis und sonstiger Bureaudienst nicht immer scharf geschieden sind.

- 5. Die Vorschrift im § 3 bes Gesetes wegen der Lohnschreiber findet auf junge Leute keine Anwendung, die, was namentlich bei den Verwaltungen der Communalverbände vielsach zutrifft, zwar beim Schreibwerk etwa auch gegen eine mäßige Vergütung beschäftigt werden, indessen der Hauptsache nach doch nur, um für den späteren Dienst als Subalternbeamte vorbereitet zu werden. Es bedarf im llebrigen keines Hinweises darauf, daß eine derartige Beschäftigung nicht dazu dienen darf, um Stellen, welche Militäranwärtern vorzubehalten sind, benselben thatsächlich zu entziehen.
- 6. Nach §. 3 ber "Grundfäte" find ausschließlich mit Militäranwärtern zu besetzen: fämmtliche Stellen, beren Obliegenheiten im Wefentlichen in mechanischen Dienftleiftungen bestehen und keine technischen Kennt-

nisse erfordern. Das Nichterforderniß der technischen Kenntnisse sehlt im § 3 des Geseges. Es hat hierzburch jedoch keine Abweichung von den "Grundsägen" herbeigeführt werden sollen, sondern es ist bei Aufstellung des Entwurfs des Geseges davon ausgegangen worden, daß Obliegenheiten, die im Wesentlichen in mechanischen Dienstleistungen bestehen, überhaupt nicht technische Kenntnisse ersordern werden, daß somit die Borausseyung des Nichtersordernisses von technischen Kenntnissen einer besonderen Hervorshebung im Gesege nicht bedarf.

7. Bei ber Berathung ber Regierungsvorlage in ber Sigung bes Berrenhauses vom 15. Juni b. I. Sten. B. S. 315) ift eine Entscheidung barüber in Unregung gebracht worben, ob bie Stellen ber Bolizeisergeanten als folche anzusehen find, beren Obliegenheiten im Befentlichen in mechanischen Dienftleiftungen beftehen und bie baber gemäß §. 3 bes Gefetes ausschlieflich mit Militäranwärtern zu befeten find, ober ob bie Befetung biefer Stellen fich nach ben Bestimmungen im §. 5 bes Befeges regele. Bisher ift, foviel bekannt, bei ben Berwaltungsbehörben im Allgemeinen bavon ausgegangen worben, baß bie Stellen ber Boligeifergeanten zu benjenigen zu rechnen seien, beren Obliegenheiten im Befentlichen in mechanischen Dienstleiftungen bestehen. Auch ift ein Unterfchied für bie Ausführung bes Befeges, je nachdem auf die Besetzung biefer Stellen ber §. 3 ober ber &. 5 bes Befeges Unwendung findet, taum erkennbar, weil nach dem durch den Allerhöchsten Erlag vom 30. Juni 1885 (M.=Bl. S. 165) genehmigten, im §. 5 bezogenen Stellenverzeichniß unter VII, 3 die Stellen der Bolizeimachtmeister und Schutmanner im Königlichen Dienst, benen bie Stellen ber Polizeiwachtmeifter und Polizeisergeanten in ben Stadtgemeinden insoweit gleichzustellen find. in ber Regel fammtlich mit Militaranwartern befest werden follen. Gleichwohl bin ich im hinblic auf die bei ber Berathung der Regierungsvorlage im Berrenhaufe von bem Bertreter ber Staatsregierung gegebene Rufage bamit einverftanden, daß ber in Anregung gebrachte Zweifel geprüft und bag nament= lich erwogen werbe, ob in ben bazu geeigneten Fällen einzelne Stellen ber Polizeimachtmeifter und Polizei= fergeanten in ben Communalverbanben, analog ber im Stellenverzeichniffe vorgesehenen Ausnahme wegen bes im Rriminalbienft verwendeten Berfonals von ber ausschlieflichen Besetzung mit Militaranmartern auszunehmen find.

8. §. 4 bes Gesetzes spricht — im Gegensatze zu §. 5 besselben — nur von den Stellen der Subalternsbeamten im Büreaudienste. Es gehören hierhin namentlich die Stellen im Journals, Registraturs, Expeditionss, Kalkulators und Kassendienste.

Bon ber Regel, wonach biefe Stellen minbeftens aur hälfte mit Militäranmartern au besetzen find,

ift unter Ziffer 1 eine Ausnahme bezüglich berjenigen Stellen nachgelaffen, für welche eine besondere miffenschaftliche ober technische Borbilbung erfordert wird. Ru biefen letteren Stellen find biefenigen ber Sefretäre in größeren Communalverwaltungen, ins= besondere auch ber Rreisausichuf = Gefretare ebenfo wenig zu rechnen, wie nach ben "Grunbfägen" bie Stellen ber Setretare bei ben Oberpräfibien und Regierungen. Dagegen werben die beregten Stellen gleich ben Stellen der Setretäre bei ben Oberpräfis bien 2c., ben Militäranwärtern nur im Bege bes Aufrüdens zugänglich zu machen sein. Ift bie Doglichkeit des Aufrückens ausgeschlossen, weil — was bei den Kreisausschuß-Berwaltungen in der Regel ber Fall fein wird - es an einer Rlaffe von Beamten fehlt, aus welcher aufgerudt werben tann, fo muß nach &. 6 Abf. 3 bes Gefetes eine Stelle ber ermähnten Art ben Militäranwärtern vorbehalten ober versagt bleiben, je nachbem sie, unter Berücksichtigung ber Unforberungen bes Dienftes jur Befegung mit einem Militäranwärter geeignet ober nicht geeignet ift.

Bufat: (Allg. Bf. vom 1. Dezember 1899 M.=BI. S. 235.)

Weiterhin ift aus ben ben "Grundfägen" bes Bundesraths beigegebenen "Erläuterungen" hervorzuheben, daß bei Besetzung ber ben Militäranwärtern ausschließlich ober zum Theil vorbehaltenen Stellen,

welche nur im Wege bes Aufrückens erreicht werben können, bei sonst gleichen Boraussetzungen hinsichtlich ber Qualification ehemalige Militäranwärter hinter anderen Angestellten nicht zurückgesetzt werden bürfen.

Im Uebrigen mache ich, was insbesonbere bie Stadtfetretare betrifft, barauf aufmertfam, daß bem Titel, welcher einem Beamten gegeben wird, eine bedeutende Entscheidung für die Frage, in welcher Beije bie Beftimmungen bes Gefetes auf ben Stelleninhaber in Unwendung zu bringen find, nicht beijulegen ift; entscheibend find die Funktionen, welche ber Stelleninhaber zu erfüllen hat. Es ergiebt fich hieraus, daß bie Stellen folcher Stadtfefretare, bie wie es vielfach in kleineren Communalverbanden ber Fall ift, vornehmlich mit den untergeordneteren Beichaften im Bureaubienst beauftragt find, nicht zu benjenigen gerechnet werden burfen, bie nur im Wege bes Aufrückens zu erlangen find, bag biefelben ben Militäranwärtern vielmehr ohne eine solche Gin= schränkung zugänglich gehalten werben muffen.

Bezüglich der eigenartigen Stellen der Stadtsekretäre in der Provinz Hannover (§§. 41, 46, 56 der dortigen Städteordnung vom 24. Juni 1858) verbleibt es auch weiterhin dabei, daß dieselben den Militäranwärtern nicht vorzubehalten sind.

9. Was die im §. 4 unter Ziffer 2 erwähnten Kassenbeamten betrifft, so sind bei der Berathung der Regierungsvorlage in den Sitzungen des Hauses der Abgeordneten vom 30. und 31. Mai d. J. (Sten. Ber. S. 193 ff. und S. 1960 ff.) die Berhältnisse ber Gegenbuchführer und Kaffenrevisoren in einigen größeren ftäbtischen Bermaltungen ber Proving Beftfalen eingehend erörtert worden. Wie ichon zu Riffer 8 bemerkt, ift ber Titel eines Beamten für bie Anwendung bes Gefeges auf bie Befegung ber Stelle bes Beamten nicht von entscheibenber Bebeutung. Infofern baber insbesonbere bie Begenbuchführer berufen find, Kaffengelber einzunehmen, zu vermahren ober auszugeben, fallen fie unter bie Ausnahmebestimmung bes &. 4 Biffer 2. Im Uebrigen wird, mas insbesondere die Revisoren betrifft, zu prüfen fein, ob die Stellen derfelben benjenigen beizugählen find, welche ben Militaranwärtern nur im Bege bes Aufrudens minbeftens gur Balfte porbehalten bleiben fonnen.

10. Während die im §. 3 des Gesetes bezeichneten Unterbeamtenftellen ausschließlich und die im §. 4 besselchneten Stellen der Subalternbeamten im Büreaudienst mindestens zur hälfte mit Militäranwärtern zu besetzen sind, sollen alle übrigen Unterbeamten= und Subalternbeamtenstellen gemäß §. 5 nur unter Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes und unter sinngemäßer Zugrundelegung der sie keichs= und Staatsbehörden jeweilig geltenden Berzeichnisse über die den Militäranwärtern vorbehaltenen Stellen mit Militäranwärtern bes

sest werben. Es ist schon barauf hingewiesen worben, baß ber Zusaß "und unter sinngemäßer Zugrundelegung 2c." auf einem Beschlusse bes Abgeordnetenshauses beruht. Im S. 5 der Grundsäße ist die Berücksichtigung der Anforderungen des Dienstes als ausschließlich maßgebend hingestellt, und dasselbe war auch im S. 4 der Regierungsvorlage geschehen. Bei der Ausführung des Gesets wird darauf zu halten sein, daß, wo wegen der Berschiedenheit der Berwaltungen und deren Aufgaben die Ansorderungen des Dienstes und die sinngemäße Zugrundelegung jener Berzeichnisse sich nicht ohne Weiteres decen, die Anforderungen des Dienstes in erster Linie zu berücksichtigen sind.

11. Die Beftimmung im §. 6 Ubs. 1 hat mährend ber Berathung bes Entwurfs bes Gesehes im Landtage zu vielfachen Erörterungen Anlaß gegeben.

Bur Erläuterung der Anordnung nehme ich auf bas während der kommissarischen Berathung des Entwurfs im Hause der Abgeordneten von dem Bertreter der Regierung konstruirte Beispiel ergebenst Bezug (H. d. abg. Drucks. Ar. 205, S. 13).

12. Unter ben Bediensteten im Sinne bes §. 7 Ziffer 5, beren im §. 10 Ziffer 3 ber "Grundsätze" keine Erwähnung geschieht, sind solche Personen zu verstehen, die durch Privatvertrag in den Communalbienst ausgenommen worden sind. Es soll den Communalverbänden die Möglichkeit gewährt werden,

solche Personen, die zur ferneren Berrichtung eines vielleicht anstrengenden, besondere körperliche Tüchtigekeit erfordernden Dienstes untauglich geworden sind, in leichteren Stellen noch zu verwenden, die an sich mit Militäranwärtern zu besetzen sein würden. Macht ein Communalverband von dem ihm hiernach gewährten Rechte Gebrauch, so hat jedoch gemäß §. 8 Abs. 2 die dort angeordnete Ausgleichung zu erfolgen.

13. Gemäß §. 8 bes Gesetzes sind Stellen, welche ben Militäranwärtern nur theilweise (zur Hälfte u. s. w.) vorbehalten sind, bei eintretenden Bakanzen in einer dem Antheilsverhältnisse entsprechenden Reihensfolge mit Militäranwärtern oder Civilpersonen zu besetzen, also in denjenigen Fällen, in welchen die Hälfte der Stellen den Militäranwärtern vorbehalten ist, abwechselnd mit Militäranwärtern und Civilpersonen. Die Bedeutung dieser, dem §. 11 der "Grundsätze" entsprechenden Borschrift tritt klar zu Tage, sobald beispielsweise der Fall berücksichtigt wird, daß die Zahl der Stellen, welche den Militäranwärtern zur Hälfte vorbehalten ist, eine ungrade ist.

Absat 3 bes § 8, für welchen sich ein Borgang in ben "Grundsägen" nicht findet, soll, wie sich aus bem Berichte ber mit der Berathung des Entwurfs im Herrenhause beauftragt gewesenen Kommission ergiebt, den besonderen Interessen der Communalverbände Rechnung tragen, welche es für diese Berbände mitunter wünschenswerth machen, an die

Innehaltung der Regel bei Besetzung einer Stelle nicht unter allen Umftänden gebunden zu sein (Herrenhaus, Session 1892, Drucks. Rr. 61, S. 8 ff.).

Im llebrigen kann es nicht zweifelhaft sein, daß, wenn Stellen den Militäranwärtern, beispielseweise zur Hälfte vorbehalten sind und eine vacant gewordene Stelle, welche nach der bestehenden Reihensfolge mit einem Militäranwärter zu besetzen sein würde, mit einer Civilperson besetzt wird, weil die Besetzung mit einem Militäranwärter Mangels einer Bewerbung nicht ausssührbar ist, die nächste frei werdende Stelle wiederum mit einer Civilperson besetzt werden darf.

14. Gemäß §. 10 bes Gesetzes sind Bewerbungen um noch nicht frei gewordene Stellen alljährlich zum 1. Dezember zu erneuern, widrigenfalls dieselben als erloschen gelten.

Bei ber Benachrichtigung über bie erfolgte Notirung find die Militäranwärter hierauf mit dem Bemerken hinzuweisen, daß die Erneuerung behufs Bermeidung des angegebenen Nachtheils alljährlich bis zum 1. Dezember, das erfte Mal dis zum 1. Dezember des auf die Notirung folgenden Kalenderjahres bei der Anstellungsbehörde eingegangen sein muß.

15. Gemäß §. 9 bes Gefeges haben fich bie Militäranwärter um bie von ihnen begehrten Stellen bei ben Anstellungsbehörben zu bewerben.

Mit Bezug hierauf bemerke ich, baß Militäranwärtern, beren Civil-Bersorgungsschein abhanden gekommen ift, ein neuer Schein nicht ausgefertigt, sondern von dem betreffenden General-Kommando eine Bescheinigung dahin ertheilt wird, daß und wann ihnen ein Bersorgungsschein ausgestellt ift.

16. Nach §. 11 bes Gesetzes müssen Stellen, welche mit Militäranwärtern zu besetzen sind, im Falle der Erledigung und wenn keine Bewerbungen von Militäranwärtern für dieselben vorliegen, Seiztens der Anstellungsbehörde der zuständigen Militärsbehörde behufs der Bekanntmachung mittelst Sinzreichung einer Nachweisung bezeichnet werden.

Die Bezeichnung hat nachträglich zu erfolgen, wenn eine vorliegende Bewerbung nicht zur Befetzung ber Stelle mit einem Militäranwärter geführt hat, etwa aus bem Grunde, weil der Bewerber zurückgetreten ist oder bei der Anstellung auf Probe sich nicht als befähigt erwiesen hat.

Die Nachweisung ist nach bem anliegenden Muster A einzureichen.

Buftanbige Militarbehörden find zur Beit:

- a) für ben Bezirk bes I. Armeekorps das Bezirkskommando Braunsberg,
- b) für ben Begirt bes II. Urmeetorps bas Begirtstommando Stettin,
- c) für den Bezirk des III. Armeekorps das Bezirkskommando Botsbam,
- d) für den Bezirk des IV. Armeekorps das Bezirkskommando Magdeburg,

- e) für ben Bezirk des V. Armeekorps das Bezirks= kommando Reufalz a. O.,
- f) für den Bezirk des VI. Armeekorps das Bezirkskommando Breslau II.
- g) für den Bezirk des VII. Armeekorps das Bezirkskommando Münster.
- h) für ben Bezirk bes VIII. Armeekorps bas Bezirkskommando Coblenz,
- i) für den Bezirt bes IX. Armeetorps das Bezirts= fommando Schleswig,
- k) für ben Bezirk bes X. Armeekorps bas Bezirkskommando Hildesheim,
- für den Bezirk bes XI. Armeekorps das Bezirkskommando Marburg,
- m) für ben Bezirk bes XVII. Armeekorps bas Bezirkskommando Marienburg,
- n) für ben Bezirk bes XVIII. Armeekorps bas Bezirkskommanbo Fulba.

Da die Nachweisungen Seitens der vorbezeicheneten Bermittelungsbehörben jeden Sonnabend abegeschlossen und ber Redaktion des Deutschen Reichseund Königlich Preußischen Staatsanzeigers eingesandt werden, so liegt es im eigenen Interesse der Communalverbände, bei der Einreichung einer Nachweisung den angegebenen Termin inne zu halten.

Sobann aber ist barauf hinzuwirken, daß die Communalbehörden Berzeichnisse berjenigen Wilitäranwärter anlegen, welche sich zu den mit Wilitärs

anwärtern zu besetzenden Stellen schon vor der Bekanntmachung der Erledigung dieser Stellen gemeldet haben und daß bei Besetzung der Stellen auf derartige Weldungen — insosern das dienstliche Interesse nicht entgegensteht — thunlichst gerücksichtigt werde.

Bufat: Allg. Berf. vom 1. Dezember 1899. (M.Bl. S. 235.)

In Ausbehnung ber Borfcprift am Ende ber Rr. 16 der Anweisung vom 30. September 1892 und der Berfügung vom 25. November 1898 (Min. Bl. 1899 S. 4) werben die Gemeinde= u. f. f. Behörden für die Butunft verpflichtet, die aus ber Unlage ersichtlichen Berzeichnisse über Bewerbungen von Militäranwärtern um noch nicht erledigte Stellen zu führen, auch barin in einem ersten Abschnitt die Bewerbung von Unteroffizieren nachzuweisen, welche minbeftens acht Jahre im Beere ober in ber Marine attiv gedient haben und deshalb ein Borzugsrecht bei ber Stellenbesetzung genießen follen. Innerhalb jeber ber hiernach zu bilbenben Rlaffen ber civilverforgungsberechtigten Stellenanmarter ift bei ber Ginberufung die Reihenfolge in der Bewerberlifte in Betracht zu ziehen. Die Unftellungsbehörden find jedoch nicht unbedingt an die Innehaltung ber Reihenfolge gebunden, fondern zu Abweichungen innerhalb jeder diefer beiden Unmärterklaffen berechtigt, fofern diese Abweichungen nach ihrem pflicht=

mäßigen Ermeffen burch bienftliche Rüdfichten bedingt werben.

17. Nach erfolgter etatsmäßiger Anstellung bes Militäranwärters (§. 9 bes Gesets) ist der Civilversorgungsschein dem Militäranwärter abzunehmen
und zu den Akten zu bringen. Die Anstellungsbehörden haben die Vermittelungsbehörden am
Schlusse eines jeden Vierteljahres von den erfolgten
Anstellungen durch Zusendung einer Nachweisung
nach Anlage B zu benachrichtigen.

Scheibet der Militäranwärter aus der ihm überstragenen Stelle freiwillig, aber ohne Anspruch auf Bension aus, so ist ihm der Civilversorgungsschein mit einem entsprechenden Bermerk zurückzugeben.

Erfolgt das Ausscheiden unfreiwillig, so sind die Gründe desselben in dem Civilversorgungsschein zu vermerken, bevor dessen Rückgabe ersolgt. Hat die unfreiwillige Entlassung eines Militäranwärters in Folge eines nicht ehrenhaften Berhaltens oder wegen sortgesetzt schlechter Dienstführung stattgefunden, so ist dies in dem Civilversorgungsschein gleichfalls zu vermerken. Der Inhaber verliert in solchem Falle den Anspruch auf weitere Berücksichtigung.

Ingleichen erlischt der Civilversorgungsschein, sobald sein Inhaber aus dem Civildienst mit Bension in den Ruhestand tritt. Gine Rückgabe des Civilversorgungsscheines sindet in diesem Falle nicht statt.

18. Gemäß §. 12 Absat 2 bes Gesetzes können

du vorübergehender Beschäftigung als hülfsarbeiter ober Vertreter auch Nichtversorgungsberechtigte ansgenommen werden. Der Vorbehalt im §. 9 Absat 3 der "Grundsähe": "falls qualificirte Wilitäranwärter nicht vorhanden sind u. s. w." hat in dem Gesetz Aufnahme nicht gefunden. Die vorübergehende Beschäftigung Nichtversorgungsberechtigter darf sich aber nicht zu einer Umgehung der Vorschriften des Gessetzs gestalten, nach welchen Versorgungsberechtigte anzustellen sind.

19. Die genügende Befähigung im Sinne bes § 13 Abf. 1 bes Gefetes begreift bie ausreichenbe förperliche und geiftige Befähigung in fich. Darüber. ob ber Bewerber genügende Befähigung besitt, ent= scheibet auf Beschwerbe bie ftaatliche Auffichtsbehörbe. hat zur Beurtheilung ber Befähigung eine Brufung ftattgefunden, beren Ergebnig für ben Bewerber un= günftig ausgefallen ift, so wird - wenn teine befonderen Bedenken entgegenftehen — die Entscheidung ber Auffichtsbehörbe nur auf der Grundlage bes pflichtmäßigen Ermeffens ber Brüfungsbehörde erfolgen können. Daß bei ben abzulegenden Brüfungen an die Militäranwärter feine höheren Anforderungen geftellt werben bürfen, als an anbere Unwärter. wird taum einer besonderen Bervorhebung bedürfen. Stellenanwärter, welche fich noch im aktiven Militärbienft befinden, werden auf Beranlaffung der Anftellungsbehörde burch bie vorgefeste Militarbehörde für die Dauer der Probezeit bezw. informatorischen Beschäftigung abcommandirt.

Die Fassung im vorlegten Saze des §. 13 Abs. 3, welche von "Anstellungen im Büreaus oder Cassensbienste" lautet und sich in der Regierungsvorlage nicht findet, ist insofern unzutreffend, als der Cassensbienst Büreaudienst ist, wie sich auch aus dem §. 4 des Gesehes ergiebt.

20. Der Umftand, daß die Borfdriften im §. 22 Abf. 3 und 4 der "Grundfäge 2c." in das Gefet nicht aufgenommen worden find, barf nicht zu der Unnahme führen, daß bas Befet etwa voraus= fete, daß die aus Militäranwärtern hervorgegangenen Subaltern= und Unterbeamten im Communaldienfte besonderen Beschränkungen hinfichtlich bes Aufrückens in bobere Stellen unterworfen feien. Es wird vielmehr bei paffender Gelegenheit und in geeigneter Beife barauf hinzuwirken sein, daß biesen Beamten Belegenheit zur Erwerbung ber Befähigung für bas Aufrücken in höhere Dienftstellen geboten wird. Im llebrigen erscheint es nicht zweifelhaft, daß das Gefen auch in Unfehung ber ehemaligen Militäranwärter ben Communalverbanden freie Sand barin gelaffen hat, welche ihrer Subaltern= und Unterbeamten fie in höhere ober beffer botirte Stellen aufruden laffen mollen.

21. Zum Zwede ber gemäß §. 14 bes Gesetses von ber Communalaufsichtsbehörde zu treffenden

Feststellung, welche Subaltern= und Unterbeamten= ftellen und in welcher Angahl diefelben ben Militär= anwärtern vorzubehalten find, hat die Auffichts= behörde erfter Inftang von den ihr unterftellten Communalbehörben ein nach Rlaffen (§. 6 Abf. 2 bes Gefeges) zu ordnendes Berzeichnif ber fammtlichen Subaltern= und Unterbeamtenstellen zu er= forbern, welche am 1. Oftober b. 38., als am Tage bes Intrafttretens bes Gefetes, im Dienfte bes Communalverbandes vorhanden find. Bei der Ginreichung bes Berzeichniffes hat die Communalbehörbe fich barüber zu äußern, ob und bejahendenfalls, welche Stellen in ihrer Bermaltung noch außerbem bestehen, jedoch, weil lediglich auf Grund eines Dienstwertrages zu besegen (vergl. Biffer 1), in bas Berzeichniß ber Subaltern= und Unterbeamtenftellen nicht aufgenommen worden find. Entftehenbenfalls ift bezüglich biefer letteren Stellen ein zweites Berzeichniß einzureichen.

Nach ftattgehabter Prüfung ber Borlagen find sobann die weiteren Anordnungen im Sinne bes Gesetzes zu treffen.

22. Die Communalbehörden haben die Berzeichnisse fortzuführen und die eingetretenen Berzänderungen den Communalaufsichtsbehörden anzuzeigen. Die Fortführung muß in der Art erfolgen, daß aus den Berzeichnissen ersichtlich ift, ob bei Bessehung der Subalterns und Unterbeamtenstellen des

Communalverbandes nach den Bestimmungen des Geseiges versahren, insbesondere, ob in den geeigneten Fällen eine Ausgleichung herbeigesührt worden ist.

Die Communalaufsichtsbehörben find verpflichtet, bie in ihrem Berwaltungsbezirk für Militäranwärter ermittelten Stellen ben zuständigen Militärbehörden auf Erfordern mitzutheilen.

Ew. Hochwohlgeboren ersuche ich ergebenst, gefälligst das zur Ausführung des Gesetzes Erforderliche für den dortigen Bezirk, soweit es sich um Communalverbände handelt, welche Ihrer Aufsicht unterstellt sind, hiernach alsbald in die Wege zu leiten, auch in Zukunft in geeigneter Weise darüber zu wachen, daß bei der Besetzung der unter das Gesetz fallenden Stellen nach Maßgabe der Bestimmungen des Gesetz versahren werde.

Berlin, ben 30. September 1892. Der Minister bes Innern.

ves Junetu.

Graf zu Eulenburg.

Abschrift bes vorstehenden Erlasses lasse ich Ew. Excellenz zur gefälligen Kenntniftnahme und weiteren Beranlassung bezüglich berjenigen Communalverbände ganz ergebenst zugehen, welche in erster Instanz Ihrer Aufsicht unterstellt sind.

Der Minifter bes Innern.

Graf zu Gulenburg.

An fammtliche Ronigl. Ober-Brafibenten.

einer (von) Bakang(en) in den fur Militäramwärter vorbehaltenen Stellen.	10.C		Siev fit ansugeben, ob brecheigtescheigtescheigte benfonsberechigt ist, und ob bet einer Benforenge der einer startligelegte Willenskeit als penifonskinge Diensteinkeit auch die eine Aufragerechnet wird.		juift.)
ehaltenen	Muse Mere 10en.	Angabe, do Hafi jagrangan gangan pagan	ob of pen iff, u	jurii tardi fions fions seita ober	(Unterschrift.)
borb	asd	Eintommen Stelle.			
-	Betrag der zu beitellenden	ted'ung erfolgir Santion und fledlung alaifgebens- ob dierlie vorats-			
42	Die Anftel-	dec Ans ling crioigs: Kontion un fledlung abglebens- do defection vorant seit der des gebenden b. auf Klinds- balteschilig Prodes geweg- protect seit.			18 Whoelanht
10	Tauer der etwa	der An- frestung voran= gehenden Probe= zeit.			
*	4. Bezeichnung der Auforder- an. die Be- voerbergefiellt werden.				ten
60	3. Nähere Bezeich. nung der Stelle.				
	Die Bafang fritt ein	Bei welder Behörde?			N. den
G	Die 93 fritt	S unnat	-		
-	:	377.		-	11

Anlage B. ift nicht mit abgedruckt.

IV. Beamte der Sandgemeinden.

R.B.G. §§. 1-7, 18.

1.

Landgemeindeordnung für die Rheinprovinz

vom 23. Juli 1845

(**G.S. S. 523**)

in der heute gültigen Fassung.

Aenderungen find erfolgt burch

- bas Gesetz betreffend die Gemeindeversassung in der Rheinprovinz vom 15. Mai 1856 (G.S. S. 485);
- 2. das Gefet über die allgemeine Landesverwaltung vom 30. Juli 1883 (G.S. S. 195);
- 3. das Gesetz über die Zuständigkeit der Berwaltungs= und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883 (G.S. S. 237);
- 4. die Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887 (G.S. S. 209).
- v. Bitter, Ergänzungsband zu Brauchitsch für bie Rheinproving. Berlin 1887, S. 4 ff.

A. Ceamte der Landgemeinden, ansichließlich der Gemeindeeinnehmer. (R.B.G. §§. 1--7, 18.)

Borbemerkung: Die Aheinische Landgemeindeordnung kennt nur ehrenamtliche Gemeindeoorsteher (Ah.L.G.D. §. 75, siehe V. A. am Ende. Dagegen ift die Unftellung befolbeter Untersbeamter und Diener zuläffig.

Rheinische Landgemeindeordnung vom 23. Juli 1845 (G.S. S. 523).

78. So weit zum Dienst der Gemeinden Unterbeamte und Diener ersorderlich sind, werden diese, wenn sie zu blos mechanischen Dienstleistungen desstimmt sind, von dem Bürgermeister, nachdem der Gemeinderath mit seiner Erklärung über die Bürdigseit des Anzustellenden gutachtlich gehört worden ist, ernannt, sonst aber von dem Gemeinderathe gewählt. Auf die Bahl und Bestätigung dieser Beamten sinden die Borschriften im § 72 Anwendung (Rh.Ar.O. §. 26 Abs. 1). Die Anstellung muß auf Lebenszeit ersolgen, soweit dies durch das Gesetz stirgewisse Functionen des Beamten vorgeschrieben ist. 72 ersetzt durch Art. 20 Ges. v. 15. Mai 1856 (G.S. S. 435).

Der Gemeinbevorsteher wird von dem Gemeinderathe aus der Zahl der zur Ausübung des Stimmzrechts befähigten Gemeindemitglieder auf die Dauer von 6 Jahren durch absolute Stimmenmehrheit gewählt (Rh.Ar.D. §. 23). Derselbe muß im Gemeindebezirke wohnen und die zu seinen Geschäften nöthigen Kenntnisse bestiesen. Die Wahl ersolgt nach näherer Borschrift des der Kreisordnung für die Rheinzprovinz beigefügten Wahlreglements.

Der Gewählte bedarf der Bestätigung durch den Landrath.

Bor ber Beftätigung ift ber Bürgermeifter mit feinem Gutachten zu hören.

Die Bestätigung kann unter Zustimmung bes Kreisausschusses versagt werben.

Wird die Bestätigung versagt, so ift eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath auf den Borschlag des Bürgermeisters unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneute Wahl die Bestätigung erlangt hat. Dasselbe findet statt, wenn keine Wahl zu Stande kommt.

B Gemeindeeinnehmer.

 $(\Re. \mathfrak{B}. \mathfrak{G}. \S\S. 1-7, 12-15, 19.)$

Rheinische Landgemeinbeordnung vom 23. Juli 1845 (G.S. S. 523).

79. In Beziehung auf die Verwaltung der Gemeindekassen bleibt es dem Beschlusse der Bürgermeisterei-Versammlung überlassen, od solche dem Elementarerheber der directen Steuern übertragen, oder od ein besonderer Gemeindeerheber für sämmtliche Gemeinden der Bürgermeisterei bestellt werden soll. Entscheidet sich die Versammlung nicht für das letztere, so wird die Verwaltung der Gemeindekassen dem Steuererheber sür die ganze Dauer seiner Amtszeit übertragen. Beschlicht die Versammlung dagegen die Anstellung eines eigenen Einnehmers, so wird derselbe von der Bürgermeistereiversammlung

gewählt (Mh.Kr.O. §. 26 Abs. 1).*) In beiden Fällen ist der Betrag der Remuneration sowie der Kaution des Erhebers nach Bernehmung der Bürgermeistereisversammlung, und zwar der erstere von dem Kreissausschusse, der letztere von dem Landrathe zu bestimmen (3.G. §. 32 Kr. 4 und §. 24 Abs. 1).

2.

Landgemeindeordnung für die Proving Weftfalen vom 19. März 1856 (G.S. S. 265)

abgeändert burch die Weftfälische Kreisordnung vom 31. Juli 1886 (G.S. S. 217) und das Zuständigkeitsgesetz vom 1. August 1883 (G.S. S. 237).

(Braunbehrens, Beftfälifche Gemeinbeverfaffungsgefete. Erganzungsband zu Brauchitsch, Berlin 1887).

a) Gemeinbevorsteher.

Die Westfälische Landgemeindeordnung kennt, wie die rheinische, nur ehrenamtliche Gemeindes vorsteher. Westf. L.G.D. §. 40 (abgedruckt Seite 167). b) Unterbeamte und Diener der Gemeinde. (K.B.G. §§. 1—7, 18.)

Weftf. Q.G.O. §. 43. Insoweit zum Dienst ber Gemeinde Unterbeamte und Diener erforderlich find,

^{*)} Die Bahl unterliegt der Bestätigung nach Maßgabe des § 23 Mh.Ar.D. § 23 Mh.Kr.D. ist abgedruckt Seite 211,

werben diese, wenn sie blos zu mechanischen Diensteleiftungen bestimmt sind, von dem Amtmann erenannt. Ueber die Bürdigkeit der anzustellenden Personen ist die Gemeindeversammlung zuvor mit ihrer Erklärung zu hören.

Auf andere Beamte der Landgemeinden finden die Bestimmungen wegen der Wahl und Bestäztigung des Gemeindevorstehers (§. 38)*) Anwendung. (Westf. Kr. D. §. 25 Abs. 3.)

c) Gemeindeeinnehmer.

(§§. 1-7, 12, 15, 19 \$.\$3.\$6.)

Westf. E.G. O. § 44 (geändert durch Kr. O. §. 25 Abs. 3, B.G. §. 32 Kr. 3 u. 4).

Abs. 3. Mit Genehmigung ber Aufsichtsbehörde kann für einzelne ober mehrere Gemeinden ein bessonderer Gemeindeeinnehmer bestellt werden. Wegen der Wahl und Bestätigung dieses Beamten, sowie wegen der Festseyung der Besolbung desselben kommen die Vorschriften der §§. 38, 40 zur Anwendung; die Festseyung der Kaution erfolgt durch den Landrath nach Anhörung der gutachtlichen Vorschläge der betheiligten Gemeindeversammlungen.

An Stelle des Abf. 4 §. 44 (Penfionirung ber Gemeindeeinnehmer) tritt K.B.G. §. 12. (Seite 78).

^{*)} Siehe Seite 167.

Bufat ju §. 44 Weftf. L. G. D.

Beftf.Q.G.O. §. 38 geändert durch §. 25 der Beftf.Ar.O. Die Wahl des Borftebers und beffen Stellvertreters erfolgt aus der Bahl der ftimmberechtigten Gemeinbemitglieder durch die Gemeindeversammlung auf sechs Jahre. Rach breijähriger Dienstzeit kann ber Gemeinbevorsteher burch bie Gemeindeversammlung auf zwölf Sahre gewählt werben. Die Bahl bebarf ber Beftätigung burch ben Landrath, welche nur unter Buftimmung bes Rreisausiculies verfagt merben tann. Bird die Bestätigung berselben versagt, so schreitet bie Gemeindeversammlung zu einer neuen Bahl: wird auch biefe nicht bestätigt, fo ernennt ber Landrath unter Buftimmung bes Rreis= ausschuffes einen Stellvertreter auf fo lange, bis eine erneute Bahl die Beftati= gung erlangt hat. Daffelbe finbet ftatt, wenn teine Bahl zu Stanbe tommt.

Der Gemeinbevorfteher und beffen Stellvertreter werben von bem Landrath ober in feinem Auftrage von bem Amtmann vereibigt.

Beftj. 2. G. D. §. 40 Der Gemeindevorsteher hat nur auf Entschäbigung für Dienstunkosten Anspruch, welche nach Bernehmung der Gemeindeversammlung seftgeset wird. Dem Stellvertreter wird nur Ersat baarer Auslagen gewährt.

lleber die Festsetzung beschließt der Kreisausschuß (Z.G. §. 32 Nr. 4).

3.

(Hannoversches) Gefet, die Landgemeinden betreffend vom 28. April 1859. (Hannov. G.S. S. 393.) (Bon Gosttowsti, Hannoversche Gemeindeversaffungsgesete, Erganzungsband zu Brauchitich 1891).

Borbemertung.

Das Hannoversche Landgemeindegeset (H.L.G.D.) unterscheibet:

- 1. Gemeindebeamte (§. 22)
- 2. Gemeindeangestellte (§. 23) und
- 3. Gemeinbebiener (§. 24).

Diese 3 Categorien sallen nur dann unter das Kommunalbeamtengesetz, falls sie Besoldung beziehen (K.B.G. §. 1), was §. 35 Abs. Hannoverschen Landgemeindegesetzes zuläßt.

A. III. Lanbgemeinbebeamten.

S.C.G.O. 22. In jeder Gemeinde muß ein Borfteber und ein Beigeordneter zu feiner Unterftugung und Bertretung fein.

Größere Gemeinben können mehrere Borfteber und Beigeordnete haben.

Borfteber und Beigeordnete find Gemeindebeamte.

Zusak zu §. 22: §. 20 Abs. 2 bes Hannov. Geseites vom 5. September 1848, verschiedene Aendexungen bes Landesversaffungsgesetzes vom 6. August 1840 betreffend.

Die Landgemeinden sind berechtigt, ihre Gemeindebeamten mit Vorbehalt obrigkeitlicher Bestätigung zu wählen, welche Bestätigung ohne — noch zu bestimmende — gesetzliche Gründe nicht zu versagen ist.

Ho.C.G.O 23. Daneben können zur Wahrnehmung einzelner Geschäfte (Rechnungsführung, Forstverwaltung u. s. w.) besondere Anstellungen erfolgen.

Die Berhältnisse bieser Angestellten sind im einzelnen Falle festguftellen.

Ho.S.G.D. 24. Ferner sind Gemeindediener (Rachtwächter, Felbhüter, Boten) nach Bedürfniß mit Kündigungsvorbehalt anzunehmen.

Zusat 1 zu §§. 22, 24. Hannoversche Kreisordnung §. 31.

Bestätigung ber Gemeinbeborfteber.

Die gemählten Gemeinbevorsteher und Beigeordneten bedürfen der Bestätigung durch den Landrath.

Die Bestätigung kann unter Zustimmung bes Kreisausschuffes versagt werben.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung bes Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneute Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Daffelbe findet ftatt, wenn teine Bahl zu Stanbe tommt.

H.Ar.O §. 32. Die Bestimmungen bes §. 31 sinden auch auf Angestellte und Diener der Gemeinde (§§. 23 und 24 des Hannoverschen Gesetzes vom 28. April 1859, betreffend die Landgemeinden — Hannoversche Gesetzsammlung S. 393 —) Anwendung, deren Wahl nach Maßgabe des Gesetzes der Bestätigung bedarf.

Busak 2 zu §§. 22—24. Ausführungsbekanntmachung des Kgl. Hannov. Ministeriums des Innern vom 28. April 1859 zur Landgemeindeordnung.

VI. Dienftführung ber Gemeindebeamten.

- 29. Die Gemeindevorsteher und Beigeordneten (Geset über Landgemeinden §. 22) sind auf mindestens sechs und höchstens zwölf Jahre zu wählen. Die Dienstzeit ist innerhalb dieser Grenzen durch Gemeindebeschluß zu bestimmen.
- 30. Sind mehrere Vorsteher oder Beigeordnete bestellt, so sind ihre Geschäfte, soweit nöthig, näher zu bestimmen.

VII. Insbefonbere Rechnungsführung.

39. Wo ein besonderer Rechnungsführer verpflichtet ift, hat der Borsteher die nächste Aufsicht auf bessen Dienstführung.

- 40. Die Gemeindeversammlung ober der Ausschuß hat über die etwaige Anstellung eines besonderen Rechnungsführers (§. 23 des Gesets über Landsgemeinden), sowie eventuell über die Sicherheitssleistung besselben zu beschließen (vergl. §. 42 Nr. 9 ebendaselbst).
- H.S.G.S. §. 25. Richt mählbar zu Gemeindebeamten sind solche Personen, welche die unter §. 8 Nr. 2 (Zusat 1) als Bedingungen des Stimmrechts Nichtansäfsiger angegebenen Eigenschaften nicht sämmtlich besitzen oder sonst nach gesetzlicher Bestimmung zu öffentlichen Aemtern unfähig sind.

Jeboch können Bächter und Berwalter, welchen in Bertretung ber betreffenden Güter ein Stimmrecht in ber Gemeinde zufteht (§. 15 fiehe Zusag 2), mit Genehmigung ber Obrigkeit auch ohne Wohnsig in der Gemeinde zu Gemeindebeamten gewählt werden.

Bufat 1 zu §. 25.

S.L.G.D. 8. Als stimmberechtigt gelten:

- 1. pp.
- Alle Männer, welche in ber Gemeinbe wohns berechtigt find und in berfelben einen eigenen Haushalt führen, sofern sie
 - a) im Besitze ber bürgerlichen Chrenrechte,
 - b) sonft unbescholten,
 - c) felbstständig

sind.

Bufat ju §. 42.

3.G. §. 31. Im Uebrigen beschließt ber Kreise ausschuß, soweit die Beschlußfassung in den Gemeindeverfassungsgesetzen der Aufsichtsbehörde zusteht über die Bestätigung von . . . sonstigen, die ländlichen Gemeindeangelegenheiten betreffenden Gemeindebesbeschlüssen.

H.S.G.D. §. 46. Bei den Wahlen der Gemeindebeamten ist eine Mehrheit erforderlich, welche die Hälfte der abgegebenen Stimmen überschreitet (absolute Mehrheit).

Ergiebt sich solche nicht, so ist die Wahl in der Art zu wiederholen, daß nur die bei der vorhergehenden Abstimmung Benannten ferner wählbar bleiben und von diesen derjenige ausscheidet, auf welchen die geringste Stimmenzahl gefallen ist. Sind deren mehrere, so bestimmt das Loos den Ausscheidenden.

Ist auf biese Weise absolute Mehrheit nicht zu erreichen, so wählt der Landrath unter den beiden zulett Gewählten.

48. Außer bei Wahlen hat der Gemeindes beamte, welcher die Verhandlung leitet, im Falle der Stimmengleichheit eine entscheidende Stimme.

B. Befondere Beftimmungen für Städte und Fleden, die nach ber Landgemeindeordnung berwaltet werden.

B.St.O. §. 4 Abf. 2. Die Stäbte und Fleden, welche bie erforberlichen Bebingungen nicht erfüllen können, erhalten die Landgemeindeverfassung unter den bei Regelung der Berhältnisse der Landgemeinden für sie zu tressenden besonderen Bestimmungen.

Ausführungsbekanntmachung des Kgl. Hannov. Ministeriums des Innern vom 28. April 1859 zur Landgemeindeordnung.

- 62. Insbesondere kann die Wahl und Dienstzgeit des Borstandes nach Maßgabe der Städteordnung geregelt, auch die Besoldung des Borstandes nach anderen Grundsätzen als die der Landgemeindes beamten bestimmt werden.
- 63. Derartige Abweichungen von den Borsschriften für die Landgemeinden bedürfen, nach vorsängiger Berhandlung mit den Bertretern der betreffenden Gemeinden, der Genehmigung des Kreissausschusses (§. 31 3.G.).

Die abweichenben Bestimmungen sind in einem Statute festaustellen.

§. 31 bes Zuftanbigkeitsgesehes ist abgebruckt als Zufat au §. 42 S.C.G.D. Seite 174.

4.

Landgemeindeordnung für die fieben öftlichen Provinzen der Preufischen Monarchie

vom 3. Juli 1891.

(G.S. S. 233.) (R.B.G. §§. 1-7, 18.)

(Brauchitsch Berwaltungsgesetze, 14. Auflage, 1897 Bb. III ____

a) Befalbete Gemeindeborfteher.

75 Abs. 2. In Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besolbeten Gemeindevorstehers beschließen. Die Wahl besselben erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht beschränkt auf die Gemeindeglieder.

Busah: Anweisung III jur Aussührung der Landgemeindeordnung v. 3. Juli 1891.

Bom 29. Dezember 1891.

4. Befolbete Gemeinbevorfteher.

In Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines befoldeten Gemeindevorftebers beschließen, beffen Wahl auf zwölf Nahre erfolgt und nicht auf die Gemeindeglieder beschränkt ift (g. 75 Abs. 2 Q.G.D.). Die Anwendung bieser Bestimmung wird sich, da bem Amte bes Gemeindevorstehers ber Charatter eines unbesoldeten Ehrenamts thunlichst zu erhalten ift, nur in dem Kalle empfehlen, wenn ber Umfang ber Gemeindeverwaltung ein berartig gesteigerter ift, daß er die Kräfte einer ehrenamtlichen Verwaltung überfteigt und die Anftellung eines Berufsbeamten unentbehrlich erscheinen läßt. Liegt jedoch biefer Fall vor, so ist es auch die Aufgabe der Aufsichts= behörde, diese Ginrichtung in den bezüglichen Bemeinden in Unregung zu bringen, falls biefe fich nicht aus eigenem Antriebe hierfür entscheiben.

b) Befolbete Gemeinbebeamte.

Ö.L.G.D. §. 117. Die Landgemeinden find befugt, die Anstellung besolbeter Gemeindebeamter für einzelne Dienstzweige oder Dienstverrichtungen zu beschließen.

88 Abf. 4. Insbesondere liegen bem Gemeindeporfteber folgende Geschäfte ob:

5. die Gemeindebeamten, nachdem die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) darüber beschlossen hat, anzustellen und zu beaufsichtigen. 118 Abs. 1 und 2 ersetzt durch §. 18 K.B.G. (ortsestatutarische Regelung der Verhältnisse der Gemeindesbeamten). (Seite 84.)

Abs. 3 erfest durch & 7 A.B.G. (streitige Pensionsansprüche). (Seite 74.)

Zusat 1: Anweifung III jur Ansführung der L.G.D. v. 3. Juli 1891.

Bom 29. Dezember 1891.

5. Andere besoldete Gemeindebeamte.

Für einzelne Dienstzweige ober Dienstverrichtungen kam nach §. 117 überall die Anstellung besoldeter Gemeindebeamter (Gemeindeeinnehmer, Gemeindesscher, Gemeindebiener u. s. w.) von der Gemeinde beschlossen werden. Die Anstellung der Gemeindebeamten hat durch den Gemeindevorsteher zu ersfolgen. Inwieweit diese Beamten staatlicher Bestätigung unterliegen, bestimmt sich nach den besonderen Gesepen: Begen der Gehaltssund Pensionss

verhältnisse derselben enthält §. 118 die näheren Borschriften. Ueber die Kautionsleiftung des Gemeindeeinnehmers hat die Gemeinde zu beschließen.

Bufat 2: D.B.G.D. 53. Als Gemeindeverordnete find nicht mählbar:

2. die besolbeten Gemeindebeamten.

o) Bestimmungen über bie Berwaltung ber Landgemeinden im Rufammenhana.

Landgemeindeordnung für die fieben bfilichen Provinzen der Preußischen Monarchie v. 3. Juli 1891 (G.S. S. 233).

Sechfter Abschnitt.

Bermaltung ber Landgemeinben.

74. An der Spige der Verwaltung der Landsgemeinde steht der Gemeindevorsteher (Schulze, Scholze, Richter, Dorftichter).

Dem Gemeinbevorsteher stehen zwei Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, Gerichts- ober Dorfgeschworene) zur Seite, welche ihn in den Amtsgeschäften zu unterstügen und in Behinderungsfällen zu vertreten haben.

Durch Ortsstatut kann die Zahl der Schöffen auf höchstens sechs vermehrt werden.

Wo die Zahl der Schöffen nach der bisherigen Ortsverfassung eine größere als zwei gewesen ist, aber die Zahl sechs nicht übersteigt, verbleibt es hiers bei bis zu anderweiter ortsstatutarischer Festsetung.

Wo bem Gemeinbevorfteher nur zwei Schöffen zur Seite stehen, ift ein Stellvertreter zu mählen, welcher in Behinderungsfällen eines der beiden Schöffen für diesen eintritt.

In größeren Gemeinden kann durch Ortsstatut ein aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen bestehender kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden.

75. Der Gemeindevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) aus der Zahl der Gemeindeglieder auf sechs Jahre gewählt. Nach dreijähriger Amtsdauer kann der Gemeindevorsteher auf weitere neun Jahre gewählt werden.

In Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers beschließen. Die Wahl desselben erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht beschränkt auf die Gemeindeglieder.

Bater und Sohn, sowie Brüder burfen nicht gleichzeitig Gemeindevorfteber und Schöffen sein.

- 76. Bezüglich der Einladung der Mitglieder ber Gemeindeverfammlung (Gemeindevertretung) zur Wahl kommen die Borschriften des §. 59 zur Answendung.
- 59. Gine Boche vor bem Bahltage werben bie in ber Bahlerlifte verzeichneten Babler burch ben Bemeinbevorsteher mittelft ortsüblicher Bekannt-

verhältnisse berselben enthält §. 118 die näheren Borschriften. Ueber die Kautionsleiftung des Gemeindeeinnehmers hat die Gemeinde zu beschließen.

Bujas 2: D.B.G.D. 53. Als Gemeinbeverordnete find nicht mählbar:

2. die befolbeten Gemeindebeamten.

o) Bestimmungen über bie Berwaltung ber Landgemeinden im Aufammenhang.

Landgemeindeordnung für die fieben öftlichen Provinzen der Preußischen Monarchie v. 3. Juli 1891 (G.S. S. 233).

Sechfter Abschnitt.

Berwaltung ber Landgemeinben.

74. An ber Spige ber Berwaltung ber Landsgemeinde steht ber Gemeindevorsteher (Schulze, Scholze, Richter, Dorstücker).

Dem Gemeinbevorfteher ftehen zwei Schöffen (Schöppen, Gerichtsmänner, Gerichts- ober Dorfgeschworene) zur Seite, welche ihn in den Amtsgeschäften zu unterftügen und in Behinderungsfällen zu vertreten haben.

Durch Ortsstatut kann bie gabl ber Schöffen auf höchstens sechs vermehrt werben.

Wo die Zahl der Schöffen nach der bisherigen Ortsverfassung eine größere als zwei gewesen ist, aber die Zahl sechs nicht übersteigt, verbleibt es hiers bei bis zu anderweiter ortsstatutarischer Festsetzung.

Bo bem Gemeinbevorsteher nur zwei Schöffen zur Seite stehen, ift ein Stellvertreter zu mählen, welcher in Behinderungsfällen eines ber beiben Schöffen für biesen eintritt.

In größeren Gemeinden tann durch Ortsftatut ein aus dem Gemeindevorsteher und den Schöffen bestehender tollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden.

75. Der Gemeindevorsteher und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) aus der Zahl der Gemeindeglieder auf sechs Jahre gemählt. Nach dreijähriger Amtsdauer kann der Gemeindevorsteher auf weitere neun Jahre gewählt werden.

In Gemeinden mit mehr als 3000 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besolbeten Gemeindevorstehers beschließen. Die Wahl besselben erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht beschränkt auf die Gemeindeglieder.

Bater und Sohn, sowie Brüder burfen nicht gleichzeitig Gemeindevorfteber und Schöffen sein.

- 76. Bezüglich der Einladung der Mitglieder der Gemeindeverfammlung (Gemeindevertretung) zur Wahl kommen die Borschriften des §. 59 zur Answendung.
- 59. Gine Boche vor dem Bahltage werben bie in der Bählerlifte verzeichneten Bähler durch den Gemeindevorsteher mittelft ortsüblicher Bekannt-

machung zu den Wahlen berufen. Die Bekanntsmachung muß den Raum, den Tag und die Stunden, in welchen die Stimmen bei dem Wahlvorftande abszugeben sind, genau bezeichnen.

- 77. Der Wahlvorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher ober dem zu bessen Vertretung berusenen Schöffen, als Vorsitzenden, und aus zwei von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zu wählenden Beisitzern. Der Vorsitzende ernennt einen der Beisitzenden zum Protokollstührer. Ersorderlichensalls kann jedoch auch eine nicht zur Wahlversammlung gehörige Person zum Protokollsführer ernannt werden.
- 78. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahlraume weder Berathungen stattsinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden. Ausgenommen hiervon sind Berathungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts erheischt werden.
- 79. Jebe Bahl erfolgt in einem besonderen Bahlgange durch Stimmzettel.
- 80 Abs. 1. Die Wähler werden in ber Reihensfolge, in welcher sie in der Wählerliste aufgeführt sind, aufgerufen.
- Abs. 2. Die Aufgerufenen legen ihre Stimmszettel uneröffnet in die Wahlurne.
- Abs. 4. Die nach der Eröffnung, jedoch vor

bem Schluffe ber Bahlhandlung erscheinehben Bähler tönnen noch an ber Abstimmung theilnehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Borsigende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlurne und verliest die darauf verzeichneten Namen, welche von einem durch den Vorsigenden zu ernennenden Beisiger laut gezählt werden.

- 81. Ungultig find biejenigen Stimmzettel,
- 1. welche nicht von weißem Bapier ober welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen find,
- 2. welche keinen ober keinen lesbaren Namen enthalten,
- 3. aus welchen die Person des Gemählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ift,
- 4. auf welchen mehr als ein Rame ober ber Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ift,
- 5. welche einen Protest ober Borbehalt enthalten. Alle ungultigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet Ueber die Gultigkeit der Stimmzettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Bahlprotosolle beis zufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Bahlversahren erhobenen Ginsprüche rechtsträftig entschieden ist.

82. Als gewählt ift berjenige zu betrachten, welcher bei ber ersten Abstimmung mehr als die Hälfte ber gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Ergiebt, sich bei ber erften Abstimmung biese Stimmenmehrheit nicht, fo tommen bei ber fofort porzunehmenden zweiten Abstimmung diejenigen zwei Personen, welche im erften Bahlgange die meiften Stimmen erhalten haben, auf die engere Bahl. Haben mehr als zwei Berfonen die höchste ober aweithöchste Stimmenzahl in ber Beife erhalten. daß auf fie eine gleiche Stimmenzahl entfallen ift, so entscheidet das durch die Sand des Borfigenden zu ziehende Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist. Bei bem zweiten Bahlgange sind außer ben im §. 81 angegebenen ferner auch alle Diejenigen Stimmzettel ungültig, welche ben Ramen einer nicht zur engeren Bahl ftebenben Berfon enthalten. Als gewählt ift berjenige zu betrachten, welcher die meisten Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheibet bas burch bie band bes Borfigenden zu ziehende Loos.

Die Wahlprotokolle find von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

83. Der Borsitzende des Wahlvorstandes hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufsorderung in Kenntniß zu setzen, sich über die Annahme oder Ablehnung der Wahl innerhalb längstens einer Woche zu erklären. Bon demjenigen, welcher hierüber keine Erklärung abgiebt, wird ansgenommen, daß er die Wahl ablehne.

84. Die gewählten Gemeinbevorfteber und

Schöffen bedürfen ber Beftätigung burch ben Land-rath.

Bor ber Beftätigung ift ber Amtsvorsteher (Diftrittskommissarius) mit feinem Gutachten zu hören.

Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt werden. Dieser Zustimmung bedarf es auch dann, wenn der Wahl die Bestätigung wegen formaler Mängel des Bersahrens versagt wird.

Wird die Beftätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Daffelbe findet ftatt, wenn keine Bahl zu Stande kommt.

Die Bestimmungen dieses Paragraphen sinden auch auf andere gewählte Gemeindebeamte Anwendung, deren Wahl der Bestätigung bedarf.

85. Die Gemeindevorsteher und die Schöffen werden vor ihrem Amtsantritte von dem Landrathe oder in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher, in der Provinz Posen von dem Distriktskommissarius, vereidigt.

86 Absat 1 und 2. Die Gemeindevorsteher haben ben Ersat ihrer baaren Auslagen und bie Gemährung einer mit ihrer amtlichen Mühewaltung in billigem Verhältnisse stehenden Entschädigung zu beanspruchen.

Die Aufbringung derselben liegt der Gemeinde ob. 87. Ueber die Festsetzung der baaren Auslagen und der Entschädigung der Gemeindevorsteher und der commissarischen Gemeindevorsteher, sowie über die baaren Auslagen der Schöffen beschließt der Kreisausschuß auf Antrag der Betheiligten.

5.

Kundgemeindeordnung für Schleswig-Holftein vom 10. Ruli 1892.

(G.S. S. 154. R.B.G. §§. 1-7, 18).

n) Befolbete Gemeinbevorfteber.

75 Absat 2. In Gemeinden mit mehr als 2000 Sinwohnern und in den Koogsgemeinden des Kreises Tondern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besolbeten Gemeindevorstehers beschließen. Die Wahl desselben erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ift nicht beschränkt auf die Gemeindeglieder.

Anm. Siehe Seite 176 Bufat.

Reunter Abichnitt.

b) Befolbete Gemeinbebeamte, deren Gehälter und Benfionen.

Schl.-D. &.D. §. 117. Die Landgemeinden find befugt, die Unstellung besoldeter Gemeindebeamter für einzelne Dienstzweige oder Dienstverrichtungen zu beschließen.

Wo die Anstellung von Gemeindebeamten bisher auf Grund der Wahl der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) erfolgt ist, kann burch Ortsstatut (Gemeindestatut) dieses Versahren auch ferner beibehalten werden.

- 88. Insbesondere liegen dem Gemeindevorfteher folgende Geschäfte ob:
 - 1-4 pp.
- 5. die Gemeindebeamten, nachdem die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) darüber beschlossen hat, anzustellen und zu beaufsichtigen, unbeschadet der Bestimmungen des §. 117 Absat 2.
- 118. Absat 1 und 2 (ortsstatutarische Regelung ber Berhältnisse ber Gemeinbebeamten) ist ersetzt durch K.B.G. §. 18. (Seite 84.)

Absa 3 (streitige Pensionsansprüche) burch K.B.G. §. 7. (Seite 74.)

Bufag: Schl.=6.8.G.D. §. 53. Als Gemeindes verordnete find nicht mahlbar:

- 1. pp.
- 2. die besolbeten Bemeindebeamten.
- o) Bestimmungen über bie Berwaltungen ber Landgemeinden im Ansammenhang.

Sechfter Abichnitt.

Bermaltung ber Lanbgemeinden.

Schl.=B.B.G.D. S. 74. An ber Spige ber Ber=

waltung ber Landgemeinde steht ber Gemeindevorfteher (Lehnsmann).

Dem Gemeindevorfteher fteht ein Stellvertreter zur Seite, welcher ihn in ben Amtsgeschäften zu unterstützen und in Behinderungsfällen zu vertreten hat.

Durch Ortsstatut kann die Zahl der Stellvertreter auf höchstens sechs vermehrt werden.

Wo die Zahl der Stellvertreter nach der bisherigen Ortsverfassung zwei oder mehr, aber nicht mehr als sechs betragen hat, verbleibt es hierbei bis zu anderweiter ortsstatutarischer Festsegung.

In größeren Gemeinden kann durch Ortsstatut ein aus dem Gemeindevorsteher und den Stellvertretern bestehender kollegialischer Gemeindevorstand eingeführt werden.

75. Der Gemeindevorsteher und die Stellverstreter werden von der Gemeindeversammlung (Gesmeindevertretung) aus der Zahl der Gemeindeglieder auf sechs Jahre gewählt. Nach dreijähriger Antssbauer kann der Gemeindevorsteher auf weitere neun Jahre gewählt werden.

In Gemeinden mit mehr als 2000 Einwohnern und in den Koogsgemeinden des Kreifes Tondern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besoldeten Gemeindevorstehers beschließen. Die Wahl desselben erfolgt auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht beschränkt auf die Gemeindeglieder. Bater und Sohn, sowie Brüber bürfen nicht gleichzeitig Gemeindevorsteher und Stellvertreter sein.

- 76. Bezüglich ber Ginladung der Mitglieder ber Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zur Wahl kommen die Borschriften des §. 59 zur Answendung.
- 59. Gine Boche vor dem Wahltage werden die in der Bählerlifte verzeichneten Bähler durch den Gemeindevorsteher mittelft ortsüblicher Bekanntmachung zu den Wahlen berufen. Die Bekanntmachung muß den Raum, den Tag und die Stunden, in welchem die Stimmen bei dem Wahlvorstande abzugeben sind, genau bezeichnen.
- 77. Der Wahlvorstand besteht aus dem Gemeindevorsteher oder dessen Stellvertreter als Borsigenden,
 und aus zwei von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) zu wählenden Beisigern. Der Borsigende ernennt einen der Beisigenden zum Protokollsührer. Ersorderlichen Falles kann jedoch auch eine
 nicht zur Wahlversammlung gehörige Person zum
 Protokollssihrer ernannt werden.
- 78. Während der Wahlhandlung dürfen im Wahlraume weder Berathungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gefaßt werden. Ausgenommen hiervon sind Berathungen und Beschlüsse des Wahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäftes erheischt werden.

- 79. Jebe Wahl erfolgt in einem besonderen Wahlaange burch Stimmzettel.
- 80. Die Bahler werden in der Reihenfolge, in welcher fie in der Bahlerlifte aufgeführt find, aufgerufen.

Die Aufgerufenen legen ihre Stimmzettel unseröffnet in bie Bablurne.

Findet die Wahl durch die Gemeindeversammlung statt, so wird das Stimmrecht nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 48 ausgeübt.

Die nach der Eröffnung, jedoch vor dem Schlusse der Wahlhandlung erscheinenden Wähler können noch an der Abstimmung theilnehmen.

Sind teine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt der Wahlvorstand die Wahl für geschlossen; der Borssigende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Wahlsurne und verliest die darauf verzeichneten Namen, welche von einem durch den Vorsigenden zu ersnennenden Beistger laut gezählt werden.

- 81. Ungultig find biejenigen Stimmzettel,
- 1. welche nicht von weißem Papier ober welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen find,
- welche keinen oder keinen lesbaren Namen entshalten,
- 3. aus welchen die Person des Gemählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,
- 4. auf welchen mehr als ein Name ober der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist,
- 5. welche einen Protest oder Vorbehalt enthalten.

Alle ungültigen Stimmzettel werden als nicht abgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmzettel entscheibet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind bem Wahlprototolle beis zufügen und so lange aufzubewahren, bis über bie gegen das Wahlversahren erhobenen Einsprüche rechtsträftig entschieden ist.

82. Als gewählt ift berjenige zu betrachten, welcher bei ber ersten Abstimmung mehr als die Hälfte der gültig abgegebenen Stimmen ershalten hat.

Ergiebt fich bei ber erften Abftimmung biefe Stimmenmehrheit nicht, fo tommen bei ber fofort vorzunehmenden zweiten Abstimmung biejenigen zwei Berfonen, welche im erften Wahlgange bie meiften Stimmen erhalten haben, auf die engere Bahl. Saben mehr als zwei Bersonen die höchste ober zweithöchste Stimmenzahl in ber Beife erhalten, bak auf fie eine gleiche Stimmenzahl entfallen ift, fo enticheibet bas burch die Sand bes Vorsigenden zu ziehende Loos barüber, wer auf die engere Bahl zu bringen ift. Bei dem zweiten Wahlgange find außer den im §. 81 angegebenen ferner auch alle biejenigen Stimmzettel ungültig, welche ben Ramen einer nicht zur engeren Bahl ftehenden Berfon enthalten. Alls gewählt ift berjenige zu betrachten, welcher bie meiften Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheibet bas burch die Hand des Borfikenden zu ziehende Loos.

Die Wahlprotokolle find von dem Wahlvorftande zu unterzeichnen.

83. Der Vorsitzende des Wahlvorstandes hat die Gemählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufsorderung in Kenntniß zu setzen, sich über die Unnahme oder Ablehnung der Wahl innerhalb längstens einer Woche zu erklären. Bon demjenigen, welcher hierüber keine Erklärung abgiebt, wird ansgenommen, daß er die Wahl ablehne.

84. Die gewählten Gemeinbevorfteher und Stellsvertreter bedürfen ber Bestätigung durch ben Sanbrath.

Bor ber Beftätigung ift ber Amtsvorsteher mit seinem Gutachten zu hören.

Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung bes Kreisausschusses versagt werben. Dieser Zustimmung bedarf es auch dann, wenn der Wahl die Bestätigung wegen formaler Mängel des Bersahrens versagt wird.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Dasselbe findet statt, wenn keine Bahl zu Stande kommt.

Die Bestimmungen bieses Paragraphen sinden auch auf andere gewählte Gemeindebeamte Anwenbung, beren Bahl der Bestätigung bedarf.

- 85. Die Gemeindevorsteher und die Stellvertreter werden vor ihrem Amtsantritte von dem Landrathe oder in seinem Auftrage von dem Amtsvorsteher vereidigt.
- 86. Die Gemeindevorsteher haben den Ersat ihrer baaren Auslagen und die Gemährung einer mit ihrer amtlichen Mühewaltung in billigem Bershältnisse stehenden Entschädigung zu beanspruchen.

Die Aufbringung berfelben liegt ber Gemeinde ob.

Alle fortlaufenden Geld= und Naturalbeiträge des Gutsherrn zur Remuneration des Gemeindevorstehers fallen fort.

(Abfage 4, 5 und 6 fallen fort.)

Abs. 7. Die Stellvertreter haben ihr Amt in der Regel unentgeltlich zu verwalten und nur den Ersat baarer Auslagen zu beanspruchen.

87. Ueber die Festsetzung der baaren Auslagen und der Entschädigung der Gemeindevorsteher und der kommissarischen Gemeindevorsteher, sowie über die baaren Auslagen der Stellvertreter beschließt der Kreisausschuß auf Antrag der Betheiligten.

d) Befonbere Beftimmungen für Belgelanb.

121 f. Für die Gemeinde Helgoland, Kreises Süberdithmarschen, bleibt es bis auf Beiteres bei der gegenwärtigen Gemeindeverfassung. Der Zeitpunkt des Inkrafttretens der Landgemeindeordnung stir Helgoland wird durch Königliche Verordnung bestimmt.

6.

Landgemeindeordnung für die Proving Seffen-Haffau

vom 4. August 1897.

(G.S. S. 301.) R.B.G. §§. 1-7, 18.

(von Trott zu Solz, Geffen-Naffauische Gemeinbeversaffungsgeses, Ergänzungsband zu Brauchitsch 1898.)

Vorbemerkung. §§. 81—87 find aufrechterhalten burch A.B.G. §. 25 Nr. 2, §. 84 mit Aenderungen.

Behnter Abidnitt.

Befoldungen und Benfionen.

I. Gehaltsverhältniffe.

A. Befoldete Bürgermeifter.

82. Hat eine Gemeinde die Bahl eines besoldeten Bürgermeisters beschlossen (§. 46 Absatz), so kann die Aufsichtsbehörbe verlangen, daß die zu einer zwedmäßigen Verwaltung angemessenen Bessoldungsbeträge bewilligt werden.

Bufat ju §. 82.

46 Abf. 2. In Landgemeinden mit mehr als 1200 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Wahl eines befoldeten Gemeindevorstehers beschließen. Die Wahl erfolgt alsdann auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht auf Gemeindeglieder beschränkt.

B. Gemeinberechner.

90. 1. Bur Führung bes Gemeinderechnungsund Kaffenwesens ift ein Gemeindebeamter als Gemeinderechner anzustellen, welcher der Bestätigung durch den Landrath nach Maßgabe des §. 55 (siehe unter IV, 6. IV) bedarf und vor seinem Amtsantritte von dem Landrathe vereidigt wird.

- 2. Der Gemeinbeeinnehmer darf mit dem Bürgermeister in der in §. 46 Absat 4 (siehe unter IV, 6. IV) bezeichneten Art weder verwandt noch verschwägert sein. Tritt eine solche Berwandtschaft oder Schwägersschaft mährend der Amtszeit eines Gemeinderechners ein, so hat dieser sein Amt niederzulegen. Die Aussichtsbehörde ist befugt, hiervon Ausnahmen zuzulassen.
- 3. Der Gemeinderechner hat auf Berlangen eine gentigende Sicherheit zu ftellen, wogegen ihm ber Anfpruch auf eine mit seiner Amtsthätigkeit in billigem Berhältnisse stehende Besolbung zukommt.
- 4. Die Festsetzung ber höhe ber Besoldung, sowie ber böhe und Form ber Sicherheitsleiftung unterliegt ber Genehnigung ber Aufsichtsbehörbe.
- 5. In Landgemeinden, beren Berhältnisse dies unbedenklich erscheinen lassen, kann mit Genehmigung der Aufsichtsbehörde von der Anstellung eines besonderen Gemeindebeamten als Gemeinderechner absgesehen werden.
 - C. Sonftige befolbete Gemeinbebeamte.
- 81. Die Landgemeinden find befugt, die Unftellung besoldeter Gemeindebeamter für einzelne Dienstzweige oder Dienstverrichtungen zu beschließen.

Ueber die Besolbungs- und Penfionsverhältnisse bieser Beamten kann durch Ortsstatut Bestimmung getroffen werden.

83. Auf Antrag ber Betheiligten ober ber Aufsichtsbehörde beschließt ber Kreisausschuß über die Festsetung der Besoldungen und Dienstbezüge der Bürgermeister und sonstigen Gemeindebeamten.

II. Pensionsverhältnisse. (Siehe unter XIII, III.)

III. Ausschrungsbestimmungen zu I. A, B, C. Ausstühr. Anw. z. H.-PN.A.G.D. v. 30. XI. 97.

6. Befolbete Bürgermeifter.

In Gemeinden mit mehr als 1200 Einwohnern kann die Gemeindevertretung die Anstellung eines besoldeten Bürgermeisters beschließen, dessen Bahl auf zwölf Jahre ersolgt und nicht auf die Gemeindeglieder beschränkt ist (§. 46 Abs. 2 siehe Seite 192). Die Anwendung dieser Bestimmung wird sich, da dem Amte des Bürgermeisters der Charakter eines undesoldeten Ehrenamts thunlichst zu erhalten ist, nur in dem Falle empsehlen, wenn der Umfang der Gemeindeverwaltung ein derartig gesteigerter ist, daß er die Kräste einer ehrenamtlichen Verwaltung übersteigt und die Anstellung eines Berussbeamten unentbehrlich erscheinen läßt. Liegt jedoch ein solcher Fall vor, so ist es auch die Ausgabe der Ausslichts-

behörbe, diese Einrichtung in Anregung zu bringen, falls die Gemeinde sich nicht aus eigenem Antriebe dafür entscheibet.

Den besolbeten Bürgermeistern steht ein gessetzlicher Anspruch auf Pension und Bersorgung ihrer Hinterbliebenen nach Maßgabe ber §§. 84, 86 und 87 zu (siehe unter XIII, III).

7. Gemeinderechner.

Bur Führung bes Gemeinberechnungs= und Raffenwesens ift in jeber Gemeinde, ohne dag die Errichtung ber Stelle erft von ber Gemeinbeverfammlung (Gemeindevertretung) beschloffen zu werden braucht (§. 59 Abs. 4 Mr. 5 siehe unter IV, 6. IV), ein befolbeter, ber Bestätigung bedürfender Gemeinderechner anzuftellen (§. 90 fiehe Seite 192), welcher als Gemeindebeamter in erfter Linie ber Aufficht bes Bürgermeisters untersteht. Nur ausnahmsweise fann in Gemeinden, deren einfache Berhältniffe bies unbebentlich erscheinen laffen, mit Benehmigung ber Auffichtsbehörde die Anftellung eines Gemeinderechners unterbleiben, in welchem Kalle beffen Befchäfte von bem Bürgermeifter mit verfeben Der Gemeinberechner erhält eine feste, mit feiner Amtsthütigfeit in billigem Berhältnik ftebenbe Besoldung; eine Bergütung durch bestimmte Prozente ber Gemeindeeinnahmen ist also ausgeschlossen. Bor ber Anftellung bes Gemeinderechners ift die Sobe

ber ihm zu gewährenden Befoldung von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) festzusetzen, falls hierüber ortsstatutarische Bestimmungen nicht erlassen sind (§. 81 Abs. 2 siehe Seite 194). Diese Festsstung sowie diejenige der Höhe und der Form der Sicherheitsleistung, insosern eine solche verlangt wird, unterliegt der Genehmigung der Aufsichtsbehörde. Das Berlangen auf Stellung einer geseigneten Sicherheit seitens des Rechners kann von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung), von dem Bürgermeister (Gemeinderath) oder von der Aussichtsbehörde erhoben werden.

Der Gemeinberechner wird von dem Bürgermeister (Gemeinberath) ernannt und ist auf Grund eines schriftlichen Dienstvertrages anzustellen, welchen der Bürgermeister (Gemeinderath) mit ihm unter dem Bordehalt, daß die Ernennung von dem Landrathe bestätigt wird, abzuschließen und dei Einholung der Bestätigung mit vorzulegen hat. Die Anstellung des Gemeinderechners kann auf bestimmte Zeit, Kündigung oder Lebenszeit ersolgen. Zu seiner lebenslänglichen Anstellung bedarf es jedoch der Zustimmung der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung), da der Beamte in diesem Falle einen gesetzlichen Anspruch auf Pension und Versorgung seiner Hinterbliebenen hat (§§. 85 u. 87 siehe unter XIII, III).

Die am 1. April 1898 im Amte befinblichen Gemeinderechner bleiben nach Maßgabe ihrer An-

stellungsbebingungen bis zum Ablaufe ihrer Dienstzeit im Amte (§. 122 Abs. 2), was indessen eine frühere Auslösung dieses Dienstwerhältnisses durch Uebereinstommen nicht ausschließt.

8. Andere befoldete Gemeindebeamte.

Füreinzelne Dienstzweige ober Dienstverrichtungen kann nach §. 81 (Seite 193) überall bie Anstellung besolbeter Gemeinbebeamten (Gemeinbeschreiber, Gemeindebiener u. s. w.) von der Gemeinde beschlossen werden. Die Anstellung des einzelnen Gemeindebeamten hat durch den Bürgermeister (Gemeinderath) zu ersolgen. Inwieweit diese Beamten staatlicher Bestätigung unterliegen, bestimmt sich nach den besonderen Gesehen. Wegen ihrer Gehaltszund Pensionszverhältnisse enthalten die §§. 81 Abs. 2, 83 und 85—88 (siehe unter XIII, III) die näheren Vorschriften. Sinen gesehlichen Anspruch auf Pension und Verssorgung ihrer Hinterbliebenen haben die besolbeten Gemeindebeamten nur dann, wenn sie auf Lebenszeit bezw. mit Pensionsberechtigung angestellt sind.

IV. Seftimmungen über die Bermaltung der Beffen-Maffanifchen Landgemeinden im Infammenhange.

Sedfter Abschnitt.

Berwaltung ber Landgemeinden.

H.A.C.G.O. &. 45. Un der Spige der Verwaltung der Landgemeinde fteht der Bürgermeifter.

Dem Bürgermeister stehen zwei Schöffen zur Seite, welche ihn in ben Amtsgeschäften zu unterstütigen und in Behinderungsfällen nach ber unter ihnen von der Aufsichtsbehörde festzusegenden Reihensfolge zu vertreten haben.

Durch Ortsstatut kann bie Zahl ber Schöffen auf höchstens sechs vermehrt werben.

Wo bem Bürgermeifter nur zwei Schöffen zur Seite ftehen, ift ein Stellvertreter zu mählen, welcher in Behinderungsfällen eines ber beiden Schöffen für biefen eintritt.

In Landgemeinden mit mehr als 500 Ginwohnern wird ein kollegialischer Gemeindevorstand (Gemeinderath) gebildet, welcher aus dem Bürgermeister, aus einem Beigeordneten als dessen Stellvertreter und in Gemeinden

von nicht mehr als 2500 Einwohnern aus 3 Schöffen, von mehr als 2500 Einwohnern aus 5 Schöffen

besteht. Wenn jedoch die Gemeindevertretung nach zweimaliger, mit einem Zwischenraume von mindestens acht Tagen vorgenommener Berathung darauf ansträgt, kann mit Genehmigung des Kreisausschusses von der Bildung eines kollegialischen Gemeindes vorstandes (Gemeinderathes) abgesehen werden.

In ben kleineren Landgemeinden kann burch Ortsstatut ein kollegialischer Gemeindevorstand, welcher aus bem Beigeordneten

als beffen Stellvertreter und aus zwei Schöffen befteht, eingeführt werben.

Unter Gemeinbevorstand ift in Gemeinben mit kollegialischem Gemeinbevorstande der Gemeinderath, in den übrigen Gemeinden der Bürgermeifter zu verstehen.

46. Der Bürgermeister und die Schöffen werden von der Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) gewählt. In Gemeinden mit kollegialischem Gemeindevorstande werden der Bürgermeister und der Beigeordnete von dem Gemeinderathe und der Gemeindevertretung in gemeinschaftlicher Sizung gemählt. In letzterem Falle ist die Versammlung beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfet der Wahleberechtigten anwesend ist. In beiden Fällen besschränkt sich die Wahl auf Gemeindeglieder.

In Landgemeinden mit mehr als 1200 Ginwohnern kann die Gemeindevertretung die Bahl eines befoldeten Bürgermeifters beschließen. Die Bahl erfolgt alsdann auf die Dauer von zwölf Jahren und ist nicht auf Gemeindeglieder beschränkt.

Im Uebrigen wird ber Bürgermeifter auf acht Jahre gewählt. Der Beigeordnete und die Schöffen werden auf die Dauer von sechs Jahren gewählt.

Bater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegerfohn, Großvater und Enkel, Brüder und Schwäger bürfen nicht gleichzeitig Bürgermeister, Beigeordneter und Schöffen sein. Die Aufsichtsbehörde ift befugt, hiervon Ausnahmen zuzulassen.

Entsteht die Schwägerschaft im Laufe der Wahlsperiode, so scheidet derjenige auß, durch welchen das Hinderniß herbeigeführt worden ist.

Das Umt eines Beigeordneten und Schöffen ift mit einem besolbeten Gemeindeamte unvereindar.

Personen, welche das Gewerbe der Gast= und Schankwirthschaft betreiben, können nicht Bürgermeister sein. Die Aufsichtsbehörde ist befugt, hiervon Ausnahmen zuzulassen.

- 47. Bezüglich ber Einladung der Mitglieder der Gemeindeversammlung, der Gemeindevertretung, des Gemeinderaths (§. 46 Abs. 1) zur Wahl kommen die Borschriften des §. 30*) zur Anwendung.
- 48. Der Wahlvorstand besteht aus dem Bürgermeister oder bessen Stellvertreter als Vorsigenden und aus zwei von der Wahlversammlung zu wählenden Beistigern. Der Vorsigende ernennt einen der Beisiger zum Schriftsührer. Ersorberlichenfalls kann jedoch auch eine nicht zur Wahlversammlung gehörige Verson zum Schriftsührer ernannt werden.
- 49. Während ber Wahlhandlung bürfen im Wahlraume weder Berathungen stattfinden, noch Ansprachen gehalten, noch Beschlüsse gesaßt werden. Ausgenommen hiervon sind Berathungen und Be-
- *) §. 30 verweift auf eine Reihe anderer Beftimmungen, bie hier nicht näher intereffiren.

schliese Bahlvorstandes, welche durch die Leitung des Wahlgeschäfts erforderlich werden.

- 50. Jede Bahl erfolgt in einem besonderen Bahlgange burch Stimmzettel.
- 51. Die Wähler werden in der Reihenfolge, in welcher sie in der Wählerliste aufgeführt sind, aufgerufen.

Die Aufgerufenen legen ihre Stimmzettel unseröffnet in die Bahlurne.

Findet die Wahl durch die Gemeindeversammlung statt, so wird das Stimmrecht nach Maßgabe der Bestimmungen des §. 19 ausgeübt.

Die nach der Eröffnung, jedoch vor dem Schlusse ber Bahlhandlung erscheinenden Bähler können noch an der Abstimmung Theil nehmen.

Sind keine Stimmen mehr abzugeben, so erklärt ber Bahlvorstand die Bahl für geschlossen; ber Borstigende nimmt die Stimmzettel einzeln aus der Bahlurne und verliest die darauf verzeichneten Namen, welche von einem durch den Borsigenden zu ersnennenden Beisiger laut gezählt werden.

- 52. Ungultig find biejenigen Stimmzettel,
- 1. welche nicht von weißem Papier ober welche mit einem äußeren Kennzeichen versehen sind,
- 2. welche keinen ober keinen lesbaren Ramen entshalten,
- 3. aus welchen bie Person bes Gewählten nicht unzweifelhaft zu erkennen ist,

- 4. auf welchen mehr als ein Name ober der Name einer nicht wählbaren Person verzeichnet ist,
- 5. welche einen Protest ober Borbehalt enthalten. Ungültige Stimmzettel werben als nicht absgegeben betrachtet. Ueber die Gültigkeit der Stimmszettel entscheidet vorläufig der Wahlvorstand.

Die Stimmzettel sind dem Wahlprotokolle beis zufügen und so lange aufzubewahren, bis über die gegen das Wahlversahren erhobenen Einsprüche rechtsskräftig entschieden ist.

53. Als gewählt ift berjenige zu betrachten, welcher bei ber ersten Abstimmung mehr als bie hälfte ber gültig abgegebenen Stimmen erhalten hat.

Ergiebt sich bei ber ersten Abstimmung diese Stimmenmehrheit nicht, so kommen bei ber sofort vorzunehmenden zweiten Abstimmung diesenigen zwei Bersonen, welche im ersten Wahlgange die meisten Stimmen erhalten haben, auf die engere Wahl. Haben mehr als zwei Personen die höchste oder zweithöchste Stimmenzahl in der Weise erhalten, daß auf sie eine gleiche Stimmenzahl entsallen ist, so entscheidet das durch die Hand des Vorsigenden zu ziehende Loos darüber, wer auf die engere Wahl zu bringen ist. Bei dem zweiten Wahlgange sind außer den im §. 52 angegebenen auch diesenigen Stimmzettel ungültig, welche den Namen einer nicht zur engeren Wahl stehenden Person enthalten. Als gewählt ist dersenige zu betrachten, welcher die meisten

Stimmen erhalten hat. Bei Stimmengleichheit entscheibet bas durch die Hand des Vorsitzenden zu ziehende Loos.

Die Wahlprotokolle find von dem Wahlvorstande zu unterzeichnen.

- 54. Der Borsitzende des Wahlvorstandes hat die Gewählten von der auf sie gefallenen Wahl mit der Aufforderung in Kenntniß zu setzen, sich über die Annahme der Wahl innerhalb längstens einer Woche zu erklären. Bon demjenigen, welcher hierüber keine Erklärung abgiebt, wird angenommen, daß er die Wahl ablehne.
- 55. Die gewählten Bürgermeister und Beisgeordneten, sowie die Schöffen in benjenigen Landsgemeinden, in welchen ein kollegialischer Gemeindesvorstand nicht besteht, bedürfen der Bestätigung durch ben Landrath.

Die Beftätigung kann nur unter Zustimmung bes Kreisausschusses versagt werben. Dieser Zustimmung bedarf es auch dann, wenn der Wahl die Bestätigung wegen Mängel des Versahrens versagt wird.

Lehnt ber Kreisausschuß die Zustimmung ab, so kann sie auf den Antrag des Landraths durch den Regierungspräsidenten ergänzt werden. Wird die Bestätigung von dem Landrathe unter Zustimmung des Kreisausschusses versagt, so steht binnen zwei Wochen dem Wahlkörper die Beschwerde an den

Regierungspräsibenten zu, bei bessen Bescheibe es nerbleibt.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung des Kreisausschusses, in der Regel aus der Zahl der Gemeindeglieder, einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Daffelbe findet ftatt, wenn keine Wahl zu Stande kommt.

Die Bestimmungen bieses Paragraphen finden auch auf andere gewählte Gemeindebeamte Answendung, deren Bahl ber Bestätigung bedarf.

- 56. Der Bürgermeister, der Beigeordnete und bie Schöffen werden vor ihrem Amtsantritte von dem Landrathe vereidigt.
- 57. Die unbesolbeten Bürgermeister und Beisgeordneten haben den Ersat ihrer baaren Auslagen und die Gewährung einer mit ihrer amtlichen Müheswaltung in billigem Verhältnisse stehenden Entsichäbigung von der Gemeinde zu beanspruchen.

Die Schöffen haben ihr Amt in der Regel un= entgeltlich zu verwalten und nur den Ersatz baarer Auslagen von der Gemeinde zu beanspruchen.

58. Ueber die Festsetzung der baaren Auslagen und der Entschädigung der Bürgermeister und der stellvertretenden Bürgermeister, sowie über die baaren Auslagen der Schöffen beschließt der Kreisausschuß auf Antrag der Betheiligten oder der Aufsichtsbehörde.

- 59 Abs. 3. Hat die Gemeindeversammlung (Gemeindevertretung) einen Beschluß gesaßt, welcher nach Ansicht des Bürgermeisters das Gemeinwohl oder das Gemeindeinteresse erheblich verlegt, so ist der Bürgermeister verpslichtet, die Aussührung des Beschlusses auszusegen und, wenn die Gemeindeverssammlung (Gemeindevertretung) dei nochmaliger Berathung dei ihrem Beschlusse beharrt, innerhalb zwei Wochen die Entscheidung des Kreisausschusses einzuholen.
- Abs. 4. Insbesonbere liegen bem Bürgermeifter folgenbe Geschäfte ob:
- 5. die Gemeindebeamten anzustellen und zu beaufsichtigen; über die Neuerrichtung von Stellen beschließt die Gemeindeversammlung (Gemeindeverstretung).
- 60. Wo ein kollegialischer Gemeinbevorstand (Gemeinberath) besteht (§. 45 Abs. 5), hat dieser bie Gemeinbebeamten anzustellen (§. 59 Nr. 5).
 - 24. Gemeindeverordnete fonnen nicht fein:
 - 2. die befolbeten Beamten ber Bemeinbe.

V. Beamte der Rheinischen Sandburger: meiftereien.

R.B.G. SS. 1-7, 8-13, 15, 19, 20.

insbefondere

Gemeindeeinehmer

R.B.S. \$8. 1-7, 12, 13, 15, 19.

(Bitter, Rheinische Gemeindeversaffungsgesetze, Erganzungsband zu Brauchitich 1887.)

A. Bestimmungen bes Kommunalbeamten= gesetes und ber Rheinischen Landgemeinbe= orbnung.

K.B.G. §. 19. Die Vorschriften der §§. 8 bis 15 bieses Gesetzs sinden auf die Beamten der Bürgermeistereien in der Rheinprovinz, sowie im Umfange der §§. 12—15 auch auf die Gemeindeeinnehmer in dieser Provinz mit folgenden Maßgaben sinnentsprechende Anwendung:

- 1. Die Anstellung der Bürgermeister, sowie die Festsetzung der Besoldung und Dienstunkostenentschädigung für diese Beamten und die Gemeindeeinnehmer erfolgt nach den bisherigen Borschriften;
- 3. an Stelle des Bezirksausschusses tritt überall ber Kreisausschuß.

A. Sandgemeindeordnung für die Rheinproving.

Vom 23. Juli 1845 (G.S. S. 523).

Dritter Titel.

Bon ben Bürgermeiftereien.

103. Für jede Landbürgermeisterei wird von bem Oberpräsidenten ein Bürgermeister auf Lebens= zeit ernannt.

Bu bem Amte eines Bürgermeisters sollen an erster Stelle angesehene Personen in dem Bürgersmeistereibezirke, insbesondere größere Grundbesitzer, berufen werden. Das Amt soll zunächst denjenigen übertragen werden, welche dassels ein unentsgeltlich zu verwaltendes Chrenamt zu übernehmen in der Lage sind. Sin Bürgermeister mit Besoldung soll nur angestellt werden, wenn ein geeigneter Ehrendürgermeister nicht zu gewinnen ist.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Borsicklägen des Kreisausschusses, welche dieser nach Anshörung der Bürgermeistereiversammlung zu machen hat. Falls der Oberpräsident den sämmtlichen Borschlägen des Kreisausschusses keine Folge geden will, so dedarf es hierzu der Zustimmung des Provinzialsrathes. Lehnt der Provinzialrath die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf Antrag des Oberpräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wenn für die Besetzung einer erledigten Bürgers meisterstelle Borschläge nicht gemacht worden find,

V. Beamte der Rheinischen Sandburger: meiftereien.

R.B.G. §§. 1—7, 8—13, 15, 19, 20.

insbefondere

Gemeindeeinehmer

St. 93. (3). §§. 1—7, 12, 13, 15, 19.

(Bitter, Rheinische Gemeindeversaffungsgesete, Erganzungsband zu Brauchitich 1887.)

A. Bestimmungen bes Kommunalbeamten= gesetes und ber Rheinischen Landgemeinde= orbnung.

- K.B.G. §. 19. Die Vorschriften der §§. 8 bis 15 bieses Gesetzes sinden auf die Beamten der Bürgermeistereien in der Meinprovinz, sowie im Umfange der §§. 12—15 auch auf die Gemeindeeinnehmer in dieser Provinz mit folgenden Maßgaben sinnentsprechende Anwendung:
 - 1. Die Anstellung ber Bürgermeister, sowie die Festsetzung der Besoldung und Dienstunkostensentschädigung für diese Beamten und die Gemeindeeinnehmer erfolgt nach den bisherigen Borschriften;
 - 3. an Stelle des Bezirksausschusses tritt überall der Kreisausschuß.

A. Sandgemeindeordnung für die Rheinproving.

Vom 23. Juli 1845 (G.S. S. 523).

Dritter Titel.

Bon ben Bürgermeiftereien.

103. Für jebe Lanbbürgermeisterei wird von bem Oberpräsibenten ein Bürgermeister auf Lebenszeit ernannt.

Bu bem Amte eines Bürgermeisters sollen an erster Stelle angesehene Personen in dem Bürgersmeistereibezirke, insbesondere größere Grundbesitzer, berufen werden. Das Amt soll zunächst denjenigen übertragen werden, welche dassels ein unentsgeltlich zu verwaltendes Shrenamt zu übernehmen in der Lage sind. Ein Bürgermeister mit Besoldung soll nur angestellt werden, wenn ein geeigneter Shrendürgermeister nicht zu gewinnen ist.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Vorsichlägen des Kreisausschuffes, welche dieser nach Unshörung der Bürgermeistereiversammlung zu machen hat. Falls der Oberpräsident den sämmtlichen Vorsichlägen des Kreisausschuffes keine Folge geben will, so bedarf es hierzu der Zustimmung des Provinzialzrathes. Lehnt der Provinzialrath die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf Antrag des Oberpräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Benn für die Besetzung einer erledigten Bürgermeisterstelle Borschläge nicht gemacht worden find, oder den gemachten Borschlägen keine Folge gegeben wird, so kann die Verwaltung derselben nach einzgeholter Aeußerung der betheiligten Bürgermeistereizversammlungen, sowie des Kreisausschusses auch dem Bürgermeister einer benachbarten ländlichen oder städtischen Bürgermeisterei übertragen werden. Die Uebertragung erfolgt in diesem Falle auf Widerruf und ist aufzuheben, sobald für die betreffende Bürgerzmeisterei nach Maßgabe der Vorschriften im dritten Absabe ein geeigneter Ehrenbürgermeister in Vorschlag gebracht wird.

Der befinitiven Ernennung eines besolbeten Bürgermeisters soll in der Regel eine die Dauer eines Jahres nicht übersteigende kommissarische Beschäftigung vorangehen. Die kommissarische Berwaltung der Bürgermeisterei wird im llebrigen von dem Oberpräsidenten angeordnet. (Rh.Kr.O. §. 24.)

Für jede Bürgermeisterei sind zwei oder, wo es das Bedürsniß ersordert, mehrere Beigeordnete zu bestellen, in Betress deren die wegen Vorschlag und Ernennung der Bürgermeister geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung sinden; (Rh.Ar.O. § 24 letzer Abs.) das Amt derselben dauert sechs Jahre, nach deren Ablauf sie wieder ernannt werden können. Die Beigeordneten sind bestimmt, einzelne Amtszeschäfte, welche der Bürgermeister ihnen aufträgt, zu besorgen, und diesen in Behinderungsfällen und während der Erledigung des Amtes nach der unter

ihnen von dem Landrathe (Z.G. § 24 Abs. 1) fest= zusetzenden Reihenfolge zu vertreten.

Bufat zu Rh.Q.G.O. §. 103.

K.B.G. §. 20. Für die Bürgermeistereien in ber Rheinprovinz kann die Anstellung besoldeter Beisgeordneter durch die Bürgermeistereiversammlung beschlossen werden. Die Art der Ernennung und die Bedingungen der Anstellung regeln sich nach den die Landbürgermeister betressenden Bestimmungen.

Rh.L.G.D. §. 104. Die Unterbeamten und Diener ber Bürgermeisterei werden von der Bürgermeistereiversammlung gewählt. Besteht die Bürgermeistereiversammlung gewählt. Besteht die Bürgermeistereinur aus einer Gemeinde, so verbleibt es bei den Bestimmungen des §. 78,*) welche auch im Uebrigen sür die Wahl und Bestätigung der Unterdeamten und Diener der Bürgermeisterei, beziehungsweise sür die Urt und Weise ihrer Anstellung Geltung sinden. (Rh.Ar.D. §. 26.)

105. Der Landrath ift ber nächfte Dienftvorgesette bes Burgermeifters.

106. Wo die Einrichtung einer besonderen Bürgermeistereikasse nöthig gefunden wird, sinden die im §. 79**) gegebenen Borschriften ebenfalls Answendung, und bleibt es unter den dort bezeichneten Maßgaben der Beschluftnahme der Bürgermeistereis

^{*)} Siehe Seite 163.

^{**)} Siehe Seite 164.

versammlung überlassen, ob die Berwaltung der Kasse dem Elementarerheber der direkten Steuern oder dem Gemeindeerheber übertragen werden soll.

107. Für jebe Bürgermeisterei wird von der Bürgermeistereiversammlung ein Normalbesoldungsetat aufgestellt und von dem Kreisausschusse (Z.G. §. 32 Nr. 4) genehmigt. Die Besoldungen, sowie bie Entschädigungen für Dienstunkosten müssen von der Bürgermeisterei aufgebracht werden.

lleber die Festsetzung der Besoldung, beziehungsweise der Dienstunkostenentschädigung der Bürgermeister, beziehungsweise der Ehrenbürgermeister beschließt der Areisausschuß nach Anhörung der Bürgermeistereiversammlung. (Rh.A.O. §. 24 Abs. 6.)

Neben seiner Besoldung und Dienstunkoftenentsschäbigung kann ber Bürgermeister, wenn er zugleich Gemeinbevorsteher ist, die in §. 75 gedachte Entsschäbigung beziehen.

In Ansehung ber Bergütung für Dienstreisen außerhalb ber Bürgermeisterei, sowie ber Gebühren und baaren Auslagen für Amtshandlungen bes Bürgermeisters sinden die Borschriften des §. 75 Anwendung. Die Bürgermeisterei ist verpflichtet, ein angemessens Geschäftslokal zu beschaffen.

§. 75. (Art. 21 Gef. v. 15. V. 56.) Das Amt bes Borftehers wird unentgeltlich verwaltet, und nur für Dienftunkoften eine Entschäbigung gewährt, welche bis zum Betrage von zehn Pfennigen für den Kopf der Bevölkerung von dem Kreisausschusse nach Bernehmung des Gemeinderathes zu bestimmen ist, mit Genehmigung des Kreisausschusses aber auch höher sestgeset werden kann. Für Dienstreisen nach einem mehr als zwei Meilen entsernten Orte kann besondere Bergütung verlangt werden. Gebühren sür einzelne Amtshandlungen dürsen nur insoweit erhoben werden, als sie in den Gesehen ausdrücklich gestattet sind; dagegen müssen dies durch solche Handlungen verursachten baaren Auslagen jederzeit von den Betheiligten erstattet werden.

B. Beftimmungen ber Rheinischen Kreissordnung vom 30. Mai 1887 (G.S. S. 209) über bie Gemeindevorsteher, Landbürgermeister sowie die Beamten der Gemeinden und Landbürgermeistereien im Zusammenhange abgebruckt.

3meiter Abf

Bon dem Gemeindevorsteher und dem Bürgermeister in den Landbürgermeistereien, sowie von den Beamten der Gemeinden und Landbürgermeistereien.

Bahl ber Bemeinbeborfteher und beren Stellbertreter.

23. Der Gemeindevorfteher und beffen Stellsvertreter (Beiftand), sowie die Bezirks, Dorfs ober Bauerschaftsvorfteher werden von dem Gemeinderathe aus der Zahl der zur Ausübung des Stimmrechts

befähigten Gemeindemitglieder auf die Dauer von fechs Jahren durch absolute Stimmenmehrheit gewählt.

Die Wahlen erfolgen nach näherer Borschrift bes biefem Gesete beigefügten Wahlreglements.

Die Gemählten bebürfen ber Bestätigung burch ben Lanbrath.

Bor ber Beftätigung ift ber Bürgermeifter mit seinem Gutachten ju boren.

Die Beftätigung fann unter Zustimmung bes Kreisausschusses versagt werben.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Neuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath auf den Borschlag des Bürgermeisters unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, bis eine erneute Wahl die Bestätigung erlangt hat. Dasselbe sindet statt, wenn keine Wahl zu Stande kommt. In denjenigen Gemeinden, welche für sich allein eine Landbürgermeisterei bilden, ist der Bürgermeister zugleich Gemeindevorsteher.

Ernennung ber Bürgermeifter ber Lanbbürgermeiftereien.

24. Für jebe Landbürgermeisterei wird von bem Oberpräsidenten ein Bürgermeister auf Lebensseit ernannt Zu dem Amte eines Bürgermeisters sollen an erster Stelle angesehene Personen in dem Bürgermeistereibezirke, insbesondere größere Grundsbesitzer berusen werden. Das Amt soll zunächst dens

jenigen übertragen werben, welche baffelbe als ein unentgeltlich zu verwaltenbes Ehrenamt zu übernehmen in ber Lage find Gin Bürgermeister mit Besoldung soll nur angestellt werben, wenn ein geeigneter Chrenbürgermeister nicht zu gewinnen ist.

Die Ernennung erfolgt auf Grund von Borschlägen des Kreisausschusses, welche dieser nach Anshörung der Bürgermeistereiversammlung zu machen hat. Falls der Oberpräsident den sämmtlichen Borschlägen des Kreisausschusses keine Folge geben will, so bedarf es hierzu der Zustimmung des Provinzialerathes. Lehnt der Provinzialrathes. Lehnt der Provinzialrath die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf Antrag des Oberpräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wenn für die Besetzung einer erledigten Bürgermeisterstelle Vorschläge nicht gemacht worden sind, oder den gemachten Vorschlägen keine Folge gegeben wird, so kann die Verwaltung derselben nach einzeholter Aeußerung der betheiligten Bürgermeistereisversammlungen, sowie des Areisausschusses auch dem Bürgermeister einer benachbarten ländlichen oder städtischen Bürgermeisterei übertragen werden. Die Uebertragung ersolgt in diesem Falle auf Widerruf und ist aufzuheben, sobald für die betressende Bürgermeisterei nach Maßgabe der Vorschriften im dritten Absase ein geeigneter Ehrenbürgermeister in Vorsschlag gebracht wird.

Der befinitiven Ernennung eines besolbeten Bürgermeisters soll in der Regel eine die Dauer eines Jahres nicht übersteigende kommissarische Beschäftigung vorangehen. Die kommissarische Berwaltung der Bürgermeisterei wird im Uebrigen von dem Oberpräsidenten angeordnet.

lleber die Festsetzung der Besoldung, beziehungsweise der Dienstunkostenentschädigung der Bürgermeister, beziehungsweise der Ehrendürgermeister beschließt der Kreisausschuß nach Anhörung der Bürgermeistereiversammlung. (§. 32 Nr. 4 des Geseszüber die Zuständigkeit der Verwaltungs- und Verwaltungsgerichtsbehörden vom 1. August 1883.)

(Lester Absas.) In Betreff ber Beigeordneten finden die wegen Borschlag und Ernennung der Bürgermeister geltenden Bestimmungen entsprechende Anwendung.*)

Bahl ber Beamten ber Lanbgemeinben und Lanbbürgermeistereien.

26. Die Beftimmungen bes §. 23 finden bezügslich der Wahl und Beftätigung auch auf die Untersbeamten der Gemeinden, soweit deren Ernennung disher dem Landrathe zustand, sowie auf die Untersbeamten der Landbürgermeistereien mit der Maßgabe Unwendung, daß die Wahl der letzteren durch die Bürgermeistereiversammlung zu vollziehen ist.

^{*)} Siehe R.B.G. §. 20 Seite 86.

VI. Beamte der Beftfälischen Aemter.

(Braunbehrens, Westfälische Gemeindeberfaffungsgesebe, Erganzungsband zu Brauchitich 1887.)

Vorbemerkung.

Für bie befolbeten Amtmänner und bie befolbeten Beamten ber Westfälischen Aemter gelten R.B.G. §§. 1—7, 8—13 und 15, 19;

für die Beftfälischen Amts = und Gemeindes einnehmer dagegen nur K.B.G. §§. 1—7, 12 und 15, 19.

- R.B.G. S. 19. Die Borschriften der §§. 8—15 bieses Gesetzes sinden auf die Beamten der Aemter in der Provinz Westfalen, sowie im Umsange der §§. 12—15 auch auf die Gemeindeeinnehmer mit folgenden Maßgaben sinnentsprechende Anwendung:
 - 1. die Anftellung der Amtmänner, sowie die Festssetzung der Besoldung und Dienstunkoftensentschäbigung für diese Beamten und die Gemeindeeinnehmer (Amtseinnehmer) erfolgt nach den bisherigen Borschriften;
 - 2. an Stelle des Bezirksausschusses tritt überall ber Kreisausschuß.

1. Amtmänner.

Bandgemeinbeordnung für bie Proving Weftfalen vom 19. Märg 1856 (G.S. S. 265).

4. Mehrere Gemeinden nebft ben, ben Gemeinden gleichgeftellten Gütern (g. 3) bilben einen Ber-

waltungsbezirk (Amt), welchem ein Amimann vorsfteht; boch kann das Amt auch aus Einer Gemeinde bestehen.

- 3. Abgendert durch Weftfäl. Kr.D. §. 23. Güter, welche den Zweden einer Gemeinde für sich allein zu genügen geeignet sind, können auf den Antrag der Besitzer oder der Gemeinde, mit welcher das Gut bisher vereinigt gewesen ist, selbstständige, den Gemeinden gleich zu achtende Güter (Gutsbezirke) bilden.
- 69. Für jeden Amtsbezirk (§. 4) wird ohne Unterschied, ob berselbe aus einer ober aus mehreren Gemeinden besteht, ein Amtmann und mindestens ein Stellvertreter (Beigeordneter) desselben bestellt.

Den Beigeordneten steht es zu, den Amts= versammlungen ohne Stimmrecht beizuwohnen.

In Aemtern, welche aus mehreren Gemeinden bestehen, kann der Amtmann zugleich Vorsteher der Gemeinde sein, in welcher er wohnt.

20. Für die Aemter in der Provinz Westfalen kann die Anstellung besoldeter Beigeordneter durch die Amtsversammlungen beschlossen werden. Die Art der Ernennung und die Bedingungen der Anstellung regeln sich nach den die Amtmänner betreffenden Bestimmungen. (Siehe weiter unten B.Kr.D. §. 27 Abs. 4.)

B.L.G.O. §. 71. Ein Amtmann mit Besfolbung foll nur angestellt werden, wenn

ein geeigneter Shrenamtmann nicht zu gewinnen ist. Derfelbe wird vom Oberpräsidenten ernannt, welcher dabei zunächst auf geeignete Eingesessene des Umts Rücksicht zu nehmen hat. (Abgeändert durch W.Kr.O. § 27.)

Bu ber Stelle eines befoldeten Amtmanns soll, der Regel nach, keiner befinitiv ernannt werden, welcher sich nicht zu derselben bereits durch eine kommissarische Berwaltung des Amtes als tüchtig bewährt hat; eine solche kommissarische Berwaltung darf in der Regel die Dauer eines Jahres nicht überschreiten.

B.Ar.O. S. 27. Abs. 1. Die Stelle bes Umtmannes ift ein Chrenamt, welches einem angesehenen und vorzugsweise aus ben größeren Grundbesitern auszumählenden Umtseingeseffenen übertragen werden foll. Ein Amtmann mit Befoldung foll nur angeftellt werden, wenn ein geeigneter Ehrenamtmann nicht zu gewinnen ift, - Den Amtmann ernennt auf Grund ber Borschläge bes Kreisausschuffes. welche diefer nach Unhörung der Umtsversammlung zu machen hat, ber Oberpräfident. Falls ber Oberpräfibent ben sammtlichen Borichlagen bes Rreis= ausschusses keine Folge geben will, so bedarf es hierzu der Zustimmung des Provinzialrathes. Lehnt ber Provinzialrath die Zustimmung ab, so kann diefelbe auf den Untrag des Oberpräfidenten durch den Minifter bes Innern ergangt werben. Die tomBerwaltung bes Amts wird von bem enten angeordnet.

- . Ueber die Festsetzung der Besolbung weise der Dienstunkostenenentschädigung nner beziehungsweise der Chrenamtmänner der Kreisausschuß nach Anhörung versammlung. (3.G. §. 32 Rr. 4.)
- . In Betreff ber Beigeordneten finden Borschlag und Ernennung der Amtmänner Bestimmungen entsprechende Anwendung.

2. Amtibeamte.

.D. §. 73. Wegen der zum Dienste des rberlichen Unterbeamten und Diener und Amtseinnehmers finden die resp. Be1 der §§. 43 und 44 Anwendung. (Siehe und Diener der Gemeinden und Gemeindeseite 165 ff.)

Beamte der Zweckverbande.

(R.B.G. §§ 1-7, 18.)

Vorbemerfung.

rie Zwedverbände fehlt es an gesetzmmungen über die Anstellung besoldeter (Aus der Begründung des Kommunalbeamtenrreptags Kommentar S. 106.) Abgebruckt find die Bestimmungen über die Verwaltung der Zweckverbände.

- a) Landgemeindeordnung für die sieben öftlichen Bropinzen vom 3. Juli 1891. (G.S. S. 233.)
- b) Schleswig-Holfteinische Landgemeindeordnung vom 10. Juli 1892. (G.S. S. 154.)

§§ 128—138 wörtlich gleichlautend.

Bierter Titel.

Berbinbung nachbarlich belegener Gemeinben und felbfiänbiger Ontsbezirfe behufs gemeinfamer Bahrnehmung fommungler Angelegenheiten.

128. Landgemeinden und Gutsbezirke können mit nachbarlich belegenen Landgemeinden oder Guts-bezirken zur Wahrnehmung einzelner kommunaler Angelegenheiten nach Anhörung der betheiligten Gemeinden und Gutsbestiger durch Beschluß des Kreis-ausschusses verbunden werden.

129 Abs. 2. Es können biesen Berbänden auf ihren Antrag mit Königlicher Genehmigung die Rechte öffentlicher Körperschaften beigelegt werden.

131. Die nach Maßgabe des §. 128 gebilbeten Berbände sind berechtigt, die Ausführung der in ihrem gemeinsamen Interesse liegenden Maßnahmen und Beranstaltungen auf gemeinsame Kosten zu besichließen. Sie bilden in den Fällen, wo die Fürsorge für die öffentliche Armenpslege von ihnen übernommen oder ihnen auferlegt wird, Gesammtarmen-

verbände im Sinne bes §. 12 bes Gesetzes vom 8. März 1871 (Gesetz-Samml. S. 180). Auf bie bereits bestehenden Gesammtarmenverbände finden die Bestimmungen dieses Titels fortan sinngemäße Unwendung.

132. Das Statut muß enthalten:

1 - 4 2c

5. eine Bestimmung über die Wahl ober die sonstige Art der Berufung des Verbandsvorstehers, sowie über die Bertretung des Verbandes nach außen.

133 Abs. 1. Berbandsvorsteher können nur solche Personen sein, bei welchen die Boraussetzungen zur Uebernahme des Amts als Gemeindes oder Gutssvorsteher vorliegen.

134. Die Wahl des Verbandsvorstehers bedarf, wenn der Gewählte nicht zugleich Gemeinde-, Gutsoder Amtsvorsteher ist, der Bestätigung durch den Landrath unter sinngemäßer Anwendung der Bestimmungen des §. 84 dieses Gesehes.

Wird gegen die Gilltigkeit der Wahl eines Berbandsvorstehers, welcher nach der vorstehenden Bestimmung einer besonderen Bestätigung nicht bedarf, Einspruch erhoben, so entscheidet hierüber die Bersammlung der Verbandsmitglieder. Gegen den Beschluß findet die Klage im Verwaltungsstreitversfahren statt.

Bufat zu §. 134: §. 84. Die gemählten Ge-

meindevorsteher und Schöffen bebürfen ber Bestätigung burch ben Landrath.

Bor der Bestätigung ist der Amtsvorsteher (Distriktskommissarius) mit seinem Gutachten zu hören.

Die Bestätigung kann nur unter Zustimmung bes Kreisausschusses versagt werden. Dieser Zustimmung bedarf es auch dann, wenn der Wahl die Bestätigung wegen formaler Mängel des Berfahrens versagt wird.

Wird die Bestätigung versagt, so ist eine Keuwahl anzuordnen. Erhält auch diese die Bestätigung nicht, so ernennt der Landrath unter Zustimmung des Kreisausschusses einen Stellvertreter auf so lange, dis eine erneuerte Wahl die Bestätigung erlangt hat.

Dasselbe findet statt, wenn keine Wahl zu Stande kommt.

Die Bestimmungen bieses Paragraphen sinden auch auf andere gewählte Gemeindebeamte Anwendung, beren Wahl ber Bestätigung bebarf.

137 Abs. 1. Kommt ein Statut durch freie Bereinbarung der Betheiligten nicht zu Stande, so ist dasselbe nach Anhörung der letteren durch den Kreisausschuß festzusegen. Hierbei kommen folgende Grundjäge zur Anwendung:

Abs. 2. Der Berband wird in seinen Augelegens heiten durch den Berbandsausschuft und den Berbandsgeordneten, sonstige Magistratsmitglieder und ersforderlichenfalls durch andere von der Stadtversordnetenversammlung zu wählende Abgeordnete ersfolgt.

103. Die nach Maßgabe bes §. 100 gebilbeten Berbände sind berechtigt, die Aussührung der in ihrem gemeinsamen Interesse liegenden Maßnahmen und Beranstaltungen auf gemeinsame Kosten zu beschließen. Sie bilden in den Fällen, wo die Fürsorge für die öffentliche Armenpslege von ihnen übernommen oder ihnen auferlegt wird, Gesammtarmenverbände im Sinne des §. 12 des Geseges vom 8. März 1871 (Gesezsamml. S. 130). Auf die bereits bestehenden Gesammtarmenverbände sinden die Bestimmungen dieses Titels fortan sinngemäß Answendung.

Im Uebrigen werden die Rechtsverhältnisse der Berbande durch ein Statut geregelt, welches von den Betheiligten im Wege freier Vereinbarung festzuftellen ist und der Bestätigung des Kreisausschusses unterliegt.

104. Das Statut muß enthalten:

1-4 2c.

5. eine Bestimmung über die Wahl ober die sonstige Art der Berufung des Berbandsvorstehers, sowie über die Bertretung des Berbandes nach außen.

105. Berbandsvorsteher können nur folche Perfonen fein, bei welchen bie Boraussehungen gur Uebernahme bes Amtes als Bürgermeifter ober Gutsvorsteher vorliegen.

106. Die Wahl bes Verbandsvorstehers bedarf, wenn der Gewählte nicht zugleich Bürgermeister oder Gutsvorsteher ist, der Bestätigung durch den Landerath nach Maßgabe des §. 55.

Wird gegen die Gültigkeit der Wahl eines Berbandsvorstehers, welcher nach der vorstehenden Bestimmung einer besonderen Bestätigung nicht bedarf, Einspruch erhoben, so entscheidet hierüber die Bersammlung der Berbandsmitglieder. Gegen den Besschluß findet die Klage im Berwaltungsstreitversfahren statt.

- 109 Abs. 1. Kommt ein Statut burch freie Bereinbarung ber Betheiligten nicht zu Stande, so ist es nach Anhörung ber letteren burch ben Kreis-ausschuß festzuseten. Hierbei gelten folgende Grundsfäte:
- Abs. 2. Der Berband wird in seinen Angelegenheiten burch den Berbandsausschuß und den Berbandsvorsteher vertreten. Der letzere ist die aussührende Behörde.
- Abs. 3. Der Verbandsausschuß, welcher über alle Angelegenheiten des Verbandes zu beschließen hat, besteht aus Vertretern sämmtlicher zu dem Versbande gehörigen Gemeinden und Gutsbezirke. Jede Gemeinde und jeder Gutsbezirk ist wenigstens durch einen Abgeordneten zu vertreten.

Abf. 7. Die Berufung bes Verbandsvorstehers ift entweber in ber Beife zu regeln, daß ber Berbandsausschuß aus feiner Mitte ben Berbandsvorsteher und einen Stellvertreter für ihn auf die Dauer pon acht Jahren mahlt, ober in ber Beife, bag einer ber betheiligten Bürgermeifter und Butsvor= fteher ober beffen gefettlicher Bertreter zum Berbands= porfteber und ein anderes bestimmt zu bezeichnendes Mitglied bes Berbandsausschusses zum Stellvertreter für ihn von Umtswegen beftellt wird. Für bie Wahl des Berbandsvorftehers und feines Stell= pertreters gelten die Borichriften über die Bahl des Bürgermeifters (§§. 47ff.) mit ber Maggabe bin= fichtlich bes &. 48, bag ber Verbandsausschuf aus seiner Mitte einen Bahlvorfteber mahlt und von ber Bahl von zwei Beifigern Abstand nehmen fann.

VIII. Beamte der Amtsverbande.

(Deftliche Provinzen und Schleswig-Holftein.)

R.B.G. §§. 1-7, 18.

Beamte ber Amteverbande.

1. Alte Provingen.

Die einzige gesetliche Beftimmung über bie Unftellung besolbeter Beamten ber Umtsperbanbe

ist 69 Abs. 2 der Kreisordnung vom $\frac{13. Des. 1872}{19. Mäis 1881}$. (§ 60 Abs. 2 Sch.H.D.)

Roften ber Amteberwaltung.

- ÖKr.O. § 69 Abs. 1. Der Amtsvorsteher ist berechtigt, eine Amtsunkostenentschäbigung zu beanspruchen, welche nach Anhörung ber Betheiligten von bem Kreisausschusse als ein Pauschquantum festgesett mirb.
- Abf. 2. In gleicher Beife erfolgt bie Festsegung ber einem kommissarischen Umtsvorsteher zu gemährenden Remuneration.

Busat zu Ö.Kr.O. §. 69: §. 47. Behufs Berswaltung ber Polizei und Wahrnehmung anderer öffentlicher Angelegenheiten wird jeder Kreis, mit Ausschluß der Städte, in Amtsbezirke getheilt.

58. Ist nach der Erklärung des Kreistages für einen Amtsbezirk weder eine zum Amtsvorsteher geeignete Person zu ermitteln, noch die zeitweilige Wahrnehmung der Amtsverwaltung durch den Borssteher eines benachbarten Amtsbezirkes oder durch den Bürgermeister einer benachbarten Stadt thunlich, so bestellt der Oberpräsident auf Vorschlag des Kreisausschusses einen kommissarischen Amtsvorssteher.

Für die Uebernahme der Berwaltung eines benachbarten Amtsbezirkes durch einen Bürgermeister ist die Zustimmung der städtischen Bertretung ersorderlich. Sofern die Berhältnisse es gestatten, kann ein kommissarischer Amtsvorsteher mit der Berwaltung zweier oder mehrerer Amtsbezirke gleichzeitig beaufetragt werden.

71. In benjenigen Gemeinden und Gutsbezirken, welche einen Umtsverband für sich bilben, werden die Kosten der Amtsverwaltung gleich den übrigen Kommunalbedürfnissen aufgebracht.

Art. 4, Ar. 5 ber Ministerialinstruktion vom 18. Juni 1873

(M.Bl. d. J. S. S. 160),

betreffenb

Unftellung der kommiffarischen Umtsvorfteber.

Auf Grund ber von dem Kreistage bez. dem Kreisausschusse gemachten Borschläge vollzieht der Dberpräsident die Bestellung der kommissarischen Umtsvorsteher und fertigt für jeden derselben nach den unter B anliegenden Formularen eine besondere Bestallungsurkunde aus.

Was die Bestellung der kommissarischen Umtsvorsteher anbetrifft, so wird nach den in jedem Falle
obwaltenden Verhältnissen auf Vorschlag des Kreisausschusses zu bestimmen sein, ob dieselbe auf Künbigung, auf eine bestimmte Zeit oder auf Lebenszeit
zu erfolgen hat und ob in dem letzteren Falle, eventuell nach welchen Grundsätzen ein Unspruch auf
Bension zu gewähren ist. Ein solcher Pensions-

anspruch barf jedoch nur unter Zustimmung ber Betheiligten eingeräumt werben. (Bergl. §. 18 K.B.G. Seite 84.)

Die Bestallungsurkunden werden durch Bermittelung des Regierungspräsidenten dem Landrath zugesertigt, welcher dieselben dem Ernannten aushändigt und nach Maßgade der Berordnung vom 6. Mai 1867 (G.S. S. 715)*) deren Bereidigung vornimmt, sosen sie den in dieser Berordnung vorgeschriedenen Diensteid noch nicht geleistet haben.

Bugleich vermittelt der Landrath die Uebergabe der auf die Polizeiverwaltung der zu den einzelnen Umtsbezirken gehörigen Ortschaften bezüglichen Akten und Schriftsticke, soweit dieselbe für die Amtsverwaltung erforderlich ist.

Unlage B.

Bestallungs=Urkunbe

für den zu als kommissarischer Amt 8= vorsteher des Amtsbezirks im Kreise (Stempel 1,50 Mk.)**)

Auf Vorschlag bes Kreisausschusses bes Kreises wird der zu gemäß §. 58 der Kreissordnung vom 18. Dezember 1872 zum kommissarischen Amtsvorsteher des Amtsbezirks auf hiersdurch bestellt und ist zu diesem Behuse die gegens

^{*)} Siehe Seite 10.

^{**)} Stempelgeset vom 31. Juli 1895 Pos. 12 Abs.

wärtige Bestallungsurtunde unter Unterschrift und Siegel des Königl. Oberpräsidenten der Proving.... ausgesertigt worden.

..., den ..ten 19 .. (Siegel.) (Unterschrift.)

2. Proving Schleswig=Holftein.

Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holftein vom 26. Mai 1888.

(**G.S. S. 139.**)

Roften ber Amtsberwaltung.

60. Der Amtsvorfteher ift berechtigt, eine Amtsunkoftenentschäbigung zu beanspruchen, welche auf ben Antrag bes Landrathes, nach Anhörung der Betheiligten, von dem Kreisausschusse durch Beschluß als ein Pauschquantum festgesetzt wird.

In gleicher Beise erfolgt bie Festsegung ber einem kommissarischen Amtsvorsteher zu gewährenben Remuneration und ber bemselben etwa zu gewährenben Bension.

Instruktion bes Ministers bes Innern vom 19. Juni 1888 zur Ausstührung ber Bestimmungen ber Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holstein vom 28. Mai 1888 über die Bildung der Amtsbezirke, die Berufung der Amtsvorsteher und beren Stellvertreter, sowie die Bestellung kommissarischer Amtsvorsteher.

Art. 4 Mr. 5 im Wesentlichen gleichlautenb mit

Art. 4 Ar. 5 ber vorabgebruckten Ministerialinstruktion vom 18. Juni 1873 zu §. 69 Ar.D. vom 13. Dezember 1872. Nur ist statt §. 56 Abs. 4 dieser Ar.D. angeführt der gleichlautende §. 48 Abs. 4 Schl.-H. Ar.D. und der §. 49 Abs. 1 (Ernennung des Stellsvertreters des Amtsvorstehers gemäß §. 48 Abs. 4).

3m Uebrigen entspricht

§.		Ö.Ar.D.		33	S 6 1 H . A r.O.
§§.	56—58	"	den §§.		"
U	71	"	bem §.		,,
§.	8	"	dem §.	8	"

IX. Beamte der Stadtgemeinden.

A. Magiftratsmitglieber bezw. Bürgermeifter und Beigeordnete.

Auf dieselben finden nur die §§. 4—7, 14, 15 R.B.G. Unwendung.

(Brauchitsch, Berwaltungsgesetze. 14. Auslage. 1897. Bb. III S. 7 ff. und die Ergänzungsbände).

1. Städteordnung für die Provinzen Preugen,*)

^{*)} Jett in zwei Provinzen Ost- und Westpreußen getheitt. Geset vom 19. März 1877 (G.S. S. 107). Für Reudorpommern und Rügen ist ein besonderes Geset ergangen. (§. 1 Abs. 3 St.D. v. 30. Mai 1853.) Geset betreffend die städtischen Versassungen für Neuvorpommern und Rügen vom 31. Mai 1853 (G.S. S. 291).

Branbenburg, Pommern, Schlefien, Bofen und Sachfen vom 30. Mai 1853. (G.S. S. 261).

Titel III.

Bon ber Bufammenfetung und Bahl des Magiftrats.

29. Der Magistrat besteht aus dem Bürgermeister, einem Beigeordneten ober zweiten Bürgermeister als bessen Stellvertreter, einer Anzahl von Schöffen (Stadträthen, Rathsherren, Rathsmännern) und wo das Bedürfniß es ersordert, noch aus einem ober mehreren besoldeten Mitgliedern (Syndikus, Kämmerer, Schulrath, Baurath 2c.). Es gehören zum Magistrat in Stadtgemeinden von weniger als

2500 Einwohnern 2 Schöffen,

2500	bis	10000	Einwohnern :	"
10001	,,	30 000	, 6	,,
30 001	,,	60000	,, 8	,,
60001	"	100000	" 10	"

Bei mehr als 100000 Einwohnern treten für jebe weiteren 50000 Einwohner zwei Schöffen hinzu.

Wo die Zahl der Mitglieder des Magiftrats bisher eine andere gewesen ist, verbleibt es bei dieser Zahl, dis durch statutarische Anordnung, welcher überhaupt abweichende Festsetzungen über die Zahl der Magistratsmitglieder vorbehalten werden, eine Aenderung getroffen ist.

- 30. Mitglieder bes Magistrats können nicht sein:
- 1. diejenigen Beamten und die Mitglieder ber-

jenigen Behörden, durch welche die Aufficht bes Staats über die Städte ausgeübt wird (§. 76);1)

- 2. die Stadtverordneten, ingleichen Gemeinde-Unterbeamte und in Städten über 10 000 Seelen die Gemeinde-Ginnehmer (§. 56 Rr. 6); •)
- 3. Geiftliche, Kirchendiener und Lehrer an öffentslichen Schulen;
- 4. bie richterlichen Beamten, zu benen jedoch bie technischen Mitglieder ber Handelse, Gewerbeund ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind;
- 5. die Beamten der Staatsanwaltschaft;
- 6. die Polizeibeamten.

Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegerssohn, Brüber und Schwäger bürfen nicht zugleich Mitglieder des Magistrates sein.

Entsteht die Schwägerschaft im Laufe ber Wahl-

¹⁾ Jest Zuständigkeitägeset §. 7. Die Aufsicht des Staates über die Berwaltung der städtischen Gemeindeangelegenheiten wird in erster Instanz von dem Regierungspräsidenten, in höherer und lester Instanz von dem Oberpräsidenten geübt, unbeschadet der in den Gesehn geordneten Mitwirkung des Bezirksausschusses und des Provinzialerathes. Für die Stadt Berlin tritt an die Stelle des Regierungspräsidenten der Oberpräsident, an die Stelle des Oberpräsidenten der Winister des Innern.

²⁾ St.D. §. 56 Rr. 6. In Städten bis zu 10000 Einwohnern können die Geschäfte des Gemeinbeeinnehmers nach Bernehmung der Stadtverordnetenversammlung und mit Zustimmung des Bezirksausschusses dem Kämmerer übertragen werden.

periode, so scheibet dasjenige Mitglied aus, durch welches das hinderniß herbeigeführt worden ist.

Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersfohn, sowie Brüber, bürfen nicht zugleich Mitglieber bes Magistrats und der Stadtverordneten-Bersfammlung sein.

Personen, welche die in dem Gesetze vom 7. Februar 1835 (Gesetz-Sammlung Seite 18) bezeichneten Gewerbe betreiben, können nicht Bürgermeister sein.

Lettere Gewerbe find Gaft- und Schantwirthichaft.

31. Der Beigeordnete und die Schöffen (§. 29) werden auf sechs Jahre, der Bürgermeister und die übrigen besoldeten Magistrats-Mitglieder dagegen auf zwölf Jahre von der Stadtwerordneten-Berssammlung gewählt. Auch können Beigeordnete mit Besoldung angestellt werden, und erfolgt in diesem Falle deren Wahl gleichfalls auf zwölf Jahre.

Alle brei Jahre scheibet die Hälfte der Schöffen aus und wird durch neue Wahlen ersett. Die das erfte Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. Wegen der außergewöhnlichen Ersatwahlen kommt die Bestimmung §. 21 zur Anwendung.

Die Bahl bes Bürgermeifters und ber übrigen besolbeten Magistratsmitglieder kann auch auf Lebenszeit erfolgen. G. b. 25.2.56. (G. S. E. 129).

21. Die Bahlen zur regelmäßigen Erganzung

ber Stadtverordneten-Versammlung finden alle zwei Jahre im November statt. Bei dem zunächst vorhergehenden wöchentlichen Hauptgottesdienst ist auf die Wichtigkeit dieser Handlung hinzuweisen. Die Wahlen der dritten Abtheilung ersolgen zuerst, die der ersten zuletzt.

Außergewöhnliche Wahlen zum Ersate innerhalb ber Wahlperiode ausgeschiedener Mitglieder müssen angeordnet werden, wenn die Stadtverordneten-Bersammlung oder der Magistrat es für erforderlich erachten, oder wenn der Bezirksausschuß 'duß' dies beschließt. Der Ersatmann bleibt nur dis zum Ende derjenigen sechs Jahre in Thätigkeit, auf welche der Ausgeschiedene gewählt war.

Alle Ergänzungs- ober Ersatmahlen werben von benselben Abtheilungen und Wahlbezirken vorgenommen, von benen ber Ausgeschiebene gewählt war. Ist die Zahl der zu wählenden Stadtversordneten nicht durch drei theilbar, so ist, wenn nur einer übrig bleibt, dieser von der zweiten Abtheilung zu wählen. Bleiben zwei übrig, so wählt die erste Abtheilung den einen und die dritte Abtheilung den andern.

Der in bem §. 21 bestimmte Termin kann burch statutarische Anordnung abgeändert werben.

32. Für jedes zu mählende Mitglied des

^{1) 3.}G. §. 12 Nr. 2, in Berlin ber Oberprafibent. L.B.G. §. 43.

Magistrats wird besonders abgestimmt. Die Wahl ersolgt durch Stimmzettel. Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gesallen sind, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so sindet unter denjenigen zwei Personen, welche dei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Lans.

33. Die gemählten Bürgermeifter, Beigeordneten, Schöffen und befolbeten Magiftrats-Mitglieder bebürfen ber Beftätigung. Die Beftätigung fteht zu:

1. bem Könige hinsichtlich ber Bürgermeister und Beigeordneten in Städten von mehr als 10000 Einwohnern;

2. bem Regierung 8= Präfibenten1) hinsichtlich ber Bürgermeister und Beigeordneten in Städten, welche nicht über 10000 Einwohner haben, sowie hinsichtlich der Schöffen und der befoldeten Wagistratsmitglieber in allen Städten, ohne Unterschied ihrer Größe (3.G. §. 13, Abs. 1).

Die Bestätigung kann von bem Resgierungs=Bräsidenten nur unter Bustimmung bes Bezirksausschuffes') verssagt werben. Lehnt ber Bezirksausschuß bie Zustimmung ab, so kann bieselbe auf

ben Untrag bes Regierungs = Prafibenten burch den Minister des Innern ergänzt merben.

Wird bie Beftätigung von bem Regierungs=Bräsibenten unter Ruftimmung bes Bezirksausichuffes') verfagt, fo tann biefelbe auf Untrag bes Magiftrats ober ber Stadtverordneten=Berfammlung von bem Minifter bes Innern ertheilt merben. (R.G. § 13 Abf. 2, 3.)

Wird die Beftätigung endgültig verfagt, fo schreitet die Stadtverordneten-Versammlung zu einer neuen Bahl. Bird auch diese Bahl nicht bestätigt. fo ift ber Regierungs=Brafibent2) berechtigt, bie Stelle einstweilen auf Roften ber Stadt tom= miffarisch verwalten zu laffen.

· Daffelbe findet ftatt, wenn die Stadtverordneten bie Bahl verweigern, ober ben nach ber erften Bahl nicht Beftätigten wieder ermählen follten.

Die kommissarische Berwaltung bauert so lange, bis die Bahl der Stadtverordneten-Berfammlung, beren wiederholte Vornahme ihr jederzeit zufteht, bie Beftätigung des Königs, beziehungsweise bes Regierungs= Prafibenten 1) erlangt hat.

34. Die Mitglieber bes Magiftrats werben

¹⁾ In Berlin ber Oberpräfibent bezüglich ber Stadtrathe, ohne Mitwirkung des Bezirks-Ausschusses.

9) In Berlin der Oberpräfident.

zwanzigsten alljährlich um 1/60. (A.B.G. §. 14 Abs. 1.)

(Siehe Penfionsansprüche XIII, 1.)

Abs. 3 ersett burch K.B.G. §. 7 (Streitige Pen-fionsansprüche) Seite 74.

- 2. Gefet, betreffend bie Berfassung ber Stäbte in Reuvorpommern und Rügen, vom 31. Mai 1853 (G.S. S. 291.)
- 3. Fiir jede Stadt ift ein besonderer Stadtregeß festzustellen.
- 5. Bei biefen Stadtrezeffen find folgenbe Grundbeftimmungen festzuhalten:
- I. Für die Besetzung erledigter Bürgermeistersftellen behält es bei den darauf bezüglichen Bestimmungen des Patents vom 18. Februar 1811 sein Remenden.

Nach diesem Königlich Schwedischen Patente werden die Bürgermeister vom Könige auf Lebenszeit ernannt.

3. Städteordnung für die Provinz Weft= falen vom 19. März 1856. (G.S. S. 237.)

Titel III.

Bon ber Zusammensepung und Wahl bes Magiftrats.

29. Der Magistrat besteht aus bem Bürger= meister, einem Beigeordneten ober zweiten Bürger= meister als bessen Stellvertreter, einer Anzahl von

Schöffen (Stabträthen, Rathsherren, Rathsmännern) und, mo bas Bebürfnift es erforbert, noch aus einem ober mehreren besolbeten Mitgliebern (Synbitus, Rämmerer, Schulrath, Baurath 2c.). Es gehören zum Magiftrat in Stadtgemeinden von weniger als

2500 Einwohnern 2 Schöffen,

2501 bis 10000 10 001 .. 30 000

Bei mehr als 30 000 Einwohnern treten für jebe meiteren 20 000 Ginmohner zwei Schöffen bingu.

Wo die Bahl der Mitglieder des Magiftrats bisher eine andere gewesen ift, verbleibt es bei bieser Rahl, bis burch statutarische Anordnung, welcher überhaupt abweichende Festsetzungen über bie Rahl ber Magiftrats-Mitglieder porbehalten werden, eine Menberung getroffen ift.

- 30. Mitglieder bes Magiftrats tonnen nicht fein:
- 1. diejenigen Beamten und die Mitglieder berjenigen Behörden, durch welche bie Aufficht bes Staats über die Städte ausgeübt wird (3.G. §. 7).
- 3.8. §. 7. Die Aufficht bes Staates über bie Berwaltung ber ftabtischen Gemeindeangelegenheiten wird in erfter Inftang von bem Regierungsprafibenten, in boberer und letter Inftang von bem Oberprafibenten geubt, unbeschadet ber in ben Gesetzen geordneten Mitwirtung bes Begirtsausichuffes und bes Provingialrathes.

Beichwerden bei ben Auffichtsbehörben in ftabtifchen Gemeindeangelegenheiten find in allen Inftangen innerhalb

amei Bochen anaubringen.

zwanzigsten alljährlich um ½0. (K.B.G. §. 14 Abs. 1.)

(Siehe Benfionsansprüche XIII, 1.)

Abs. 3 ersett durch A.B.G. §. 7 (Streitige Penssionsansprüche) Seite 74.

- 2. Gefet, betreffend bie Berfaffung ber Stäbte in Neuvorpommern und Rügen, vom 31. Mai 1853 (G.S. S. 291.)
- 3. Für jebe Stabt ift ein besonderer Stadtregeß feftzustellen.
- 5. Bei diesen Stadtrezessen sind folgende Grundbestimmungen festzuhalten:
- I. Für die Besetzung erledigter Bürgermeistersstellen behält es bei den darauf bezüglichen Bestimmungen des Patents vom 18. Februar 1811 sein Bewenden.

Nach diesem Königlich Schwedischen Patente werden die Bürgermeister vom Könige auf Lebenszeit ernannt.

3. Städteordnung für die Proving Beft= falen vom 19. März 1856. (G.S. S. 237.)

Titel III.

Bon ber Bufammenfetung und Bahl bes Magiftrats.

29. Der Magiftrat befteht aus bem Bürger= meifter, einem Beigeordneten ober zweiten Bürger= meifter als beffen Stellvertreter, einer Anzahl von

Schöffen (Stadträthen, Rathsherren, Rathsmännern) und, mo bas Bedürfnik es erforbert, noch aus einem ober mehreren besolbeten Mitgliebern (Synbitus, Rämmerer, Schulrath, Baurath 2c.). Es gehören zum Magiftrat in Stadtgemeinden von weniger als

2500 Einwohnern 2 Schöffen,

2501 bis 10000 10001 .. 30000

Bei mehr als 30 000 Einwohnern treten für jede meiteren 20 000 Ginmohner zwei Schöffen hingu.

Wo die Rahl der Mitglieder des Magistrats bisher eine andere gewesen ift, verbleibt es bei biefer Bahl, bis burch ftatutarische Anordnung, welcher überhaupt abweichende Festsetzungen über bie Bahl ber Magiftrats=Mitglieder vorbehalten merben, eine Menberung getroffen ift.

- 30. Mitglieder bes Magiftrats tonnen nicht fein:
- 1. diejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, burch welche die Aufficht bes Staats über bie Städte ausgeübt wird (R.G. §. 7).
- 3.6. 8. 7. Die Aufficht bes Staates über die Berwaltung ber ftabtifchen Gemeindeangelegenheiten wird in erfter Inftang bon bem Regierungsprafibenten, in boberer und letter Inftang bon dem Oberprafidenten geubt, unbeschadet ber in ben Gefegen geordneten Mitwirfung bes Begirtsausichuffes und des Provingialrathes.

Beidwerben bei ben Auffichtsbehörben in ftabtifden Gemeindeangelegenheiten find in allen Inftangen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

- 2. die Stadtverordneten und die Gemeinde-Unterbeamten;
- 3. Geiftliche, Kirchendiener und Lehrer an öffentlichen Schulen;
- 4. die richterlichen Beamten, zu benen jedoch die technischen Mitglieder der Handels-, Gewerbe- und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind;
 - 5. bie Beamten ber Staatsanwaltschaft;
 - 6. die Polizeibeamten.

Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersfohn, Brüber und Schwäger bürfen nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein.

Entsteht eine Schwägerschaft im Laufe der Wahlperiode, so scheidet dasjenige Mitglied aus, durch welches das hinderniß herbeigeführt worden ist.

Bater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegers sohn, sowie Brüber bürfen nicht zugleich Mitglieber bes Magistrats und ber Stadtverordneten-Bersamms lung sein.

Personen, welche die in dem Gesetze vom 7. Februar 1835 (G.S. S. 18) bezeichneten Gewerbe betreiben, können nicht Bürgermeister sein. (Gastund Schankwirthe.)

31. Die Beigeordneten und die Schöffen (§. 29) werden auf sechs Jahre, der Bürgermeister und die übrigen besolbeten Magistratsmitglieder auf zwölf Jahre von den Stadtverordneten gewählt. Auch können Beigeordnete mit Besoldung angestellt werden,

und erfolgt in diesem Falle beren Wahl gleichfalls auf zwölf Jahre. Die Wahl des Bürgermeisters und der übrigen besoldeten Magistratsmitglieder kann auch auf Lebenszeit erfolgen. Alle drei Jahre schiebet die Hälfte der Schöffen aus und wird durch neue Wahlen ersett. Die das erstemal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden. Wegen der außergewöhnlichen Ersatzwahlen sindet die Bestimmung im §. 21 Anwendung.

21. Die Wahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordnetenversammlung finden alle zwei Jahre im November statt. Die Wahlen der dritten Abtheilung erfolgen zuerst, die der ersten zuletzt.

Außergewöhnliche Wahlen zum Ersage innerhalb ber Bahlperiode ausgeschiedener Mitglieder müssen angeordnet werden, wenn die Stadtverordnetenverssammlung oder der Magistrat oder der Bezirks ausschuß duß durch Beschluß (3.G. §. 12 Ar. 2) es für ersorderlich erachten. Der Ersagmann bleibt nur dis zum Ende derzenigen Wahlperiode in Thätigsteit, auf welche der Ausgeschiedene gewählt war.

Alle Ergänzungs- ober Ersatwahlen werden von benselben Abtheilungen und Wahlbezirken vorgenommen, von benen der Ausgeschiedene gewählt war. Ist die Zahl der zu wählenden Stadtverordneten nicht durch drei theilbar, so ist, wenn nur Einer übrig bleibt, dieser von der zweiten Abtheilung

zu mählen. Bleiben zwei übrig, so mählt die erste Abtheilung den Ginen und die dritte Abtheilung den Anderen.

- 32. Für jebes zu mählende Mitglied des Magistrats wird besonders abgestimmt. Die Wahl ersolgt durch Stimmzettel. Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so sindet unter denjenigen zwei Personen, welche bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt. Bei Stimmengleichsheit entscheidet das Loos.
- 33. Die gemählten Bürgermeifter, Beigeordneten, Schöffen und besolbeten Magiftrats-Mitglieber bebürfen ber Beftätigung. Die Beftätigung fteht au:
- 1. dem Könige hinsichtlich der Bürgermeister und Beigeordneten in Städten von mehr als 10 000 Einwohnern.
- 2. bem Regierungspräsidenten (3. G. §. 13 Abs. 1) hinsichtlich ber Bürgermeister und Beisgeordneten in Städten, welche nicht über 10 000 Ginswohner haben, sowie hinsichtlich der Schöffen und ber besoldeten Magistrats-Mitglieder in allen Städten, ohne Unterschied ihrer Größe.

Die Beftätigung tann von bem Re-

gierungspräsidenten nur unter Zustimsmung des Bezirksausschusses versagt werden. Lehnt der Bezirksausschuß die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf den Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Innernsergänzt werden.

Wird die Bestätigung von dem Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt, so kann dieselbe auf Antrag des Gemeindevorstandes oder der Gemeindevertretung von dem Minister des Innern ertheilt werden. (3.6. §. 13 Abs. 2, 3.)

Wird die Bestätigung versagt, so schreitet die Stadtverordneten-Bersammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so ist der Regierungspräsident berechtigt, die Stelle einste weilen auf Kosten der Stadt kommissarisch verwalten zu lassen.

Dasselbe findet statt, wenn die Stadtverordneten die Wahl verweigern, oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder erwählen sollten.

Die kommissarische Berwaltung dauert so lange, bis die Bahl der Stadtverordneten=Bersammlung, beren wiederholte Vornahme ihr jeder Zeit zusteht, die Bestätigung des Königs, beziehungsweise des Regierungspräsidenten erlangt hat.

34. Die Mitglieder bes Magiftrats werben vor

zu mählen. Bleiben zwei übrig, so mählt die erste Abtheilung den Einen und die dritte Abtheilung den Anderen.

- 32. Für jedes zu mählende Mitglied bes Magistrats wird besonders abgestimmt. Die Wahl ersolgt durch Stimmzettel. Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gefallen sind, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so sindet unter denjenigen zwei Personen, welche bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt. Bei Stimmengleichsheit entscheidet das Loos.
- 33. Die gemählten Bürgermeifter, Beigeordneten, Schöffen und befolbeten Magiftrats-Mitglieder bebürfen ber Beftätigung. Die Beftätigung fteht au:
- 1. dem Könige hinsichtlich der Bürgermeister und Beigeordneten in Städten von mehr als 10 000 Einwohnern.
- 2. bem Regierungspräsidenten (8.G. §. 13 Abs. 1) hinsichtlich ber Bürgermeister und Beisgeordneten in Städten, welche nicht über 10 000 Einswohner haben, sowie hinsichtlich ber Schöffen und ber besoldeten Magistrats-Witglieder in allen Städten, ohne Unterschied ihrer Größe.

Die Beftätigung tann von bem Re-

gierungspräsidenten nur unter Zustimsmung bes Bezirksausschusses versagt werden. Lehnt ber Bezirksausschuß bie Zustimmung ab, so kann bieselbe auf ben Antrag des Regierungspräsidenten burch ben Minister des Innern ergänzt werden.

Wird bie Bestätigung von bem Resgierungspräsidenten unter Zustimmung bes Bezirksausschusses versagt, so kann bieselbe auf Antrag bes Gemeindevorstandes ober der Gemeindevertretung von bem Minister bes Innern ertheilt werden. (3.6. §. 13 Abs. 2, 3.)

Wird die Bestätigung versagt, so schreitet die Stadtverordneten=Bersammlung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so ist der Regierungspräsident berechtigt, die Stelle einstewellen auf Kosten der Stadt kommissarisch verwalten zu lassen.

Daffelbe findet statt, wenn die Stadtverordneten die Wahl verweigern, ober den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder erwählen sollten.

Die kommissarische Verwaltung dauert so lange, bis die Wahl der Stadtverordneten-Versammlung, deren wiederholte Vornahme ihr jeder Zeit zusteht, die Bestätigung des Königs, beziehungsweise des Regierungspräsidenten erlangt hat.

34. Die Mitglieber bes Magiftrats werben vor

ihrem Amtkantritt durch den Bürgermeister in öffentlicher Sigung der Stadtverordneten-Bersammlung in Sid und Pflicht genommen; der Bürgermeister wird vom Regierungspräsidenten oder einem von diesem zu ernennenden Kommissar in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Versammlung vereidet.

Titel VI.

Bon ben Gehältern und Penfionen.

64. Der Normaletat aller Besoldungen wird von dem Magistrat entworfen und von den Stadtverordneten festgesett.

Ist ein Normal-Besoldungsetat überhaupt nicht, oder nur für einzelne Theile der Berwaltung fest= gestellt, so werden die in solcher Weise nicht vor= gesehenen Besoldungen vor der Wahl sestgesett.

Hinsichtlich ber Bürgermeister und ber besolbeten Magistrats-Mitglieder unterliegt die Festseung der Besoldungen in allen Fällen der Genehmigung des Bezirksausschufses. (8.G. §. 16 Abs. 3.) Der Regierungspräsident ist ebenso besugt als verspslichtet zu verlangen, daß ihnen die zu einer zwecksmäßigen Verwaltung angemessenn Besoldungsbeträge bewilligt werden.

Den Beigeordneten, sofern ihnen nicht eine Besolbung besonders beigelegt ift (§. 31), können mit Genehmigung des Bezirksausschufses feste Entschäbigungsbeträge bewilligt werden. Schöffen und Stadtverordnete erhalten weder Gehalt noch Remuneration und ift nur die Bergütung der baaren Auslagen zuläffig, welche für fie aus der Ausrichtung von Aufträgen entstehen.

65. Den nicht auf Lebenszeit angestellten Bürgermeistern und ben besoldeten Mitgliedern bes Magistrats sind, sosern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses (3.G. §. 16 Abs. 3) eine Bereindarung wegen der Pension gestroffen ist, bei eintretender Dienstunsähigkeit, oder wenn sie nach abgelausener Wahlperiode nicht wieder gewählt werden, folgende Pensionen zu gewähren:

ein Biertel bes Gehalts nach fechsjähriger Dienstzeit,

bie hälfte bes Gehalts nach zwölfjähriger Dienstzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierundz zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um 1/80. (K.B.G. §. 14.)

(Siehe Benfionsansprüche XIII, 1).

Abs. 3 ersett burch K.B.G. §. 7 (Streitige Pensionsansprüche) Seite 74.

4. Stäbteordnung für die Rheinprovinz vom 15. Mai 1856. (G.S. S. 406.)

Titel III.

Bon ber Bahl bes Bürgermeifters und ber Beigeordneten (Magiftratsperfonen).

- 28. Neben dem Bürgermeister sind zwei, oder wo es das Bedürsniß ersordert mehrere Beigeordnete zu wählen. Die Beigeordneten sind bestimmt, einzelne Umtsgeschäfte, welche der Bürgermeister ihnen austrägt, zu besorgen, und diesen in Berhinderungssällen und während der Erledigung des Amts nach der mit Genehmigung des Regierungspräsidenten von der Stadtverordnetenversammlung sestzusesenden Reihenfolge zu vertreten. (L.B.G. §. 18, 3.G. §. 7.)
- 29. Magistratspersonen (Bürgermeister und Beigeordnete) können nicht sein:
- 1. biejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staats liber die Städte ausgeübt wird. (3.G. §. 7); ')
 - 2. die Gemeinde-Unterbeamten:
- 3. Geistliche, Kirchendiener und Lehrer an öffentlichen Schulen:
- 4. die richterlichen Beamten, zu benen jedoch die Mitglieder der Handelsgerichte und der Gewerbegerichte hier nicht zu rechnen find;

^{1) 3.}G. §. 7 ift abgebruckt Seite 241 als Zusatz zu. 30 ber W.St.D.

- 5. die Beamten ber Staatsanwaltschaft;
- 6. die Polizeibeamten.

Bater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Brüber und Schwäger, bürfen nicht zugleich Magiftratspersonen sein.

Entsteht die Schwägerschaft im Laufe der Wahlsperiode, so scheidet daßjenige Mitglied aus, durchwelches das Hinderniß herbeigeführt worden ist.

Bater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegers sohn, sowie Brüber dürfen nicht zugleich Magistratspersonen und Mitglieder der Stadtverordneten-Berssammlung sein.

Personen, welche die in dem Gesetze vom 7. Februar 1885 (G.S. S. 18) bezeichneten Gewerbe') betreiben, können nicht Bürgermeister sein.

30. Der Bürgermeister wird auf zwölf Jahre, die Beigeordneten bagegen werden auf sechs Jahre von der Stadtverordneten-Bersammlung gewählt. Auch können Beigeordnete durch Beschluß der Stadtverordneten-Versammlung mit Besoldung angestellt werden. Ihre Wahl erfolgt in diesem Falle auf zwölf Jahre.

Die Bahl bes Bürgermeifters und ber besolbeten Beigeordneten kann auch auf Lebenszeit erfolgen.

31. Für jebe zu mählenbe Magiftratsperson wird besonders abgestimmt; die Wahl erfolgt durch

¹⁾ Kleinhandel mit Getranten, sowie Gast- und Schantwirthicaft.

Stimmzettel. Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gesallen sind, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmensmehrheit nicht erreicht, so sindet unter denjenigen zwei Personen, welche bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheide das Loos.

- 32. Die gewählten Bürgermeifter und Beisgeordneten bedürfen der Bestätigung. Die Bestätigung steht zu:
 - 1. bem Könige in Städten von mehr als 10 000 Ginwohnern;
 - 2. bem Regierung spräsibenten in Stäbten, welche nicht über 10 000 Einwohner haben. (3. G. §. 13 Abs. 1.)

Die Bestätigung kann vom Regierungspräsidenten nur unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt werden. Lehnt der Bezirksausschuß die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf den Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden. (3.G. §. 13 Abs. 2.)

Wird die Bestätigung von dem Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt, so kann dieibe auf Antrag des Bürgermeisters, beziehungsweise bessen Bertreters ober ber Stabtverordneten=Bersammlung von bem Minister bes Innern ertheilt werben. (3.G. §. 13 Wh. 3.)

Wird die Bestätigung versagt, so schreitet die Stadtverordneten-Bersammlung zu einer neuen Bahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so steht dem Könige, beziehungsweise dem Regierungspräsis denten die Ernennung auf höchstens zwölf Jahre zu.

Daffelbe findet statt, wenn die Stadtverordneten die Wahl verweigern oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder erwählen sollten.

33. Die Beigeordneten werden vor ihrem Umtsantritte durch den Bürgermeister in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Bersammlung in Sid und Pflicht genommen; der Bürgermeister wird vom Regierungspräsidenten oder einem von diesem zu ernennenden Kommissar in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Bersammlung vereidet.

Titel VI.

Bon ben Gehältern und Benfionen.

58. Der Normaletat aller Besolbungen wird von dem Bürgermeister entworfen und von der Stadtverordneten-Bersammlung festgesetzt.

Ift ein Normal-Besolbungsetat überhaupt nicht, ober nur für einzelne Theile ber Verwaltung festgestellt, so werden die in solcher Weise nicht vorgesehenen Besoldungen vor der Wahl festgesetzt.

Hinschtlich ber Bürgermeister und ber besolbeten Beigeordneten unterliegt die Festsetung der Besolbungen in allen Fällen der Genehmigung des Bezirksausschuffes (3.G. §. 16 Abs. 3). Der Regierungspräsident (3.G. §. 7 Abs. 1) ist ebenso befugt als verpflichtet, zu verlangen, daß ihnen die zu einer zweckmäßigen Berwaltung angemessenen Besolbungs-Beträge bewilligt werden.

Den Beigeordneten, sofern ihnen nicht eine Befoldung besonders beigelegt ift (§. 30), können mit Genehmigung bes Bezirksausschuffes feste Entschädigungs-Beträge bewilligt werden.

Stadtverordnete erhalten weber Gehalt noch Remuneration, und ist nur die Bergütung der baaren Auslagen zulässig, welche für sie aus der Ausrichtung von Austrägen entstehen.

59. Den nicht auf Lebenszeit angestellten Bürgermeistern und besolbeten Beigeordneten sind, sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksaussichusses) eine Bereinbarung wegen der Pension getroffen ist, bei eintretender Dienstunfähigkeit, oder wenn sie nach abgelaufener Dienstperiode nicht wieder bestellt werden, solgende Pensionen zu gewähren:

^{*) 3.65. §. 16 206}f. 3.

ein Biertel bes Gehalts nach fechsjähriger Dienstzeit,

bie Hälfte bes Gehalts nach zwölfjähriger

Dienstzeit. Die Benfion fteigt vom vollenbeten

Die Penfion steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierundz zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um 1/00. (K.B.G. §. 14 Abs. 1.)

(Siehe Penfionsansprüche XIII, 1.)

Abs. 3 ersett burch A.B.G. §. 7 (Streitige Penstionsansprüche) Seite 74.

5. Hannoversche revidirte Städteordnung vom 24. Juni 1858.

(Hannov. G.=S. S. 141.)

III. Bon ber Obrigfeit ber Stabt.

1. Ginrichtung und Bahl bes Magiftrats.

38. Der Magistrat ift Berwalter ber Gemeindeangelegenheiten und zugleich Organ ber Staatsgewalt.

Landesverfassungsgeset vom 6. August 1840. (Hannob. G.-S. S. 141.)

58. In der Fassung des §. 5 der Berordnung vom 1. August 1855 (Hannov. G.=S. S. 165.)

Die städtischen Obrigkeiten und beren Mitglieber . . . find zur Berwaltung ber Gemeinbesachen, sowie zur Besorgung ber ihnen burch Gesetz, Bersfassung ober Herkommen ober von den höheren Beshörden übertragenen Landesangelegenheiten in ihrer Gemeinde verpflichtet. In Fällen, wo ein Gemeindebeamter die Erfüllung dieser Berpflichtungen versmöge seiner Eigenschaft ablehnen zu können versmeint, entscheidet hierüber die Aufsichtsbehörde.

- H.St.-D §. 39. Der Magiftrat bilbet ein Kollegium und besteht aus einem Bürgermeister, zwei ober mehreren Senatoren und aus etwa durch das Ortsstatut zu bestimmenden sonstigen Mitgliedern.
- 40. Ein Theil ber Senatoren muß der Klasse ber Handel- und Gewerbetreibenden angehören ober angehört haben.

Ausnahmen können durch das Ortsstatut fest= gestellt werden.

Einer ber Senatoren ift als regelmäßiger Stells vertreter bes Bürgermeisters zu bezeichnen.

In ben Städten, in welchen eins ober mehrere rechtskundige Magistratsmitglieder für die Verwaltung erforderlich sind, wird einem berselben unter bem Titel eines Syndisus biese Vertretung übertragen.

43. Der Bürgermeister, ber Synditus und biejenigen Senatoren in den größeren Städten, welche nach dem Ortsstatute rechtstundig sein mussen, werden besolbet.

Das Amt ber übrigen Senatoren ist ein Ehren-2mt und ber damit nach Bestimmung der Ortsstatuten etwa zu verbindende Gehalt nur als Entsichädigung anzusehen. Wegen der Berpflichtung zur Annahme dieses Amtes gelten die Bestimmungen des §. 31. Jedoch sind diese Senatoren berechtigt, nach sechsjähriger Dienstzeit das Amt niederzulegen und eine Wiederwahl abzulehnen.

- 31. Jeber Bürger ift verbunden, ftädtische Ehrenämter, wozu er durch Bahl berufen wird, zu übernehmen. Ausgenommen sind:
 - 1 fonigliche Civil- und Sofdiener,
 - 2. Militärperfonen im Dienfte,
 - 3. Geiftliche und Schullehrer,
 - 4. Merzte, Bundarzte und Apothefer,
 - 5. Bürger über 60 Jahre alt, und
 - 6. Personen, welche burch Gebrechlichkeit ober anshaltende Krankheit verhindert find.

Bürger, welche nach Annahme der Wahl in eins der unter 1—3 erwähnten Dienstverhältnisse treten, sind zur Riederlegung des Amtes verpflichtet, jedoch wieder wählbar.

Die unter 4—6 benannten Personen sind, wenn bie zur Ablehnung der Wahl berechtigenden Gründe nach deren Annahme eintreten, zur Riederlegung des Amtes berechtigt.

44. Die Mitglieder des Magistrats werden auf Lebenszeit gewählt. Jedoch können bieselben auch wider ihren Willen nach Ablauf von je 12 Jahren nach der Wahl auf Antrag des Mas ohne außer Verfolgung gefett ober völlig freigesprochen zu sein.

50. Der Eintritt in den Magistrat wird durch Berwandtschaft oder Berschwägerung in den beiden ersten Graden nach zivilrechtlicher Berechnung geshindert.

Sind dergleichen Verwandte oder Verschwägerte zugleich gewählt, so ist derjenige allein zuzulassen, welcher die meisten Stimmen hat. Bei gleicher Stimmenzahl entscheidet das Loos. Gine nach Uebersnahme der Stelle eingetretene Verschwägerung schließt jedoch nicht aus.

B.G.B. §. 1589. (Berwandtschaft.) Personen, deren eine von der anderen abstammt, sind in gerader Linie verwandt. Personen, die nicht in gerader Linie verwandt sind, aber von derselben dritten Person abstammen, sind in der Seitenlinie verwandt. Der Grad der Berwandtschaft bestimmt sich nach der Zahl der sie vermittelnden Geburten.

Ein uneheliches Kind und beffen Bater gelten nicht als verwandt.

B.G.B. §. 1590. (Schwägerschaft.) Die Verwandten bes einen Ghegatten sind mit dem anderen Ghegatten verschwägert. Die Linie und der Grad der Schwägerschaft bestimmen sich nach der Linie und dem Grade der sie vermittelnden Verwandtschaft. Die Schwägerschaft dauert fort, auch wenn die Ehe, durch die sie begründet wurde, aufgelöst wurde.

- H.St.O. §. 51. Die Wiederbesetzung der Stellen im Magistrate, geschieht durch Wahl Gin Aufrüden aus einer Stelle in eine höhere findet nicht statt.
- 53. Abs. 1. Die Magistratsmitglieder werden von den vorhandenen Magistratspersonen und einer gleichen Anzahl Bürgervorsteher in vereinigter Bersammlung durch absolute Stimmenmehrheit erwählt. Die zur Theilnahme an der Wahl zu berusenden Bürgervorsteher sind durch das Bürgervorsteher-Kollegium zu erwählen. Wenn jedoch hiernach das Wahlfollegium aus vier oder weniger Mitgliedern bestehen sollte, so ist dasselbe durch den Magistrat bezw. durch die Bürgervorsteher zu gleichen Theilen aus den Bürgervorstehern auf die Zahl von sechs zu ergänzen.
- Abs. 2. Durch das Ortsstatut kann jedoch bestimmt werden, daß die Wahl von dem Magistrate und sämmtlichen Bürgervorstehern in getrennter Berssammlung geschehen soll. Erfolgt in diesem Falle eine Uebereinstimmung der Beschlüsse beider Kollegien nicht und wird selbige auch bei wiederholter Abstimmung nicht erreicht, so sind beide Gewählte dem Regierungspräsidenten zu präsentiren.

Ein Mitglied des Magistrats leitet das Wahlgeschäft, wozu ihm zwei Gehülsen durch Wahl der Bersammlung beigegeben werden. Die Stimmabgabe kann burch mündliche Abftimmung zu Protokoll ober burch verschlossene Stimmzettel, nach Entschließung jedes Wählenden, geschehen.

Ergiebt sich nicht sogleich eine absolute Mehrheit, so ift die Wahl in der Art zu wiederholen, daß nur die bei der vorhergehenden Abstimmung Benannten serner mählbar bleiben und von diesen derjenige ausscheidet, auf welchen die geringste Stimmenzahl gefallen ist. Sind deren mehrere, so bestimmt das Loos den Ausscheidenden.

Wird auf diese Weise, auch nach Biederholung ber Bahl, eine absolute Mehrheit nicht erreicht, so werden die beiden letzten Gewählten zur Auswahl bem Regierungspräsidenten angezeigt.

Bu §. 53 Abs. 1.

Bekanntmachung des Hannoverschen Ministeriums des Innern vom 28. August 1859 (Nr. 987).

1. Die Aufforderung zur Bahl der mitwählenben Bürgervorsteher (Borwahl) ergeht vom Magistrate an das Bürgervorsteher-Kollegium. Dabei ist unter Mittheilung des für die Bahl des oder der betreffenben Magistratsmitglieder (Hauptwahl) angesetzen Termines eine Frist zu bestimmen, dis zu welcher die Vorwahl vorgenommen und dem Magistrate angezeigt sein muß.

Diese Frift ift mit Rücksicht baraus zu bestimmen, bag einerseits bem Magistrate eine ausreichenbe Beit zur Prüfung der Gültigkeit der Borwahlhandlung und zur Ladung der ernannten Bürgervorsteher zur Hauptwahl bleibt, andererseits aber die Borwahl und die Hauptwahl durch eine größere Zwischenzeit, als für diesen Zweck ersorderlich, nicht getrennt wird.

2. Die Leitung der Borwahl liegt dem Wortsführer, die Protokollführung dem Schriftsührer des

Bürgervorfteher=Rollegiums ob.

Der Wortführer hat den Borwahltermin tunershalb der gesetzten Frist, unter Beachtung der am Schlusse des vorigen Paragraphen erwähnten Küdssicht anzuberaumen. Das Vorwahlprotokoll ist dem Magistrate ungefäumt einzureichen.

3. Die Vorwahl selbst geschieht nach folgenden

Beftimmungen:

a) die Borschrift des §. 102 der roidirten Städteordnung findet auch auf diese Wahlen Anwendung;

S.St.O. §. 102. Gültige Beschlüffe können von ben Bürgervorstehern nur bann gesaßt werben, wenn bieselben sämmtlich eingelaben und mehr als bie Hälfte anwesend sind.

Eine geringere Anzahl genügt ausnahmsweise zur Beschlußnahme, wenn die Bürgervorsteher nach einmaliger erfolglos gebliebener Berufung durch den Magistrat zum zweiten Male zur Verhandlung über benselben Gegenstand zusammengerusen, dennoch nicht in genügender Anzahl erschienen sind. Bleiben in solchem Falle alle aus, so ift das Bürgervorstehers Kollegium für diesmal des Rechts der Mitwirkung in der betreffenden Angelegenheit verlustig.

Bei ber zweiten Zusammenberufung muß auf biese Bestimmung hingewiesen werben.

- b) die Stimmabgabe kann durch mündliche Abftimmung zu Protokoll oder durch verschlossene Stimmzettel nach Entschließung jedes einzelnen Wählenden geschehen;
- c) die einzelnen Wahlmänner find nacheinander in getrennter Abstimmung zu erwählen;
- d) zur Gültigkeit ber Bahl ift für jeben ber zu Bählenben absolute Mehrheit ber abgegebenen Stimmen erforberlich;
- e) ergiebt sich nicht sogleich eine absolute Stimmenmehrheit, so ist die Wahl in der Art zu wiedersholen, daß nur die bei der vorhergehenden Abstimmung Benannten ferner wählbar bleiben und von diesen derjenige ausscheidet, auf welchen die geringste Stimmenzahl gefallen ist. Sind beren Mehrere, so bestimmt das Loos den Ausscheidenden. Die Wahl ist in dieser Weise so oft zu wiederholen, die sich für einen der Gewählten Stimmenmehrheit entscheidet. Sollten sich die Stimmen auf zwei Gewählte vertheilen, so bestimmt das Loos.
- 4. Bird nach Borfchrift des dritten Sages des §. 53 ber revidirten Städteordnung eine Erganzung

bes Wahl-Kollegiums bis auf die Zahl sechs erforderlich, so hat der Magistrat den, bezw. die von ihm und zwar ebenfalls mit absoluter Stimmenmehrheit zu erwählenden Bürgervorsteher vorad zu erwählen und die Namen der Erwählten dem Bürgervorsteher-Kollegium gleichzeitig mit der Aussorberung zur Wahl der bestimmt anzugebenden Anzahl von Wahlmännern mitzutheisen.

- 5. Sind gleichzeitig mehrere der Magistratsstellen, oder der im §. 56 der revidirten Städteordnung genannten Dienststellen erledigt, so hängt es von dem Borbeschlusse des Bürgervorsteher-Kollegiums ab, od dasselbe zu jenen mehreren Hauptwahlen diesselben, durch eine Borwahl, unter Beachtung jedoch der Litt. C. des §. 3 dieser Verstügung zu erwählenden Wahlmänner abordnen, oder für jede Hauptwahl besondere Wahlmänner wählen will.
- 6. Daffelbe gilt von den im §. 4 erwähnten Ergänzungswahlen.

Auch der Magistrat kann bei denselben durch einen Borbeschluß darüber bestimmen, ob zu den mehreren Hauptwahlen dieselben Wahlmänner absgeordnet, oder ob für jede Hauptwahl besondere Wahlmänner gewählt werden sollen.

7. Wird der Wahl eines Magistratsmitgliedes die Bestätigung versagt, so ist behuf der Neuwahl ein neues Wahl-Kollegium zu bilden.

Zu H.St.D. §. 53 Abs. 2.

Bekanntmachung des hann. Ministeriums des Innern vom 13. Dezember 1860.

1. Sobald die Stelle eines Magiftratsmitgliedes zu besetzen ist, hat der Magistrat das Bürgervorsteher-Kollegium zur Vornahme der Wahl aufzusordern.

In dieser Aufforderung ist die Frist zu beftimmen, innerhalb welcher die Wahl vorgenommen und dem Magistrate neben Vorlegung der Wahlprotokolle angezeigt sein muß.

2. Der Magistrat hat innerhalb der dem Bürgervorsteher-Kollegium für die Vornahme und Anzeige der Wahl bestimmten Frist auch seinerseits ebenfalls zur Wahl zu schreiten.

3. Ist die Wahl der beiden städtischen Kollegien eine verschiedene, so hat der Magistrat das Bürger-vorsteher-Kollegium zu einer Wiederholung der Wahl innerhalb einer bestimmten Frist zu veranlassen und auch seinerseits die dahin ebenfalls die Wahl zu wiederholen.

4. Wird auch bei dieser Wiederholung der Wahl, worüber dem Magistrate Seitens des Bürgervorsteher-Kollegiums die Wahlprotokolle gleichfalls vollständig vorzulegen sind, ein übereinstimmendes Ergebniß nicht erreicht, so sind beide Gewählte dem Regierungspräsidenten zu präsentiren.

5. Die Wahl felbst geschieht sowohl im Magi-

strate, wie im Bürgervorsteher-Kollegium und zwar bei der ersten, wie betreffenden Falls bei der zweiten Wahlhandlung nach folgenden Grundsätzen:

a) Im Magistrate lettet der Bürgermeister, bei bessen Behinderung der durch das Ortsstatut bestimmte Stellvertreter desselben, im Bürgersvorsteher-Kollegium der Wortführer (eventuell dessen Stellvertreter) das Wahlgeschäft;

Die Protokollführung im Bürgervorsteherskollegium liegt bem Schriftführer ob.

- b) bie Stimmabgabe kann durch mündliche Abftimmung zu Protokoll ober durch verschloffene Stimmzettel nach Entschließung jedes einzelnen Wählenden geschehen;
- c) zur Gültigkeit ber Wahl ift für ben zu Wählenben absolute Wehrheit ber abgegebenen Stimmen erforberlich;
- d) ergiebt sich nicht bei ber ersten Abstimmung eine absolute Stimmenmehrheit, so ist die Wahl in der Art zu wiederholen, daß nur die, auf welche bei der vorhergehenden Abstimmung Stimmen gefallen sind, bei der daraufsolgenden Abstimmung wählbar bleiben, und daß von diesen derzenige jedes Mal ausscheibet, auf welchen die geringste Stimmenzahl gefallen ist. Sind deren Mehrere, so bestimmt das Loos den Ausscheidenden. Die Wahl ist in dem betressenden Wahlkollegium in dieser Weise so oft zu

wieberholen, bis sich für einen der Gewählten entweber absolute Stimmenmehrheit entscheitet, ober die abgegebenen Stimmen auf zwei Gewählte vertheilen, in welchem letzern Falle das Loos entscheibet.

H.St.O. §. 54. Zur Stelle eines Magistratsmitgliedes wird immer nur Eine Person gewählt (vergl. jedoch §. 53 Abs. 2 und 6) und durch den Magistrat dem Regierungspräsidenten zur Bestätigung präsentirt.

> Allerh. Erlaß vom 8 Mai 1867. (G.S. S. 728.)

Die Bürgermeifter und beren regelmäßige Stell= vertreter in Städten von mehr als 10 000 Gin= wohnern bedürfen ber Königlichen Beftätigung.

Landesverfassungsgesetz vom 6. August 1840. (Hannov. G.S. S. 141.)

59 Abs. 3. (In der Fassung des §. 6 der Bersordnung vom 1. August 1855. (Hannob. G.S. S. 165.)

Die höhere Bestätigung ist nur bei den Wahlen der stimmführenden Mitglieder des Magistrats ers forderlich.

3.G. §. 13. Soweit die Bestätigung der Bahlen von Gemeindebeamten nach Maßgabe der Gemeindeversassen zusteht, ersfolgt dieselbe durch den Regierungspräsidenten.

Die Bestätigung tann nur unter Buftimmung

bes Bezirksausschusses versagt werden. Lehnt ber Bezirksausschuß die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf den Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wird die Bestätigung vom Regierungspräsibenten unter Zustimmung des Bezirksausschusses versagt, so tann dieselbe auf Antrag des Gemeindevorstandes oder der Gemeindevertretung von dem Minister des Innern ertheilt werden.

H.St.O. §. 55. Wird bie Bestätigung verweigert, so ist eine neue Wahl vorzunehmen. Ist in demselben Falle zweimal die Bestätigung der gewählten Person versagt oder wird die Wahl verweigert, so hat der Winister des Innern für provisorische Versehung des Dienstes dis dahin, daß die Stadt eine geeignete Wahl wird getrossen haben, auf Kosten der Stadt zu sorgen.

58. Die Magiftratsmitglieber sinb bei ber Einführung in ihr Umt dahin zu verpflichten, daß sie
das ihnen anvertraute Umt nach den Gesetzen und
ber Stadtverfassung getreulich versehen, die vermöge
des Dienstes zu ihrer Kenntniß gelangenden, Geheimhaltung erfordernden Angelegenheiten Riemanden,
als dem es zu wissen gebührt, offenbaren, auch nach
Kräften und ohne alle Rebenrücksichten das Wohl
ber Stadt, sowie auch bei den von ihnen zu besorgenden Regierungsangelegenheiten das Wohl des
Staates befördern wollen.

Im Falle der Wiedererwählung eines Magiftratsmitgliedes zu dem bis zur Wahl von ihm bekleideten Umte bedarf es nur der Berweisung auf den früher geleisteten Eid.

Außerbem haben die Magistratsmitglieder als mittelbare Staatsbeamte den allgemeinen Staatsdienereid zu leisten. (Siehe unter Nr. 2 Allgemeine Bedingungen der Anstellung —- Diensteid. Seite 10.)

- 65. Die Zuordnung eines Hülfsarbeiters ftatt ber Bersetzung in den Ruhestand kann jedoch nur unter Zustimmung der Bürgervorsteher verfügt merben.
- 70. Entlassung der Magistratsmitglieder auf deren Ansuchen (§§. 175 und 176 des Landesversfassungsgesess, bezw. § 43 dieses Gesehes) ertheilt der Magistrat nach Anhörung der Bürgervorsteher.

Landesverfassungsgesetz vom 6. August 1840.

(Hannov. G.S. S. 141.)

- 175. Diejenigen Königlichen Diener, welche wegen Altersschwäche ober anderer körperlichen ober geistigen Gebrechen ihrer Dienstpslicht nicht mehr Genüge leisten können und baher in den Ruhestand gesetzt werden müffen, sollen eine ihren Dienstjahren und ihrer Diensteinnahme angemessene Bension erhalten.
- 176. Keinem Königlichen Zivildiener foll bie nachgesuchte Entlaffung vom Amte verweigert werben.

Indeß muß er sich vor dem wirklichen Austritt aus dem Dienste, auf Berlangen seiner vorgesetzten Behörde, aller ihm deshalb obliegenden Verbindlichkeiten vollständig entledigen.

6. Gemeinbeverfaffungsgefet für bie Stadt Frankfurt a. M. Bom 25. März 1867.

(G.S. S. 401.)

Bon ber Bufammenfetung und Wahl des Magiftrats.

- 38. Der Magistrat bestellt aus einem ersten Bürgermeister, einem zweiten (Beigeordneten) Bürgermeister als bessen Stellvertreter und soviel theils unbesoldeten, theils besoldeten Stadträthen, wie die Stadtverordneten-Versammlung bei ihrem ersten Zusammentreten nach Verkündigung dieses Geses mit Genehmigung der Regierung beschließen wird. Der so gesaßte Beschluß kann demnächst nur durch statutarische Anordnung abgeändert werden.
- 39. Mitglieder des Magiftrats können nicht sein:
 - 1. alle fonftigen Gemeindebeamten;
 - biejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufficht des Staats über die Stadtgemeinde ausgeübt wird;

¹⁾ J.G. §. 7 abgebruckt unter c als Zusat zu §. 30 B.St.D. (Sette 241.)

- 3. Geistliche, Kirchendiener und Lehrer an öffentlichen Schulen;
- 4. bie richterlichen Beamten, zu benen jedoch bie technischen Mitglieder ber handels-, Gewerbeund ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind;
- 5. die Beamten ber Staatsanwaltschaft;
- 6. die Polizeibeamten.

Vater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegerssohn, Brüber und Schwäger, bürfen nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein.

Entsteht die Schwägerschaft im Laufe der Amtsperiode, so scheidet dasjenige Mitglied aus, durch welches das hinderniß herbeigeführt worden ist.

40. Der erste Bürgermeister wird vom Könige auf zwölf Jahre ernannt.

Die Stadtverordneten-Berfammlung hat zu bem Ende dem Könige brei Kandidaten zu präfentiren. Wird keiner ber letteren geeignet befunden, so erfolgt die Ernennung, ohne daß eine Wiederholung der Präsentation statthaft ist.

41. Der zweite Bürgermeister und die besoldeten Stadträthe werden auf zwölf, die unbesoldeten Stadträthe auf sechs Jahre von der Stadtverordneten-Bersammlung gewählt. Alle drei Jahre scheidet die Hälste der unbesoldeten Stadträthe aus und wird durch neue Wahlen ersett. Die das erste Mal Ausscheidenden werden durch das Loos bestimmt. Die Ausscheidenden können wieder gewählt werden.

Begen ber außergewöhnlichen Ersatwahlen kommen die Bestimmungen in §. 31 zur Anwendung.

31. Die Bahlen zur regelmäßigen Ergänzung der Stadtverordneten-Versammlung finden alle zwei Jahre im November statt. Außergewöhnliche Wahlen zum Ersaße der innerhalb der Wahlperiode außegeschiedenen Mitglieder müssen angeordnet werden, wenn die Stadtverordneten-Versammlung oder der Magistrat oder der Bezirksausschuß) es für ersorderlich erachten. Der Ersamann bleibt nur dis zum Ende der Außgeschiedene gewählt war. Alle Ergänzungse und Ersamwahlen werden von denselben Wahlbezirken vorgenommen, von denen der Außegeschiedene gewählt war.

Der in dem §. 31 festgesetzte Termin kann durch statutarische Anordnung anders bestimmt werden.

42. Der gewählte zweite Bürgermeister bebarf ber Bestätigung des Königs. Bird die Bestätigung versagt, so schreitet die Stadtverordneten-Bersamm-lung zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so ist der Regierungspräsischen zu Kosten der Stadt kommissarisch verwalten zu lassen.

Daffelbe findet ftatt, wenn die Stadtverordneten= Bersammlung die Wahl verweigern ober den nach

^{1) 3.}G. §. 12 Mr. 2.

⁹) L.B.G. §. 18. 3.G. §. 7.

ber ersten Bahl nicht Bestätigten wieder erwähler follte.

Die kommissarische Berwaltung dauert so lange, bis die Wahl der Stadtverordneten-Bersammlung, deren wiederholte Bornahme ihr jederzeit zusteht, die Bestätigung des Königs erlangt hat.

43. Für jeden zu der Stelle des ersten Bürgermeisters zu präsentirenden Kandidaten und für jedes zu mählende Magistratsmitglied wird besonders abgestimmt. Die Bahl erfolgt durch Stimmzettel. Bird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gesallen sind, auf eine engere Bahl gebracht. Bird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so sindet unter denjenigen zwei Personen, welche bei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt.

Bei Stimmengleichheit entscheibet bas Loos.

44. Die Mitglieder des Magistrats werden vor ihrem Amtsantritte durch den Bürgermeister in öffentlicher Sigung der Stadtverordneten-Bersamm-lung in Eid und Pflicht genommen; der erste Bürger-meister wird vom Regierungspräsidenten oder einem von dem letzteren zu ernennenden Kommissar in öffentlicher Sigung der Stadtverordneten-Bersamm-Lung vereidet.

Bon ben Gehältern und Penfionen.

71. Der Normal-Etat aller Besolbungen wird von dem Magistrate entworsen und von der Stadtverordneten-Bersammlung sestgesest. In Ermangelung eines Normal-Besolbungsetats werden die in solcher Beise nicht vorgesehenen Besoldungen vor der Bahl sestgestellt.

Hinsichtlich ber Bürgermeister und der besoldeten Magistratsmitglieder unterliegt die Feststellung der Besoldungen in allen Fällen der Genehmigung des Bezirksausschussels.) Der Regierungspräst dents ist ebenso befugt wie verpflichtet, zu verlangen, daß ihnen die zu einer zweckmäßigen Berwaltung angemessenen Besoldungsbeträge bewilligt werden.

72. Den Bürgermeiftern und ben besolbeten Magistratsmitgliebern sind, sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses ist, bei eintretender wegen der Pension getroffen ist, bei eintretender Dienstunfähigkeit oder wenn sie nach abgelausener Amtsperiode nicht wieder gewählt, beziehungsweise die Bürgermeister nicht wieder ernannt oder nicht wieder bestätigt werden, solgende Pensionen zu gewähren:

1/4 des Gehalts nach sechsjähriger Dienstzeit,
1/2 des Gehalts nach zwölfjähriger Dienstzeit,

^{1) 3.}G. §. 16 Abj. 3.

²⁾ B.G. §. 7.

Rremeti, Rommunglbeamtengeleggebung.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierunds zwanzigsten alljährlich um 1/00. (R.B.G. §. 14 Ubs. 1. Siehe Seite 82.)

(Siehe Penfionsanfprüche XIII, 1).

Abs. 3 ersest durch K.B.G. S. 7 (Streitige Penstionsansprüche Seite 78).

7. Gefeg, betreffend die Berfassung und Ber= maltung der Städte und Fleden in der Provinz Schleswig-Holstein.

(Bom 14. April 1869.) G.S. S. 589.

Eingeführt im Kreise Herzogthum Lauenburg durch Gefes vom 16. Dezember 1870. (Offizielles Wochenblatt S. 521.)

Titel III.

Bon bem Magiftrate.

28. Der Magistrat bilbet ein Kollegium und besteht aus dem Bürgermeister (oder Oberbürgermeister), einem Beigeordneten (oder zweiten Bürgermeister), als bessen regelmäßigen Stellvertreter, und aus mehreren Rathsverwandten (Stadträthen, Rathsherren, Senatoren), über deren Zahl, Titel und etwaige besondereFunktionen(Syndikus,Kämmerer 2c.) für jede Stadt in dem Ortsstatute das Rähere bestimmt wird. Das Umt des Beigeordneten kann pon einem Rathsverwandten mit versehen werden.

Ein Theil der Stellen der Rathsverwandten, ebenso die Stelle des Beigeordneten, kann nach Festsetzung des Statuts besoldet sein.

29. Mitglieber bes Magiftrats können nicht fein:

- biejenigen Beamten und die Mitglieder derjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Stadt ausgesibt wird¹),
- 2. die Stadtverordneten und die Gemeinde-Unterbeamten,
- 3. Geiftliche, Kirchenbiener und Lehrer an öffentlichen Schulen,
- 4. bie richterlichen Beamten, zu benen jedoch bie technischen Mitglieder ber handels=, Gewerbe= und ähnlicher Gerichte nicht zu zählen sind,
- 5. die Beamten ber Staatsanwaltschaft,
- 6. die Polizeibeamten,

zu 5 und 6 jedoch unbeschabet der nach §§. 89, 90 von Magistratspersonen zu versehenden Funktionen eines Polizeiverwalters, sowie eines Hilfsbeamten der Staatsanwaltschaft.

Bater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegerfohn, Brüder und Schwäger, sowie offene handelsgesellschafter bürfen nicht zugleich Mitglieder bes Magistrats sein.

Entsteht bie Schwägerschaft ober Beschäftsaffo-

¹⁾ B.G. §. 7 abgebruckt als Zusatz zu §. 30 B.St.D. S. 241.

ziation im Laufe der Wahlperiode, so scheidet im ersten Falle daßjenige Mitglied, durch welches das Hinderniß herbeigeführt worden ist, im andern Falle daß den Lebensjahren nach ältere Mitglied aus.

30. Der erste Bürgermeister und die besolbeten Magistratsmitglieder werden auf zwölf Jahre gewählt; jedoch kann, in Folge Beschlusses der städtischen Kollegien, zu diesen Stellen die Wahl auch auf Lebenszeit erfolgen. Die unbesolbeten Magistratsemitglieder werden auf sechs Jahre gewählt.

In bestimmten Zeiträumen scheibet je ein Theil ber unbesolbeten Rathsverwandten aus und wird durch neue Wahlen ersett, worüber im Ortsstatute das Geeignete festzusetzen ist.

Die Ausscheibenben können wieder gewählt werben.

Nußergewöhnliche Wahlen zum Ersate innershalb der sechsjährigen Wahlperiode ausgeschiedener Mitglieder müssen angeordnet werden, wenn der Magistrat oder die Stadtverordneten-Bersammlung oder der Bezirksausschuß!) es für erforderlich erachtet. Der Ersatmann bleibt nur dis zum Ende derjenigen sechs Jahre in Thätigkeit, auf welche der Ausgeschiedene gewählt war.

31. Sämmtliche Mitglieber bes Magiftrats werben von ber wahlberechtigten Bürgerschaft in

1

^{1) 3.}G. §. 12 Mr. 2.

gleichem Verfahren, wie solches für die Bahl der Stadtverordneten vorgeschrieben ist (§§ 42 bis 45), gewählt. Die Bahl erfolgt für jede einzelne Stelle aus je drei Kandidaten, welche zu diesem Behufe von einer gemeinschaftlichen Kommission der beiden städtischen Kollegien präsentirt werden. Diese Kommission wird aus sämmtlichen vorhandenen Mitgliedern des Magistrats und aus einer gleichen Zahl durch die Stadtverordneten Bersammlung zu besstimmender Mitglieder der letzteren gebilbet.

Die Bahl der drei Kandidaten durch die gemeinschaftliche Kommission geschieht mittelst Stimmzettel nach absoluter Stimmenmehrheit. Birdzeine solche dei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so ist mit der Abstimmung über diezenigen Personen, welche die meisten Stimmen gehabt haben, unter jedesmaliger Ausscheidung eines Kandidaten so lange fortzusahren, dis die absolute Stimmenmehrheit erzielt ist. Im Falle der Stimmengleichheit entscheidet das Loos.

Bei gleichzeitiger Erledigung mehrerer Stellen ist für jede Stelle eine besondere Präsentation und Wahl vorzunehmen.

Ob mit Rücksicht auf besondere örtliche Berhältnisse einzelne Mitglieder des Magistrats von einem bestimmten Wahlbezirke zu wählen sind, kann Gegenstand besonderer ortsstatutarischer Bestimmung sein. 42. Das Wahlgeschäft wird von einer Bahlstommission geleitet, welche durch zwei vom Bürgersmeister bestimmte Mitglieder des Magistrats, von denen das ältere den Borsitz und die bei Stimmensgleichheit entscheidende Stimme führt, und zwei von der Stadtverordneten-Versammlung gewählte Mitsglieder gebildet wird.

In gleicher Weise ist je ein Stellvertreter aus dem Magistrate und aus dem Stadtverordneten= Kollegium zu bestellen.

Mit ber Protofollführung betraut die Wahl- kommission eine geeignete Berson.

Erfolgt die Wahl in Bahlbezirken (§. 39), so ist außerdem zur Leitung der Wahlhandlung in jedem Bezirke ein besonderer Wahlvorstand in der statutarisch zu regelnden Weise zu bilden.

43. Die vorzunehmende Wahlhandlung ift jedessmal spätestens 14 Tage vor dem Bahltage in der für amtliche Betanntmachungen ortsüblichen Weise von dem Magistrate zur öffentlichen Kunde zu bringen, wobei Ort, Tag und Stunde des Wahlattes genau zu bezeichnen sind.

Die Wahlkommission läßt, auf Grund ber Bürgerrolle und der dagegen angebrachten und bereits erledigten Ginsprüche, Verzeichnisse der Wahlberechtigten ansertigen und nöthigenfalls bezirksweise ordnen.

Diese von den Mitgliedern der Bahlkommission zu unterschreibenden Bahllisten werden 14 Tage vor der Wahl zu Jedermanns Sinsicht auf dem Rathhause ausgelegt und demnächst dem Wahlprotostolle beigefügt.

Etwaige Erinnerungen gegen die Wahllisten, welche aber nur darin bestehen können, daß Jemand gegen den Inhalt der Bürgerrolle oder der Entsicheidung eines dagegen erhobenen Einspruchs zuswider in dieselben aufgenommen oder darin übergegangen sei, müssen spätestens drei Tage vor dem Wahltermine dei dem Borsigenden der Wahlkommission eingereicht werden.

Dieser stellt hieriiber die etwa ersorderliche Untersuchung an und giebt baldmöglichst eine Entscheidung ab, welche dem Einsprechenden mitgetheilt und, inssefern dadurch eine Abänderung nöthig werden sollte, den ausgelegten Berzeichnissen noch vor dem Wahlstermine in beglaubigter Form einverleibt wird.

44. Mehr als brei Stadtverordnete dürfen nicht in einer Bahlhandlung gewählt werden.

Jeber Bähler muß der Wahlkommission, beziehentlich dem Wahlvorstande (§. 42), perfönlich und mündlich zu Protokoll erklären, wem er seine Stimme geben will. Er hat so viele verschiedenen Personen zu bezeichnen, als gleichzeitig zu wählen sind. Nach dem Schlusse der Wahlhandlung werden die Stimmen, welche auf je eine Person gefallen sind, zusammengezählt und nach jeder Zusammenzählung die Zahl der Stimmen in dem Wahlprotos

kolle notirt, welches bemnächft von den Mitgliedern der Bahlkommission resp. des Bahlvorstandes zu unterschreiben ist.

Ist die Abstimmung für eine und dieselbe Wahl bezirksweise erfolgt, so werden die Ergebnisse der sämmtlichen Bezirksabstimmungen demnächst durch die Wahlkommission zusammengestellt und protostollarisch beglaubigt.

Diejenigen, welche hiernach die meisten Stimmen, wenn auch ohne absolute Mehrheit, erhalten haben, sind als gewählt anzusehen. Sind die relativ meisten Stimmen in gleicher Zahl auf mehr Personen gesfallen, als zu mählen waren, so unterscheidet unter diesen das Loos.

Der Magiftrat hat bas Ergebniß ber Wahlen sofort in ortsüblicher Weise bekannt zu machen.

32. Der Bürgermeister und der Beigeordnete bedürfen der Bestätigung. In Städten von mehr als 10000 Einwohnern steht diese dem Könige, in kleineren Städten dem Regierungspräsidenten zu. Die Bestätigung kann von dem Regierungspräsidenten nur unter Zustimsmung des Bezirksausschusses versagt wers den. Lehnt der Bezirksausschuß die Zustimmung ab, so kann dieselbe auf den Anstrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wird bie Bestätigung vom Regierungs=



präsidenten unter Zustimmung des Bestirksausschusses versagt, so kann dieselbe auf Antrag des Gemeindevorstandes oder der Gemeindevertretung von dem Minister des Janern ertheilt werden.

- 33. Wird die Bestätigung versagt, so wird zu einer neuen Wahl geschritten. Wird auch diese nicht bestätigt, oder die Bornahme der Wahl verweigert, so ist der Regierungs-Präsident berechtigt, die Stelle einstweilen auf Kosten der Stadt kommissarlich verwalten zu lassen, die eine zur Bestätigung geeignete Wahl getroffen ist.
- 34. Die Witglieder des Magiftrats werden vor ihrem Amtsantritte durch den Bürgermeister in öffentlicher Sigung der Stadtkollegien in Gid und Pflicht genommen.

Der Bürgermeister wird von einem Kommissarius bes Regierungsprafibenten in eben solcher Sinung vereibet

Titel VII.

Bon den Gehältern und Benfionen.

Gehälter und andere Dienftbegüge.

76. Die Gehälter und fonftigen Dienstbezüge aller städtischen Beamten find, soweit fie nicht in

^{1) 3.68. §. 13.}

gesetlich statthaften, für einzelne Dienstgeschäfte von den Betheiligten zu erhebenden Gebühren (Sporteln) bestehen, aus der Stadtkasse zu gewähren. Aus Staatsmitteln sinden dazu, abgesehen von den im §. 79 vorgesehenen vorübergehenden Entschädigungen und den für Ausrichtung besonderer staatlicher Austräge (§. 59) etwa künftig ausdrücklich bewilligten Bergütungen, keinerlei Zuschüsse weiter statt.

77. Der Normaletat aller Befoldungen wird vor Einführung biefer Städteordnung (§. 100) burch Gemeidebeschluß festgesetzt, unbeschadet der Genußrechte der bereits Angestellten.

Hinsichtlich ber Bürgermeister und ber besoldeten Magistratsmitglieder unterliegt die Festseung der Besoldungen der Genehmigung des Bezirksausschusses. (3.G. §. 16 Abs. 3.)

Spätere Aenberungen find jedes Mal vor ber neuen Bahl zu ber betreffenden Stelle in gleicher Beise festzustellen.

Benfionen.

78. Den auf eine bestimmte Amtsperiode angestellten Birgermeistern und besoldeten Mitgliedern bes Magistrats sind, sofern nicht mit Genehmigung bes Bezirksausschusses) eine besondere Bereinbarung wegen der Pension getroffen ist, bei

^{*) 3.}G. §. 16 abf. 3.

eintretender Dienstunfähigkeit ober wenn sie nach abgelaufener Wahlperiode nicht wieder gewählt, beziehungsweise die Bürgermeister und Beigeordeneten nicht wieder bestätigt werden, folgende Benssionen zu gewähren:

1/4 bes Gehalts nach 6 jähriger } Dienstzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierundz zwanzigsten Dienstjahre allzährlich um 1/60. (K.B.G. §. 14. Seite 82.)

(Siehe Pensionsansprüche XIII, 1).

Abs. 4 (Streitige Pensionsansprüche) ist ersett burch K.B.G. §. 7 (Seite 74).

8. Städteordnung für Heffen=Naffau vom 4. August 1897 (G.S. S. 254).

Dritter Titel.

Bufammenfetung und Bahl bes Magiftrats.

32. Der Magistrat besteht aus dem Bürgersmeister, welcher in den Städten Cassel, Hanau, Marsburg und Fulda, wie bisher, den Titel "Oberbürgersmeister" führt, einem oder mehreren Beigeordneten als bessen Stellvertretern, einer Unzahl von Schöffen (Stadträthen, Rathsherren, Rathsmännern), und wo das Bedürsniß eine solche Ergänzung des Magistrats



erfordert, noch aus einem oder mehreren besolbeten Mitgliedern (Syndikus, Kämmerer, Schulrath, Baurath 2c.).

Zum Magistrate gehören in Stadtgemeinden von nicht mehr als 2500 Einwohnern 2 Schöffen,

pon	mehr	als 2500	bi\$ 10000	"	4	"
"	,,	,, 10000	,, 50000	,	6	,,
,,	"	" 50 000	,, 100 000	,,	8	,,
,,	,,	,,	100000	,,	10	,,

Durch statutarische Anordnung können abweichenbe Festsehungen über bie Anzahl ber Schöffen getroffen merben.

- 33. Mitglieder bes Magistrats können nicht sein:
- biejenigen Beamten und die vom Staate ernannten Mitglieder berjenigen Behörden, durch welche die Aufsicht des Staates über die Städte ausgeübt wird (§. 87),
- 2. die Stadtverordneten, besgleichen die Gemeindebeamten, soweit diese nicht besoldete Magistratsmitglieder (§. 32) sind, und in Städten über 10000 Einwohner die Gemeindeeinnehmer,
- 3. die Geiftlichen, die Kirchendiener und die Lehrer an öffentlichen Schulen,
- 4. die richterlichen Beamten, zu benen jedoch die technischen Mitglieder der Handels-, Gewerbeund ähnlicher Gerichte nicht zu zählen find,
- 5. die Beamten ber Staatsanwaltschaft,
- 6. die Polizeibeamten.

87. Die Aufsicht bes Staates über die Berwaltung der ftädtischen Gemeindeangelegenheiten wird in erster Instanz von dem Regierungsprässidenten, in höherer und letzter Instanz von dem Oberprässidenten geübt, unbeschadet der gesehlich gesordneten Mitwirkung des Bezirksausschusses und des Provinzialrathes.

Beschwerben bei den Aufsichtsbehörden in ftädtischen Gemeindeangelegenheiten sind in allen Instanzen innerhalb zwei Wochen anzubringen.

Bater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegersohn, Großvater und Enkel, Brüber und Schwäger bürfen nicht zugleich Mitglieder des Magistrats sein.

Bater und Sohn, Schwiegervater und Schwiegers sohn, sowie Brüber bürfen nicht zugleich Mitglieber bes Magistrats und ber Stadverordneten-Bersammlung sein.

Entsteht die Schwägerschaft im Lause der Wahlperiode, so scheidet daszenige Mitglied aus, durch welches das Hinderniß herbeigeführt worden ist.

Personen, welche bas Gewerbe ber Gast- ober Schankwirthschaft betreiben, tonnen nicht Bürgermeister sein. Die Aufsichtsbehörbe ist befugt, hiervon Ausnahmen zuzulassen.

34. Die Bürgermeifter und die Beigeordneten werden von der Stadtverordneten-Bersammlung und den unbesoldeten Mitgliedern des Magistrats in

gemeinsamer Sitzung unter Leitung bes Stadtversordneten-Borstehers, der Bürgermeister und, falls besolbete Beigeordnete angestellt werden, auch diese aufzwölf, unbesoldete Beigeordnete auf sechs Jahre gewählt. Die Bahlversammlung ist beschlußfähig, wenn mehr als die Hälfte der Bahlberechtigten anwesend ist.

Die übrigen besolbeten Magistratsmitglieder werden von der Stadtverordneten-Versammlung auf zwölf Jahre gewählt.

Die Wahl ber besolbeten Bürgermeister und Magistratsmitglieder kann auch auf Lebenszeit ersfolgen.

- 35. Für jedes zu wählende Mitglied des Mazgistrats wird besonders abgestimmt. Die Wahl erzfolgt durch Stimmzettel. Wird die absolute Stimmenmehrheit bei der ersten Abstimmung nicht erreicht, so werden diejenigen vier Personen, auf welche die meisten Stimmen gesallen sind, auf eine engere Wahl gebracht. Wird auch hierdurch die absolute Stimmenmehrheit nicht erreicht, so sindet unter denzenigen zwei Personen, welche dei der zweiten Abstimmung die meisten Stimmen erhalten haben, eine engere Wahl statt. Bei Stimmengleichheit entscheidet das Loos.
- 36. Die gewählten Bürgermeifter, Beigeordneten und besolbeten Magiftratsmitglieder bedürfen der Bestätigung. Die Bestätigung steht zu:
 - 1. dem Könige hinsichtlich ber Bürgermeister und

Beigeordneten in Städten von mehr als 10000 Einwohnern:

2. bem Regierungspräsibenten hinsichtlich ber Bürgermeister und Beigeordneten in Städten, welche nicht über 10000 Einwohner haben, sowie hinsichtlich ber besolbeten Magistratsmitglieder in allen Städten ohne Unterschied ihrer Größe.

Die Bestätigung kann von dem Regierungsprässidenten nur unter Zustimmung des Bezirksaussichusses versagt werden. Lehnt der Bezirksausschuß die Zustimmung ab, so kann sie auf den Antrag des Regierungspräsidenten durch den Minister des Innern ergänzt werden.

Wird die Bestätigung von dem Regierungspräsidenten unter Zustimmung des Bezirksausschuffes versagt, so kann sie auf Antrag des Magistrats oder der Stadtverordneten-Versammlung von dem Minister des Innern ertheilt werden.

۲.

j.

6

gE

ш

gt.

×

ne.

13

rs

Bird die Bestätigung versagt, so schreitet die Wahlversammlung (§. 84) zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so ist der Regierungspräsident berechtigt, das Amt einstweilen auf Rosten der Stadt kommissarisch verwalten zu lassen. Der Kommissar ist in der Regel aus der Zahl der Bürger zu ernennen.

Dasselbe sindet statt, wenn die Wahlversamm-Lung die Wahl verweigert ober den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder wählt. Die kommissarische Berwaltung dauert so lange, bis die Wahl, deren wiederholte Bornahme der Wahlversammlung jederzeit zusteht, die Bestätigung erlangt hat.

37. Die Mitglieber bes Magistrats werden vor ihrem Amtsantritte durch den Bürgermeister in öffentlicher Sitzung der Stadtverordneten-Bersamm-lung in Gid und Pflicht genommen; der Bürgermeister wird vom Regierungspräsidenten oder einem von diesem zu ernennenden Kommissar in öffent-licher Sitzung der Stadtverordneten-Bersammlung vereibet.

Magistratsmitgliebern, welche ihr Amt mindestens neun Jahre mit Shren bekleidet haben, kann in Uebereinstimmung mit der Stadtverordneten-Versammlung von dem Magistrate das Prädikat "Stadtältester" verliehen werden.

Siebenter Titel.

Befoldungen und Penfionen.

69. Der Normaletat aller Befolbungen wird von dem Magistrate entworfen und von der Stadtverordneten-Bersammlung festgesetzt.

Ist ein solcher Etat überhaupt nicht ober nur für einzelne Theile ber Berwaltung sestgestellt, so werden die nicht vorgesehenen Besoldungen vor der Bahl sestgesett.

Die Bürgermeifter in Städten von mehr als

1 200 Einwohnern erhalten eine Besolbung. Den Bürsgermeistern in Städten von nicht mehr als 1 200 Einswohnern und den Beigeordneten können, sosern ihnen nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses eine Besoldung besonders beigelegt worden ist, seste Entschädigungsbeträge bewilligt werden.

Hinsichtlich der Bürgermeister, der Beigeordneten und der besoldeten Magistratsmitglieder unterliegt die Festsetzung der Besoldungen und der Entschädigungsbeträge in allen Fällen der Genehmigung des Bezirksausschusses. Der Regierungspräsident kann verlangen, daß die zu einer zwedmäßigen Berwaltung angemessenn Besoldungs und Entschädigungsbeträge bewilligt werden.

Schöffen und Stadtverordnete erhalten nur die Bergütung baarer Auslagen, welche ihnen aus der Ausrichtung von Aufträgen entstehen.

70. Den besolbeten Bürgermeistern, Beigeordneten und übrigen Mitgliebern bes Magistrats sind,
sofern nicht mit Genehmigung bes Bezirksausschusses
eine Bereinbarung wegen ber Pension getroffen ist,
bei eintretenber Dienstunfähigkeit, ober wenn sie
nach abgelausener Wahlperiode nicht wieder gewählt
werden, folgende Pensionen zu gewähren:

ein Biertel ber Besolbung nach sechsjähriger Dienstzeit,

bie Hälfte ber Befolbung nach zwölfjähriger Dienstzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierunds zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um 1/50 (K.B.G. §. 14. Seite 82).

72. (Siehe Penfionsansprüche XIII 1.)

73. (Wittwens und Waisenpension) ersetzt durch K.B.G. §. 15 (Seite 83).

74. (Streitige vermögensrechtliche Unsprüche aus bem Beamtenverhältniffe) ersett burch R.B.G. §. 7 (Seite 74).

B. Sonftige ftadtifche Beamte.

 $(\Re. \mathfrak{B}. \mathfrak{G}. \S\S. 1-7, 8-13, 15-17.)$

1. Städteordnung für die 6 öftlichen Provinzen vom 30. Mai 1853.

(G.S. S. 261.)

56. Der Magistrat hat als Ortsobrigkeit und Gemeindeverwaltungsbehörde insbesondere folgende Geschäfte:

1-5 2c.

6. Die Gemeindebeamten, nachdem bie Stadtversordneten darüber vernommen worden, anzuftellen und zu beaufsichtigen. Die Anstellung erfolgt nach den Borschriften ber §§. 1, 2, 8-10 bes Kommunalbeamtengeses.

2. Bestfälische Städteordnung vom 19. März 1856.

(S.S. S 237.)

55. Der Gemeinbeeinnehmer wird von ben Stadtverordneten gewählt, welche auch die von demfelben, sowie von andern Gemeindebeamten zu leistenden Kautionen zu bestimmen haben.

Anm. Wegen ber Anstellung siehe K.B.G. §§. 1, 8 Abs. 1, 9, 10.

- 56. Der Magiftrat hat als Ortsobrigkeit und Gemeinbeverwaltungsbehörde insbesondere folgende Geschäfte:
 - 1-5 2c.
 - 6. Die Gemeindebeamten, nachdem die Stadtversordneten darüber vernommen worden, anzuftellen und dieselben, einschließlich des Gemeindeeinnehmers (§. 55) zu beaufsichtigen. Die Anstellung erfolgt nach den Borschriften der §§. 1, 2, 8–10 des Kommunalbeamtengesetzes. (Siehe Seite 71.)
- 3. Rheinische Städteordnung vom 15. Mai 1856.

(\$.S. S. 406.)

52. Der Gemeindeeinnehmer wird von der Stadts verordnetenversammlung gewählt, welche auch die von demselben, sowie von andern Gemeindebeamten zu leistenden Kautionen zu bestimmen hat. Die Wahl sowie die Beftimmung der Kaution des Gemeindeeinnehmers, bedarf der Genehmigung des Regierungspräsidenten. (8.G. §. 13.)

- 53. Der Bürgermeifter hat als Ortsobrigkeit und Gemeindeverwaltungsbehörde insbesondere folgende Geschäfte:
 - 1-5 2c.
 - 6. Die Gemeinbebeamten, nachdem die Stadtversorbneten darüber vernommen und hinsichtlich der Polizeibeamten die nach §. 4 des Gesetzes über die Polizeiverwaltung vom 11. März 1850 ersorderliche Bestätigung des Regierungsspräsidenten eingeholt worden ist, anzustellen und dieselben, einschließlich des Gemeindeeinsnehmers (§. 52), zu beaufsichtigen. Die Anstellung geschieht nach den Vorschriften der §§. 1, 2, 8—10 des Kommunalbesamtengesetze.
- 4. Gemeinbeverfassungsgesetz für Frank= furt a. M. vom 25. Mai 1867.

(G.S. S. 401.)

- 63. Der Magiftrat hat insbesondere folgende Geschäfte:
 - 1-5 2c.
 - 6. Die Gemeindebeamten, nachdem die Stadtver= ordneten barüber vernommen worden, anzu= stellen und zu beaufsichtigen. Die Anstellung

geschieht nach den Borschriften der §§. 1, 2, 8—10 des Kommunalbeamtengesetes.

5. Schlesmig=Holfteinsche Städteordnung vom 14. April 1869.

(G.S. S. 589.)

60. Insbesondere liegen dem Magiftrat nachstehende Geschäfte ob:

1-5 2c.

6. Die Gemeinde-Unterbeamten nach Maaßgabe des §. 75 zu ernennen und dieselben zu beaufssichtigen.

75. Städtische Unterbeamte.

Die städtischen Unterbeamten werden, nachdem bie Stadtverordneten darüber vernommen worden, vom Magistrate angestellt, vereidigt und eingeführt.

Der Stadtkassier und die sonstigen städtischen Beamten, welche Hebungen oder sonstige wichtige Angelegenheiten zu besorgen haben und welche im Ortsstatut näher zu bezeichnen sind, werden von beiden Stadtkollegien dergestalt gewählt, daß der Magistrat drei Bewerber präsentirt, die Stadtversordneten einen derselben nach relativer Stimmensmehrheit wählen, bei einer ungeachtet zweimaliger Abstimmung stattsindenden Stimmengleichheit aber der Magistrat entscheidet. Die Anstellung ersfolgt nach den Vorschriften der §§. 1, 2, 8—10 des Kommunalbeamtengesetzs.

Der Stadtkassier muß wegen ber ihm obliegenben Hebungen Kaution leisten. Die Höhe und Art ber Bestellung berselben ist im Ortsstatute näher zu bestimmen, ebenso ob und welche Sicherheit von anderen Gemeindebeanten zu leisten ist.

Busat zu §. 75. 3.G. §. 14. Ueber die Gültigeteit von Wahlen solcher Gemeindebeamten, welche ber Bestätigung nicht bedürfen, beschließt, soweit die Beschlußfassung der Aufsichtsbehörde zusteht, der Bezzirksausschuß.

Anm. Gilt auch für den Kreis Herzogthum Lauenburg. Geset vom 16. Dezember 1870 (Offizielles Wochenblatt S. 521), durch welches die Schleswig-Holsteinsche Städteordnung mit verschiedenen hier nicht näher interessifirenden Aenderungen in Lauenburg eingeführt wurde.

6. Die Hannoversche Städteordnung vom 24. Juni 1858

(Hannov. G.S. I. S. 141)

unterscheibet einerseits zwischen ben Stellen bes Rämmerers und ber Stadtfefretare und andrerseits ben Stellen ber sonstigen Dienstunter= gebenen.

A. Rämmerer und Ctabtfefretare.

41. Den Magistraten sind Stadtsekretäre, wo bas Bedürfniß es erfordert, beizuordnen. Außerdem ist in jeder Stadt ein Kämmerer anzustellen. Das Umt besselben ist mit dem eines Magistrats= mitgliedes unvereindar.

Abs. 3 ift aufgehoben burch R.B.G. §. 35 Abs. 1.

45. Abs. 1. Die Anstellung des Rämmerers und ber Stadtsetretäre geschieht nach ben Borschriften der §§. 1, 2, 8-10 des Kommunalsbeamtengeses.

47 ift aufgehoben burch R.B.G. §. 25 Abs. 1.

48. Abs. 1. Die Gehalte ber Sekretäre und bes Rämmerers bürfen nur in bestimmten Gelbbeträgen bestehen; die Berleihung einer Dienstwohnung ist baburch nicht ausgeschlossen.

50. Der Eintritt in ben Magistrat wird burch Berwandtschaft ober Berschwägerung in den beiben ersten Graden nach civilrechtlicher Berechnung gehindert.

Dasselbe gilt hinsichtlich bes Kammerers. Sind bergleichen Berwandte ober Verschwägerte zusgleich gewählt, so ist berjenige allein zuzulassen, welcher die meisten Stimmen hat. Bei gleicher Stimmenzahl entschebet das Loos. Eine nach Uebernahme ber Stelle eingetretene Verschwägerung schließt jeboch nicht aus.

4. Bergleiche bie Bufage ju §. 50 Seite 258.

51. Die Wieberbesetung der Stellen des Stadtsfekretärs und des Kämmerers geschieht durch Wahl. Sin Aufruden aus einer Stelle in eine höhere findet bicht ftatt.

- 56. Die Wahl bes Stadtsekretars, des Kämmerers sowie ber technischen Beamten geschieht nach den Borschriften des §. 53 (siehe diesen Seite 259). Nicht mählbar sind Personen, welche die in §. 49 (siehe Seite 257) genannten Ausschließungsgrunde mit Ausnahme des Alters unter 25 Jahren und väterlicher Gewalt entgegenstehen. Einer höheren Bestätigung bedarf es dei diesen Wahlen nur insosern, als diesen Beamten ein Stimmrecht im Magistrat beigelegt wird (§. 39, siehe Seite 254), oder als es die Oberaufsicht auf die Gemeindeforsten mit sich bringt (§. 119).
- 119. Abs. 1. Die Oberaufsicht darf sich nicht weiter erstrecken, als dahin, daß das Bermögen erhalten, bei Unordnung und Umlegung der Gemeindeabgaben angemessen Grundsätze befolgt und begründete Beschwerden über die Gemeindeverwaltung beseitigt werden.
- Abs. 3. Die weitere Bestimmung über die Oberaufsicht hinsichtlich der Gemeindeforsten bleibt der Provinzialgesetzegebung vorbehalten. Bis zu deren Erlassen bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft.

B. Souflige ftabtifche Beamte, auger Rammerer und Stadtfelretar.

(Dienstuntergebene bes Magistrats.)

52. Die Dienstuntergebenen werden vom Ma= giftrat angesett.

Derselbe hat jedoch zuvor die Bürgervorsteher über ihre Würdigkeit zu hören.

45 Abf. 2-4 Die Anstellung ber Dienstuntergebenen bes Magistrats geschieht nach ben Borsschriften ber §§. 1, 2, 8-10 bes Kommunalsbeamtengeses.

48 Abs. 3. Die Untergebenen des Magistrats dürfen Gebühren statt oder neben sester Besoldung beziehen.

7. Heffen=Naffauische Stäbteordnung vom 4. August 1897.

(G.S. S. 254.)

61. Der Magistrat hat als Ortsobrigkeit und Gemeindeverwaltungsbehörbe insbesondere solgende Geschäfte:

1-5 2c.

6. Die Gemeindebeamten nach Unhörung der Stadtverordnetenversammlung anzustellen und sie zu beaufsichtigen.

Die Anstellung erfolgt nach ben Bors schriften ber §§. 1, 2, 8—10 bes Kommunalsbeamtengesetes.

Die von den Gemeindebeamten zu leistenden Kautionen bestimmt der Magistrat nach Anhörung der Stadtverordnetenversammlung.

Abf. 4. In Städten bis zu 10000 Einwohnern (§ 33 Abf. 1 Rr. 2) können die Geschäfte bes Gemeinde

einnehmers nach Unhörung ber Stadtverordnetensversammlung und mit Zustimmung bes Bezirksaussichusses bem Kämmerer (§ 32) übertragen worden.

- 33. Abs. 1 Rr. 2. Mitglieber bes Magistrats können nicht sein: . . . in Städten über 10000 Gins wohner bie Gemeinbeeinnehmer (§. 61 Rr. 6 Abs. 4).
- 32. Der Magiftrat besteht wo das Besbürsniß eine solche Ergänzung des Magistrats ersforbert, noch aus einem ober mehreren besolbeten Mitgliedern (Syndikus Kämmerer 20).

X. Beamte der Areisverbande.

(A.B.G. §§. 21, 1—7, 8—15.)

A. Ginrichtung von Freisamtern.

Ö.Kr.O. v. 13. Dezember 1872 19. Mätz 1881 C. 116. W. 7

§. 116 Mr. 7.

Insbesondere ift der Areistag befugt: 1-6 2c.

 Die Einrichtung von Kreißämtern zu beschließen, die Bahl und Besolbung der Kreißbeamten zu bestimmen.

Gleichlautend find die §§. 73 Nr. 7 der Kreise ordnung für die Provinz Hannover v. 6. Mai 1884 **46**.S. S. 181); 74 Nr. 7 der Kreisordnung für die Provinz Heffen-Naffau v. 7. Juni 1885 (G.S. S. 193); 61 Nr. 7 ber Kreisordnung für die Provinz Westfalen v. 31. Juli 1886 (G.S. S. 217); 61 Nr. 7 der Kreisordnung für die Rheinprovinz v. 30. Mai 1887 (G.S. S. 209); 103 Nr. 7 der Kreisordnung für die Provinz Schleswig-Holstein v. 26. Mai 1888 (G.S. S. 139.)

B. Ernennung der Freisbeamten.

Ö.Kr.O. v. 18. Dezember 1872 (G.S. 1881 S. 180) Ş. 134 Nr. 3.

Der Kreisausschuß hat:

1-2 2c.

3. Die Beamten des Kreifes zu ernennen und beren Geschäftsführung zu leiten und zu besaufsichtigen; hinsichtlich der Besetzung der Kreissbeamtenstellen mit Militärinvaliden gelten die in Ansehung der Städte erlassenen Borsschriften

Ebenso §. 91 Ar. 3 Hannoversche Kr.D.; §. 92 Ar. 3 Hessen-Rassauische Kr.D.; §. 79 Ar. 3 W.Kr.D.; §. 79 Ar. 3 Kh.Kr.D.; §. 122 Ar. 3 Schl.-H.Kr.D.

C. Befondere Bestimmungen für die Proving Pofen:

1. In der Kreisordnung für die Provinz Posen v. 20. Dezember 1828 (G.S. 29 S. 3) fehlt eine dem §. 116 Nr. 7 O.Kr.O. ähnliche Bestimmung.

2. Geset über die allgemeine Landesverwaltung 2c. in der Provinz Posen v. 19. Mai 1889 (G.S. S. 8.) Art. V B. Nr. 2.

Durch Beschluß des Kreistages kann dem Kreisausschusse die Verwaltung der Angelegenheiten des Kreises übertragen werden. Hinsichtlich dieser Verwaltung gelten die Bestimmungen des §. 134 Nr. 3 der Kreisordnung für die Provinzen Ostpreußen, Westpreußen, Pommern, Sachsen und Schlesien v 13. Dedember 1872 (G.S. 1881 S. 179.)

Anm. Wo dies nicht geschen ist, erfolgt die Anstellung der Kreisbeamten durch den Landrath allein.

XI. Beamte der Provinzialverbände, der Sessen - Aassauischen Bezirksverbände und des Lauenburgischen Laudeskommunalnerbandes.

(A.B.G. §§. 22, 1-7.)

(Bornhak, synoptische Ausgabe ber Kreis= und Provinzialordnungen Berlin 1887.)

1. Provinzialordnung für die Provinzen Preußen (jett Ofts und Westpreußen Ges. v. 19. März 1877 (G.S. S. 107), Brandenburg, Pommern, Schlesien und Sachsen v. 29. Juni 1875 in der Fassung des

Gefetzes v. 22. März 1881 (G.S. S. 176), bezeichnet mit A (Altländische).

- 2. Provinzialordnung für die Provinz Hannover v. 7. Mai 1884 (G.S. S. 243) bezeichnet mit H.
- 3. Provinzialordnung für die Provinz Heffen-Nasiau v. 8. Juni 1885 (G.S. S. 247), bezeichnet mit H.-N.
- 4. Provinzialordnung für die Provinz Weftsfalen v. 1. August 1886 (G.S. S. 256) bezeichnet mit W.
- 5. Provinzialordnung für die Rheinprovinz v. 1. Juni 1887 (G.S. S. 252) bezeichnet mit Rh.
- 6. Provinzialordnung für Schleswig-Holftein v. 27 Mai 1888 (G.S. S. 194), bezeichnet mit Schl.H.
 - 7. Für die Proving Pofen:

Gesetz über die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Berwaltungs= und Ber= waltungsgerichtsbehörden in der Provinz Posen vom 19. Mai 1889 (G.S. S. 108) Art. V A Nr. 1 und

Berordnung, betreffend die Berwaltung des provinzialständischen Berbandes der Provinz Posen v. 5. November 1889 (G.S. S. 177) §§. 21—35. (Haase Kreiß= und Provinzialversassung der Provinz Posen, Ergänzungsband zu Brauchitsch Berlin 1889.)

8. Für die Beamten der Bezirksverbände der Regierungsbezirke Cassel und Wiesbaden gelten §§. 69, 93 Abs. 3 der Hessen-Rassauischen Provinzialordnung v. 8. Juni 1885 (G.S. S. 247), abgedruckt

unter C. (Befondere Beftimmungen für die Beamten der Bezirksverbände Cassel und Wiesbaden.)

9. Für die Beamten bes Lauenburgischen Kommunalverbandes bleiben, soweit nicht K.B.G. §§ 1—7 in Betracht kommen, die Bestimmungen des Art. V. B. v. 24 August 1882 (G.S. S. 348), sowie des §. 20 Abs. 2 des Lauenburgischen Gesetzes v. 7. Dezember 1872 (Offizielles Wochenblatt S. 325) auch sernerhin in Kraft.

A. Die Provingen des Preufischen Staates aufer Pofen.

1. Allgemeine Beftimmungen.

- §. 41. (A H. W. Rh. Schl.-H.) VII. Der Provinziallandtag beschließt über die Einrichtung von Provinzialämtern, er bestimmt die Zahl, die Bessoldung sowie die Art der Anstellung der Beamten und wählt den Landesdirektor (Landeshauptmann),*) die demselben nach §. 93 zugeordneten oberen Besamten, sowie die sonstigen im Provinzialstatute zu bezeichnenden leitenden Beamten einzelner Berswaltungszweige.
- §. 38. (H-N) VIII. Der Kommunallandtag beschließt über die Einrichtung von Bezirksämtern, er bestimmt die Zahl, die Besolbung, sowie die Art der Anstellung der Beamten und wählt den Landessbirektor, die demselben nach §. 66 zugeordneten oberen

^{*)} H "die Mitglieber des Landesbirektoriums".

Beamten, sowie die sonstigen im Bezirksstatute zu bezeichnenden leitenden Beamten einzelner Ber= maltungszweige.

- §. 60. (A. H. W. Rh. Schl.-H.) III. Der Pro= vinzialausschuß hat die Provinzialbeamten zu er= nennen, soweit die Ernennung berfelben nicht bem Propinziallandtage vorbehalten ift (§. 41), und beren Geschäftsführung zu leiten und zu beauffichtigen.
- §. 58. (H.-N.) Der Landesausschuß hat die Bezirksbeamten zu ernennen, soweit die Ernennung berfelben nicht bem Kommunallandtage vorbehalten ift (§ 38), und beren Gefchäftsführung zu leiten und zu beauffichtigen.

Sechfter Abschnitt. Bon ben Brovingialbeamten.

2. Lanbesbireftor (Lanbeshauptmann).

§. 87. (A. W. H. Rh Schl.-H. §. 60 H.-N.) Bur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung1) wird ein Landesdirektor (Landeshauptmann) beftellt, welcher von bem Provinziallandtage2) auf minbeftens fechs bis höchftens zwölf Jahre zu mählen ift.

Der Landesdirektor (Landeshauptmann) bedarf der Bestätigung des Königs. Wird die Bestätigung versagt, so schreitet ber Provinziallandtage) zu einer

¹⁾ H.-N. Bezirksverwaltung.
2) H.-N. Kommunallandtag(e8).

neuen Bahl. Wirb auch diese Wahl nicht bestätigt, so kann der Minister des Innern die kommissarisse Berwaltung der Stelle auf Kosten des Provinzialsverbandes!) anordnen Dasselbe sindet statt, wenn der Provinziallandtag?) die Wahl verweigert oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder wählt.

Die kommissarische Berwaltung bauert so lange, bis die Wahl des Provinziallandtages,*) beren wiederholte Bornahme ihm jeder Zeit zusteht, die Bestätigung erlangt hat.

Der Provinzialausschufts) ift berechtigt, zur Uebernahme der kommissarischen Verwaltung geeignete Versonen in Vorschlag zu bringen.

Laubefbireftorium.

§. 87. H. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung wird ein aus drei Oberbeamten (Landesdirektor, erster und zweiter Schatzath) bestehendes Landesdirektorium bestellt, dessen Mitglieder von dem Provinziallandtage auf mindestens sechs bis höchstens zwölf Jahre zu wählen sind.

Der Landesdirektor bedarf der Bestätigung des Königs. Wird die Bestätigung versagt, so schreitet

¹⁾ H .- N. Bezirksverbandes.

²⁾ H.-N. Rommunallandtag(es).

^{*)} H.-N. Landesausschuß.

ber Provinziallandtag zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so kann der Minister bes Innern die kommissarische Berwaltung der Stelle auf Kosten des Provinzialverbandes anordnen. Dasselbe findet statt, wenn der Provinziallandtag die Wahl verweigert oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wieder wählt. Die kommissarische Berwaltung dauert so lange, dis die Wahl des Provinziallandtages, deren wiederholte Bornahme ihm jeder Zeit zusteht, die Bestätigung erlangt hat.

Der Provinzialausschuß ift berechtigt, zur Uebersnahme ber kommiffarischen Berwaltung geeignete Personen in Vorschlag zu bringen.

§. 88. (A. W. Rh. Schl.H.) §. 61. (H.-N.) Für ben Fall einer Behinderung des Landesdirektors, sowie im Falle der Erledigung der Stelle deffelben bestellt der Provinzialausschuß') einen Stellvertreter dis zur Aufnahme der Geschäfte durch den Landesdirektor, beziehungsweise dis zum Eintritte einer kommissarischen Berwaltung nach Maßgabe des §. 87.2)

Weber ber kommissarische Bertreter, noch ber Stellvertreter bes Landesdirektors sind als solche stimmberechtigte Witglieder bes Ausschusses.

S. 88. (H.) Im Falle ber Behinderung bes Landesbirektors, sowie im Falle ber Erledigung ber

¹⁾ H.-N. Landesausichuß.

⁹) H.-N. §. 60.

Stelle besselben vertritt ber erste Schagrath ben Landesbirektor bis zur Aufnahme ber Geschäfte burch biesen beziehungsweise bis zum Eintritte einer kommissarischen Berwaltung nach Maßgabe bes §. 87.

- §. 89. (A. W. Rb. Schl.H.) §. 62. (H.=N.) Der Landesbirektor (Landeshauptmann) wird von dem Oberpräsidenten in sein Amt eingeführt und verseidigt.
- §. 89. (H.) Die Mitglieder des Landesdirektoriums werden von dem Oberpräsidenten in ihr Umt eingeführt und vereidigt.
- §. 90. (A W. H. Rh. Schl.H.) Der Landessbirektor¹) (Landeshauptmann) führt unter der Aufssicht des Provinzialausschusses die lausenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung. Er³) bereitet die Beschlüffe des Provinzialausschusses vor und trägt für die Ausführung derselben Sorge.

Er') ift ber Dienstvorgesette sämmtlicher Pro-

Der Landesdirektor¹) vertritt den Provinzialsverband nach Außen in allen Ungelegenheiten, insbesondere auch da, wo die Gesetze eine Spezialvollsmacht verlangen. Er²) verhandelt Namens des Provinzialverbandes mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftstücke.

¹⁾ H. "das Landesbirektorium".

²⁾ H. .. (§811,

§. 63. (H.-N.) Der Lanbesdirektor führt unter ber Aufsicht des Landesausschusses die laufenden Geschäfte der kommunalen Bezirksverwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Landesausschusses vor und trägt für die Ausführung derselben Sorge.

Er ift der Dienstvorgesetzte fämmtlicher Beamten bes Bezirksverbandes.

Der Landesdirektor vertritt den Bezirksverband nach außen in allen Angelegenheiten, insbesondere auch da, wo die Gesetze eine Spezialvollmacht verslangen. Er verhandelt Namens des Bezirksverbandes mit Behörden und Privatpersonen, führt den Schriftsvechsel und zeichnet alle Schriftstüde.

3. Anbere obere Beamte.

§. 93. (A. W. H. Rh. Schl, H.) Dem Landessbirektor') (Landeshauptmann) können nach näherer Bestimmung des Provinzialstatuts zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte der gesammten oder einzelner Zweige der kommunalen Provinzialverswaltung noch andere vom Provinziallandtage zu wählende odere Beamte mit berathender oder beschließender Stimme zugeordnet werden. Sie werden von dem Landesdirektor in ihre Aemter eingesührt und vereidigt.

Werden bem Landesdirektor1) obere Beamte mit beschließender Stimme zugeordnet, so hat das Provinzialstatut auch darüber Bestimmung zu treffen, welche der durch dieses Gesetz dem Landesdirektor¹) allein überwiesenen Geschäfte von demselben unter Mitwirkung jener Beamten zu erledigen sind.

§. 66. (H.-N) Dem Lanbesbirektor können nach näherer Bestimmung des Bezirksstatuts zur Mit-wirkung bei Erledigung der Geschäfte der gesammten oder einzelner Zweige der kommunalen Bezirksver-waltung noch andere vom Kommunallandtage zu wählende odere Beamte mit berathender oder beschließender Stimme zugeordnet werden. Sie werden von dem Landesdirektor in ihre Aemter eingeführt und vereidigt.

Werben bem Lanbesdirektor obere Beamte mit beschließender Stimme zugeordnet, so hat das Bezirksstatut auch darüber Bestimmung zu treffen, welche ber durch bieses Gesetz dem Landesdirektor allein überwiesenen Geschäfte von demselben unter Mitwirkung jener Beamten zu erledigen sind.

4. Bureaus, Raffens 1c. Beamte ber tommunalen Probinzialberwaltung.

§. 94. (A. H. W. Rh. Schl.H.) H.-N. §. 67. Die Stellen der zur Wahrnehmung der Bureaus, Kaffensund sonstigen Geschäfte der kommunalen Provinzialsverwaltung²) erforderlichen Beamten werden von dem Provinziallandtage³) nach Zahl, Diensteinnahme

¹⁾ H. Lanbesbirektorium.

²⁾ H.-N. Bezirksverwaltung.

³⁾ H.-N. Rommunallandtage.

und Art der Besetzung (auf Lebenszeit, auf Zeit, auf Kündigung) auf Vorschlag des Provinzialausschusses) durch den Haushalts-Ctat bestimmt.

Die Besetzung dieser Stellen erfolgt vorbehaltlich ber Bestimmung des §. 41 durch den Provinzial-ausschuß.\(^1\) Die Beamten werden von dem Landese direktor in ihre Aemter eingeführt und vereidigt. Sie erhalten ihre Geschäftsinstruktionen von dem Provinzialausschusse.\(^1\)

5. Beamte ber Provingialinftitute ze.

§. 95. (A. H. W. Rh. Schl. H.) H.-N. §. 68. Ueber die an den einzelnen Provinzialinstituten und in der Provinzial-Chausses und Wegeverwaltung anzustellenden Beamten sowie über die Art der Anstellung derselben wird durch die für jene Institute und jenen Berwaltungszweig zu erlassenden Reglements bezieshungsweise die für dieselben setzustellenden Etats bestimmt.

Bis zum Erlaß neuer Reglements bleiben bie bestehenden Reglements in Geltung.

6. Dienftliche Berhältniffe ber Brovinzialbeamten.

§. 96. (A. H. W. Rh. Schl.H.) Sämmtliche Provinzialbeamte haben die Rechte und Pflichten mittelbarer Staatsbeamten. Die besonderen dienstlichen Berhältnisse derselben werden durch ein von dem

¹⁾ H .- N. Landesausichuffe(8).

Brovinzial-Landtage zu erlaffendes Reglement geordnet.

- §. 120 Abs. 3 (A. H. W. Rh. Schl.H.) H.-N. §. 93 Abs. 3 Ingleichen bedarf das in §. 96*) vorgeschriebene Reglement über die dienstlichen Berbältnisse der Provinzialbeamten der Genehmigung des Ministers des Innern in betreff der Grundsäge über die Anstellung, Entlassung und Pensionirung der Beamten.
- §. 97. (A. H. W. Rh. Schl.H.) H.-N. §. 70. hins sichtlich ber Besetzung ber Stellen von Provinzialsbeamten mit Militärinvaliben gelten bie in Anssehung ber Städte erlassenen gesetzlichen Vorschriften.

I. Befondere Bestimmungen für die Proving Pofen.

1. Geset über die allgemeine Landesverwaltung und die Zuständigkeit der Berwaltungs= und Berwaltungs= gerichtsbehörden in der Provinz Posen vom 19. Mai 1889. (G.S. S. 108.)

Artifel V. A. Mr. 2.

2. Zur Wahrnehmung der laufenden Geschäfte der provinzialständischen Berwaltung wird ein Landessbirektor bestellt, welcher von dem Provinzialausschusse auf mindestens sechs dis höchstens zwölf Jahr zu wählen ist und der Bestätigung des Königs besdarf. Der Landesdirektor vertritt den provinzials

^{*)} H.-N. §. 69.

ftändischen Berband nach außen in allen Ungelegensheiten, insbesondere auch da, wo die Gesetze eine Spezialvollmacht verlangen. Er ist der Dienstworzgesetzt fämmtlicher Provinzialbeamten.

 Verordnung, betreffend die Berwaltung des provinzialständischen Berbandes der Provinz Posen vom 5. November 1889. (G.S. S. 177.)

II. Don den Provingialbeamten.

- 21. Der nach Artikel V. A. Ziffer 2 zur Wahrsnehmung der laufenden Geschäfte der provinzialständischen Verwaltung zu bestellende Landesdirektor ift auf zwölf Jahre zu wählen.
- 22. Für den Fall einer Behinderung des Landesdirektors, sowie im Falle der Erledigung der Stelle desselben bestellt der Provinzialausschuß einen Stellvertreter dis zur Aufnahme der Geschäfte durch den Landesdirektor, beziehungsweise dis zum Einstritt einer kommisarischen Verwaltung nach Maßzgabe des Artikels V. A. Zisser 3 des Gesetzes (v. 19. V. 1889. Siehe Zusat).

Der vom Provinzialausschusse bestellte Stellvertreter des Landesdirektors bedarf der Bestätigung des Ministers des Innern und ist, ebenso wie der kommissarische Stellvertreter, auch zur Stellvertretung des Landesdirektors in dessen Sigenschaft als Mitzglied des Provinzialausschusses berusen.

Zusat: Geset vom 19. Mai 1889 Artikel V. A. Nr. 3.

- Abs. 1. Wird in den Fällen zu (Rr.) 2 die Bestätigung versagt, so schreitet der Proposizialausschuß zu einer neuen Wahl. Wird auch diese Wahl nicht bestätigt, so kann der Minister des Innern die kommissarische Berwaltung der Stelle auf Kosten des provinzialständischen Verbandes ansordnen. Dasselbe sindet statt, wenn der Provinzialausschuß die Wahl verweigert oder den nach der ersten Wahl nicht Bestätigten wiederwählt.
- Abs. 3. Die kommissarische Berwaltung dauert so lange, bis die Wahl des Provinzialausschusses, deren wiederholte Bornahme jederzeit zuslässig ist, die Bestätigung erlangt hat
- **3. v. 5. November 1889.** §. 23. Der Landessbirektor wird von dem Oberpräsidenten in sein Amt eingeführt und vereidigt.
- 24. Der Landesdirektor führt unter der Aufsicht bes Provinzialausschusses die laufenden Geschäfte der kommunalen Provinzialverwaltung. Er bereitet die Beschlüsse des Provinzialausschusses vor und trägt für die Ausführung derselben Sorge.

Er ift nach Art. V. A. Ziffer 2 bes Gesetzes ber Dienstvorgesetze sämmtlicher Provinzialbeamten und vertritt, gemäß jener Bestimmung, den Provinzialsverband nach Außen in allen Angelegenheiten, insebesondere auch da, wo die Gesetze eine Spezialvolls

macht verlangen. Er verhandelt Namens des Provinzialverbandes mit Behörden und Privatperssonen, führt den Schriftwechsel und zeichnet alle Schriftsticke.

27. Dem Landesdirektor werden zur Mitwirkung bei Erledigung der Geschäfte der provinzialskändischen Berwaltung zwei obere Beamte mit berathender Stimme zugeordnet, von denen der eine zum Kichtersamte oder zum höheren Berwaltungsdienste (Landessrath), der andere zu den höheren Staatsämtern im Baufache (Landesdaurath) befähigt sein muß. Auch können demselben, nach näherer Bestimmung eines Provinzialstatutes, für die Geschäfte der gesammten oder einzelner Zweige der provinzialständischen Berwaltung noch andere obere Beamte (Landesräthe) mit berathender Stimme zugeordnet werden.

Die Anstellung dieser Beamten erfolgt auf Lebensszeit. Sie werden von dem Landesdirektor in ihre Aemter eingeführt und vereidigt.

28. Die Stellen ber zur Wahrnehmung ber Büreau=, Kassen- und sonstigen Geschäfte ber kommunalen Provinzialverwaltung erforberlichen Besamten werden von dem Provinziallandtage nach Zahl, Diensteinnahme und Art der Besehung (auf Lebenszeit, auf Zeit, auf Kündigung) auf Vorschlag des Provinzialausschusses durch den Haushaltsetat bestimmt.

Die Besetzung bieser Stellen erfolgt burch ben Provinzialausschus. Die Beamten werben von bem



Landesbirektor in ihre Aemter eingeführt und vereibigt. Sie erhalten ihre Geschäftsinstruktionen von bem Brovinzialausschusse.

29. Ueber die an den einzelnen Provinzialinftituten und in der Provinzial-Chausses- und Wegeverwaltung anzustellenden Beamten, sowie über die Art der Anstellung derselben wird durch die für jene Institute und jenen Verwaltungszweig zu erlassenden Reglements bezw. die für dieselben sestzustellenden Etats bestimmt.

Bis zum Erlasse neuer Reglements bleiben bie bestehenben Reglements in Geltung.

- 30. Sämmtliche Provinzialbeamte haben bie Rechte und Pflichten mittelbarer Staatsbeamten. Die besonderen dienstlichen Verhältnisse berselben werden durch ein von dem Provinziallandtage zu erlassendes Reglement geordnet.
- 31. Hinsichtlich ber Besetzung ber Stellen von Provinzialbeamten mit Militärinvaliben gelten bie in Ansehung ber Stäbte erlassenen gesetzlichen Borschriften.

C. Besondere Bestimmungen für die Beamten der Bezirksverbande Caffel und Wiesbaden.

Heffen = Naffauische Provinzialordnung vom 8. Juni 1885 (G.S. S. 247).

69. Sämmtliche Beamte des Bezirksverbandes haben die Rechte und Pflichten mittelbarer Staatsbeamten. Die besonderen dienftlichen Verhältnisse berselben werden durch ein von dem Communallandtage zu erlassendes Reglement geordnet.

93. Abs. 3. Ingleichen bedarf das in §. 69 vorgeschriebene Reglement über die dienstlichen Berhältenisse der Beamten des Bezirksverbandes... der Genehmigung des Ministers des Innern in Betress der Grundsätze über die Anstellung, Entlassung und Penstionirung der Beamten.

D. Befondere Befimmungen für Beamte des Sauenburgifchen Communalverbandes.

Berordnung, betreffend die Bertretung des Lauensburgischen Landescommunalverbandes vom 24. August 1882. (G. S. S. 343).

- Art. V. Abs. 2. Jedoch verbleibt es bei ben Vorschriften bes §. 20 Abs. 2 bes Lauenburgischen Geseges vom 7. Dezember 1872 über die Ginrichtung ber ständischen Landesverwaltung (Offizielles Wochensblatt S. 325) bezüglich der Pensionirung, Wittwens 2c. Versorgung und Gewährung von Wartegelbern für die zur Zeit im Dienste des Landescommunalverbandes stehenden Beamten . . .
- Abs. 3. Desgleichen bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen über das Ersorderniß der Bestätigung des Direktors der Lauenburgischen Gelehrtenschule und der höheren Beamten,
 - Abs. 5. Die dienftlichen Berhältniffe ber Rreis=

beamten sind durch ein vom Kreistage zu erlassendes Reglement zu ordnen. Dieses, sowie die sonst für einzelne Berwaltungszweige und Einrichtungen zu erlassenden Reglements bedürfen der ministeriellen Genehmigung.

Busat zu Art. V d. Berordnung vom 24. August 1882. Lauenburgisches Gesetz vom 7. Dezember 1872 über bie Sinrichtung der ständischen Landesverwaltung. (Offizielles Wochenblatt S. 325.)

20 Abs. 2. Sämmtliche Landesbeamte haben die Rechte und Pflichten mittelbarer Staatsbeamten. Bezüglich der Pensionirung, Wittwenz 2c. Versorgung und Gewährung von Wartegeldern, sowie hinsichtlich der Disziplinarbesugnisse und Verpflichtungen sinden dis zu anderweitiger gesetzlicher Regelung diejenigen Bestimmungen Anwendung, welche vom 1. Januar 1873 für die Beamten im Staatsdienste im Allzgemeinen oder in den betreffenden Dienstzweigen in Geltung stehen. Dabei soll jede nach den Vorschriften des gegenwärtigen Gesetzs ersolgende lebenslängliche Unstellung im Landesdienst im Sinne des (Lauensburgischen) Pensionsgesetzs vom 24. Februar 1858 so angesehen werden, als wenn sie von Uns Allerhöchstselbst ersolgt wäre.*) Die besonderen dienstlichen

^{*)} Die Lauenburgischen Landescommunalbeamten sind bezüglich der Pensionirung und der Hinterbliebenenversorgung jett vollständig den Provinzialbeamten gleichgestellt.

Berhältnisse jedes Landesbeamten werden durch die vom Landschafts-Kollegium auszuführenden Bestallungen geregelt.

XII. Gemeindeforftbeamte.

(A.B.G. §§. 23, 1-7.)

Vorbemerkung.

Das Recht der Gemeindeforstbeamten ist in einer großen Anzahl von Spezialgesetzen enthalten, die nur lokales Interesse haben. Es ist hier nur insoweit mit angeführt worden, als es durch das Kommunalbeamtengeset abgeändert ist.

1. Für Stäbte.

B.G. §. 16 Abs. 2. Hinsichtlich ber Berwaltung ber Gemeindewalbungen bewendet es bei ben bestehenden Bestimmungen.

2. Für Landgemeinden

3.**G. §. 30** Abs. 2 wörtlich wie vorher §. 16 Abs. 2.

Anm. Brauchitsch, Verwaltungsgesetze, 15. Auflage, Bb. I, Anm. 41 zu Z.G. §. 16 Abs. 2, S. 244.

Bgl. für die öftlichen Provinzen G. über die Berwaltung der den Gemeinden gehörigen Holzungen vom 14. August 1876 (G.S. S. 373); für Hannover

B. vom 21. Oktober 1815, G. vom 10. Juli 1859 (Sann. G.S. S. 725), B. vom 30. Ottober 1860 (Sann. G.S. S. 164), Berwaltungsordnung vom 1. September 1830, hann. St.D. §. 119; für Beftfalen und die Rheinproping B., betreffend die Verwaltung der den Gemeinden 2c. gehörigen Forsten in Best= falen und der Rheinproving, vom 24. Dezember 1816 G.S. 1817 S. 57); für Kurheffen B. vom 30. Mai 1711 und vom 29. Juni 1821, Kurh. G.D. §. 68: für Raffau Gbitt vom 9. November 1816 (Naff. B. Bl. S. 166), Amtsverwaltungsgeset vom 24. Juni 1854 (Naff. B.Bl. S. 160) §. 9 Nr. 3 und 10, H.N. Rr.O. S. 116 Abf. 2; für bie vorm. Großh. Hff. Landestheile B. vom 16. Januar 1811 und vom 23. Dezember 1823; für bie vorm. Landgr. Sff. Landestheile &, betr. die Forstorganisation vom 6. Februar 1835 (Archiv S. 126); für die vorm. Banr. Landestheile Banr. Forftgefet vom 28. Mai 1825; für Frankfurt a. M. Kabinetsordre des Fürsten Brimas vom 7. Märg 1807, außerbem Gef. vom 12. Oftober 1897 (G.S. S. 411) betr. die Forstschutzbeamten ber Gemeinden zc. im Regierungsbegirte Wiesbaden mit Ausschluß des vormals Landgräflich Beffen-Bomburgifchen Gebietes und bes Stadtfreifes Frankfurt a M.; für Hohenzollern = Bechingen B. pom 14. Juni 1837 und 25. September 1848; für Hohenzollern-Sigmaringen B. vom 1. Mai 1822 und 5. Juli 1827. Für Schlesmig-holftein: L.G.D. vom 4. Juli 1892 §. 69 (G.S. S. 154). — Die Begrünsbung zu §. 31 bes Entwurfs vom 18. Dezember 1882 (A.H. Druck. Nr. 44) enthält eine gedrängte Darzstellung ber ben Gesetzen über die Berwaltung ber Gemeindewalbungen in den einzelnen Landestheilen zu Grunde liegenden Spsteme.

Bom Rommunalbeamtengefet (fiehe ben Text Seite 70 ff.) tommen jur Anwendung:

A. Für Foritbramte der Landgemeinden, Amtsverbande, Rwedverbande.

23, 1-7, 18. Für ländliche Forstbeamte in Mheinland und Westfalen tritt an Stelle des §. 18 Abs. 2 §. 6 B. vom 24. Dezember 1816. Außerdem richtet sich die Pensionirung dieser letzteren Forstbeamten gemäß K.B.G. §. 23 Nr. 3 nach den Borsschriften des K.B.G. §§. 12, 13, 15.

B. Für Forftbeamte ber rheinischen Burgermeiftereien unb ber weltfällichen Acmter.

23. 19. 1-7. 11-13. 15.

C. Für ftäbtifche und Rreisforftbeamte.

23, 1-7, 11-13, 15, 17; für Kreisforftbeamte außerbem noch §. 21.

Für ftädtische Forstbeamte in Rheinland und Westfalen tritt an Stelle bes K.B.G. §. 11 B. vom 24. Dezember 1816 S. 6. D. Für Forstbeamte bes Lanenburgiften Lanbestommunatverbandes sowie ber Begirtsberbände Caffel und Wiebbaben sowie ber Provingen

22. 1 - 7.

B. Unberührt bleiben:

(R.B.G. §. 23 Nr. 2.)

- 1, B. pom 24. Dezember 1816 (G.S. 1817 S. 57).
- 2. §. 15 Gef. vom 14. Auguft 1876 (G.S. S. 373).
- 3. Ges. vom 12. Oktober 1897 (G.S. S. 411) nachstehend abgedruckt.

A. Geftliche Provingen.

Städteordnung vom 30. Mai 1853 (G.S. S. 261).

55. Die in Bezug auf die Behandlung der Gemeindewaldungen für die einzelnen Landestheile erlassenen Gesetze und Bestimmungen bleiben in Kraft, dis ihre Abänderung in gesetzlichem Wege erfolgt sein wird.

Landgemeindeordnung vom 3. Juli 1891 (G.S. S. 233).

69 Abs. 2. Hinsichtlich ber Verwaltung der Gemeindewaldungen bewendet es bei den bestehenden Bestimmungen, im Besonderen dem Gesetze vom 14. August 1876¹) (G.S. S. 373).

¹⁾ Lettgenanntes Gefet ift auch für bie Stabte maggebenb.

Geset, betreffend die Berwaltung der den Gemeinden und öffentlichen Anstalten gehörigen Holzungen in den Provinzen Preußen, 1) Brandenburg, Pommern, Bosen. Schlesien und Sachsen.

Vom 14. August 1876.

1. Die Verwaltung der Holzungen der Gemeinden unterliegt der Oberaufsicht des Staates nach Maßgabe dieses Gesetzes.

Holzungen, welche sich in staatlicher Verwaltung befinden, werden von diesem Gesetz nicht berührt.

- 7. Die Eigenthümer ber im §. 1 Abs. 1 bezeichneten Holzungen sind verpflichtet, für ben Schutz und die Bewirthschaftung berselben durch genügend befähigte Personen ausreichende Fürsorge zu treffen.
- 10. Wenn ein Walbeigenthümer einer ihm nach § 7 dieses Gesets obliegenden Verpflichtung trot geschehener Aufsorderung nicht nachkommt, so ist der Regierungspräsident besugt, die zur Erfüllung der Verpflichtung erforderlichen Handlungen durch einen Oritten aussühren zu lassen, den Vetrag der Kosten vorläusig zu bestimmen und im Wege der Exekution von dem Verpflichteten einzuziehen.
 - 15. Dieses Gesetz tritt mit dem 1. Januar 1877 in Kraft. Alle demselben entgegenstehenden Bestimmungen, insbesondere die Berordnung vom 24. De-

¹⁾ Jest Oft- und Weftpreußen (Gef. bom 19. Marg 1877 G.S. S. 107).

. zember 1816, soweit fie für die Provinz Sachsen gilt, find von biesem Zeitpunkte ab aufgehoben.

Anm. Die Verordnung vom 24. Dezember 1816 (G.S. 1817 S. 57), welche nach §. 23 Nr. 2 des Kommunalbeamtengesetze im llebrigen durch letteres unberührt bleiben soll, bleibt aber auch nach Intrafttreten des Kommunalbeamtengesetzes für die Provinz Sachsen ausgehoben.

B. Weftliche Proningen (Abeinland und Weftfalen).

Rheinische St.D. vom 15. Mai 1856.

51. Bei Berwaltung ber Gemeindewalbungen find die Berordnung vom 24. Dezember 1816 und die in Gemäßheit derselben erlassenen Reglements zu beachten.

Rheinische Landgemeinbeordnung vom 23. Juli 1845.

99. Bei Bermaltung ber Walbungen find die Berordnung vom 24. Dezember 1816 und die in Gemäßheit berselben erlassenen oder noch zu erlassenden Reglements zu beachten.

Westfälische Städteordnung vom 19. März 1856.

54. Bei Berwaltung der Gemeindewalbungen find die Berordnung vom 24. Dezember 1816 und die in Gemäßheit derfelben erlaffenen und zu erslaffenden Reglements zu beachten.

Westfälische Landgemeindeordnung vom 19. März 1856.

55. (Wörtlich wie Weftfal. Städteordnung §. 54.)

Berordnung, die Berwaltung der den Gemeinden') gehörigen Forsten in den Provinzen Westfalen, Aleve, Berg und Nieder-Rhein betreffend.

Bom 24. Dezember 1816 (G.S. 1817 S. 57).
(Rleve, Berg und Riederrhein find jest zu einer Provinz, der Rheinprovinz vereinigt.)

3. Die Gemeinden find verpflichtet, die in ihrem Befit befindlichen Forftländereien

1. nach ben von bem Regierungspräsidenten genehmigten Etats zu bewirthschaften;

- 2. solche Bälber und beträchtliche Holzungen, die nach ihrer Beschaffenheit und Umfang zu einer forstmäßigen Bewirthschaftung geeignet sind, durch gehörig ausgebildete Forstbediente administriren zu lassen.
- 6. Ganz vorzüglich aber werden sie, mit hinssicht auf Dertlichkeit und die individuelle Beschaffensheit der Kommunals und Instituts-Walbungen, bestimmen, ob zu deren, dem im §. 4 angedeuteten Bwecke entsprechenden Bewirthschaftung die Anstellung eines eigenen Forstbedienten unumgänglich ersorderlich sei, oder ob solche ebenso gut und zweckmäßig durch die Gemeindeglieder ausgeführt oder nach den Wünsschen der Gemeinden und öffentlichen Anstalten gegen eine angemessen Kemuneration einem benachbarten

¹⁾ Bilt für Stadt- und Landgemeinden.

Königlichen Forstoffizianten übertragen werden könne. Wenn ber Regierungspräsident die Unnahme eines eigenen gehörig ausgebilbeten Forstbedienten nach ben Umftänden nothwendig findet, fo fteht ben Gemeinden und öffentlichen Unftalten die Wahl eines qualifizirten Sachverständigen zu. Sie haben aber babei porzugsweise auf die bisher schon angestellt gemefenen Forstbedienten, Die jur Berforgung beftimmten Subjette bes Jägertorps und die mit Berforgungsansprüchen entlaffenen freiwilligen Sager, wenn folde übrigens die erforderlichen Gigenschaften bagu besitzen, Rucksicht zu nehmen. Die gewählten Subjette find bem Regierungsprafibenten porzuftellen, welcher ihre Prüfung burch Sachverftändige zu peranstalten und sie, wenn sie tüchtig und geschickt befunden worden, als Kommunal= oder Inftitutsbeamte zu beftätigen hat, worauf folche in ben ihnen übertragenen Poften eingewiesen werben fönnen.

Anm. Durch die in §. 23 Nr. 2 des Kommunalbeamtengesetzes ausgesprochene Aufrechterhaltung der Berordnung vom 24. Dezember 1816 wird die Geltung des §. 11 al. 1 des Kommunalbeamtengesetzes für die städt ischen Forstbeamten in Rheinland und Westfalen zu Gunsten des undeschränkten Rechtes der Regierungspräsidenten auf zweckentsprechende Gehaltsregulirung ausgeschlossen. (Entsch. d. D.V.G. Bd. 27 S. 77.)

C. Mene Brouingen.

Berordnung, betr. Organisation ber Forstverwaltung in ben neu erworbenen Gebietstheilen, vom 4. Juli 1867 (G.S. S. 1129).

2. Bei den gesetslichen Bestimmungen, welche die Rechte und Pflichten der Gemeinden und öffentlichen Unstalten bezüglich der Wahl und Besoldung der Forstbeamten betreffen, behält es für jett sein Bewenden

Die hinsichtlich ber Anstellung von Anwärtern bes Jägerkorps im Forstschutzbienste für die älteren Provinzen maßgebenden Borschriften sollen jedoch auch in den neuen Landestheilen für sämmtliche Staats-, Gemeinde- und Institutsorsten zur Anwen- bung kommen.

1. Hannover.

Hannoversche Städteordnung vom 24. Juni 1858.

119 Abs. 5. Die weitere Bestimmung über die Oberaufsicht hinsichtlich der Gemeindeforsten bleibt der Provinzialgesetzgebung vorbehalten. Bis zu deren Erlaß bleiben die bisherigen Bestimmungen in Kraft.

Bekanntmachung des Hannoverschen Ministeriums des Innern, betreffend die Regelung der Verhält= nisse der Landgemeinden, vom 28. April 1859,

(Hann. G.S. S. 409).

15. Die Gemeinbeforsten und diejenigen Forsten von Genossenschaften, welche bisher als Gemeinbe-

forsten von der Behörde behandelt worden, sind bis auf Weiteres nach den bisherigen Grundsägen über die Einwirkung der Behörden zur Erhaltung des Bestandes auch serner zu behandeln.

Unm. Bergl. die Zusammenstellung der im Königreich Hannover geltenden Borschriften über die Verwaltung der Forsten, soweit sie nicht zum Königlichen Dominium und zum sätularisirten Klostergut gehören. Hannover bei Carl Weper 1860.

Siehe auch Begründung der Regierungsvorlage zum Zuständigkeitsgeseh A.G. 1882/83 Druckjachen Nr. 44 S. 48, 49.

2. Schleswig-Holftein.

Landgemeinbeordnung vom 4. Juli 1892, (G.S. S. 147).

69. Abs. 2. Hinsichtlich der Berwaltung der Gemeindewaldungen bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen.

(Es find feine gefeglichen Beftimmungen er= gangen.)

3. Regierungsbezirk Wiesbaden ausschließlich des vormals Landgräflich Hessen-Homburgischen Gebietes und des Stadtkreises Wiesbaden.

Gefetz, betreffend die Forstschutzbeamten der Gemeinden im Regierungsbezirke Wiesbaden mit Ausschluß des vormals Landgräflich Gessen-Somburgischen Gebietes und bes Stadtkreises Frankfurt a. M. Bom 12. Oktober 18971) (G.S. S. 411).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landtages Unserer Monarchie, für den Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausschluß des vormals Landgräslich Hessen-Homburgischen Gebietes und des Stadtkreises Frankfurt a. M., was folgt:

- 1. Die Gemeinden und öffentlichen Anstalten sind verpflichtet, für den Schutz ihrer Waldungen durch genügend befähigte Personen ausreichende Fürsorge zu treffen.
- 2. Diejenigen Gemeinden und öffentlichen Anftalten, deren Waldungen zu klein zur Anstellung eines eigenen Forstschutzbeamten sind, haben sich, soweit die örtlichen Verhältnisse nicht entgegenstehen, mit anderen Wald besitzenden Gemeinden und öffentslichen Anstellung eines Forstschutzbeamten zu vereinigen.

Falls über die Bildung gemeinschaftlicher Schutsbezirke eine Berständigung unter den Betheiligten nicht erzielt wird, entscheidet der Regierungspräsident nach Anhörung des Kreisausschusses, wenn mehrere

¹⁾ Reben diesem Gesetze, welches nach §. 23 Rr. 2 bes Kommunalbeamtengesetzes unberührt bleibt, gelten nur die §§. 1—7 des Kommunalbeamtengesetzes.

forsten von der Behörde behandelt worden, sind bis auf Weiteres nach den bisherigen Grundsägen über die Einwirkung der Behörden zur Erhaltung des Bestandes auch serner zu behandeln.

Unm. Bergl. die Zusammenstellung der im Königreich Hannover geltenden Vorschriften über die Verwaltung der Forsten, soweit sie nicht zum Königlichen Dominium und zum säkularisirten Klostergut gehören. Hannover bei Carl Weher 1860.

Siehe auch Begründung der Regierungsvorlage zum Zuftändigkeitsgeset A.G. 1882/83 Drucksachen Ar. 44 S. 48, 49.

2. Schleswig-Bolftein.

Landgemeindeordnung vom 4. Juli 1892, (G.S. S. 147).

69. Abs. 2. Hinsichtlich der Berwaltung der Gemeindewalbungen bewendet es bei den bisherigen Bestimmungen.

(Es find teine gefeglichen Bestimmungen ers gangen.)

3. Regierungsbezirk Wiesbaden ausschließlich des vormals Landgräflich Hessen-Homburgischen Gebietes und des Stadtkreises Wiesbaden.

Gefet, betreffend die Forftschutzbeamten der Gemeinden im Regierungsbezirke Wiesbaden mit Ausschluß des vormals Landgräflich Gessen-Homburgischen Gebietes und bes Stadtfreises Frankfurt a. M. Bom 12. Oktober 18971) (G.S. S. 411).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaben König von Preußen 2c.

verordnen, mit Zustimmung beider Häuser des Landstages Unserer Monarchie, für den Regierungsbezirf Wiesbaden mit Ausschluß des vormals Landgräflich Hessensburgischen Gebietes und des Stadtkreises Frankfurt a. M., was folgt:

- 1. Die Gemeinden und öffentlichen Anstalten find verpflichtet, für den Schutz ihrer Waldungen durch genügend befähigte Personen ausreichende Fürsorge zu treffen.
- 2. Diejenigen Gemeinden und öffentlichen Anstralten, deren Waldungen zu klein zur Anstellung eines eigenen Forstschutzbeamten sind, haben sich, soweit die örtlichen Verhältnisse nicht entgegenstehen, mit anderen Wald besitzenden Gemeinden und öffentslichen Anstalten zur gemeinschaftlichen Anstellung eines Forstschutzbeamten zu vereinigen.

Falls über die Bilbung gemeinschaftlicher Schutsbezirke eine Verständigung unter den Betheiligten nicht erzielt wird, entscheidet der Regierungspräsident nach Anhörung des Kreisausschusses, wenn mehrere

¹⁾ Neben diesem Gesetze, welches nach §. 23 Nr. 2 Des Kommunasbeamtengesetzes unberührt bleibt, gelten nur Die §§. 1—7 des Kommunasbeamtengesetzes.

Der Regierungspräfibent kann verlangen, daß angemessene Besoldungsbeträge bewilligt werden, und im Falle der Weigerung die Eintragung des Betrages in den Haushalts-Stat verfügen. Gegen diese Bersfügung steht den betheiligten Gemeinden und Anstalten die Klage beim Oberverwaltungsgerichte offen.

Die Besoldung gemeinschaftlicher Beamten (§. 2) ist von den Waldbesitzern Mangels anderweiter Bereeinbarung nach Maßgabe der Fläche der betheiligten Waldungen aufzubringen.

7. Die auf Lebenszeit angestellten Forstschutzbeamten erhalten bei eintretender Dienstunfähigkeit Pension nach den für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Grundsätzen.

Bei ber Berechnung der Dienstzeit zwecks Festsetzung der Pension kommt auch die Zeit in Unsrechnung, während welcher der zu pensionirende Forstschutzbeamte als solcher bei anderen Gemeinden oder öffentlichen Anstalten innerhalb des Geltungssbereichs dieses Gesetzes angestellt gewesen ist.

- 8. Die Pension fällt fort ober ruht insoweit, als der Bensionirte durch anderweite Anstellung im Staats-, Gemeinde- ober Anstaltsdienste ein Einskommen ober eine neue Pension erwirdt, welche mit Zurechnung der ersten Pension sein früheres Ginskommen übersteigen.
- 9. Die Bittwen und Baisen der auf Lebens= git angestellten Forstschutzbeamten erhalten Bittwen=

und Waisengeld nach ben für die Wittwen und Waisen ber unmittelbaren Staatsbeamten geltenben Borschriften unter Zugrundelegung des von dem Beamten im Augenblicke des Todes erdienten Pensionsbetrages.

10. Ueber streitige Pensionsansprüche der Forstsichusbeamten, sowie über streitige Ansprüche der Hinterbliebenen dieser Beamten beschließt, wenn Stadtgemeinden betheiligt sind, der Bezirksausschuß, in allen anderen Fällen der Kreisausschuß und zwar soweit sich der Beschluß darauf erstreckt, welcher Theil des Diensteinkommens dei Feststellung der Pensionsansprüche als Besoldung anzusehen ist, vorbehaltlich der den Betheiligten gegen einander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitversahren, im llebrigen vorbehaltlich des ordentlichen Kechtsweges.

Der Beschluß ist vorläufig vollstreckar.

11. Ueber die Thatsache der Dienstunfähigkeit ist entstehendenfalls in dem bezüglich der Entsernung aus dem Amte vorgeschriebenen Bersahren Entscheidung zu treffen, und zwar, wenn Stadtgemeinden betheiligt sind, gemäß §. 91 Absach 1 Nr. 2 der Städteordnung für die Provinz Hessen Nassau vom 4. August 1897 (Gesex-Samml. S. 254), in allen anderen Fällen gemäß §. 115 Nr. 3 der Landsgemeindeordnung sür die Provinz Hessen-Nassau vom 4. August 1897 (Gesex-Samml. S. 301).*)

^{*)} Siehe unter XVI. Disziplinarverhältniffe.

12. Sämmtliche Gemeinden und öffentlichen Anstalten, welche für ihre Waldungen nach den vorstehenden Bestimmungen pensionsberechtigte Schutzbeamte angestellt haben, werden zu einem Kassenwerbande vereinigt, welchem es obliegt, den in Ruhestand versetzen Forstschutzbeamten und den hinterbliebenen von Forstschutzbeamten die ihnen zustehenden Pensionen und Wittwen= und Waisengelder zu zahlen.

Gehören zu einem gemeinschaftlichen Schutzbezirke fiskalische Waldgrundstücke, so hat der Forstfiskus für diese Flächen dem Kassenverbande beizutreten.

Die zur Beftreitung der Zahlungen von Penfionen und Wittwen- und Waisengelbern erforderlichen Beiträge werden von den zum Verbande gehörigen Waldeigenthümern nach Verhältniß des jeweiligen pensionsberechtigten Diensteinkommens aufgebracht.

Die Beiträge werden von dem Vorstande des Kassenverbandes sestgesett.

Gegen den Feststellungsbeschluß findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß statt.

Im liebrigen werden die Verhältnisse der Kasse durch ein nach Anhörung des Kommunallandtages des Regierungsbezirkes Wiesbaden von dem Misnister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

13. Bon ber Errichtung bes Raffenverbanbes

- (§. 12) kann abgesehen werden, so lange die auf Grund des Beschlusses des Kommunallandtages vom 18. April 1896 und der landesherrlichen Genehmigung vom 12. Juli 1896 begründeten Ruhegehaltskasse und Wittwen= und Waisenkasse für die Kommunal-beamten des Regierungsbezirkes Wiesdaden bestehen und die Zahlung der nach diesem Gesetze an Forstschutzbeamte und deren hinterbliedene zu gewährenden Pensionen und Wittwen= und Waisengelder übernehmen.
- 14. Denjenigen Gemeinden, welche anderweit ausreichend für die Pensionirung ihrer Forstschutzbeamten und die Versorgung von deren Wittwen und Waisen gesorgt haben, kann von dem Regierungspräsidenten das Fernbleiben von dem Kassenverbande oder der Wiederaustritt aus demselben gestattet werden, sosen dadurch die Interessen des Kassenverbandes nicht verletzt werden.
- 15. Die beim Inkrafttreten bieses Gesetzes bereits seit länger als Jahresfrift in berselben Stellung befindlichen Forstschutzbeamten, deren Gesammtjahreszeinkommen sich einschließlich der Nebeneinnahmen auf mindestens 400 Mark beläuft, sind, salls sie nicht ausdrücklich darauf verzichten, als lebenslänglich angestellt anzusehen.
- 16. Dieses Geset tritt mit bem 1. Upril 1898 in Rraft. Gleichzeitig werden die entgegenstehenben Beftimmungen aufgehoben.

Urkundlich unter Unserer Höchsteigenhändigen Unterschrift und beigebrucktem Königlichen Insiegel. Gegeben Hubertusstock, den 12. Oktober 1897.

D. Gemeinbe-Feld- und : Forfthüter.

Feld- und Forstpolizeigeset vom 1. April 1880 (G.S. S. 230).

Felbhüter (Forsthüter) im Sinne dieses Gesetzes sind die von einer Stadtgemeinde, von einer Landsgemeinde für den Felbschutz (Forstschutz) ansgestellten Personen.

Die Anstellung der Feldhüter (Forsthüter) bedarf der Bestätigung nach den für Polizeibeamte gegebenen Borschriften¹) und soweit solche nicht bestehen der Bestätigung des Landraths.

(Außerdem A.B.G. §§. 1-7.)

XIII. Penfionswesen.

(A.B.G. §§. 12, 13, 14.)

Dertel, Städteordnung 3. Auflage 1900, S. 525 ff.

Borbemerkung.

Dasselbe gesetliche Pensionsrecht, wie bie unmittelbaren Staatsbeamten haben

¹⁾ Siehe Zusat ju R.B.G. §. 11 Abj. 2 Seite 77, 78.

- 1. die städtischen Beamten (K.B.G. §. 12 Abs. 1) mit Ausnahme der Magistratsmitglieder. Für lestere gilt K.B.G. §. 14;
- 2. die Beamten der rheinischen Landbürgermeistereien, der westsällschen Aemter, sowie die Gemeindeeinnehmer dieser Provinzen (A.B.G. §. 19). Auch die besoldeten Landgemeindebeamten in der Provinz Hessen-Aassau (H.-N.L.G.D. §§. 85—87, A.B.G. §. 25 Nr. 2);
- 3. die Kreiscommunalbeamten (R.B.G. §. 21);
- 4. die Forstbeamten der Landgemeinden der Rheinsprovinz und der Provinz Westsalen.

Für die Penfionirung der ländlichen Forstbeamten der Rheinprovinz und von Westfalen gilt lediglich K.B.G. §. 28 Nr. 3, wodurch das Geseth

betreffend die Penfionsberechtigung der Gemeindeforstbeamten in der Rheinprovinz vom 11. September 1865 (G.S. S. 989)

und bas Befet

betreffend die Abanderung einiger Bestimmungen wegen der Pensionirung der Gemeinbebeamten in den Landgemeinden der Rheinprovinz vom 21. Juli 1891 (G.S. S. 330) ausgehoben sind.

Un ihre Stelle find getreten

R.B.G. 88. 12, 13, 15.

Die städtischen Forstbeamten dieser Provinzen sallen unter Rr. 1.

5. Die Forstschutzbeamten der Gemeinden im Regierungsbezirk Wiesbaden mit Ausschluß des vormals Hespen-Homburgischen Gebietes und des Stadtkreises Frankfurt am Main. Ges. v. 12. Ok. 1897 §. 7 (G.S. S. 411)

Außerbem ift

- 6. ben Beamten ber Provinzialverbände, ber Bezirksverbände Cassel und Wiesbaden, sewie bes Lauenburgischen Landescommunalverbandes burch besondere Reglements dieselbe Pensionsberechtigung wie den unmittelbaren Staatsbeamten verliehen.
- 7. Fakultativ kann bie Benfionsberechtigung eins geführt werden durch Beschluß bes Kreisaussichuffes für die Beamten
 - a) der Landgemeinden,
 - b) der Amtsbezirte,
 - c) ber Zwedverbande.

R.B.G. S. 18 Abs. 2 und 4.

I. Benfionirung ber Magiftratsmitglieber.

R.B.G. S. 14 Abs. 1

Betreffs ber Pensionirung ber Mitglieber bes kollegialischen Gemeinbevorstandes (Magistrats), sowie in Städten ohne kollegialischen Gemeinbevorstand ber Bürgermeister und beren Stellvertreter seweite Bürgermeister, Beigeordnete), bewendet es bei

den bestehenden Bestimmungen*) mit der Aenderung, daß die Pension vom vollendeten zwölften Dienstsjahre ab bis zum vierundzwanzigsten Dienstjahre alijährlich um 1/00 steigt.

A. Deftliche und Weftfälifche Städteordnung.

65 Abs. 1. Den (nicht auf Lebenszeit angestellten [Westf. St.D.]) Bürgermeistern und den besoldeten Mitgliedern des Wagistrats sind, sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses (3.G. §. 16 Abs. 3, für Berlin des Oberpräsidenten L.B.G. §. 43 Abs. 3) eine Vereindarung wegen der Pension getroffen ist, bei eintretender Dienstunsähigkeit, oder wenn sie nach abgelausener Wahlperiode nicht wieder gewählt werden, solgende Pensionen zu gewähren:

1/4 bes Gehalts nach 6 jähriger Dienstzeit,

1/2 bes Gehalts nach 12 jähriger Dienftzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierunds zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um 1/60. (K.B.G. §. 14 Abs. 1.)

Abs. 4. Die Pension fällt fort, oder ruht inssoweit, als der Pensionirte durch anderweitige Anstellung im Staatss oder Gemeindedienste ein Ginskommen oder eine neue Pension erwirdt, welche mit

^{*)} Gilt nicht für den Bereich der Hannoverschen Städteordnung. Siehe weiter unter G (Besondere Bestimmungen für Hannover).

Burechnung ber ersten Penfion fein früheres Gin- tommen übersteigen.

Streitige Pensionsansprüche ber Mas gistratsmitglieber werben nach K.B.G. §. 7 Abs. 1 erledigt. (Seite 74.)

B. Rheinifche Stäbteorbnung.

59 Ubs. 1. Den nicht auf Lebenszeit angestellten Bürgermeistern und besolbeten Beigeordneten sind, sofern nicht mit Genehmigung des Bezirks-ausschuffes (3.G. §. 16 Abs. 3) eine Bereinbarung wegen der Pension getroffen ist, bei eintretender Dienstunfähigkeit, oder wenn sie nach abgelausener Dienstperiode nicht wieder bestellt werden, folgende Pensionen zu gewähren:

ein Biertel bes Gehalts nach sechsjähriger Dienstzeit,

die Hälfte des Gehalts nach zwölfjähriger Dienstzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierunds zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um ½00. (K.B.G. §. 14 Abs. · 1.)

Abs. 4. Die Pension fällt fort ober ruht insoweit, als der Pensionirte durch anderweitige Unstellung im Staats- oder Gemeindedienste ein Ginkommen oder eine neue Pension erwirdt, welche, mit Burechnung der erften Benfion, fein früheres Gintommen überfteigen.

Streitige Benfionsanfprüche bes Bürs germeifters und ber Beigeordneten werden gemäß R.B.G. §. 7 Abf. 1 behandelt. (Seite 74.)

C. Schlesmig-Bolfteiniffte Städtearbnung.

78 Abf. 1. Den auf eine bestimmte Amtsperiode angestellten Bürgermeistern und besoldeten Witgliedern des Magistrats sind, sosen nicht mit Genehmig ung des Bezirksausschuffes (3.G. §. 16 Abs. 3) eine besondere Pereinbarung wegen der Pension getroffen ist, bei eintretender Dienstunfähigkeit, oder wenn sie nach abgelausener Wahlperiode nicht wieder gewählt, beziehungsweise die Bürgermeister und Beigeordneten nicht wieder bestätigt werden, folgende Pensionen zu gewähren:

1/4 bes Behalts nach 6 jähriger Dienstzeit,

1/2 bes Gehalts nach 12 jähriger Dienstzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierundz zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um 1/60. (R.B.G. §. 14 Abs. 1.)

Abs. 2. Als penfionsfähiges Gehalt werden nur die fixirten Besoldungsbeträge, einschließlich etwaiger Naturalgenüffe und fester persönlicher Gehaltszulagen, nicht aber Entschädigungen für Dienstunkoften, steigende und fallende Dienstemolumente für besondere Amtsverrichtungen, oder sonstige ledigs lich accidentielle Dienstgenüsse gerechnet.

Abs. 5. Die Pension fällt fort ober ruht insomeit, als der Bensionirte durch anderweite Beschäftigung ober Anstellung im Staats- ober Gemeindebienste ein Einkommen ober eine neue Pension erwirbt, welche mit Jurechnung der ersten Pension sein früheres Einkommen übersteigen.

Streitige Pensionsansprüche der Mas gistratsmitglieder fallen unter R.B.G. §. 7 Abs. 1. (Seite 74.)

D. Frantfurter Gemeinbeberfaffungsgefes.

72. Den Bürgermeistern und den besoldeten Magistratsmitgliedern sind, sofern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschufses (3.G. §. 16 Uhs. 3) eine Bereinbarung wegen der Pension getroffen ist, bei eintretender Dienstunfähigkeit oder wenn sie nach abgelaufener Amtsperiode nicht wiederzewählt, beziehungsweise die Bürgermeister nicht wieder ernannt oder nicht wieder bestätigt werden, solgende Pensionen zu gewähren:

1/4 bes Gehalts nach 6 jähriger Dienftzeit,

1/2 bes Gehalts nach 12 jähriger Dienstzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierundz zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um 1/00. (R.B.G. §. 14 Abs. 1.)

Die Benfion fällt fort ober ruht insoweit, als ber Penfionirte durch anderweitige Unstellung im Staats- ober Gemeindedienst ein Ginkommen oder eine neue Pension erwirbt, welche mit Zurechnung ber ersten Pension sein früheres Ginkommen übersteigen.

Streitige Pensionsansprüche ber Bürgers meister und Magistratsmitglieder werden nach R.B.G. §. 7 Abs. 1 behandelt. (Seite 74.)

B. Seffen-Raffauifde Stäbteorbunng.

70. Den besolbeten Bürgermeistern, Beigeordneten und übrigen Mitgliedern des Magistrats sind,
sosern nicht mit Genehmigung des Bezirksausschusses
eine Bereinbarung wegen der Pension getroffen ist,
bei eintretender Dienstunfähigkeit, oder wenn sie nach
abgelausener Bahlperiode nicht wieder gewählt
werden, folgende Pensionen zu gewähren:

ein Biertel ber Befoldung nach fechsjähriger Dienstzeit,

die Hälfte der Besoldung nach zwölfjähriger Dienstzeit.

Die Pension steigt vom vollendeten zwölften Dienstjahre ab bis zum vierund= zwanzigsten Dienstjahre alljährlich um 1/60. (K.B.G. §. 14 Abs. 1.)

72. Die Pension fällt fort, ober ruht insoweit, als der Pensionirte durch anderweitige Anstellung im Staats= oder Gemeindedienste ein Einkommen oder eine neue Penfion erwirbt, welche mit Burechnung der erften Penfion fein früheres Gintommen überfteigen.

74. Betrifft Berjolgung der Pensionsansprüche 2c. Ersett durch A.B.G. S. 7 Abs. 1. (Seite 74.)

P. Befonbere Beftimmungen für hannsber.

A.B.G. S. 14 Abs. 2.

In der Provinz Hannover findet, unter entsprechender Aufhebung der Borschrift des §. 64 Abf. 2 der revidirten Städteordnung vom 24. Juni 1858 (Hannoversche Gesetziammlung S. 141), auch auf die im Absat 1 gedachten Beamten (Magistratsmitglieder) die Berechnung der Pension nach Maßgabe des §. 8 des Gesetze vom 31. März 1882, betreffend die Abänderung des Pensionsgesches vom 27. März 1872 (Gesetzsammlung 1882 S. 133), Anwendung.

Bannoveriche Stäbteordnung.

- 64 Abs. 1. Werben besolbete Mitglieder des Magistrats nach §. 44 (H.St.D.) in Ruhestand verssetzt, so erhalten sie, wenn ihre Dienstzeit eine zwölfzjährige war, die Hälfte, wenn sie eine vierundzwanzigzjährige war, zwei Dritttheile der Diensteinnahme auß der Stadtkasse als Ruhegehalt.
- Abs. 2. Im Uebrigen kommen hinsichtlich der Penfionirung von besoldeten Magistratsmitgliedern wie für Königliche Diener durch das Geset über die

Berhältniffe ber Königlichen Diener festgestellten Beftimmungen in Anwendung.

Abs. 3. Das gänzliche ober theilweise Aufhören bes Ruhegehalts richtet sich nach benfelben Borschriften.

Zusatz zu H.St.D. §. 64 Abs. 1.

H. St.O. §. 44. Die Mitglieber des Magistrats werden auf Lebenszeit gewählt. Jedoch können diefelben auch wider ihren Willen nach Ablauf von je zwölf Jahren nach der Wahl auf Antrag des Magistrats und der Bürgervorsteher vom Minister des Innern in den Ruhestand versetzt werden.

Diefer Antrag erforbert, wenn er sich auf ein besolbetes Magistratsmitglied bezieht, ben übereinstimmenden Beschluß des Magistrats und der Bürgersvorsteher; wogegen hinsichtlich der unbesoldeten Magistratsmitglieder bei etwa eintretender Meinungsverschiedenheit beider Kollegien das im §. 107 (H.St.D.) bezeichnete Versahren Anwendung sindet.

Das Maß des den Magistratsmitgliedern in solchem Falle zu bewilligenden Ruhegehalts ist nach Maßgabe des §. 64 (H.St.O.) zu bestimmen.

H.St.O. §. 107. Die Berathung in den Bersfammlungen des Magistrats und der Bürgervorsteher erfolgen gemeinschaftlich.

Jeboch kann vor ber Abstimmung auf Unordnung bes Borsigenben, ober auf Antrag bes Bortführers, ober auf einen von zwei andern Bürgervorstehern unterstützten Antrag eines Bürgervorstehers eine abgesonderte Berathung des Magistrats und der Bürgervorsteher eintreten.

Die Abstimmung ist eine abgesonderte. Zunächst erfolgt die Abstimmung der Bürgervorsteher und sodann die des Magistrats.

Bei Gleichheit ber Stimmen unter ben Bürgers vorstehern entscheibet bie Stimme bes Wortführers.

Ift ber Beschluß bes Magistrats abweichend von bem der Bürgervorsteher und eine Einigung auch durch eine weitere, jedoch nicht an demselben Tage vorzunehmende Berhandlung nicht zu erreichen, so tritt Beschlußfassung des Bezirksausschusses, so tritt Beschlußfassung des von den Bürgervorstehern beantragt wird und zugleich die Angelegenheit nicht auf sich beruhen bleiben kann (3.G. §. 17 Abs. 1). Der Magistrat ist verpslichtet, solche Entscheidung zu erwirken, wenn dies von den Bürgervorstehern beantragt wird, ober wenn die Angelegenheit nicht ruhen bleiben kann.

Vor Einholung ber Entscheidung des Bezirksausschusses kann sowohl von dem Magistrate, als von dem Bürgervorsteher-Kollegium zur Herbeiführung einer Berständigung die Einsehung einer gemeinschaftlichen Kommission verlangt werden. Zusat zu H.St.D. §. 64 Abs. 2.

Borbemerkung: Rur die Berechnung ber Benfion richtet sich nach §. 8 des Pensionsgesetzes in ber Fassung ber Novelle vom 31. März 1882.*) Die sonstigen Borschriften über Pensionirung sind in den §§. 64, 44 H.St.O. enthalten. §. 44 behandelt einen singulären Fall, §. 64 Abs. 2 verweist dagegen auf das

Hannoversche Gesetz über die Verhältnisse der Königlichen Diener vom 24. Juni 1858. (Hannov. Ges. S. 119.)

- 64. Die Versetung in Ruhestand mit Ruhegehalt (Pension) kann ersolgen, wenn ein Königlicher Diener wegen Altersschwäche ober anderer körperlicher ober geistiger Gebrechen seinen Dienstpslichten nicht mehr genügen kann, in welchem Falle nach §. 175 des Landesverfassungsgesetzes ein Anspruch auf Ruhegehalt stattsindet. (§. 175 des Hannov. Landesverfassungsgesetzes ist als Zusatzu. 70 H.St.D. weiter unten abgedruckt Seite 347.)
- 65. Dieselbe kann sowohl von Amtswegen, als auf Antrag des Königlichen Dieners erfolgen.
- 66. Die Dienstunfähigkeit muß durch ein gehörig zu begründendes Zeugniß der Borgesetzen, sowie geeignetenfalls durch ärztliche Bescheinigung dargethan sein. Auch muß der Königliche Diener,

^{*)} Siehe unter II Pensionirung der sonstigen städtischen Beamten. (Seite 348.)

wenn er die Pensionirung nicht beantragt hat, mit seinen etwaigen Einwendungen dagegen gehört werden, mit Ausnahme jedoch des in §. 102 vorgesehenen Falles.

- 102. (Betrifft Pensionirung berjenigen auf Wartegelb gesetzen Personen, die nach fünf Jahren nicht wieder angestellt werden) für Kommunalbeamte unpraktisch.
- H.St.O. §. 65. Die Zuordnung eines Hülfsarbeiters ftatt der Bersetzung in den Ruhestand kann jedoch nur unter Zustimmung der Bürgervorsteher verfügt werden.
- 66. Ferner wird die Dienstzeit, in Ermangelung einer entgegenstehenden Bereinbarung, nur von der Zeit an gerechnet, wo das Magistratsmitglied in den Dienst der Stadt getreten ist.
- 69 Abf. 1. Darüber, ob nach den gesetzlichen Bestimmungen eine Versetzung in den Ruhestand eintreten müsse, entscheibet, in Ermangelung eines Einverständnisses zwischen der Stadt und den Betheiligten der Minister des Innern. Die Pensionirung solcher städtischen Angestellten, welche zum Königlichen Dienste gehörige Geschäfte zu besorgen haben, kann von dem Könige beim Vorhandensein der gesetzlichen Bedingungen auch ohne den Antrag der Stadt oder der Betheiligten angeordnet werden, salls nicht der Wagistrat auf andere genügende Weise sür die Wahrnehmung der Geschäfte sorgt.

Abf. 2 ift meggefallen.

Anmerkung. Nach 3.6. §§. 20, 21 und Disziptinargeset vom: 21. Juli 1852 §. 95 Abs. 2 (siehe unter XVI Disziptinarverhättnisse) hat, wenn ein Beamter vor dem Zeitpunkte, mit welchem eine Pensionsberechtigung für ihn eingekreten sein würde, dienstunfähig geworden ist, der Bezirksaussichuß über die Thatsache der Dienstunfähigkeit in dem für die Entsernung aus dem Amte vorgesehenen Bersahren Entschein zu treffen. Im Uebrigen bleibt H.S. St. S. 69 maßgebend.

- 70. Entlassung ber Magistratsmitglieber auf beren Ansuchen (§§. 175 und 176 des Landessverfassungsgesetzes, beziehungsweise §. 43 dieses Gessetzes H.St.O. —) ertheilt der Magistrat nach Anshörung der Bürgervorsteher.
- (§. 43 h.St.D. betrifft nur die unbefolbeten Senatoren.)

Busa g zu H.St.D. §. 70. Hannov. Landessversassungsgeset vom 6. August 1840.

- 175. Diejenigen Königlichen Diener, welche wegen Altersschwäche, ober anderen körperlichen ober geistigen Gebrechen ihren Dienstpslichten nicht mehr Genüge leisten können, und baher in ben Ruhestand gesetzt werben müssen, sollen eine ihren Dienstjahren und ihrer Diensteinnahme angemessen Bension erhalten.
- 176. Keinem Königlichen Civilbiener foll bie nachgesuchte Entlaffung vom Amte verweigert werben.

wenn er die Pensionirung nicht beantragt hat, mit seinen etwaigen Einwendungen dagegen gehört werden, mit Ausnahme jedoch des in §. 102 vorgesehenen Falles.

- 102. (Betrifft Benfionirung berjenigen auf Wartegeld gesetzen Personen, die nach fünf Jahren nicht wieder angestellt werden) für Kommunalbeamte unpraktisch.
- S.St.C. §. 65. Die Zuordnung eines Sulfsarbeiters ftatt ber Bersetzung in den Ruhestand kann jedoch nur unter Zustimmung der Bürgervorsteher verfligt werben.
- 66. Ferner wird die Dienstzeit, in Ermangelung einer entgegenstehenden Bereinbarung, nur von der Zeit an gerechnet, wo das Magistratsmitglied in den Dienst der Stadt getreten ist.
- 669 Abf. 1. Darüber, ob nach den gesetzlichen Vestimmungen eine Versetzung in den Ruhestand eintreten mitse, entscheidet, in Ermangelung eines Einverständnisses zwischen der Stadt und den Bestheiligken der Minister des Innern. Die Penssionirung solcher städtischen Angestellten, welche zum Königlichen Dienste gehörige Geschäfte zu besorgen haben, kann von dem Könige beim Vorhandensein der geschlichen Bedingungen auch ohne den Antrag der Stadt oder der Betheiligten angeordnet werden, salls nicht der Magistrat auf andere genügende Beise sür die Bahrnehmung der Geschäfte sorgt.

Ubf. 2 ift meggefallen.

Anmerking. Nach 3.6. §§. 20, 21 und Disziptinargeset vom 21. Juli 1852 §. 95 Abs. 2 (siehe unter XVI Disziptinarverhältnisse) hat, wenn ein Beamter vor dem Zeitpunkte, mit welchem eine Pensionsberechtigung für ihn eingetreten sein würde, dienstunfähig geworden ist, der Bezirksausschuß über die Thatsack der Dienstunfähigkeit in dem für die Entsernung aus dem Amte vorgesehenen Berfahren Entscheidung zu treffen. Im Uebrigen bleibt H. Et S. §. 69 maßgebend.

- 70. Entlassung der Magistratsmitglieder auf beren Ansuchen (§§. 175 und 176 des Landessverfassungsgesetzes, beziehungsweise §. 43 dieses Gessetzes H.St.O. —) ertheilt der Magistrat nach Anshörung der Bürgervorsteher.
- (§. 43 S.St.D. betrifft nur die unbefolbeten Senatoren.)

Busa zu h.St.D. §. 70. Hannov. Landes= versassungsgesetz vom 6. August 1840. (Hannov. G.S. S. 141.)

175. Diejenigen Königlichen Diener, welche megen Altersschmäche, ober anderen körperlichen oder geiftigen Gebrechen ihren Dienstpflichten nicht mehr Genüge leisten können, und daher in den Ruhestand gesett werden müssen, sollen eine ihren Dienstjahren und ihrer Diensteinnahme angemessen Benfion erhalten.

176. Keinem Königlichen Civilbiener foll bie nachgesuchte Entlassung vom Amte verweigert werben.

der Novelle von 1882 auch auf mittelbare Staatsbeamte für anwendbar erklärt.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen mit Zustimmung beider Häuser bes Landtages Unserer Monarchie, was folgt:

1 Abf. 1. Jeber penfionsberechtigte Communalbeamte erhält eine lebenslängliche Penfion, wenn er nach einer Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren in Folge eines körperlichen Gebrechens ober wegen Schwäche seiner körperlichen ober geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspslichten dauernd unfähig ist, und deshalb in den Rubestand versetzt wird.

Abs. 2. Ist die Dienstunfähigkeit die Folge einer Krankheit, Verwundung oder sonstigen Beschädigung, welche der Beamte bei Ausübung des Dienstes oder aus Veranlassung desselben ohne eigene Verschuldung sich zugezogen hat, so tritt die Pensionssberechtigung auch bei kürzerer als zehnjähriger Dienstzeit ein.

Abs. 3 (in ber Fassung bes Art. I §. 1 Gcs. v. 31. März 1882 (G.S. S. 133) und mit den Aenderungen der §§. 12 Abs. 3, 21 des Communalbeamtenzesetzes). Eingetretene Dienstunfähigkeit ist nicht Borbedingung des Anspruchs auf Bension bei benjenigen städtischen Beamten, welche das fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben, sofern dies durch Orts= statut festgesett ist, bei denjenigen Kreis=

communalbeamten, welche das fünfunds jechzigfte Lebensjahr vollendet haben, jostern dies durch die, der Genehmigung des Bezirksausschuffes unterliegende Beschlußsfassung des Kreistages festgesett ift.

- 2. Die unter dem Borbehalte des Widerrufes oder der Kündigung angestellten Communalbeamten haben einen Anspruch auf Pension nach Maßgabe des §. 12 Abs. 1 des Communalbeamten=gesetzes*) und des vorstehenden §. 1.
 - 3-4 find auf Communalbeamte nicht anwendbar.
- 5 (K.B.G. §. 2 Abf. 2). Communalbeamte, beren Zeit und Kräfte durch die ihnen übertragenen Geschäfte nur nebenbei in Anspruch genommen, oder welche ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit oder für ein seiner Natur nach vorübergehendes Geschäft angenommen werden, erwerben keinen Anspruch auf Pension nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Darüber, ob eine Dienststellung eine solche ift, daß sie die Zeit und Kräfte eines Beamten nur nebenbei in Unspruch nimmt, entscheidet mit Ausschluß des Rechtsweges die dem Beamten vorgeschte Dienstbehörde (beziehungsweise die Aufsichtssbehörde).

Bergl. Anm. 1 zu K.B.G. §. 12 Abs. 1 unter XIII Bensionswesen II, 1 Seite 348.

^{*)} Geite 78.

- 6. Auf Communalbeamte nicht anwendbar.
- 7. Wird außer dem im zweiten Absate des §. 1 bezeichneten Falle ein Beamter vor Bollendung des zehnten Dienstjahres dienstunfähig und deshalb in dem Ruhestand versett, so kann demselben bei vorhandener Bedürftigkeit durch die zur Vertretung der betreffenden Communalverbände berechtigten Behörden eine Pension entweder auf bestimmte Zeit oder lebenslänglich bewilligt werden.

8. in ber Fassung bes Art. I Ges. v. 31. März 1882 (G.S. S. 133).

Die Pension beträgt, wenn die Versetzung in den Ruhestand nach vollendetem zehnten, jedoch vor vollendetem elsten Dienstjahre eintritt, ¹⁸/₆₀ und steigt von da ab mit jedem weiter zurückgelegten Dienstjahre um ¹/₆₀ des in den §§. 10 bis 12 bestimmten Diensteinkommens.

Ueber ben Betrag von 46/60 bieses Ginkommens hinaus findet eine Steigerung nicht ftatt.

In dem im §. 1 Absat 2 erwähnten Falle beträgt die Bension 15/80, in dem Falle des §. 7 höchstens 15/80 des porbezeichneten Diensteinkommens.

- 9. Bei jeder Pension werden überschießende Thalerbrüche auf volle Thaler*) abgerundet.
- 10. Der Berechnung ber Penfion wird bas von bem Beamten zulett bezogene gefammte Dienft-

^{*)} Die in der Reichswährung nach Mark berechneten Penfionsbetrage utilffen also durch drei theilbar fein.

einkommen, soweit es nicht zur Bestreitung von Repräsentations- ober Dienstauswandskosten gewährt wird, nach Maßgabe der folgenden näheren Bestimmungen zu Grunde gelegt.

- 1. Feststehende Dienstemolumente, namentlich freie Dienstwohnung, sowie die anstatt derselben gewährte Miethsentschädigung, Feuerungs- und Erleuchtungsmaterial, Naturalbezüge an Getreide, Wintersutter u. s. w., sowie der Ertrag von Dienstgrundstücken kommen nur insoweit zur Anrechenung, als deren Werth in den Besoldungsetats auf die Geldbesoldung des Beamten in Rechnung gestellt, oder zu einem bestimmten Geldbetrage als anrechnungsfähig bezeichnet ist.
- in ber Faffung bes Gefeges vom 30. April 1884 (G.S. S. 126).

Dienstemolumente, welche ihrer Natur nach steigenb und fallend sind, werden nach ben in ben Besoldungs-Stats oder sonst bei Verleihung bes Rechts auf diese Emolumente beshalb getroffenen Festsehungen und in Ermangelung solcher Festsehungen nach ihrem durchschnittlichen Betrage während der drei letzten Statsjahre vor dem Statsjahre, in welchem die Pension sestgest wird, zur Unrechnung gebracht.

3. Bloß zufällige Diensteinkunfte, wie widerrufliche Tantième, Commissionsgebühren, außerorbents

liche Remunerationen, Gratifikationen und bergleichen kommen nicht zur Berechnung.

- 4. (Auf Communalbeamte nicht anwendbar.)
- 5. Wenn das nach den Bestimmungen dieses Paragraphen ermittelte Einkommen eines Beamten insgesammt mehr als 12000 Mark beträgt, wird von dem überschießenden Betrag nur die Hälfte in Anrechnung gebracht.
 - 11. (Auf Communalbeamte nicht anwendbar.)

ur.

- 12. Das mit Nebenämtern ober Nebengeschäften | Nebenbundene Einkommen begründet nur dann einen Unspruch auf Bension, wenn eine etatsmäßige Stellstellen als Nebenamt bleibend verliehen ist.
- 13. Die Dienstzeit wird vom Tage der Akben leistung des Diensteides gerechnet. Kann jedoch eil Beamter nachweisen, daß seine Bereidigung erst nas dem Zeitpunkte seines Eintritts in den Communal dienst stattgefunden hat, so wird die Dienstzeit vinten diesem Zeitpunkte an gerechnet.

An Stelle ber §§. 14 und 15 tritt R.B.G. §. 12 Abs. 2.

(Siehe Geite 78.)

Anm. 1. Anrechnung ber Militärdienstzeit bei Mil anwärtern.

Militarpenfionsgesch vom 27. Juni der Fassung des Gesekes nom 22. Mai

Den im Civilitaatobienii, toole Juftitutene'

begiongstr

Maßgabe der Restimmungen in den §§. 48 ff. des Neichsbeamtengesets vom 31. März 1873 die Militärdienstzeit bei Ermittelung der Pension als pensionssähige Dienstzeit in Anrechnung gedracht, wenn und insoweit nach Landerrecht eine Anrechnung der Zeit stattsindet, welche im Eivildienst der Erlangung einer sesten, mit Anspruch oder Aussischt auf Bension verdundenen Anstellung verdracht wurde.

Landesrechtliche Bestimmungen, welche hinsichtlich der Anrechnung der Militärdienstzeit gunstiger find, bleiben

unberührt.

Für die Preußischen Communalbeamten ist die Milktärdienstzeit daher stets anzurechnen (Entsch. R.G. v. 27; Febr. 1896. Entsch. Civilsach. Bd. 37 S. 235).

Unm. 2. Unrechnung der Dienstzeit bei Beamten der Bürgermeistereien in der Rheinprovinz und der Aemter in der Provinz Westfalen, sowie der Gemeindeeinnehmer in beiden Provinzen.

K.B.G. §. 19 Mr. 2. (Siehe Seite 86.)

Ann. 3. Anrechnung der Dienstzeit bei den Forstamten der Landgemeinden in der Rheinprovinz und in x Provinz Westfalen.

R.B.G. §. 23 Mr. 3. (Siehe Seite 87.)

Mum. 4. Aurechnung der Dienstgeit bei den Forstmten der Gemeinden und öffentlichen Anstalten im
mit Aussichluß des bormals
ben Gebietes und des Studt-

er 1897 (S. Z. Z. 411.)

Den=

Gemeindeforftbeamte.

16 Absat 1 in ber Fassung bes Artikel I. Ges. v. 31. März 1882. (G.S. S. 133.)

Die Dienstzeit, welche vor ben Beginn bes einundzwanzigsten Lebensjahres fällt, bleibt außer Berechnung

Abs. 2. Rur die in die Dauer eines Krieges fallende und bei einem mobilen oder Ersatruppentheile abgeleistete Militärdienstzeit kommt ohne Rücksicht auf bas Lebensalter zur Anrechnung.

Abs. 3. Als Kriegszeit gilt in bieser Beziehung die Zeit vom Tage einer angeordneten Mobilmachung, auf welche ein Krieg folgt, bis zum Tage der Demobilsmachung.

17. Für jeben Feldzug, an welchem ein Beamter im Preußischen ober im Reichsheer ober in ber Preußischen ober Kaiserlichen Marine berart Theil genommen hat, daß er wirklich vor den Feind gekommen oder in dienstlicher Stellung den mobilen Truppen in daß Feld gefolgt ist, wird demselben zu ber wirklichen Dauer der Dienstzeit Ein Jahr zugerechnet.

Ob eine militärische Unternehmung in dieser Beziehung als ein Feldzug anzusehen ist, und inwiesern bei Kriegen von längerer Dauer mehrere Kriegsjahre in Anrechnung kommen sollen, dasür ist die nach §. 23 des Reichsgesetzes vom 27. Juni 1871 (Reichs-Gesehll. S. 275) in jedem Falle ergehende Bestimmung des Kaisers maßgebend. Für die Vergangenheit bewendet es bei den hierüber durch Königliche Erlasse gegebenen Borschriften.

18-19 betreffen Anrechnung der Dienstzeit. Auf Communalbeamte nicht anwendbar.

Siehe §. 14 (A.B.G. §. 12 Abs. 2) Seite 354.

20. Zum Erweise ber Dienstunfähigkeit eines seine Bersetung in den Auhestand nachsuchenden Beamten ist die Erklärung der demselben unmittelbar vorgesetzen Dienstbehörde ersorderlich, daß sie nach pflichtmäßigem Ermessen den Beamten für unfähig halte, seine Umtspflichten ferner zu erfüllen.

Inwieweit noch andere Beweismittel zu ersforbern, ober ber Erklärung ber unmittelbar vorsgesetten Behörde entgegen für ausreichend zu erachten sind, hängt von bem Ermessen ber Aufsichtssbehörde ab.

Vorbemertung zu §§. 21-23.

Die Uenderungen dieser §§. durch die Novelle vom 30. April 1884 (G.S S. 126) kommen für Communalbeamte nicht in Betracht.

21. Die Bestimmung darüber, ob und zu welchem Zeitpunkte der Antrag eines Communalbeamten auf Versetung in den Ruhestand stattzugeben ist, ersfolgt durch die Communalverwaltungsbehörde. 1)

¹⁾ Siehe unter XIV (Gnadenquartal und Gnaden-monate) 1 Ann. *).

Bei benjenigen Communalbeamten, welche burch ben König zu ihren Aemtern ernannt') worben find, ift bie Genehmigung bes Königs zu ihrer Berfekung in den Rubestand erforderlich.

- 22. Die Entscheidung darüber, ob und welche Benfion einem Communalbeamten bei feiner Berfenung in den Rubeftand zufteht, erfolgt durch bie Communalbehörden:*)
- *) 1. Landgemeinden: Gemeindevorfteher und Gemeindeausichug bezw. Gemeindeversammlung.

2. Amteverbande: Amtevorfteber und Amteveriammluna.

3. Weftfälische Aemter: Amtmann und Amteverfammluna.

4. Rhein. Burgermeiftereien: Burgermeifter und Bürgermeistereiversammlung.

5. 3medberbande: Berbandsvorfteber und Berbandsvertretuna.

- 6. Stabte: Magiftrat und Stadtverordnetenversammlung, bez. in Stadten ohne follegialifchen Gemeindeporftand, Burgermeifter und Stadtverordnetenperfammlung.

7. Kreise: nach bei besonberen Bestim-8. Begirtsverbande: nach ben befonberen Bestim-mungen ber betreffenben Benfionsreglements.

23 ift erset burch R.B.G. S. 7. (Seite 74.)

24. Die Versetung in den Ruhestand tritt. sofern nicht auf ben Untrag ober mit ausbrücklicher Ruftimmung bes Beamten ein früherer Reitpunkt

¹⁾ Siehe Seite 9 Unm. 1.

festgesetzt wird, mit dem Ablauf des Vierteljahres ein, welches auf den Monat folgt, in welchem dem Beamten die Entscheidung über seine Versetzung in den Ruhestand und die Höhe der ihm etwa zusstehenden Bension bekannt gemacht worden ist.

Wegen Zwangspenfionirung fiehe die Unmerkungen zu §. 95 Diszipl.-Gef. unter Nr. XVI (Disziplinarverhältniffe).

- 25. Die Pensionen werden monatlich im Boraus gezahlt.
- 26. Das Recht auf ben Bezug ber Penfion kann weber abgetreten noch verpfändet werben.

In Ansehung der Beschlagnahme der Pensionen bleiben die bestehenden Bestimmungen in Kraft. (Jest C.P.O. S. 850 Nr. 8. Siehe Seite 23.)

- 27. Das Recht auf ben Bezug ber Pension ruht:
- wenn ein Penfionär bas beutsche Indigenat verliert, bis zu etwaiger Wiedererlangung besfelben;
- 2. in ber Fassung bes R.B.G. §. 18. Wenn und so lange ein Pensionär im Staats ober Communaldienst ein Diensteinstommen ober eine neue Pension bezieht, insoweit als der Betrag des neuen Einstommens unter Hinzurechnung der zus vor erdienten Pension den Betrag des dem Beamten vor der Pensionirung bezogenen Diensteinkommens übersteigt.

Anm. zu §. 27. Abs. 1 gilt noch, obgleich er im §. 13 des Communalbeamtengesess nicht wiederholt ist. Derselben Ansicht Ledermann, Kommentar z. K.B.G. S. 85 Nr. 11 und Frehtag S. 87 I. sowie Kantz-Appelius Seite 141. Bergl. auch §. 19 Ges. v. 20. 5. 82 S. 384. Anderer Anderselbener im Berwaltungsarchiv Band 9 Heft 1, 1900, S. 70 oben.

28. Ein Penfionär, welcher in eine an sich zur Pension berechtigende Stellung des von ihm verlassenen Communaldienstes wieder eingetreten ist (§. 27 Nr. 2), erwirbt für den Fall des Zurücktretens in den Ruhestand den Anspruch auf Gewährung einer nach Maßgabe seiner nunmehrigen verlängerten Dienstzeit und des in der neuen Stellung bezogenen Diensteinkommens berechneten Pension nur dann, wenn die neu hinzutretende Dienstzeit wenigstens ein Jahr betragen hat.

Mit der Gewährung einer hiernach neu berechneten Penfion fällt bis auf Höhe des Betrages derfelben das Recht auf den Bezug der früher bezogenen Benfion hinweg.

Abf. 3 ift für Communalbeamte nicht anwendbar.

29. Die Einziehung, Kürzung ober Wiedergewährung der Pension auf Grund der Bestimmungen in den §§. 27 und 28 tritt mit dem Beginn deszjenigen Monats ein, welcher auf das, eine solche Beränderung nach sich ziehende Ereigniß folgt.

Im Falle vorübergehender Beschäftigung im Staats= ober Communalbienfte gegen Tage=

gelber ober eine anberweite Entschäbigung wird bie Benfion für die erften sechs Monate dieser Beschäftigung unverkürzt, dagegen vom siebenten Monate ab nur zu dem nach den vorstehenden Bestimmungen zulässigen Betrage gewährt.

- 30. In Ansehung der unfreiwilligen Bersetzung in den Ruhestand und des dabei stattsindenden Berschrens behält es bei den §§. 94 96 des Diszziplinargesetzes vom 21. Juli 1852 sein Bewenden. (Siehe unter Nr. XVI Disziplinarvershältnisse.)
- 31. Betrifft Sterbemonate. (Siehe unter XIV Gnabenquartal und Gnaben (Sterbe) monate. Seite 377 ff.
- 32. Ift bie nach Maßgabe bieses Gesetzs bemessene Pension geringer als die Pension, welche bem Beamten hätte gewährt werden müssen, wenn er am 31. März 1872 nach den bis dahin für ihn geltenden Bestimmungen pensionirt worden wäre, so wird biese letztere Pension an Stelle der ersteren bewilligt.')
 - 33—36. Auf Communalbeamte nicht anwendbar. 37 veraltet.
 - 38. Das gegenwärtige Gefet tritt mit bem

¹⁾ Diefelbe Bestimmung ist in Art. II der Novelle vom 31. März 1882 (Pensionirungstermin der 31. März 1882) und in Art. II der Novelle vom 1. März 1891 (Bensionirungstermin der 31. März 1891) enthalten.

der Rovelle von 1882 auch auf mittelbare Staatsbeamte für anwendbar erklärt.

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c. verordnen mit Zustimmung beider Häufer des Landtages Unserer Monarchie, was solgt:

- 1 Abs. 1. Jeder pensionsberechtigte Communalbeamte erhält eine lebenslängliche Benfion, wenn er nach einer Dienstzeit von wenigstens zehn Jahren in Folge eines förperlichen Gebrechens ober wegen Schwäche seiner körperlichen ober geistigen Kräfte zu der Erfüllung seiner Amtspflichten dauernd unfähig ift, und deshalb in den Ruhestand versett wird.
- Abs. 2. Ist die Dienstunfähigkeit die Folge einer Krankheit, Verwundung oder sonstigen Beschädigung, welche der Beamte bei Ausübung des Dienstes oder aus Veranlassung desselben ohne eigene Verschuldung sich zugezogen hat, so tritt die Pensionsberechtigung auch bei kürzerer als zehnjähriger Dienstzzeit ein.
- Abs. 3 (in ber Fassung bes Art. I §. 1 Gcs. v. 31. März 1882 (G.S. S. 133) und mit ben Aenderungen ber §§. 12 Abs. 3, 21 bes Communalbeamtenzesetzes). Eingetretene Dienstunfähigkeit ist nicht Borbedingung bes Anspruchs auf Bension bei benjenigen städtischen Beamten, welche bas fünfundsechzigste Lebensjahr vollendet haben, sofern dies durch Ortsestatut festgesett ist, bei denjenigen Kreise

:

ę:

communalbeamten, welche das fünfunds fechzigfte Lebensjahr vollendet haben, fosfern dies durch die, der Genehmigung des Bezirksausschusses unterliegende Beschlußsfassung des Kreistages festgesett ift.

- 2. Die unter dem Borbehalte des Widerrufes oder der Kündigung angestellten Communalbeamten haben einen Anspruch auf Pension nach Maßgabe des §. 12 Abs. 1 des Communalbeamtensgeses*) und des vorstehenden §. 1.
 - 3-4 find auf Communalbeamte nicht anwendbar.
- 5 (K.B.G. §. 2 Abf. 2). Communalbeamte, beren Zeit und Kräfte durch die ihnen übertragenen Geschäfte nur nebenbei in Anspruch genommen, ober welche ausdrücklich nur auf eine bestimmte Zeit ober für ein seiner Natur nach vorübergehendes Geschäft angenommen werden, erwerben keinen Anspruch auf Bension nach den Bestimmungen dieses Gesetzes.

Darüber, ob eine Dienststellung eine solche ift, daß sie die Zeit und Kräfte eines Beamten nur nebenbei in Unspruch nimmt, entscheidet mit Ausschluß des Rechtsweges die dem Beamten vorgesetzte Dienstbehörde (beziehungsweise die Aufsichtssbehörde).

Bergl. Anm. 1 zu K.B.G. §. 12 Abs. 1 unter XIII Bensionswesen II, 1 Seite 348.

^{*)} Geite 78.

- 1. März 1891 (Gesetz-Samml. S. 19) abgeändert ist. (Siehe XIII, II, 1 Pensionirung der städtischen Beamten, Seite 349 Anm. 1).
- 86. Die Penfion fällt fort ober ruht insoweit, als der Penfionirte durch anderweitige Anstellung im Staats= ober Gemeindedienste ein Ginkommen ober eine neue Pension erwirbt, welche mit Zurechenung der ersten Pension sein früheres Ginkommen übersteigen.
- 87. Die Wittwen und Waisen der besoldeten Bürgermeister, sowie derjenigen Gemeindebeamten, welche mit Pensionsberechtigung angestellt gewesen sind, erhalten, falls nicht ein Anderes mit Genehmigung des Kreisausschusses vereindart worden ist, Wittwen- und Waisengeld nach den für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten geletenden Vorschriften unter Zugrundelegung des von dem Beamten im Augenblicke des Todes erdienten Bensionsbetrages.

Auf das Wittwen- und Waisengeld kommen diejenigen Bezüge in Anrechnung, welche von öffentlichen Wittwen- und Waisenanstalten gezahlt werden, insoweit die Gemeinde die Einkaufsgelder und Beiträge geleistet hat.

88 ift ersest durch R.B.G. §. 7 (ftreitige Benfions= ansprüche ber Communalbeamten Seite 74).

IV. Penftonstaffen für Communalbeamte in Rheinland und Bestfalen.

R.B.G. S. 25 Abs. 2. Unberührt bleiben:

1. §. 28 Absat 2 bis 5 ber Kreisordnung für die Provinz Westfalen vom 31. Juli 1886 (G.S. S. 217) und §. 27 Absat 2 bis 6 ber Kreisordnung für die Rheinprovinz vom 30. Mai 1887 (G.S. S. 209), jedoch mit der Maßgabe, daß die Zahlungspflicht der Kassenverbände sich auch auf die den Beamten nach §. 18 zustehenden Pensionen erstreckt.

Westf.Kr.O. §. 28 Abs. 2. Die Amtsverbände und Landgemeinden der Provinz werden zu einem Kassenverbande vereinigt, welchem es obliegt, den in Ruhestand versetzten besoldeten Beamten der Amtsverbände und Landgemeinden die ihnen zusstehenden Bensionen zu zahlen.

- 3. Die zur Bestreitung ber Pensionszahlungen erforberlichen Beiträge werben von ben Amtsverbänden und Landgemeinden nach Verhältniß des jeweiligen Betrags des pensionsberechtigten Diensteinkommens der Beamten aufgebracht.
- 4. Die Pensionskasse wird durch Organe des Provinzialverbandes unter Aufsicht des Provinzialausschusses verwaltet. Im Uebrigen werden die Berhältnisse der Kasse durch ein nach Anhörung des Provinziallandtags von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

- 5. Die Provinzialvertretung ist ermächtigt, einen Theil der gemäß §. 1 Nr. 2 des Gesetzes vom 30. April 1873 (Gesetz-Samml. S. 187) und §. 26 des Gesetzes vom 8. Juli 1875 (Gesetz-Samml. S. 497) zur Bestreitung der Kosten der Amtsverwaltung aus der Staatskasse jährlich zur Berfügung gestellten Summe an die Pensionskasse zu überweisen.
- Mh.Kr.O. §. 27. Bilbung einer Penfionskaffe für die Bürgermeister und die übrigen besoldeten Beamten der Landbürgermeistereien und Landgemeinden.
- 2. Die Landbürgermeistereien und Landgemeinden der Provinz werden zu einem Kassenverbande vereinigt, welchem es obliegt, den in Ruhestand verssetzten besoldeten Beamten der Landbürgermeistereien und Landgemeinden die ihnen zustehenden Pensionen zu zahlen.
- 3. Die zur Bestreitung der Pensionszahlungen erforderlichen Beiträge werden von den Landbürgermeistereien und Landgemeinden nach Berhältniß des jeweiligen Betrages des pensionsberechtigten Diensteinkommens der Beamten aufgebracht. Diejenigen Landbürgermeistereien, welche im Shrenamte verwaltet werden, haben hierzu nach Maßgabe eines von dem Kassenvorstande seftzusehenden singirten Diensteinkommens beizutragen. Gegen den Festseigungsbeschluß sindet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuk statt.
 - 4. Die Benfionskaffe wird burch Organe bes

Provinzialverbandes unter Aufsicht des Provinzialausschusses verwaltet. Im llebrigen werden die Berhältnisse der Kasse durch ein nach Anhörung des Provinziallandtages von dem Minister des Innern zu erlassendes Regulativ geordnet.

- 5. Die Provinzialverwaltung ist ermäcktigt, einen Theil der gemäß §. 1 Nr. 2 des Geseges vom 30. April 1873 (Geseg=Samml. S. 187) und §. 26 des Geseges vom 8. Juli 1875 (Geseg=Samml. S. 497) aus der Staatskasse jährlich zur Verfügung gestellten Summe an die Pensionskasse zu überzweisen.
- 6. Im Falle einem befinitiv angestellten Bürgersmeister auf Grund der Borschriften des vierten Abssays des §. 24*) die widerrufliche Berwaltung einer oder mehrerer Landbürgermeistereien übertragen wird, ist berselbe mit dem von den letzteren bezogenen Diensteinkommen pensionsberechtigt.
 - *) Rh.Kr.D.

V. Gefet, betreffend bie Fürforge für Beamte in Folge von Betriebsunfallen.

Vom 18. Juni 1887 (G.S. S. 282).

Wir Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verordnen, mit Zustimmung der beiden Häufer des Landtages Unserer Monarchie, für den Umfang dersselben, was folgt:

1. Unmittelbare Staatsbeamte, welche in reichse gesetzlich der Unsallversicherung unterliegenden Betrieben beschäftigt sind, erhalten, wenn sie in Folge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls dauernd dienstunfähig werden, als Pension sechsundsechszigzweidrittel Prozent ihres jährlichen Diensteinkommens soweit ihnen nicht nach anderweiter gesetzlicher Borschrift ein höherer Betrag zusteht.

Personen ber vorbezeichneten Art erhalten, wenn sie in Folge eines im Dienste erlittenen Betriebsunsfalls nicht dauernd dienstunfähig geworden, aber in ihrer Erwerbsfähigkeit beeinträchtigt worden sind, bei ihrer Entlassung aus dem Dienste als Pension:

- 1. im Falle völliger Erwerbsunfähigkeit für bie Dauer berselben ben im ersten Absatz bezeich= neten Betraa:
- 2. im Falle theilweiser Erwerbsunfähigkeit für die Dauer berselben einen Bruchtheil der vorsstehend bezeichneten Pension, welcher nach dem Maße der verbliedenen Erwerdsfähigkeit zu bemessen ist.

Steht solchen Bersonen nach anderweiter gesetzlicher Borschrift ein höherer Betrag zu, so erhalten sie biesen.

Nach bem Wegfall bes Diensteinkommens find bem Berletten außerdem bie noch erwachsenben Kosten bes Heilversahrens zu ersetzen.

2. Die hinterbliebenen solcher im §. 1 bezeich=

neten Bersonen, welche in Folge eines im Dienste erlittenen Betriebsunfalls geftorben finb, erhalten:

- 1. als Sterbegelb, sofern ihnen nicht nach anderweiter Bestimmung Anspruch auf Gnabenquartal ober Gnabenmonat zusteht, den Betrag des einmonatigen Diensteinkommens beziehungsweise der einmonatigen Pension des Verstorbenen, jedoch mindestens 30 Mark;
- 2. eine Rente. Dieselbe beträgt:
 - a) für die Wittwe bis zu deren Tode oder Wiederverheirathung zwanzig Prozent des jährlichen Diensteinkommens des Berstorbenen, jedoch nicht unter 160 Mark und nicht mehr als 1600 Mark;
 - b) für jedes Kind bis zur Bollendung des achtzehnten Lebensjahres oder bis zur etwaigen früheren Berheirathung, sofern die Mutter lebt, fünfundsiebenzig Prozent der Bittwenrente und sofern die Mutter nicht lebt, die volle Wittwenrente;
 - c) für Afzenbenten bes Berftorbenen, wenn bieser ihr einziger Ernährer war, für die Zeit bis zu ihrem Tode oder bis zum Wegfall der Bedürftigkeit zwanzig Prozent des Diensteinkommens des Berstorbenen, jedoch nicht unter 160 Wark und nicht mehr als 1600 Wark; sind mehrere derartig Berech-

- (§. 6 Absag 1 Ziffer 1 des Krankenversicherungsgesetzes) gilt die Hälfte des gesetzlichen Mindestbetrages des Krankengeldes.
- 5. Ein Anspruch auf die in den §§. 1 und 2 bezeichneten Bezüge besteht nicht, wenn der Verletzte den Unfall (§. 1) vorsätlich oder durch ein Verschulben herbeigeführt hat, wegen dessen auf Dienstentlassung oder auf Verlust des Titels und Pensionsanspruchs gegen ihn erkannt oder wegen dessen ihm die Fähigsteit zur Beschäftigung in einem öffentlichen Dienstzzweige aberkannt worden ist.
- 6. Ansprüche auf Grund dieses Geseges sind, soweit beren Feststellung nicht von Amtswegen ersfolgt, bei Bermeidung des Ausschlusses vor Ablauf von zwei Jahren nach dem Eintritt des Unfalls bei der dem Berletzten unmittelbar vorgesetzten Dienstebehörde anzumelden.

Nach Ablauf dieser Frist ist der Anmeldung nur dann Folge zu geben, wenn zugleich glaubhaft bescheinigt wird, daß die Folgen des Unfalls erst später bemerkdar geworden sind, oder daß der Berechtigte von der Verfolgung seines Unspruchs durch außerhalb seines Willens liegende Verhältnisse abgehalten worden ist.

Jeder Unfall, welcher von Amtswegen ober durch Unmelbung ber Betheiligten einer vorgesetzten Dienstbehörde bekannt wird, ist sofort zu untersuchen. Den Betheiligten ift Gelegenheit zu geben, felbft oder durch Bertreter ihre Interessen bei der Unterssuchung zu wahren.

Soweit vorstehend nichts Anderes bestimmt ist, finden auf die nach §. 1, und hinsichtlich der Berechnung des Diensteinkommens auch auf die nach §. 2 zu gewährenden Bezüge die für die Betheiligten geltenden Bestimmungen über Pension, auf die nach §. 2 zu gewährenden Renten im Uebrigen die Borsschriften über die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten Anwendung.

Die nach §. 1 beziehungsweise 2 bieses Gesets zu gewährenden Pensionen beziehungsweise Kenten treten an die Stelle derjenigen Pension beziehungsweise derjenigen Wittwens und Waisengelder, welche den Betheiligten auf Grund anderweiter gesetlicher Vorschrift zustehen, soweit nicht die letzteren Beträge die nach Maßgabe dieses Gesetzes zu gewährenden Bezüge übersteigen (§. 1 Absat 1 und §. 2 Absat 3).

8. Die in den §§. 1 und 2 bezeichneten Personen können einen Anspruch auf Ersat des durch den Unfall (§. 1) ersittenen Schadens gegen den Staat überhaupt nicht und gegen die Betriebsleiter, Bevollmächtigten oder Repräsentanten, Betriebs- oder Arbeiteraufseher derjenigen Betriebsverwaltung, in deren Dienst sie den Unfall erlitten haben, nur dann geltend machen, wenn durch strafgerichtliches Urtheil

feftgestellt worden ist, daß diese den Unfall vorsäglich herbeigeführt haben.

Der hiernach zulässige Anspruch geht in höhe ber ben Entschädigungsberechtigten auf Grund bes gegenwärtigen Gesetzes ober anderweiter gesetlicher Borschrift (§§. 1 und 2) vom Staat zu zahlenden Beträge auf letzteren über.

- 9. Die in dem §. 8 bezeichneten Anfprüche können, auch ohne daß die daselbst vorgesehene Feststellung durch strafgerichtliches Urtheil stattgesunden hat, geltend gemacht werden, salls diese Feststellung wegen des Todes oder der Abwesenheit des Betressenden oder aus einem anderen in der Person desseselben liegenden Grunde nicht ersolgen kann.
- 10. Die Haftung anderer in dem §. 8 nicht bezeichneten Personen, welche den Unsall vorsätzlich herbeigeführt oder durch Berschulden verursacht haben, bestimmt sich nach den bestehenden gesetzlichen Borschriften. Der hiernach zulässige Anspruch geht in Höhe der den Entschädigungsberechtigten auf Grund des gegenwärtigen Gesetze oder anderweiter gesetzlicher Vorschrift vom Staat zu zahlenden Beträge auf letzteren über.
- 11. Communalbeamten und ihren hinterbliebenen, für welche durch statutarische Festsegung gegen die Folgen eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls eine den Borschriften der §§ 1 bis 5 minbestens gleichkommende Fürsorge getroffen ist, stehen

gegen ben Communalverband, in beffen Dienft ber Unfall erlitten ift, weitergehende Anfprüche nicht zu.

Anm. Nach Lebermann Kommentar z. K.B.G. Berlin 1899 bei Guttentag S. 91 ift §. 11 burch das K.B.G. als aufgehoben zu erachten. Un seine Stelle tritt §. 7 Abs. 2 in analoger Anwendung.

12. Gegen das Reich stehen den in den §§. 1, 2 und 11 bezeichneten Personen aus Preußischen Landesgesetzen weitergehende Ansprüche als auf die gedachten Bezüge nicht zu.

Derselben Beschränkung unterliegen die Ansprüche dieser Personen gegen andere Bundesstaaten und gegen Communalverbände, sofern für deren Beamte durch die Landesgesetzgebung beziehungsweise durch statutarische Festsetzung gegen die Folgen eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls eine den Borschriften der §§. 1 bis 5 mindestens gleichkommende Fürsorge getroffen ist und durch die Gesetzgebung des bezüglichen Bundesstaats weitergehende Ansprüche der Beamten und ihrer hinterbliebenen aus den Landeszgesetzung gegenüber dem Reich, sowie den Bundesstaaten und Communalverbänden ausgeschlossen sind.

13. Die in den §§. 1 und 2 des Reichsgeses, betreffend die Fürsorge für Beamte und Personen des Soldatenstandes in Folge von Betriedsunfällen, vom 15. März 1886 (Reichs-Gesehl. S. 53) aufgeführten Personen, desgleichen die Beamten anderer Bundesstaaten und der Deutschen Communa

bande, fowie beren hinterbliebene, für welche burch bie Landesgesetzgebung beziehungsweise durch ftatutarische Festsetzung gegen die Folgen eines im Dienst erlittenen Betriebsunfalls eine den Borschriften ber §§. 1 bis 5 minbeftens gleichkommenbe Kürforge getroffen ift, haben wegen eines Unfalls (§. 1) aus Preußischen Landesgesetzen einen Unspruch auf Erfat bes burch ben Unfall erlittenen Schabens nur in bohe ber ihnen banach zukommenben Bezüge sowohl gegen das Reich und den Breufischen Staat, wie gegen diejenigen Preußischen Communalverbande, welche für ihre Beamten die Unfallfürforge in bem vorgebachten Umfange getroffen haben. Derfelben Beschränkung unterliegen die Unsprüche diefer Berfonen gegen andere Bundesstaaten außer Breuken und die nicht Breukischen Communalverbände unter ber Boraussegung, daß nach ben Landesgesegen bes betreffenden Bundesstaats den durch entsprechende Unfallfürforge fichergestellten Reichs-, Staats- und Communalbeamten, sowie beren Sinterbliebenen weitergehende Ansprüche gegen das Reich, die Bundesstaaten und Communalverbande nicht zufteben.

- 14. Im lebrigen finden auf die Ansprüche der in den §§. 11 bis 13 bezeichneten Personen die Bestim= mungen der §§. 8 bis 10 entsprechende Anwendung.
- 15. Dieses Geset tritt mit dem Tage der Ber- tündung in Kraft.

XIV. Gnadenquartal und Gnaden(Sterbe)monate.

I. Beftimmungen bes Communalbeamtengefetes.

R.B.G. §. 4. Die hinterbliebenen eines Communalbeamten erhalten für das auf den Sterbemonat folgende Bierteljahr noch die volle Besoldung des Berstorbenen (Gnadenquartal); war der Berstorbene pensionirt, so gebührt ihnen die Pension noch für den auf den Sterbemonat folgenden Monat (Gnadenmonat). Dabei sinden die für die unmittelbaren Staatsbeamten geltenden Bestimmungen mit der Maßgabe Anwendung, daß an Stelle der Genehmigung des Berwaltungschess und der Provinzialbehörde, auf deren Etat die Pension übernommen war, die Genehmigung der Communalverwaltungsbehörde¹) tritt.

II. Gnabenquartal.

Geset vom 6. Februar 1881 (G.S. S. 37), bestreffend die Zahlung der Beamtengehälter und Besstimmungen über das Gnadenquartal.

2. Die hinterbliebenen ber unter §. 1 bes Communalbeamtengefeges fallenben

¹⁾ Gemeindevorstand, Amtsvorsteher, Amtmann, Landbürgermeister, Borsteher eines Zweckverbandes, Magistrat, in Städten ohne kollegialischen Gemeindevorstand der Bürgermeister allein, Kreisausschuß, Provinzialausschuß.

Beamten erhalten für bas auf ben Sterbemonat folgende Bierteljahr noch die volle Befoldung bes Berftorbenen (Gnabenquartal) nach Maggabe ber Rabinetsordre vom 15. November 1819 (G.S. 1820 S. 45).

Lettere beftimmt.

daß nur die über bas Sterbequartal hinaus= gehende Befoldung der Sinterbliebenen für dieselben Gnadenbewilligung ift.

baß auf lettere fein Gläubiger bes Ber-

ftorbenen Anspruch hat,

daß folche der Regel nach nur der Wittme. ben Kindern und Enkeln, ohne Rücksicht, ob fie beffen Erben find, ober nicht, aufteht.

3. Sat ein verstorbener Beamter (§ 2) eine Wittwe ober eheliche Nachkommen nicht hinterlaffen, fo kann mit Benehmigung ber Communalver= maltungsbehörde (R.B.G. §. 4) das Gnaden= quartal außer den in der Rabinetsordre vom 15. November 1819 erwähnten

> - armen Eltern, Geschwiftern, Geschwifter= findern, den Pflegefindern, beren Ernährer der Erblaffer gewesen ift -

auch solchen Personen, welche die Rosten der letten Rrankheit und ber Beerdigung bestritten haben, für ben Rall gewährt werben, daß ber Nachlaß zu beren Dedung nicht ausreicht.

Jebenfallsift die Communalvermaltungs=

behörde befugt, die Vertheilung des Gnadengehalts unter die Hinterbliebenen zu reguliren und bessen Berwendung zu bestimmen (K.O. vom 15. November 1819 a. E. und K.V.G §. 4 a. E.)

III. Gnabenmonate.

Penfionsgesetz vom 27. März 1872.

31. Hinterläßt ein Penfionar eine Wittwe ober eheliche Nachkommen, so wird die Penfion noch für ben auf den Sterbemonat folgenden Monat gezahlt. Un wen die Zahlung erfolgt, bestimmt die Communalverwaltungsbehörde (K.B.G. §. 4).

Die Zahlung ber Penfion für ben auf ben Sterbemonat folgenden Monat kann auf Verfügung biefer Behörde auch dann stattfinden, wenn ber Verstrorbene Eltern, Geschwister, Geschwisterkinder oder Pflegekinder, deren Ernährer er gewesen ist, in Besbürftigkeit hinterläßt, oder wenn der Nachlaß nicht außreicht, um die Kosten der letten Krankheit und der Beerdigung zu beden.

Un Stelle bes letten Sages bes §. 31 tritt Civilprozefordnung §. 850 (R. G. Bl. 1898 S. 574); Der Pfändung ift nicht unterworfen:

> 8. der nach dem Tode der (Communal-) Beamten den hinterbliebenen zu gewährende Sterbe- oder Enadengehalt.

> Ueberfteigen im Falle ber Rr. 8 bie (Sterbesober Gnabens)Bezüge bie Summe von 1500

Mart für ein Jahr, so ist ber dritte Theil des Mehrbetrags der Pfändung unterworfen.

Die Bestimmungen der Kabinetsordre vom 15. November 1819, betreffend das Gnadengehalt finden auch auf den Gnadenmonat Anwendung (siehe unter I §§. 2 und 3).

XV. Wittwen- und Baifenverforgung.

(Weses, betreffend die Fürsorge für die Wittwen und Waisen der unmittelbaren Staatsbeamten. Bom 20. Mai 1882 (G.S. S. 298), geändert durch Gessetz vom 28. März 1888 (G.S. S. 48) und vom 1. Juni 1897 (G.S. S. 169).

Wir, Wilhelm, von Gottes Gnaden König von Preußen 2c.

verorduen, mit Zustimmung beider Häuser des Landstages der Monarchie, was folgt:

- 1. 6 find aufgehoben durch Gesetz vom 28. März 1888 (G.S. S. 48).
- 7. Die Wittwe und die hinterbliebenen ehelichen oder burch nachgefolgte She legitimirten Kinder von pensionsberechtigten Communal=Beamten¹) ers halten Wittwens und Waisengeld nach Maßgabe der nachsolgenden Bestimmungen.

¹ Giebe Borbemerfung ju XIII. Benfionsweien.

8. (In ber Faffung bes Gefetes vom 1. Juni 1897 (G.S. S. 169).

Das Wittwengelb besteht in vierzig vom Hunbert berjenigen Pension, zu welcher der Verstorbene berechtigt gewesen ist oder berechtigt gewesen sein würde, wenn er am Todestage in den Ruhestand versett wäre.

Das Wittwengelb soll jedoch, vorbehaltlich ber im §. 10 verordneten Beschränkung, mindestens zweishundert und sechszehn Mark betragen und zweistausend Mark*) nicht übersteigen (K.B.G. §. 15 Abs. 1 Seite 83).

- 9. Das Baifengelb beträgt:
- 1. für Kinder, beren Mutter lebt und zur Zeit bes Tobes des Beamten zum Bezuge von Bittwengelb berechtigt war, ein Fünftel des Bittwengeldes für jedes Kind;
- 2. jür Kinder, beren Mutter nicht mehr lebt ober zur Zeit des Todes des Beamten zum Bezuge von Bittwengeld nicht berechtigt war, ein Drittel des Wittwengeldes für jedes Kind.
- 10. Bittwen- und Baisengelb bürfen weber einzeln noch zusammen ben Betrag ber Pension übersteigen, zu welcher ber Berstorbene berechtigt gewesen ift ober berechtigt gewesen sein würde, wenn er am Tobestage in ben Ruhestand versest wäre.

^{· *)} Es kann aber statutarisch oder reglementarisch höher festgesetkt werden.

Bei Unwendung dieser Beschränkung werden das Wittwen- und Waisengelb verhältnismäßig gekürzt.

11. Bei dem Ausscheiden eines Bittwen= und Baisengelbberechtigten erhöht sich das Bittwen= oder Baisengeld der verbleibenden Berechtigten von dem nächstsligenden Monat an insoweit, als sie sich noch nicht im vollen Genuß der ihnen nach den §§. 8 bis 10 gebührenden Beträge besinden.

12 Abf. 1. War die Wittwe mehr als 15 Jahre jünger als der Verstorbene, so wird das nach Maßgabe der §§. 8 und 10 berechnete Wittwengeld für jedes angesangene Jahr des Altersunterschiedes über 15 bis einschließlich 25 Jahre um 1/20 gekürzt.

Abs. 2. Auf den nach §. 9 zu berechnenden Betrag des Waisengeldes sind diese Kürzungen des Wittwengeldes ohne Einfluß.

Abf. 3. Art. II Gef. vom 1. Juni 1897 (G.S. S. 169). Nach fünfjähriger Dauer der She wird für jedes angefangene Jahr ihrer weiteren Dauer dem gekürzten Betrage 1/20 des nach Maßgabe der §§. 8 und 10 zu berechnenden Wittwengeldes so lange hinzugesetzt, dis der volle Betrag wieder erreicht ift.

13. Keinen Unspruch auf Wittwengeld hat die Wittwe, wenn die She mit dem verstorbenen Beamten innerhalb dreier Monate vor seinem Ableben geschlossen und die Sheschließung zu dem Zwecke ers

folgt ift, um ber Bittme ben Bezug bes Bittmengelbes zu verschaffen.

Keinen Anspruch auf Wittwen- und Waisengelb haben die Wittwe und die hinterbliebenen Kinder eines pensionirten Beamten aus solcher She, welche erst nach der Versetzung des Beamten in den Ruhestand geschlossen ist.

14. Stirbt ein Communalbeamter, welchem, wenn er am Todestage in den Ruhestand versett wäre, auf Grund des §. 7 des Pensionsgesetzes vom 27. März 1872 eine Pension hätte bewilligt werden tönnen, so kann der Bittwe und den Waisen desselben von den zur Vertretung des betreffenden Communalverbandes berechtigten Behörden Bittwen- und Baisengeld bewilligt werden.

Abs. 2 auf Communalbeamte nicht anwendbar.

- 15. Die Zahlung des Wittwens und Waisens gelbes beginnt mit dem Ablauf des Gnadenquartals oder des Gnadenmonats.
- 16. Das Wittwen- und Waisengeld wird monatlich im Boraus gezahlt. Un wen die Zahlung gültig zu leisten ist, bestimmt die Communalverwaltungsbehörde (Seite 377 Anm. 1).1)

¹⁾ Das Inkrafttreten der Novelle vom 1. Juni 1897 ift zurückdatirt auf den 1. April 1897 (Art. III Gef. vom 1. Juni 1897).

Nicht abgehobene Theilbeträge bes Wittwenund Baifengeldes verjähren binnen vier Jahren, vom Tage ihrer Fälligkeit an gerechnet, zum Bortheile ber betreffenden Communalkaffe.

- 17. Das Wittwen- und Baisengelb kann mit rechtlicher Wirkung weber abgetreten noch verpfändet ober sonst übertragen werden.
- 18. Das Recht auf den Bezug des Wittmenund Waisengelbes erlischt:
 - 1. für jeden Berechtigten mit Ablauf des Monats, in welchem er sich verheirathet oder ftirbt;
 - für jebe Baise außerbem mit bem Ablauf bes Monats, in welchem sie bas 18. Lebensjahr vollendet.
- 19. Das Recht auf ben Bezug des Wittwenund Waisengelbes ruht, wenn der Berechtigte das Deutsche Indigenat verliert, bis zur etwaigen Wiedererlangung desselben.
- 20 Abs. 1. Die Bestimmung barüber, ob und welches Wittwen- und Waisengelb ber Wittwe und ben Waisen eines Beamten zusteht, erfolgt durch die Communalverwaltungsbehörde (siehe §. 16 Abs. 1).

Abs. 2. Ersett burch R.B.G. S. 7.

Der Bezirksausschuß beschließt über streitige Unsprüche ber hinterbliebenen der Beamten auf Wittwen- und Waisengeld. Die Beschlußfassung erfolgt, soweit sie sich auf die Frage erstreckt, welcher Theil des Diensteinkommens bei Feststellung der Pensionsansprüche als Gehalt anzusehen ist, vorbehaltlich der den Betheiligten innerhald zwei Wochen bei dem Bezirksausschusse gegen einander zustehenden Klage im Verwaltungsstreitversahren. Im lebrigen sindet gegen den in erster oder auf Beschwerde in zweiter Instanz ergangenen Beschluß binnen einer Ausschlußfrist von sechs Monaten nach Zustellung besselben die Klage im ordentlichen Rechtswege statt. Die Beschlüsse sind vorläufig vollstreckbar.

21—23. Auf Communalbeamte nicht anwendbar. 24. Dieses Gefet tritt am 1. Juli 1882 in Kraft.

XVI. Disziplinarverhältniffe.

Brauchitsch Berwaltungsgefes. 15. Auflage. Berlin 1897. Band I S. 181, 258, 287, 616 ff.

Disziplinargefet (gilt in ber ganzen Monarchie).

Gefet, betr. die Dienstvergehen der nicht richterlichen Beamten, die Versetung derselben auf eine andere Stelle oder in den Auhestand.

Vom 21. Juli 1852. (G.S. S. 465.)

Wir Friedrich Wilhelm, von Gottes Gnaben König von Preußen 2c. verordnen, mit Zuftimmung ber Kammern, was folgt:

Rremsti, Rommunalbeamtengefetgebung.

1. Das gegenwärtige Gesetz findet unter den darin ausbrücklich gemachten Beschränkungen auf alle in mittelbarem Staatsdienste stehenden Besamten Unwendung.

Erfter Abschnitt.

Augenteine Beftimmungen über Dienftbergeben und beren Beftrnfung.

- 2. Ein Beamter, welcher
- 1. die Pflichten verlett, die ihm fein Amt auferlegt, ober
- 2. sich durch sein Berhalten in ober außer dem Amte ber Achtung, des Ansehens ober des Bertrauens, die sein Beruf erfordert, unwürdig zeigt, unterliegt den Borschriften dieses Gesess.
- 3. Ift eine ber unter §. 2 fallenden handlungen (Dienstwergehen) zugleich in den gemeinen Strafgesegen vorgesehen, so können die durch dieselben angedrohten Strafen nur auf Grund des gewöhnlichen Strafvens von denjenigen Gerichten außgesprochen werden, welche für die gewöhnlichen Straffachen zuständig sind.
- 4. Im Laufe einer gerichtlichen Untersuchung darf gegen den Angeschuldigten ein Disziplinarverfahren wegen der nämlichen Thatsachen nicht eingeleitet werden.

Wenn im Laufe eines Disziplinarverfahrens wegen der nämlichen Thatfachen eine gerichtliche

Untersuchung gegen ben Angeschuldigten eröffnet wird, so muß das Disziplinarversahren bis zur rechtsträftigen Erledigung des gerichtlichen Berfahrens ausgesest werden.

5. Wenn von den gewöhnlichen Strafgerichten auf Freisprechung erkannt ist, so sindet wegen derjenigen Thatsachen, welche in der gerichtlichen Untersuchung zur Eröxterung gekommen sind, ein Disziplinarversahren nur noch insosern statt, als dieselben an sich und ohne ihre Beziehung zu dem gesetzlichen Thatbestande der Uedertretung, des Bergehens oder des Verbrechens, welche den Gegenstand der Unterssuchung dilbeten, ein Dienstpergehen enthalten.

Ist in einer gerichtlichen Untersuchung eine Berurtheilung ergangen, welche den Berlust des Amtes nicht zur Folge gehabt hat, so bleibt derjenigen Behörde, welche über die Einleitung des Disziplinarversahrens zu verfügen hat, die Entscheidung darüber vorbehalten, ob außerdem ein Disziplinarversahren einzuleiten oder sortzusen sei.

- 6. Spricht bas Geset bei Dienstwergeben, melche Gegenstand eines Disziplinarversahrens werden, die Berpflichtung zur Wiedererstattung oder zum Schadenersate, oder eine sonstige civilrechtliche Berpflichtung aus, so gehört die Alage der Betheiligten vor das Civilgericht, jedoch vorbehaltlich der Bestimmung des §. 100.
 - 7. Ift von dem gewöhnlichen Straff auf

eine Freiheitsstrafe von längerer als einjähriger Dauer, auf eine schwerere Strafe, auf Berlust der bürgerlichen Ehre, auf zeitige Untersagung der Ausübung der bürgerlichen Shrenrechte, auf immerwährende oder zeitige Unfähigkeit zu öffentlichen Uemtern oder auf Stellung unter Polizeiaussicht erkannt, so zieht das Straferkenntniß den Verlust des Umtes von selbst nach sich, ohne daß darauf besonders erkannt wird.

- 8. Ein Beamter, welcher sich ohne ben vorschriftsmäßigen Urlaub von seinem Amte entfernt hält ober ben ertheilten Urlaub überschreitet, ift, wenn ihm nicht besondere Entschuldigungsgründe zur Seite stehen, für die Zeit der unerlaubten Entfernung seines Dienst-Sinkommens verluftig.
- 9. Dauert die unerlaubte Entfernung länger als acht Wochen, so hat der Beamte die Dienstentlassung verwirkt.

Ist der Beamte dienstlich aufgefordert worden, sein Umt anzutreten oder zu demselben zurückzukehren, so tritt die Strafe der Dienstentlassung schon nach fruchtlosem Ablauf von vier Wochen seit der ergangenen Aufsorderung ein.

- 10. Die Entziehung des Diensteinkommens (§. 8) wird von derjenigen Behörde verfligt, welche den Urlaub zu ertheilen hat. Im Falle des Wiberspruchs findet das förmliche Disziplinarversahren statt.
 - 11. Die Dienft-Entlassung tann nur im Bege

bes förmlichen Disziplinarverfahrens ausgesprochen werben. Sie wird nicht verhängt, wenn sich ergiebt, daß ber Beamte ohne seine Schulb von seinem Amte fern gewesen ist.

- 12. Die Einleitung eines Disziplinarverfahrens wegen unerlaubter Entfernung vom Amte und die Dienst-Entlassung vor Ablauf der Fristen (§. 9) ist nicht ausgeschlossen, wenn sie durch besonders erschwerende Umstände als gerechtsertigt erscheint.
- 18. Die in dem §. 9 erwähnte Aufforderung, so wie alle anderen Aufforderungen, Mittheilungen, Buftellungen und Borladungen, welche nach den Beftimmungen dieses Gesetzes erfolgen, sind gültig und bewirken den Lauf der Fristen, wenn sie demjenigen, an den sie ergehen, unter Beobachtung der für gerichtliche Insinuationen vorgeschriedenen Formen in Person zugestellt, oder wenn sie in seiner letzen Wohnung an dem Orte insinuirt werden, wo er seinen letzten Wohnsitz im Inlande hatte. Die vereideten Verwaltungsbeamten haben dabei den Glauben der Gerichtsboten.
 - 14. Die Disziplinarstrafen, bestehen in Orbnungsstrafen, Entsernung aus bem Amte.
 - 15. Ordnungsftrafen find:
 - 1. Warung, 2. Verweiß, 3. Geldbuße,
 - 4. gegen untere Beamte auch Arreststrafe auf die Dauer von höchstens acht Tagen, welche jedoch

nur in solchen Räumen zu vollstrecken ist, die den Verhältnissen der zu bestrafenden Beamten angemessen sind.

Bu bieser Beamtenklasse werben im Allgemeinen nur gerechnet: Exekutoren, Boten, Kastellane, Diener und die zu ähnlichen, so wie die zu blos mechanischen Funktionen bestimmten Beamten. Außerdem ist das Staats-Ministerium ermächtigt, in der . . . Polizei-. . . Berwaltung diejenigen Beamten-Kategorieen speziell zu bezeichnen, gegen welche Arreststrasen verhängt werden können.

- 16. Die Entfernung aus bem Umte tann befteben:
- 1. in Bersetzung in ein anderes Umt von gleichem Range, jedoch mit Verminderung des Dienste-Einstommens und Berlust des Anspruches auf Umzugsstoften, oder mit einem von beiden Nachtheilen. Diese Strafe sindet nur auf Provinzials beamte mit Ausnahme der dem Landessdirektor zugeordneten oberen Beamten Anwendung (§. 98 Nr. 6 P.D.);
 - 2. in Dienst-Entlassung. Diese Strase zieht ben Berlust bes Titels und Pensionsanspruches von selbst nach sich; es wird darauf nicht besonders erkannt, es sei denn, daß vor Beendigung des Disziplinarversahrens aus irgend einem von dessen Ergedniß unabhängigen Grunde das Umtsverhältniß bereits ausgehört hat und daher auf Dienstentlassung nicht mehr zu erkennen ist.

Gehört ber Angeschulbigte zu ben Beamten, welche einen Anspruch auf Pension haben, und lassen besondere Umstände eine mildere Beurtheilung zu, so ist die Disziplinarbehörde ermächtigt, in ihrer Entscheidung zugleich festzusezen, daß dem Angeschuldigten ein Theil des reglementsmäßigen Pensionsbetrages auf Lebenszeit oder auf gewisse Jahre als Unterstützung zu verabreichen sei.

17. Welche ber in den §§. 14 bis 16 beftimmten Strafen anzuwenden sei, ift nach der größeren oder geringeren Erheblichkeit des Dienstverzehens mit Rücksicht auf die sonstige Führung des Angeschuldigten zu ermessen, undeschadet der besonderen Bestimmungen der §§. 8 und 9.

3 meiter Abichnitt. Ben bem Distiplinarberfabren.

18. Jeder Dienftvorgesette ift zu Warnungen und Bermeisen gegen seine Untergebenen besugt.

19. In Beziehung auf die Berhängung von Geldbußen ist die Befugniß der Dienstvorgeseten begrenzt, wie folgt:

Die Borfteher berjenigen Behörben, welche unter ben Provinzialbehörben ftehen, können gegen bie ihnen selbst untergebenen Beamten, so wie gegen bie Beamten ber ihnen untergeordneten Behörden Geldbufen bis zu 9 Mart verfügen. Undere Borgesetzte der unteren Beamten dürfen solche Geldbußen nur insofern verfügen, als ihnen die Besugniß zur Verhängung von Geldbußen durch besondere Gesetzt auf Grund solcher Gesetzt erslassen Instruktionen beigelegt ist.

Die Provinzial-Behörben sind ermächtigt, die ihnen untergeordneten Beamten mit Gelbbuße bis zu 90 Mark zu belegen, besolbete Beamte jedoch nicht über den Betrag des einmonatlichen Dienst= Einkommens hinaus.

Gleiche Befugnisse haben bie Borsteher ber Provinzial-Behörden in Ansehung der bei letzteren angestellten unteren Beamten.

Die Minister haben die Befugniß, allen ihnen mittelbar untergebenen Beamten Geldbußen bis zum Betrage des monatlichen Diensteinkommens, unbesoldeten Beamten aber bis zur Summe von 90 Markaufzuerlegen.

Welche Beamten im Sinne bieses Paragraphen zu den unteren zu rechnen sind, wird durch das Staatsministerium bestimmt.

Bufat zu §. 19 Disz. Gef.

. Ordnungeftrafen gegen flärgermeifter, fleigestducte, Magiftratymitglieber und ftubifde Cemeinbebenmte.

3.6. §. 20.

1. Gegen die Bürgermeifter, Beigeordneten und Magiftratsmitglieber, sowie gegen die sonstigen Gemeinbebeamten kann an Stelle ber Bezirks-Regierung und innerhalb bes berselben bisher zustehenden Ordnungsstrafrechts der Regierungspräsident!) Ordnungsstrafen sestlegen. Gegen die Strasversügungen des Regierungspräsidenten sindet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Oberpräsidenten, gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Oberpräsidenten sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.³) 2. Gegen die Strasversügungen des Bürgermeisters³)

findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an

¹⁾ In Berlin ber Oberpräfident (L.B.G. § 42).

⁹⁾ Ebenso H.N.St.O. § 91 Nr. 1. Gegen die Bürgermeister, Beigeordneten und Magistratsmitglieder, sowie gegen die sonstigen Gemeindebeauten kann an Stelle der Bezirksregierung und innerhalb des ihr nach jenem Gesetz auftehenden Ordnungsstrafrechts der Regierungspräsident Ordnungsstrafen festseten.

Gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Oberpräsidenten, gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Oberpräsidenten innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

^{*)} Gegen Gemeinbebeamte: Warungen, Verweise, Gelbftrafen bis 9 Mark, gegen untere Beamte Arreststrasen bis 31 brei Tagen (D.St.D. § 58, W.St.D. § 58, Schl.S.St.D. § 63, Disz.Gel. wom 21. Jul. 1852 §§ 15, 18, 19, 20). Im Geltungsbereiche ber D.St.D. und W.St.D. sind bie Bürgermeister befugt, gegen die Magistratsmitglieder Warnungen und

ben Regierungspräfibenten,¹) und gegen ben auf die Beschwerbe ergehenden Beschluß des Regierungspräfibenten¹) innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

- B. Gegen ländliche Gemeindevorfteher (Amtmanner in Meffalen, Sürgermeifter in der Aheinproving), Schöffen, Mitglieder des kolleginlifchen Gemeindevorftanden und fouftige ländliche Gemeindebeamte somte gegen Merbandsworfteher:
- a) Geltungsbereich der öftlichen und der Schleswig-Holfteinischen Landgemeindeordnung sowie der Heffen-Nassauischen Landgemeindeordnung.
- D.R.G.D. Schl. S.B.G.S. §. 148. H.R.G.D. S. 115. Bezüglich der Dienstvergehen der Gemeindevorsteher, (Bürgermeister, Beigeordneten H.-R.R.G.D.)
 der Schöffen, der Gutsvorsteher und der Berbandsvorsteher, sowie der sonstigen Beamten der Landgemeinden,
 Gutsbezirke und Gemeindeverbände kommen die Bestimmungen des Gesehes vom 21. Juli 1852 (G.S.
 S. 463) mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:
 - 1. Die Befugniß, gegen biefe Beamten Ordnungsftrafen zu verhängen fteht dem Landrathe, und

Berweise als Disziplinarstrasen zu verhängen. (D.B.G. Bd. XVII. S. 443). Die gleiche Besugniß steht den Hannoverschen Magistraten zu (D.B.G. Bd. XXIV S. 413). Nach §§ 74, 75 H.St.D. hat der Bürgermeister das Ordnungsstrassecht gegenüber den städtischen Beamten. Aber auch der Magistrat kann gegen letztere Warnungen und Verweise erlassen (D.B.G. Bd. XXIV S. 413).

¹⁾ In Berlin an den Oberpräfidenten (L.B.G. § 42).

im Umfange des den Provinzialbehörden beisgelegten Ordnungsftrafrechts') dem Regierungsspräsidenten zu.

Gegen die Strafverfügungen des Landraths findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräfidenten, gegen die Strafversfügungen des Regierungspräfidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Oberspräsidenten statt.

 Gegen ben auf die Beschwerde in den Fällen zu 1 in letzter Instanz ergehenden Beschluß des Regierungspräsidenten oder des Oberpräsidenten findet die Rlage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Zusag: Ordnungsstrafrecht des Gemeindes vorstehers der Guts- und Verbandsvorsteher gegen die ihnen untergeordneten Beamten:

Barnungen und Verweise gemäß §. 18 Disg. Gef.

b) Geltungsbereich ber anderen Landgemeinde= ordnungen.

3.G. §. 36. Bezüglich ber Dienstvergehen ber Gemeinbevorsteher, Schöffen, Mitglieber bes Gemeind vorstandes und sonstigen Gemeindebeamten, sowie ber Gutsvorsteher kommen die Bestimmungen des Geseges vom 21. Juli 1852 mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

¹ Siehe § 19 Disg. G.

1. bie Befugniß, gegen die Gemeindevorsteher (Amtmänner in Westfalen, Bürgermeister in der Rheinprovinz), Schöffen, Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes und sonstige Gemeindebeamten, sowie gegen Gutsvorsteher Ordnungsstrasen zu verhängen, steht dem Landrathe, und im Umfange des den Provinzialbehörden beigelegten Ordnungsstrasrechts1) dem Regierungspräsidenten zu.

Gegen die Strafverfügungen des Landrathes findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerbe an den Regierungspräsidenten, gegen die Strafverfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt;

2. gegen die von dem Amtmann in Westfalen oder von dem Bürgermeister in der Rheinprovinz auf Grund des §. 83 der Westfälischen Landgemeindesordnung vom 19. März 1856, bezw. der §§. 83 und 104 der Rheinischen Gemeindeordnung vom 23. Juli 1845 gegen Unterdeamte der Gemeinden, Aemter oder Bürgermeistereien erlassenen Strafsversügungen sindet innerhald zwei Wochen die Beschwerde an den Landrath und gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Landrathes innerhald zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräsidenten statt;

¹⁾ Siehe § 19 Disz. G.

3. gegen ben auf die Beschwerbe in ben Fällen zu 1 und 2 in letzter Instanz ergehenden Beschluß des Regierungspräsidenten, beziehungsweise des Oberpräsidenten sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Bufat: Der Umtsvorsteher hat tein Orbnungsftrafrecht gegen bie Gemeinde- und Gutsvorstände.

Bufat zu B.G. S. 36 Nr. 2.

B.A.G.O. §. 83. In Betreff ber Dienstvergehen ber Amtmänner, Gemeinbevorsteher und Stellvertreter, sowie der sonstigen Amts- und Gemeindebeamten und Diener, kommen die darauf bezügslichen Gesehe mit der Maßgabe zur Anwendung, daß der Amtmann besugt ist, die Unterbeamten des Amtes, sowie der Gemeinden mit Ordnungsftrasen bis zu neun Mark und die blos zu mechanischen Dienstleistungen angestellten Diener mit Arreststrasen bis zu drei Tagen zu belegen.

Rh.C.G.D. §. 83. Der (Gemeinbe-)Borsteher hat als Organ bes Bürgermeisters die Aufsicht über die Unterbeamten und Diener der Gemeinde und über ihre Dienstleistungen zu führen. Bei vorkommenden Dienstwernachlässigigungen und Dienstwergehen hat er dem Bürgermeister Anzeige zu machen, welcher zur Erhaltung der nöthigen Disziplin das Recht hat, den Unterbeamten Ordnungsstrafen bis neun Mark und ben blos zu mechanischen Dienstleistungen angestellten Dienwen auch Arreststrasen bis zu zwei Tagen aufzulegen. Die Ordnungsstrasen fließen zur Ortsparmenkasse (Art 22 Ges. vom 15. Mai 1856, §. 15 Ar. 4 Disz.Ges.).

Rh.C.G.D. §. 104 Abf. 2. In Ansehung ber Disziplinarstrasen gegen die Unterbeamten und Diener der Bürgermeister kommen die darauf bezügzlichen Borschriften zur Anwendung (Art. 22 Ges. vom 15. Mai 1856). Dem Bürgermeister stehen gegen diese Beamten die im §. 83 bestimmten Disziplinarbesugnisse zu.

C. Gegen Amtguorfteber.

Ö.Kr.O. Ş. 68 (Schl.-H.R.O. Ş. 59). Bezüglich der Dienstwergehen der Amtsvorsteher finden die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstwergehen der nichtrichterlichen Beamten (Gesetz-Samml. S. 465), mit solgenden Maßgaben Anwendung:

1. lleber die Berhängung von Ordnungsstrafen gegen die Amtsvorsteher beschließt im Umfange des den Provinzialbehörden beigelegten Ordnungsstrafrechtes*) der Kreisausschuß und im Ilmfange des dem Minister beigelegten Ordnungsstrafrechtes*) der Regierungspräsident.

^{*)} Dis Gef. §. 19 Abf. 4 und 6.

Dem Landrathe steht das Recht zur Berhängung von Ordnungsstrafen nicht zu.

Gegen den Beschluß des Kreisausschusses findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Bezirksausschuß, gegen die Strafversfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den ObersPräsidenten statt.

Gegen ben auf die Beschwerbe ergehenden Besschluß des Bezirksausschusses beziehungsweise des Ober-Präsidenten sindet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

D. Gegen Kreisbeamte.

a) Geltungsbereich der öftlichen Kreisardnung:

Ö.Kr.O. §. 68 Nr. 1 fiehe vorstehend unter C. Ö.Kr.O. §. 134 Nr. 3. Hinsichtlich der Dienstevergehen der Kreisbeamten sinden die Bestimmungen des §. 68 mit der Maßgade Anwendung, daß das Recht zur Verhängung von Ordnungsstrafen auch dem Landrath zusteht.

Gegen die Strasversigung des Landraths steht den Kreisdamten nur die Beschwerde im vorgesetzen Instanzenwege unter Ausschluß des Streitversahrens gemäß § 21 Disziplinargesehes zu.

b) Beltungsbereich ber übrigen Rreisordnungen:

Nach Schl.-H.Ar.D. §. 122, Hann. Kr.D. §. 91, Westf.Ar.D. §. 79, H.-R.Ar.D. §. 92; Rh.Ar.D. §. 79 steht ben Areisbeamten gegen bie Strasverfügungen bes Areisausschusses und bes Landraths bas Berwaltungsstreitversahren gemäß 3.G. §. 36 offen. (Siehe Seite 895).

E. Gegen Provinzialbeamte.

- P.D. §. 98. In Betreff ber Dienstwergehen ber Provinzialbeamten finden die Borschriften des Geseiges vom 21. Juli 1852 (G.S. S. 465) mit folgenden Maßgaben Anwendung:
 - 1. Gegen ben Landesbirektor (Landeshauptmann), bie bemselben gemäß §. 93 P.O. zugeordneten oberen Beamten, sowie die sonstigen im Provinzialstatut bezeichneten leitenden Beamten einzelner Berwaltungszweige ist die Festsehung von Ordnungsstrafen nur in dem auf Entfernung von dem Amte gerichteten Bersahren zulässige.
 - 2. Gegen die übrigen Provinzialbeamten steht die den Ministern und den Provinzialbehörden beisgelegte Besugniß zur Berhängung von Ordnungsstrafen dem Landesdirektor zu; jedoch dürsen die von ihm sestzusezenden Geldbußen den Betrag von dreißig Mark nicht überssteigen.

Außerdem fteht

3. ben Borftehern von Provinzialanstalten bie Besugniß zu, gegen bie ihnen nachgeordneten

Unstaltsbeamten, mit Ausnahme ber oberen Anstaltsbeamten, Gelbbußen bis zu zehn Mark festzusegen.

4. Gegen die Disziplinarverfügungen des Landesbirektors und der Vorsteher von Provinzialanstalten findet innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Bezirksausschusse statt.

Fortfegung des Disziplinargefeges.

Disz.Gef. S. 20. Nur biejenigen Dienstvorgesesten, welche gegen bie in S. 15 Nr. 4 bezeichneten Beamten Gelbbußen verhängen können, sind ermäcktigt, gegen dieselben Arreftstrasen zu versügen. Diesenigen Borgesesten, deren Strasgewalt auf Gelbbuße bis zu 9 Mark beschränkt ist, dürsen bei den Arreststraßen das Maß von drei Tagen nicht überschreiten.

- 21. Gegen die Berfügung von Ordnungsstrafen findet nur Beschwerbe im vorgeschriebenen Instanzenzunge statt. (Bergleiche Seite 392—401 bes. 399.)
- 22. Der Entfernung aus dem Amte muß ein förmliches Disziplinarverfahren vorhergehen. Dassfelbe besteht in der von einem Kommissar zu führenden Boruntersuchung und in einer mündlichen Berhandlung nach den folgenden näheren Bestimmungen.

An Stelle ber §§. 23 unb 24 bes Diss ziplinargesetreten für Rommunalbeamte nachftebenbe Bestimmungen.

gremsti, Rommunalbeamtengefetgebung.

- 23. Die Einleitung des Disziplinarversahrens wird verfügt und die Untersuchungskommission ernannt:
 - 1. gegen Bürgermeister, Beigeordnete und Masgistratsmitglieber, sowie gegen die sonstigen städtischen Gemeindebeamten, von dem Regierungspräsidenten oder Minister des Innern (Z.G. S. 20 Nr. 3, H.-N.St.D. S. 91 Nr. 2);
 - 2. gegen Gemeinbevorsteher, Bürgermeister und Beigeordnete in Hessen-Nassau, (Amtmänner in der Provinz Westfalen, Bürgermeister in der Rheinprovinz), Schöffen, Mitglieder des kollegialischen Gemeindevorstandes, sonstige Gemeindebeamte und Berbandsvorsteher, gegen Amtsevorsteher und gegen Kreisbeamte, von dem Landerathe oder von dem Regierungspräsidenten (8.G. §. 36 Nr. 4, Kr.D. §§. 68, 134 Nr. 3, D.L.G.D. §. 143, Schl.=H.L.G.D. §. 143, H.L.G.D. §. 115 Nr. 3);
 - 3. 2c.:
 - 4. gegen Provinzialbeamte mit Ausschluß bes Landesdirektors, der demselben nach P.O. §. 93 zugeordneten oberen Beamten, sowie der sonstigen im Provinzialstatut bezeichneten leitenden Beamten einzelner Berwaltungszweige, von dem Landesdirektor (P.O. §. 98 Nr. 5);
 - 5. gegen ben Landesbirektor und die (unter Nr. 4 ausgeschlossenen) oberen Provinzialbeamten, von

bem Minister bes Innern (P.O. §. 98 Nr. 5, §. 51, L.B.G. §§. 14, 32).

24. Die entscheibenben Disziplinarbehörben erster Inftanz*) find:

- 1. der Kreisausschuß (als Kreisverwaltungsgericht) in Ansehung der Gemeindevorsteher, Bürgermeister und Beigeordneten in Hessenschussenschliebenzungenschliebenzungenzung und werden und kanntenzungenzung und
- 2. ber Bezirksausschuß in Ansehung ber Bürgermeister, Beigeordneten, Magistratsmitglieber, ber sonstigen städtischen Gemeindebeamten, des Landesdirektors und der sonstigen Provinzialbeamten (3.G. §. 20 Nr. 3, H.R. St.D. §. 91, L.B.G. §. 39, P.D. §. 98 Nr. 5, §. 51):

3. 2c.

25-31 finden auf Communalbeamte keine Answendung.

32. In der Voruntersuchung wird der Ange-

^{*)} Bweite Instanz für 1. und 2. ift bas Oberverwaltungsgericht.

schuldigte unter Mittheilung ber Unschuldigungspunkte vorgeladen und, wenn er erscheint, gehört; es werden die Zeugen eidlich vernommen und die zur Aufklärung der Sache dienenden sonstigen Beweise herbeigeschafft.

Abs. 2. Die Berrichtungen der Staatsanwaltsschaft werden durch einen Beamten wahrgenommen, welchen die Behörde ernennt, von der die Einleitung des Disziplinarversahrens verfügt wird (siehe §. 23).

Bei ber Bernehmung des Angeschulbigten und bem Berhöre ber Zeugen ist ein vereideter Protokollführer zuzuziehen.

Ausnahme von §. 32 Abf. 2. In dem Disziplinar versahren gegen die Provinzialbeamten, dessen Einleitung der Landesdirektor versügt (das sind die ihm nach §. 93 P.D. zugeordneten oberen, sowie die sonstigen im Provinzialstatut bezeichneten leitenden Beamten einzelner Berwaltungszweige), wird der Bertreter der Staatsanwaltschaft nicht von diesem, sondern vom Minister des Innern ernannt (P.D. §. 98 Nr. 5 Mbs. 2).

An Stelle des §. 33 tritt L.B.G. §. 157. Durch das gegenwärtige Gesetz werden nicht berührt:

- 1. 2c.:
- 2. die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852, betreffend die Dienstwergehen der nicht richterlichen Beamten 2c. (Gesetz-Samml. S. 563); dieselben sinden jedoch für das Berwaltungsstreitversahren mit solgenden Maßgaben Anwendung: die Entscheidung ersolgt auf Grund

mündlicher Berhandlung; das Gutachten des Disziplinarhofs ist nicht einzuholen; das Disziplinarversahren kann mit Rücksicht auf den Ausfall der Boruntersuchung durch Beschluß der in erster Instanz zuständigen Behörde einzgestellt werden; die Erhebung des Kostenpauschzquantums findet nicht statt.

Dis. Ges. §. 34. Wird das Berfahren nicht einsgestellt, so wird nach Eingang einer von dem Beamten der Staatsanwaltschaft anzusertigenden Anschuldigungsschrift der Angeschuldigte unter abschriftslicher Mittheilung dieser Anschuldigungsschrift zu einer, von dem Borsitzenden der Disziplinarbehörde zu bestimmenden Sitzung zur mündlichen Berhandelung vorgeladen.

35. Bei ber mündlichen Berhandlung, welche in nicht öffentlicher Sizung stattfindet, giebt zuerst ein von dem Borsizenden der Behörde aus der Zahl ihrer Mitglieder ernannter Referent eine Darstellung der Sache, wie sie aus den bisherigen Verhandlungen hervorgeht.

Der Ungeschulbigte wird vernommen.

Es wird barauf ber Beamte ber Staatsanwalts schaft mit seinem Bors und Antrage und ber Ans geschuldigte in seiner Bertheidigung gehört.

Dem Angeschulbigten steht bas lette Wort zu. 36. Wenn die Behörde auf den Antrag des Angeschulbigten oder des Beamten der Staatsanwaltben Regierung spräsibenten, 1) und gegen den auf die Beschwerde ergehenden Beschluß des Regierungspräsibenten 1) innerhalb zwei Wochen die Klage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

- B. Gegen ländliche Gemeindevorficher (Amtmänner in Meffalen, flürgermeifter in der Aheinproving), Sahöffen, Mitglieder den kollegialischen Gemeindevorfinnten und souftige ländliche Gemeindebeamte sowie gegen Merbandgworficher:
- a) Geltungsbereich der öftlichen und der Schleswig-Holfteinischen Landgemeindeordnung sowie der Hoffen-Nafsauischen Landgemeindeordnung.
- D.C.G.O. Schl. D.C.G.O. §. 143. H.-N.C.G.O. §. 115. Bezüglich ber Dienstvergehen ber Gemeinde-vorsteher, (Bürgermeister, Beigeordneten H.-N.C.O.) ber Schöffen, ber Gutsvorsteher und ber Berbandsvorsteher, sowie der sonstigen Beamten der Landgemeinden, Gutsbezirke und Gemeindeverbände kommen die Bestimmungen des Gesetzes vom 21. Juli 1852 (G.S. S. 463) mit solgenden Maßgaben zur Anwendung:
 - 1. Die Befugniß, gegen biefe Beamten Ordnungsftrafen zu verhängen fteht dem Landrathe, und

Berweise als Disziplinarstrasen zu verhängen. (D.B.G. Bb. XVII. S. 443). Die gleiche Besugniß steht den Hannoverichen Magistraten zu (D.B.G. Bd. XXIV S. 413). Nach §§ 74, 75 H.St.D. hat der Bürgermeister das Ordnungsstrasrecht gegenüber den städtlichen Beamten. Aber auch der Magistrat kann gegen letztere Warnungen und Verweise erlassen (D.B.G. Bd. XXIV S. 413).

¹⁾ In Berlin an den Oberpräfidenten (L.B.G. § 42).

im Umfange des den Provinzialbehörden beisgelegten Ordnungsftrafrechts!) dem Regierungsspräsidenten zu.

Gegen die Strafverfügungen des Landraths findet innerhalb zwei Wochen die Beschwerde an den Regierungspräfidenten, gegen die Strafversfügungen des Regierungspräsidenten innerhalb gleicher Frist die Beschwerde an den Oberpräsidenten statt.

 Gegen ben auf die Beschwerde in den Fällen zu 1 in letzter Instanz ergehenden Beschluß des Regierungspräsidenten oder des Oberpräsidenten findet die Alage bei dem Oberverwaltungsgerichte statt.

Zusat: Ordnungsstrafrecht bes Gemeindes vorstehers der Guts- und Berbandsvorsteher gegen die ihnen untergeordneten Beamten:

Barnungen und Verweise gemäß §. 18 Disz. Ges.

b) Geltungsbereich ber anderen Landgemeinde= ordnungen.

8.G. §. 36. Bezüglich ber Dienstvergehen ber Gemeinbevorsteher, Schöffen, Mitglieder bes Gemeindevorstandes und sonstigen Gemeindebeamten, sowie ber Gutsvorsteher kommen die Bestimmungen des Geses vom 21. Juli 1852 mit folgenden Maßgaben zur Anwendung:

¹ Siehe § 19 Disz. G.

bilben, burfen in zweiter Inftanz nicht vorgebracht werben.

- 44. Die Anmelbung der Berufung und die etwa eingegangene Appellationsschrift wird dem Appellaten in Abschrift zugestellt, oder dem Beamten der Staatsanwaltschaft, falls er Appellat ist, in Urschrift vorgelegt. Innerhalb vierzehn Tagen nach erfolgter Zustellung oder Borlegung kann der Appellat eine Gegenschrift einreichen. Diese Frist kann auf den Antrag des Appellaten angemessen verlängert werden.
- 45. Nach Ablauf ber in bem §. 44 bestimmten Frist werden die Akten der Berufungsinstanz (siehe §. 24 Unm.) eingesandt.
- 47. Gine jebe Entscheibung ber Disziplinarbehörde, gegen die kein Rechtsmittel mehr stattfindet und durch welche die Dienstentlassung ausgesprochen ist, bedarf der Bestätigung des Königs, wenn der Beamte vom Könige ernannt oder bestätigt worden ist.

Dritter Abschnitt.

Borläufige Dienftenthebung.

- 48. Die Sufpenfion eines Beamten vom Amte tritt fraft bes Gefetzes ein:
 - 1. wenn in dem gerichtlichen Strafverfahren seine Berhaftung beschloffen oder gegen ihn ein noch nicht rechtskräftig gewordenes Urtheil erlassen

ift, welches auf ben Berluft bes Amtes lautet, ober biefen fraft bes Gefetzes nach fich zieht;

- 2. wenn im Disziplinarverfahren eine noch nicht rechtskräftige Entscheidung ergangen ift, welche auf Dienstentlassung lautet.
- 49. In bem im vorhergehenden Paragraphen unter Nr. 1 vorgesehenen Falle dauert die Suspension bis zum Ablauf des zehnten Tages nach Wiederausshebung des Berhaftungsbeschlusses oder nach einzetretener Rechtskraft desjenigen Urtheils höherer Instanz, durch welches der angeschuldigte Beamte zu einer anderen Strafe als der bezeichneten verzurtheilt wird.

Lautet das rechtskräftige Urtheil auf Freiheitsstrafe, so dauert die Suspension, dis das Urtheil.
vollstreckt ist. Wird die Vollstreckung des Urtheils,
ohne Schuld des Berurtheilten aufgehalten oder
unterbrochen, so tritt für die Zeit des Aufenthaltes
oder der Unterbrechung eine Gehaltsverkürzung (§.51)
nicht ein. Dasselbe gilt für die im ersten Absabieses Paragraphen erwähnte Zeit von zehn Tagen,
wenn nicht vor Ablauf derselben die Suspension vom
Amte im Wege des Disziplinarversahrens beschlossen
wird.

In dem §. 48 unter Nr. 2 erwähnten Falle bauert die Suspension bis zur Rechtskraft der in ber Disziplinarsache ergehenden Entscheidung.

50. Die zur Einleitung der Disziplinar-Unter-

suchung ermächtigte Behörde kann die Suspension, sobald gegen den Beamten ein gerichtliches Strafverfahren eingeleitet, oder die Einleitung einer Disziplinar-Untersuchung verfügt wird, oder auch demnächst im ganzen Laufe des Berfahrens dis zur
rechtskräftigen Entscheidung verfügen.

51. Der suspendirte Beamte behält mährend ber Sufpension die Hälfte seines Diensteinkommens. Auf die für Dienstunkosten besonders angesetzen Beträge ist bei Berechnung der Hälfte des Diensteeinkommens keine Rücksicht zu nehmen.

Der innebehaltene Theil des Diensteinkommens ist zu den Kosten, welche durch die Stellvertretung des Angeschuldigten verursacht werden, der etwaige Rest zu den Untersuchungskoften zu verwenden. Sinen weiteren Betrag zu den Stellvertretungskoften zu leisten, ist der Beamte nicht verpflichtet.

52. Der zu den Kosten (§. 51) nicht verwendete Theil des Einkommens wird dem Beamten nicht nachgezahlt, wenn das Verfahren die Entfernung aus dem Amte zur Folge hat.

Erinnerungen über die Verwendung des Einkommens stehen dem Beamten nicht zu; wohl aber ist ihm auf Verlangen eine Nachweisung über diese Berwendung zu ertheilen.

53. Wird der Beamte freigesprochen, so muß ihm der innebehaltene Theil des Diensteinkommens vollständig nachgezahlt werden.

Birb er nur mit einer Ordnungsftrafe belegt, fo ift ihm der innebehaltene Theil, ohne Abaug der Stellvertretungskoften nachzuzahlen, soweit berselbe nicht zur Dedung der Untersuchungskoften und ber Ordnungsftrafe erforberlich ift.

54. Wenn Gefahr im Berzuge ift, kann einem Beamten auch von folden Borgefetten, Die feine Suspension zu verfügen nicht ermächtigt find, bie Ausübung der Amtsverrichtungen vorläufig unterfaat werben: es ift aber barüber fofort an bie höhere Bebörde zu berichten.

Bierter Abichnitt.

Rabere und befonbere Bestimmungen in Betreff ber Beamten ber Inftigverwaltung

55 - 67.

Rünfter Abiconitt.

Befondere Beftimmungen in Betreff ber Gemeinbebeamten. 78. Aufgehoben durch R.G. S. 20 Mr. 3 und S. 36 Mr. 3.

Sedfter Abidnitt. Befonbere Beftimmungen in Betreff ber Beamten ber Militärberwaltung.

79-82.

Siebenter Abschnitt.

Befonbere Beftimmungen in Betreff ber Entlaffung bon Beamten, welche auf Widerruf angeftellt finb.

Beamte, welche auf Brobe, auf Kündigung ober fonft auf Biberruf angestellt find, können von der

Behörde, welche ihre Anftellung versügt hat, entlassen werden. Dem auf Grund der Kündigung entlassen Beamten ist in allen Fällen bis zum Ablause der Kündigung sein volles Diensteinkommen zu gewähren.

84 betrifft Referendarien.

85. In Ansehung der Entlassung der Supernumerarien und der sonst zur Erlernung des Dienstes bei den Behörden beschäftigten Personen kommen die darauf bezüglichen besonderen Bestimmungen zur Unwendung.

Uchter Abicnitt.

Berfügungen im Butereffe bes Dienttes, welche nicht Begenftanb eines Disziplinarverfahrens finb.

- 87. Die nachbenannten Berfügungen, welche im Interesse bes Dienstes getroffen werden können, sind nicht Gegenstand bes Disziplinarverfahrens.
 - Bersetzung in ein anderes Umt von nicht geringerem Range und etatsmäßigem Diensteinkommen, mit Bergütung der reglementsmäßigen Umzugskosten.

Als eine Berkürzung im Einkommen ift es nicht anzusehen, wenn die Gelegenheit zur Berwaltung von Nebenämtern entzogen wird oder die Beziehung der für die Dienstunkosten besonders ausgesetzten Einnahmen mit diesen Unkosten selbst fortfällt.

- 94. §§. 88—92 finden auf Kommunalbeamte keine Anwendung. (§. 93 ift hinter §. 95 abgebruckt.)
- 95. In Bezug auf die mittelbaren Staatsdiener bleiben die wegen Penfionirung derfelben beftehenden Borschriften in Kraft.

Wenn jedoch mittelbare Staatsdiener vor dem Zeitpunkte, mit welchem eine Pensionsberechtigung für sie eingetreten sein würde, dienstunfähig geworden, so können auch sie gegen ihren Willen nur unter den für Beamte im unmittelbaren Staatsdienste vorgeschriebene Formen (§. 93) in den Ruhestand versient werden.

93. Ist ein Beamter vor dem Zeitpunkte, mit welchem die Pensionsfähigkeit für ihn eingetreten sein würde, dienstunfähig geworden, so kann er gegen seinen Willen nur unter Beobachtung derjenigen Formen, welche für die Disziplinar-Untersuchung vorgeschrieben sind, in den Ruhestand versest werden.

95 Abs. 2 ist

a) für städtische Beamte, außer Hessen-Rassau erweitert durch &.G. §. 20 Abs. 2.

In dem bezüglich der Entfernung aus dem Amte vorgesehenen Verfahren ist entstehenden Falls auch über die Thatsache der Dienstunfähigkeit der Bürgermeister, Beigeordneten, Magistratsmitglieder und sonstigen Gemeindebeamten Entscheidung zu treffen.

(Alfo formelles Disziplinarverfahren, wenn ber Beamte

auch nach erreichter Penfionsfähigkeit gegen feinen Billen penfionirt werden foll.)

b) Für ftäbtische Beamte ber Proving heffen-Raffau. B.-N.St.O. S. 75.

lleber die Thatsache der Dienstunfähigkeit der besoldeten Bürgermeister, Beigeordneten, Magistrats-mitglieder und sonstigen Gemeindebeamten ist entstehenden Falls in dem durch §. 91 Abs. 1 Nr. 2') bezüglich der Entsernung aus dem Amte vorgesichriedenen Bersahren zu entscheiden.

c) Für ländliche Gemeindebeamte. 3.G. §. 36 Abf. 2.

In dem Berfahren auf Entfernung aus dem Umte ift entstehenden Falls auch über die Thatsache der Dienstunfähigkeit der ländlichen Gemeindebeamten Entscheidung zu treffen.

D.L.G.D. und Schl.-H.L.G.D. §. 143 wörtlich

gleichlautend.

Ebenso H.S.G.D. §. 115 Nr. 3 Abs. 2 inhalts lich gleich.

d) Zwangspensionirung ber Beamten ber Kreis- unb Provinzialverwaltungen.

Bor erreichter Benfionsfähigkeit fiebe Dis. Gef. §. 95 Abf. 2 S. 413.

Gegen die Penfionsverfügung der Anftellungsbehörde (Kreisausschuß bezw. Provinzialausschuß)

1) Siehe Diszipl. Gef. §. 23 Rr. 1, §. 24 Rr. 2.

nach erreichter Pensionsfähigkeit ist nur die Besichwerbe im Aufsichtswege gegeben. Für Kreisbeamte Ö.Kr.O. §. 177 (Regierungspräsident und Oberpräsident — Beschwerbefrist 2 Wochen). Für Provinzialsbeamte P.O. §. 114 (Oberpräsident und Minister des Innern — Beschwerbesrist 2 Wochen).

96. Betrifft Universitätslehrer.

Reunter Abichnitt.

Angemeine und Nebergangsbestimmungen.

97-99. (Beraltet.)

100. Alle biefem Gesetz entgegenstehenden Bestimmungen sind aufgehoben. Dagegen wird durch basselbe in der Besugniß der Aufsichtsbehörden, im Aufsichtswege Beschwerden Abhülfe zu verschaffen, oder Beamte zur Erstüllung ihrer Pflichten in einzelnen Sachen anzuhalten und dabei Alles zu thun, wozu sie nach den bestehenden Gesetzen ermächtigt sind, nichts geändert.

100-102. (Beraltet.)

XVII. Strafredtlide Forschriften.

Strafgesethuch für das Deutsche Reich pom 15. Mai 1871.

In der Fassung der Bekanntmachung b. 26. Februar 1876. (R.G.BI. 1876 S. 39.)

1. Wirtung der Strafe auf das communale Beamtenverhältnik.

- 31. Die Zuchthausstrafe hat die dauernde Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter von Rechtswegen zur Folge.
- 33. Die Aberkennung der bürgerlichen Shrensrechte bewirkt den dauernden Berluft der öffentslichen Aemter
- 34. Die Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte bewirft ferner die Unfähigkeit während ber im Urtheil bestimmten Zeit
 - 1-2 ac.
 - 3. öffentliche Aemter zu erlangen.
- 35. Neben einer Gefängnißstrafe, mit welcher bie Aberkennung der bürgerlichen Ehrenrechte übershaupt hätte verbunden werden können, kann auf die Unfähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter auf die Dauer von einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

Die Aberkennung ber Fähigkeit zur Bekleibung öffentlicher Aemter hat den dauernden Berluft ber bekleideten Aemter von Acchtswegen zur Folge. 36. Die Wirkung ber Aberkennung der bürgerlichen Shrenrechte überhaupt, sowie der Fähigkeit zur Bekleidung öffentlicher Aemter insbesondere, tritt mit der Rechtskraft des Urtheils ein; die Zeitdauer wird von dem Tage berechnet, an dem die Freiheitsstrafe, neben welcher jene Aberkennung ausgesprochen wurde, verbüft, verjährt oder erlassen ist.

2. Strafrectlicher Sout ber Communalbeamten.

113. Wer einen Beamten, welcher zur Bollsftreckung von Gesetzen, von Besehlen und Anordnungen der Berwaltungsbehörben ober von Urtheilen und Berfügungen der Gerichte berusen ist, in der rechtmäßigen Auslibung seines Umtes durch Gewalt oder durch Bedrohung mit Gewalt Widerstand leistet, oder wer einen solchen Beamten während der rechtsmäßigen Auslidung seines Amtes thätlich angreist, wird mit Gesängniß von vierzehn Tagen bis zu zwei Jahren bestraft.

Sind milbernde Umftände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe bis zu Ginem Jahre ober Gelbstrafe bis zu eintausend Mark ein.

Dieselben Strasporschriften treten ein, wenn bie Handlung gegen Personen, welche zur Unterstützung bes Beamten zugezogen waren, oder gegen Mannschaften ber bewaffneten Macht, oder gegen Mannschaften einer Gemeindes, Schutz oder Bürgerwehr in Ausübung bes Dienstes begangen wird.

vorgenommen werben darf, wird mit Gefängniß bis zu Einem Jahre ober mit Gelbstrafe bis zu dreis hundert Mark bestraft.

4. Umtebelitte.

- a) Spezialbeftimmung.
- 174. Mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren werden bestraft:
 - 2. Beamte, die mit Personen, gegen welche sie eine Untersuchung zu führen haben oder welche ihrer Obhut anvertraut sind, unzüchtige Handlungen vornehmen;
 - 3. Beamte, welche in Gefängniffen ober in öffentlichen, zur Pflege von Kranken, Armen ober anderen Hülflosen bestimmten Anstalten beschäftigt ober angestellt sind, wenn sie mit den in das Gefängniß oder in die Anstalt aufgenommenen Personen unzüchtige Handlungen vornehmen.

Sind milbernde Umftände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

b) Berbrechen und Bergehen im Amte.

331. Gin Beamter, welcher für eine in sein Amt einschlagende, an sich nicht pflichtwidrige handlung Geschenke oder andere Bortheile annimmt, forbert oder sich versprechen läßt, wird mit Gelbstrafe bis zu breihundert Mark ober mit Gefängniß bis zu sechs Monaten bestraft.

332. Ein Beamter, welcher für eine Handlung, die eine Berlezung einer Amts= oder Dienftpflicht enthält, Geschenke oder andere Bortheile annimmt, fordert oder sich versprechen läßt, wird wegen Bestechung mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren beftraft.

Sind milbernde Umftanbe porhanden, fo tritt Gefängnififtrafe ein.

333. Wer einem Beamten Geschenke ober andere Bortheile anbietet, verspricht ober gewährt, um ihn zu einer Handlung, die eine Berletzung einer Umts- ober Dienstpflicht enthält, zu bestimmen, wird wegen Bestechung mit Gesängniß bestraft; auch kann auf Berlust der bürgerlichen Ehrenrechte erkannt werden.

Sind milbernde Umftände vorhanden, so kann auf Gelbstrafe bis zu eintausendfünfhundert Mark erkannt werden.

334. Ein Richter, Schiedsrichter, welcher Geschenke ober andere Vortheile fordert, annimmt ober sich versprechen läßt, um eine Rechtssache, deren Leitung oder Entscheidung ihm obliegt, zu Gunsten ober zum Nachtheile eines Betheiligten zu leiten oder zu entscheiden, wird mit Zuchthaus bestraft.

Derjenige, welcher einem Richter, Schiebsrichter zu bem vorbezeichneten Zwecke Geschenke ober andere Bortheile andictet, verspricht ober gewährt, wird mit Buchthaus bestraft. Sind milbernde Umstände porshanden, so tritt Gefängnifftrase ein.

335. In ben Fällen ber §§. 381 bis 334 ift im Urtheile bas Empfangene ober ber Werth beffelben für bem Staate verfallen zu erklären.

336. Ein Beamter ober Schiedsrichter, welcher sich bei der Leitung ober Entscheidung einer Rechtssfache vorsätzlich zu Gunsten ober zum Nachtheile einer Partei einer Beugung des Rechtes schuldig macht, wird mit Zuchthaus dis zu fünf Jahren bestraft.

337. Erfest burch §. 67 Personenstandsgesetes v. 6. II. 75 (R.G.Bl. S. 23.) betrifft nur Geiftliche.

338. Ein Personenstandsbeamter, welcher, wissend, daß eine Person verheirathet ist, eine neue She derselben schließt, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.

339. Gin Beamter, welcher durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt ober durch Androhung eines bestimmten Mißbrauchs berselben Jemand zu einer Handlung, Dulbung ober Unterlassung widerrechtlich nöthigt, wird mit Gefängniß bestraft.

Der Bersuch ift ftrafbar.

In den Fällen der §§. 106, 107, 167 u. 253 ') tritt die daselbst angebrobte Strafe ein, wenn die

¹⁾ Die Paragraphen betreffen: Berhinderung in der Ausübung staatsbürgerlicher Rechte, der Berrichtung des Gottesdienstes bezw. Expressung.

handlung von einem Beamten, wenn auch ohne Gewalt oder Drohung, aber durch Mißbrauch seiner Amtsgewalt oder Androhung eines bestimmten Miß-brauchs derselben begangen ist.

340. Ein Beamter, welcher in Ausübung ober in Beranlassung ber Ausübung seines Amtes vorsäglich eine Körperverlegung begeht ober begehen läßt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft. Sind milbernde Umstände vorhanden, so kann die Strafe bis auf Ginen Tag Gefängniß ersmäßigt ober auf Geldstrafe bis zu neunhundert Mark erkannt werden.

Ist die Körperverletzung eine schwere, so ist auf Buchthaus nicht unter zwei Jahren zu erkennen. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gesfängnißstrafe nicht unter drei Wonaten ein.

- 341. Sin Beamter, welcher vorsätzlich, ohne hierzu berechtigt zu sein, eine Verhaftung ober vorläusige Ergreisung und Festnahme ober Zwangsgestellung vornimmt ober vornehmen läßt, ober die Dauer einer Freiheitsentziehung verlängert, wird nach Vorschrift des §. 230, jedoch mindestens mit Gefängniß von drei Monaten bestraft.
- 342. Ein Beamter, der in Ausübung oder in Beranlassung der Ausübung seines Amtes einen Hausfriedensbruch (§. 123) begeht, wird mit Gefängsniß bis zu Einem Jahre oder mit Gelbstrafe bis zu neunhundert Mark bestraft.

- 343. Gin Beamter, welcher in einer Untersuchung Zwangsmittel anwendet oder anwenden läßt, um Geständnisse oder Aussagen zu erpressen, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft.
- 344. Ein Beamter, welcher vorsätzlich zum Nachstheile einer Person, beren Unschulb ihm bekannt ist, die Eröffnung oder Fortsetzung einer Untersuchung beantragt oder beschließt, wird mit Zuchthaus bestraft.
- 345. Gleiche Strafe trifft den Beamten, welcher vorsätzlich eine Strafe vollstreden läßt, von der er weiß, daß sie überhaupt nicht oder nicht der Art oder dem Maße nach vollstredt werden darf.
- Ist die Handlung aus Fahrlässigkeit begangen, so tritt Gefängnißstrafe oder Festungshaft bis zu Ginem Jahre oder Geldstrafe bis zu neunhundert Mark ein.
- 346. Ein Beamter, welcher vermöge seines Amtes bei Ausübung der Strafgewalt oder bei Vollsftreckung der Strafe mitzuwirken hat, wird mit Zuchtshaus dis zu fünf Jahren bestraft, wenn er in der Absicht, Jemand der gesetzlichen Strafe rechtswidrig zu entziehen, die Verfolgung einer strafbaren Handlung unterläßt, oder eine Handlung begeht, welche geeignet ist, eine Freisprechung oder eine dem Gesetze nicht entsprechende Vestrafung zu bewirken, oder die Vollstreckung der ausgesprochenen Strafe nicht be-

treibt, oder eine gelindere als die erkannte Strafe zur Bollstreckung bringt.

Sind milbernde Umftände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter Einem Monat ein.

347. Ein Beamter, welcher einen Gefangenen, bessen Beaufsichtigung, Begleitung ober Bewachung ihm anvertraut ist, vorsätzlich entweichen läßt ober bessen Befreiung vorsätzlich bewirkt ober befördert, wird mit Zuchthaus bis zu fünf Jahren bestraft. Sind mildernde Umstände vorhanden, so tritt Gesfängnißstrafe nicht unter Einem Monat ein.

Ist die Entweichung durch Fahrlässigkeit beförs bert ober erleichtert worden, so tritt Gefängnißstrase bis zu sechs Monaten ober Gelbstrase bis zu sechshundert Mark ein.

348. Gin Beamter, welcher, zur Aufnahme öffentlicher Urkunden befugt, innerhalb seiner Zuständigkeit vorsätzlich eine rechtlich erhebliche Thatsache falsch beurkundet oder in öffentliche Register oder Bücher falsch einträgt, wird mit Gefängniß nicht unter Einem Monat bestraft.

Dieselbe Strafe trifft einen Beamten, welcher eine ihm amtlich anvertraute ober zugängliche Urkunde vorsätzlich vernichtet, bei Seite schafft, beschäbigt ober verfälscht.

349. Wird eine der im §. 348 bezeichneten Handlungen in der Absicht begangen, sich oder einem Anderen einen Bermögensvortheil zu verschaffen oder einem Anderen Schaben zuzufügen, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren und zugleich auf Gelbstrase von einhundertfünfzig bis zu dreitausend Mark zu erkennen.

350. Ein Beamter, welcher Gelber ober andere Sachen, die er in amtlicher Eigenschaft empfangen ober in Gewahrsam hat, unterschlägt, wird mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft; auch kann auf Verlust der bürgerlichen Ehrenrechte erskannt werden.

Der Bersuch ift strafbar.

351. Hat der Beamte in Beziehung auf die Unterschlagung die zur Eintragung oder Kontrole der Einnahmen oder Ausgaben bestimmten Rechenungen, Register oder Bücher unrichtig geführt, verfälscht oder unterdrückt, oder unrichtige Abschlüsse oder Auszüge aus diesen Rechnungen, Registern oder Büchern, oder unrichtige Beläge zu denselben vorgelegt, oder ist in Beziehung auf die Unterschlagung auf Fässern, Beuteln oder Packeten der Gelbinhalt fälschlich bezeichnet, so ist auf Zuchthaus bis zu zehn Jahren zu erkennen.

Sind milbernde Umftände vorhanden, so tritt Gefängnißstrafe nicht unter sechs Monaten ein.

352. Ein Beamter, . . . welcher Gebühren ober andere Bergütungen für amtliche Berrichtungen zu seinem Bortheile zu erheben hat, wird, wenn er Gebühren ober Bergütungen erhebt, von denen er weiß, daß der Zahlende sie überhaupt nicht ober nur in geringerem Betrage verschuldet, mit Geldstrase bis zu dreihundert Mark oder mit Gefängniß bis zu Einem Jahre bestraft.

Der Berfuch ift ftrafbar.

353. Ein Beamter, welcher Steuern, Gebühren ober andere Abgaben für eine öffentliche Kasse zu erheben hat, wird, wenn er Abgaben, von denen er weiß, daß der Zahlende sie überhaupt nicht oder nur in geringerem Betrage verschuldet, erhebt, und das rechtswidrig Erhobene ganz oder zum Theil nicht zur Kasse bringt, mit Gefängniß nicht unter drei Monaten bestraft.

Gleiche Strafe trifft ben Beamten, welcher bei amtlichen Ausgaben an Gelb ober Naturalien bem Empfänger vorsätzlich und rechtswidrig Abzüge macht und die Ausgaben als vollständig geleiftet in Rechenung stellt.

357. Ein Amtsvorgesetter, welcher seine Untergebenen zu einer strafbaren Handlung im Amte vorsätzlich verleitet ober zu verleiten unternimmt, ober eine solche strafbare Handlung seiner Untergebenen wissentlich geschehen läßt, hat die auf diese strafbare Handlung angedrohte Strafe verwirkt.

Diefelbe Beftimmung findet auf einen Beamten Unwendung, welchem eine Aufficht ober Kontrole über die Amtsgeschäfte eines anderen Beamten übertragen ist. sofern die von diesem letteren Beamten begangene strafbare Hanblung die zur Aufsicht oder Kontrole gehörenden Geschäfte betrifft.

358. Neben ber nach Borschrift ber §§. 331, 339 bis 341, 352 bis 355 und 357 erkannten Gefängnißstrafe kann auf Berlust ber Fähigkeit zur Bekleibung öffentlicher Aemter auf die Dauer von Einem bis zu fünf Jahren erkannt werden.

359. Unter Beamten im Sinne dieses Strafsgeses sind zu verstehen alle im mittelbaren Dienste eines Bundesstaats auf Lebenszeit, auf Zeit oder nur vorläufig angestellte Personen ohne Untersschied, ob sie einen Diensteid geleistet haben oder nicht

Sachregister.

Borbemerkung: Die provinziell verschiebenen Rechtsverhältnisse der einzelnen Beamtenklassen siehe unter den einzelnen Provinzen, die östlichen Provinzen unter D. Siehe auch Frankfurt a. M., Kassel, Wiesbaden, Lauenburg und Helgoland.

Die angegebenen Biffern weisen auf bie Seitengahlen bin.

a.

Abgaben, turrente, Ginziehung 26.

Abgeordnetenhaus, Gintritt in das 42.

Nemter, Besetungsrecht bes Königs 9; öffentliche Aberkennung ber Fähigkeit jur Bekleidung 416; westfälische, siehe Westfalen.

Umtsbegirte, öftliche, fiehe öftliche Provingen unter D.

Amtseinnehmer, fiehe Weftfalen (Amtsbeamte).

Amtsentsetzung 6, fiehe auch Disziplinarverfahren.

Amtsgewalt, Migbrauch ber 422.

Amtsinftruttion 4.

Amtstaution 4.

Umtstompetengen 96.

Amtenieberlegung 6.

Amtspflicht, Berlegung ber 64.

Amtstitel, fiehe Titel.

Amteverbindungen 6.

Amtsvergehen 420.

Umtsverichwiegenheit 52.

Anmaßung eines Amtes 3, 4, 419, fiehe auch Schabens= exfas.

Unnahmebedingungen, Regelung berfelben 76, 110.

Anordnungen, Ronigliche 17.

Ansprüche, vermögensrechtliche aus dem Beamtenverhältniffe 13.

Anftellung auf bestimmte Zeit 107; auf Kündigung 75; auf Lebenszeit 75, 105; auf Probe 13, 71; der Magistratsmitglieder 82; zur Borbereitung 13, 71; zu vorübergehenden Dienstleistungen 13, 71; siehe auch die einzelnen Provinzen.

Anftellungsbedingungen 7.

Unftellungsberechtigung, landesherrliche 130.

Anftellung surtunde 71; Form berfelben 71, 97; Bwang gur Aushandigung 98.

Unftellungsvertrag, privatrechtlicher 95, 99.

Unwendungsgebiet bes R.B.G. 91.

Arbeitszimmer 72.

Arreft ftrafe als Disziplinarmittel 389.

Auflauf 418.

Aufmertfamteit im Amte 5.

Aufnahmeurtunbe, erfest burch Beftallung 8.

Mufrechnung ber Behaltsanfprüche 19.

Aufruden in hobere Stellen 131, 147.

Aufruhr 418.

Auffichtsbehörbe, Ausbehnung probeweifer Beschäftigung 76, 111; Genehmigung zur nicht lebenslänglichen Unstellung 75, 106; Borschriften über Reisekoftenentschädigung 73, 104; Zwang gegen die Kommunen zur Anstellung Beamter 100.

Aufwandsteuern 27.

Musgleich in Stellenbefegungen 129.

Auslander, Anftellung ber 8.

Ausichluffrift 14.

3.

Babeanstalten 109.

Babeetabliffements 99.

Badeorte 85, 118.

Bahnunternehmungen 109.

Beamte, der Memter 84, 118; der Amtsbezirfe 84, 118; der Beffen-Raffauifchen Bezirksverbande 87, 121; der Rreisberbande 87, 120; ber Landburgermeiftereien 84. 118; der Landgemeinden 84, 118, 162; des Lauenburgifchen Landeskommunalverbandes 87,121; mittelbare 2; ber Provinzialverbande 87, 120; ber Stadtgemeinden 75, 105; ber ftabtifchen Betriebsverwaltungen 75, 105; ber Zwectverbande 84, 118; im Sinne bes R.B.G. 92; ber Steuergefete 28, 33; bes Strafgefetbuches 428.

Beamteneigenichaft, Begründung berfelben 91.

Beamtenklaffe 129.

Beamtentontriatt, öffentlich-rechtlicher 95, 99.

Beamtenverhältniffe ber ländlichen Rommunalverbanbe 118; in der Rheinproving 118; in Westfalen 118.

Bedienung 3. Bedingungen ber Anftellung 7.

Befähigung jum Amte 2, 7, 132.

Befähigungenachmeis ber Militaranwarter 133, 157.

Befreiung von Gefangenen 425.

Beiftand, Beamter als 59.

Beitrage ber Beamten ju Benfionstaffen 117.

Betenntnig, religiofes gleichgültig für Anftellung 9.

Befräftigungsformel 11.

Beleidigung eines Beamten 419.

Benugungszwang 108.

Beichaftigung auf Brobe 75, 134; informatorifche 134.

Befehung ber Beamtenftellen 9.

Beftatigung der Beamten, fiehe bei ben einzelnen Brobingen.

Be ft allung 48; erfest die Naturalisation bezw. Aufnahme 8.

Beftechung 421.

Besteuerung der Beamten 26; der verabschiedeten 28; der laufend Unterstüßten 28; der Pensionäre 28; der Wartegelbsempfänger 28; der Wittwen und Waisenpension 29. Betriebsbeamte 75, 107.

Betriebsunfallverficherung bei ben Beamten 363.

Betriebsvermaltungen 108.

Beurkundung, faliche von Thatfachen 425.

Beurlaubung ber Beigeordneten 45; Bürgermeifter 45; Hannoverichen ftadt. Beamten 51; Magiftratsmitglieder 45; fonstigen städt. Beamten 50.

Bewerbungen ber Militaranwarter 131, 152.

Bezirksaussichus, Beschluß über streitige vermögensrechtliche Ansprüche 13, 74, 104; Genehmigung des Kreistagsbeschlusses betr. Rechtsverhältnisse der Kreistommunalbeamten 87; Genehmigung der Ortsstatute in Reuvorpommern und Rügen 84; Genehmigung bei Pensionsverabredungen 78; bei Wittwen und Waisengelbern 83.

Boten, Arreftstrafen 310. Bureau=Affistent, Anstellungsurkunde 97.

Bürgermeister, fiehe bei ben einzelnen Provingen.

6.

Siehe auch R.

Caffel, Bezirksberband, Beamte bes 314.

Centralbehörden, Berfügen der, maßgebend für richterliche Beurtheilung der Ginkommensverhaltniffe 17.

Civilbeamte, mittelbare 2; unmittelbare 2.

Civilbedienung 2.

Civilbediente 1, 2.

Civilversorgungsschein 126, 143; Abnahme des 156; Erlöschen des 156; Berlust des 152.

D.

Dedoffiziere, civilverforgungsberechtigte 129.

Diener, fiehe auch Unterbeamte, feine Beamten 99; Arreftstrafen im Disziplinarftrafperfahren 390.

- Diensteib 9; Eidessormel 10; für Berliner städtische Beamte 11.
- Diensteinkommen, Abtretung, Berpfändung 19; Befteuerungdes 28; Feststellung bei Berechnung der Pension 353; Rechtsweg wegen 13; Weiterzahlung in Krankheitsund Urlaubsfällen 40. 42.
- Dienftemolumente, fteuerfreie 29; fteuerpflichtige 30.
- Dienftenthebung vorläufige, fiebe Guspenfion.
- Dienftentlaffung, ftrafmeife 390.
- Dienstgeheimniß 53.
- Dienftleiftungen, mechanische 128, 145.
- Dienstmiethe, givilrechtliche 99.
- Dienftreifen 72, 104.
- Dienftunfähigfeit 78.
- Dienftvergeben 386; unerlaubte Entfernung v. Umte 388.
- Dienftwohnung 72.
- Dienftzeit, penfionsfähige 78, 112.
- Disziplinarbehörden 403; Entscheidung ber, maßgebend für richterliche Beurtheilung vermögensrechtlicher Unsprüche 16.
- Disziplinargefet 385.
- Disgiplinarftrafen 389; Ginziehung von 26.
- Disziplinarverfahren 389; Einleitung des 402; Ernennung des Untersuchungs-Kommissas 402; Staatsanwalt im Disziplinarversahren 404; Boruntersuchung 403.
- Domigil, nothwendiges der Beamten aufgehoben 27.

Œ.

- Ehrenrechte, burgerliche, Aberkennung der 416.
- Gib, fiebe Dienfteib.
- Eigenmächtige Uebertragung ber Dienftgeschäfte ar andere 39.
- Gintaufsgelber für Wittmentaffen 83, 117.
- Gintommenfteuer 27.
- Eleftrigitatsmerte, Betriebsverwaltungen 109.

Entfernung aus bem Umte, fiehe Disziplinarftrafen.

Entlaffung b. Beamten 6.

Ernennung b. Burgermeifter durch ben Ronig 9; ber Rommunalbeamten 9.

Erpreffung von Ausfagen durch Beamte 424.

Exetutoren, Arreftftrafen 390.

Erpeditionsbienft, Salfte ber Stellen für Militaranwarter 146.

R

Feldhüter 334; Beftätigung b. 334.

Feldzug, Anrechnung der Dienstzeit 356.

Festnahme, unberechtigte 423.

Festsehungen, anderweite 71, 102; günstigere 103.

Festsehung bes Gehalts, zwangsweise, durch Auffichtsbehörde 76, 111.

Form ber Dienfteibe 10.

Forftbeamte, fiehe Gemeindeforftbeamte.

Forfthüter, fiehe Feldhüter.

Forstversorgungsberechtigte, Anrechnung der Willitärdienstzeit 78.

Frankfurt a/M. Beamte, sonstige städtische, v. 292; Anstellung, Beaufschigung 292; Pensionirung d. 348; Bürgermeister, erster, Ernennung d. 9, 270; Präsentation d. 270; Bereidigung d. 272; zweiter, Bestätigung d. 271; kommissarische Berwaltung seiner Setelle 272; Rahl des 270; Wagistratsmitglieder, Besolbung 273; Pensionirung 273; Bereidigung der 272; Mahl der 272; Pension, Bereinbarung wegen 340; Fortfallen der 341; Ruhen d. 341; Steigen d. 340.

Fuhrparts, Betriebsverwaltungen 109.

Funktionen, nicht obrigkeitliche (technische, wissenschaftliche, künstlerische, mechanische) 99; obrigkeitliche 99.

a.

- Gasanftalten (Gaswerke), Betriebsverwaltungen 99, 109.
- Gebührenüberhebung 426, 427.
- Befangenenbefreiung, widerrechtliche 425.
- Begenvormunbicaft 59.
- Gehalt, Bahlung bes 71, 102.
- Gehaltsaniprüche, Abtretung b. 20; Aufrechnung b. 19; Beginn b. 18; Pfandbarteit b. 23, 26; Rechtsweg wegen b. 13; Unterbrechung b. 18; Berjahrung b. 17; Berpfändung b. 20.
- Gehaltereaulirung b. Gemeindforftbeamten 122.
- Gelbstrafen als Disziplinarftrafen, (fiehe auch biefe) 391.
- Gemeindeabgaben, indirette 31.
- Gemeindebeamte, fiebe unter den einzelnen Provingen.
- Gemeindeeinkommenfteuer b. Beamten 26.
- Gemeindeeinnehmer, fiebe Rheinproving und Weftfalen.
- Gemeindeforstbeamte. Rechtsverhaltniffe ber 87, 121. 317 ff.
- Gemeindelaften, Beranziehung zu 27.
- Bemeindevorfteber, fiebe die einzelnen Provingen.
- Besammthaftung bei Schabenserfat 64.
- Beichworener, Berufung als 44.
- Bewerbebetrieb, Genehmigung jum 58.
- Gemerbliche Unternehmungen als Betriebsverwaltungen 108.
- Gleichberechtigung ber Konfessionen 8.
- Unadenmonate 72, 102, 379; ftenerfreie 29.
- Gnadenguartal 72, 102, 377.

Safenanlagen, Betriebsverwaltungen 109.

Saftung, fiebe auch Schabenserfag; für Angeftellte und Gehülfen 64; ber Beamten, fubfibiare 5, 63; civilrechtliche 62-70; disziplinare 365-415; des Rommunal= verbandes für Berfeben der Beamten 67; dem Rommunalverbande gegenüber 5; Dritten gegenüber 63; für Stellvertreter und Behülfen 64; für Stempelverwendung 60; für ungesetliche Dienftbefehle 67; ber Borgefetten megen mangelhafter Aufficht 5; ftrafrechtliche 416-428.

Sannover, Landgemeinde, Beamte ber 168; Beigeordnete 168; Gemeindeangestellte 169; Gemeindebeamte 168; Beeidigung d. 172; Befoldung d. 173; Dienitführung b. 171; Wahl b. 171; Gemeindediener 169; Gemeindemitglieder, ftimmberechtigte 171; Gemeindeversammlung 173: Gemeindevorfteber 168; Beftätigung b. 169; Rechnungsführung für Gemeinden 170; Fleden und Städte mit Landgemeinbeordnung 174.

Sannover, Stabte, Beamte b. 253; Burgermeifter 254; Beftätigung b. 266; Benfionirung b. 268, 342; Berpflichtung d. 267; Bahl d. 259, 264; Bürgervorsteher, Bormahl d. 260; Dienstanmeifung 12; Diensteid 12; Dienstuntergebene 296; Rammerer und Stadtfefretare, fiebe auch diefe 294; Magiftratsmitglieder 254; Gehalt d. 257; Benfion, Berechnung d. 345; Fortfallen d. 343; Ruben d. 343; Benfionirung d. jonit. ftadt. Beamten 341; Provisorifche Berfehung d. Dienstes 267; Rubeftand, zwangsweise Berjehung in 256; Senatoren 254; Bestätigung b. 266; Penfionirung b. 268, 342; Berpflichtung d. 267; Wahl d. 259, 264; Sonftige Beamte 294; Syndifus 254; Beftätigung b. 266; Benfionirung d. 268, 342; Berpflichtung d. 267; Wahl d. 259, 264. Sannover, Rreife, Beamte b., Beauffichtigung 298;

Befoldung 299; Ernennung 298.

Sannover, Provingen, Beamte ber, Bureau und Raffenbeamte 308; Besetzung b. Stellen 309; Einführung und Bereidigung 309; Einrichtung von Brovinzialämtern 303; Ernennung von Beamten 303; Landesbirettorium 304; Landesdirektor 304; Bestätigung b. 304; Ginführung und Vereidigung d. 306; Wahl d. 304; Wahl kommissarische Bertr. d. Stelle 305; Leitende Beamte 303; Obere Beamte 302; Einfährung und Vereidigung d. 307; Provinzialausschuß 303, 309; Provinzialinftitute, Beamte d. 309; Provinziallandtag 302; Provinzialreglements über Beamtenberhältnisse 309; Genehmigung d. 312; Provinzialstatut 302, 307; Schahrath 304.

Sausfriedensbruch im Amte 423.

Belgoland 191.

- "Heridigung d. 2013; Entschädigung d. 204; Bereidigung d. 204; Wahl d. 199; Bürgermeister 197; besoldete 192, 194, 199; Bestätigung d. 203; Entschädigung d. 203; Entschädigung 204; Pensionirung 362; Bereidigung 204; Bahl d. 199; Selwerteter des, Ernennung 204; Wahl 198; Gemeindebeamte, Anstellung d. 205; besoldete 193, 197; Pensionirung d. 363; Gemeinderechner 192, 195; Gemeindeborstand, kollegialischer 198; Schöffen 198; Bestätigung 203; Entschädigung d. 204; Bereidigung d. 204; Bahl d. 199; Bahlhandlung 200; Bahlvorstand 200; Ames dererbande, Beamte d. 223; Berbandsstatut 224; Borsteher 224, 225; Ausscheiden d. 225; Stellbertreter d. 226.
- Heifatigung d. 286; Benfionirung 289, 341; Bereibigung 288; Mahl d. 285; Befoldung, Feftfetung d. 289; Bürgermeister, befoldete 289; Beftätigung d. 286; Benfionirung 289, Beftätigung d. 286; Benfionirung d. 289, 341; Bereibigung d. 288; Bahl d. 285; Gemeindebeamte, städtliche 297; Anstellung und Beaufsichtigung d. 297; Raution d. 297; Magistratsmitglieder 283; Bestätigung 286; Pensionirung 289, 341; Bereidigung 288; Bahl d. 285; Normalbefoldungsetat 288; Oberbürgermeister 283; Bestätigung 286; Pensionirung 289, 341; Bereidigung 288; Bahl d. 285; Rormalbefoldungsetat 288; Oberbürgermeister 283; Bestätigung 286; Pensionirung 289, 341; Bereidigung 288; Bahl 285; Pensionirung 289, 341; Bereidigung 288; Bahl 285; Pension, d. sonstigen städtischen Beauten 348; Fortsallen d. 341;

Ruhen d. 341; Steigen b. 341; Bereinbarung wegen b. 341.

Heffen-Raffau, Kreife, Beamte d. 299; Beauffichtigung 299; Besoldung 299; Ernennung 299; Bezirkövers bände, Beamte d. 301, 302; Ernennung d. 303; leitende 303; obere 302; Einführung und Bereidigung 308; Bezirköftatut 303, 308; Bureaus und Kassendeamte 308; Befetung der Stellen 309; Einführung und Vereidigung 309; Einrichtung von Bezirkömtern 302; Kommunallandtag 302; Landesaußschuß 303, 309; Landesdirektor 302; Pensionirung 336; Provinzialinskitute, Beamte d. 309; Provinzialreglements über Beamtenverhältnisse 309, 315; Genehmigung d. 312.

hinterbliebene, siehe Wittwen- und Maisenverforgung, Gnadenquartal, Gnadenmonate.

3.

Sägerkorps, Unwärter, Anrechnung b. Militärdienftzeit b. 78, 122.

Immunitaten, fteuerliche für Beamte 32.

Industrieorte 85, 118.

Informatorische Beschäftigung d. Wilitäranwärter 133.

Inftitute, ständische, Militaranwarter in 142.

Sournalbienft, Sälfte b. Stellen ben Militäranwärtern 146.

Juden, Beamteneid der 11.

A.

Kämmerer Hannov. Anstellung 293; Nebenbeschäftigung und Nebenämter 58; Wahl 294; Wohnsigpslicht am Dienstort 38.

Ralfulaturdienft, Militaranwarter im 146.

Ranalisation als Betriebsverwaltung 109.

Kanzleidienst, Stellen den Militäranwärtern vorbehalten 127, 143.

Raffenbeamte, fiebe Raffendienft.

Raffendienft, Militaranwarter im 128, 146.

Raffen verbande, provinzielle in Rheinland, Beftfalen 365. Raftellane, Arreftftrafen 390.

Rlaffe von Beamten im Sinne des Militaranwarteraefetes 129.

Rörperverlegung im Amte 423.

Rommunalauffichtsbehorbe, Feftstellung ber, Militaranmartern vorbehaltenen Stellen 134, 158.

Rommunglverbande, Beamte ber gewerblichen Unternehmungen 139; Besetung der Subaltern- und Unterbeamtenftellen mit Militaranwartern 126 ff., 137 ff.; Saftung ber R. für Berfehen ber Beamten 67; im Sinne d. Gef. v. 21. VII. 92. 141; d. R.B.G. 92.

Rommunalverwaltungsbehörde, Genehmigung Bewilligung von Gnabenkompetenzen 72, 102, 378, 379. 384.

Ronfurreng b. Rommunalberbanden bei Besteuerung 30. Rongertunternehmungen als Betriebsverwaltungen 109.

Roogsgemeinden des Rreifes Tondern 184, 186, Ropiften, Nichtbeamte 99.

Rrantheitsfälle, Fortzahlung des Behalts in 40.

Rreisausichuß Feitjegung ber Befoldungen und Dienftbeguge ber Burgermeifter und Gemeinbebeamten in Beffen-Raffau 194; Feftfegung der Befoldung und Dienftuntoftenentichadigung für Bürgermeifter und Remuneration ber Gemeindeerheber in der Rheinproving 214; Fest-Befoldung der Amtmänner und der fekuna der Remuneration der Gemeindeeinnehmer in Westfalen 218; Regelung ber Beamtenverhältniffe in ben ländlichen Rommunalverbanden 84; Buftandigfeit bei Anftellung der rheinischen Bürgermeifter und der westfälischen Umtmanner 86, 119; Buftanbigfeit in vermögensrechtlichen Streitigfeiten 14; Buftimmung gur Berfagung ber Be440 Sachregifter. Die Biffern weifen auf die Seitenzahlen bin.

ftätigung bes Gemeinbevorftebers und ber Schöffen 164, 169, 183, 190, 203.

Kreisbeamte ber öftlichen Brovingen fiehe diefe; ber anderen Provingen, fiehe unter benfelben.

Rreissteuer 32.

Kreistag, Beschluß bes, über Einrichtung von Kreisämtern 298; Regelung der Rechtsverhältnisse der Kreisbeamten mit Genehmigung des Bezirksausschusses 87.

Rriegsinvaliden, Anftellung der 127.

Runbigung, fiebe Unftellung.

Ründigungerecht bei Miethungen von Wohnungen 36.

Kündigungsfriften bei Miethungen von Wohnungen 36. Kurverwaltungen als Bertiebsverwaltungen 109.

Q.

Lagerhäufer, Betriebsverwaltung 109.

Landbürgermeistereien, Rheinische, Beamte b. 206. Landgemeinden, Beamte b. siehe unter den einzelnen

Provingen. Landgemeindeordnung für die öftlichen Brovingen, fiehe Diefe; für die anderen Provingen, fiehe unter denfelben.

Landesbirektor, Wahl und Bestätigung 303; Disziplinargewalt 400; Disziplinarverfahren gegen b. 400.

Landesdirektorium Sannover 304.

Landesherrliche Berleihung der Anstellungsberechtigung 130.

Lauenburg, Landeskommunalverband, Beamte b. 315; Reglement über deren Berhältniffe 315; Landschaftskollegium 315.

Leistungsfähigkeit d. Städte, Loraussehung der zwangsweisen Gehaltserhöhung 76.

Lohnichreiber, Militaranwarter als 127.

m.

Magistratsmitglieder siehe unter den einzelnen Pro-

Markthallen, Betriebsverwaltung 109.

Dechanische Dienftleiftungen, auch von Richtbeamten mahrnehmbar 99.

Militar, Gingiehung jum, Urlaub nicht erforderlich 43.

Militaranmarter, Anftellung b. 126; ehemalige 129; Entlassung b. 156; Stellenverzeichniffe 132, 161.

Militarbediente 1.

Militarbehörden, zuftandige für Militaranwarter 153.

Militardienstzeit, Anrechnung berfelben 78, 113.

Minifter des Innern, Disziplinargewalt b. 392.

Dikbrauch des Amtes, Rothiaung durch Amtsgewalt 422.

Digverhaltnig, auffälliges zwifden Befoldung und amtlichen Aufgaben ber Stelle. Ginidreiten ber Auffichtsbehörde 76, 111.

Mobilmadung, Burudftellung im Falle ber 43.

Monopol 108.

Mufeen ftadtifche, Betriebsvermaltung 109.

%.

Raturalbeguge bei Benfionsberechnung 353.

Naturalbienste 31.

Naturalifationsurfunde, erfest durch Bestellung 8.

Rebenamt, Genehmigung jur Uebernahme 56; für Sannoveriche städt. Beamte 58; Penfionsanspruch aus, 354.

Rebenbeichaftigungen 57; für Sannov. ftadt. Beamte 58. Rebenthätigfeit 71.

Neuborbommern u. Rügen, Ernennung ber Burgermeifter 7, 240.

Nichtverforgungsberechtigte, vorübergehende schäftigung b. 157.

Notirung ber Militaranwarter 152.

Röthigung eines Beamten 418.

Dberpräfident, Beichluß bes 15; Beftätigung ber Magiitratemitalieder in Berlin 237.

Oberverwaltungsgericht, Berufung, Revision an das 14.

Dbrigfeitliche Befugniffe 99.

Deftliche Brovingen, Landgemeinden, Beamte ber 178; Gemeindebeamte, Anftellung b. 177; Gemeindevorftand tollegialischer 179; Gemeindevorsteher 178; befoldete 176, 179; Beftätigung b. 182; Entichabigung b. 182; Ernennung d. Stellvertr. 183; Bereidigung d. 183; Wahl d. 179; Schöffen 178; Ernennung von Stellvertretern 183; Bereidigung b. 183; Bahl b. 183; Wahlhandlung 180; Wahlvorstand 179; Zweckverbande, Beamte ber 218; Berbandeausichus 221, 222; Berbandsstatut 221; Berbandsvorsteher 220; Bestätigung b. 220; Stellvertreter Ernennung b. 221; Bahl b. 220. 222 : Amteverbande, Beamte ber 230; Amtevorfteber, Anftellung b. 230; Bestallungsurfunde b. 231; fommiffarifche 230; Remuneration b. 230; Stadtgemeinben, Beamte ber, Beigeordnete, Bestätigung d. 236; Wahl d. 234; Befoldungen, Feftfehung d. 238; Bürgermeifter, Beftatigung b. 236; Bahl b. 234; Magiftrat, Wahl b. 232; Zusammensehung b. 232; Magistratemitglieber, Bestätigung b. 236; Benfionirung b. 236, 239; Wahl b. 234; Magiftratsftellen, fommiffarifche Verwaltung b. 237; Normalbefoldungsetat 238; Benfion, Fortfallen b. 337; Ruben b. 337; Steigen b. 337; Bereinbarung wegen b. 337; Schöffen, Beftatigung b. 236; Wahl b. 234; Stadtaltefte 238; fonftige ftadt. Beamte, Anftellung b. 290; Beauffichtigung b. 290; Rreisverbande, Beamte ber 298; Beauffichtigung b. 299; Befoldung b. 298; Ernennung b. 299: Brovingialverbande. Beamte ber 302: leitende 302; obere 302, 307; Ginführung, Bereidigung 307; Büreau- u. Raffenbeamte 308; Befekung b. Stellen b. 309; Ginführung u. Bereidigung b. 309; Befchaftoinstruction 309 : Ernennung der Beamten 303 : Einrichtung

von Provinzialämtern 303; Landesdirektor, Landeshauptmann in Brandenburg 302, 303; Bestätigung d. 303; Einführung d. 306; kommissatische Berwaltung der Stelle d. 304; Bereidigung d. 306; Wahl d. 305; Provinzialaussschuß 302; Provinzialsandtag 302; Provinzialsstatut 302; Provinzialinsktute, Beamte d. 309; Reglements über Beamtenverhältnisse 309; Genehmigung d. 310.

Offiziere, verforgungsberechtigte 129.

Ordnungsftrafen, disziplinare 389; gegen Amtsvorsteher 398; Kreisbeamte 399; ländliche Beamte 394; Provinzialbeamte 400; städtische Beamte 392; Entscheidung der Disziplinarbehörden maßgebend für Gerichte 16; wegen Nichtverwendung d. Stempels 61.

Organisationsbefugnisse staatliche 100.

Ortsstatute betr. Abweichungen von dem Grundsatz der lebenslänglichen Anstellung 75, 106; Form der Anstellungsurfunden 95; Festsetzung der Betriebsverwaltungen 75, 107; Fürsorge für Betriebsunsälle 374; Pensionirungen von Beamten 115; Regelung ländlicher Beamtenverhältnisse 85, 118.

B.

Barlamentarifche Thatigfeit 42.

Paufchalentschäbigung für Tagegelber und Reisekosten 104.

Penfionirung, abweichende Festsetzungen 112; Anrechnung der Dienstzeit 354, der Kriegsjahre 356; Berechnung der Pension 352; der Beamten der rheinischen Landbürgermeistereien 335; der westfälischen Aemter 335; der Bezirksbeamten in Cassel und Wiesbaden 336; der Forstschauben im Regierungsbezirke Wiesbaden 336; der Heiskaden Ranspausischen Landgemeindebeamten 335; der Kreiskommunalbeamten 335; der Aauenburgischen Landestommunalbeamten 336; der Magistratsmitglieder 336 ff.; der Brovinziasbeamten 336; der rheinisch-westfällischen

Amts- und Gemeindeeinnehmer 335; der rheinisch-westfälischen Forstbeamten 335; der städtischen Beamten 78, 112, 348 ff., in Hannover 348; der Standesbeamten 79, 114; Rechtsverhältnisse der Kension, Abtretung, Beichlagnahme, Ruhen, Berpfändung 359; Berschren bei Pensionirungen 357; Boraussetzung der Pensionirung 350; Wiedereintritt eines Pensionärs in den Kommunaldienst 360; Jahlung der Pension 359.

Penfionsberechtigung, fakultative der Beamten der Amtsbezirke, Landgemeinden, Zweckverbande 336.

Penfionsgefet, staatliches auf Kommunalbeamte an wendbar 350.

Penfionskaffenverbande in Rheinland und Weftfalen 89, 120, 365.

Personal, eigenes, Kriterium der Betriebsverwaltung 108. Pfändung des Gehalts, Wirkung derselben 22.

Bfanbungevorrechte 22.

Pfanbfreie Gehaltsforderungen 23, 25; Benfionstheile 23, 25; Sachen 22.

Pflegichaft, Genehmigung gur Hebernahme 59.

Pflichten der Beamten 1, 4, 38.

Pflichtverlegung feitens Beamter 386.

Pförtner, Richtbeamte 99.

Polizeibeamte, ftabtifche, Gehaltsrevifion 78, 112.

Polizeiezekutivbeamte 78.

Polizeisergeanten 145.

Polizeiverwaltung, örtliche 77.

Posen, Kreisbeamte 300; Beaufsichtigung, Besoldung, Ernennung 300; E. der Bureau- und Kassendemten 313; Prodinzialbeamte 310; Beamte der Prodinzial-Chausse: u. Wegeverwaltung 314; Landesdirektor, Bestätigung des 310; Ginführung und Bereidigung 312; sommisarische Berwaltung der Stelle 312; Wahl 310, 311, Bestellung des Stellvertreters 311.

Brivatverficherungsgejellichaften 117.

Brobezeit (Militäranwärter) 134. Brobedienstleistung (Militäranwärter) 134. Probinzialbeamte, siehe die einzelnen Provinzen. Brovinzialrath, Beschwerde an den 15. Probinziale Armen- und Waisenkassen 117. Prüfung für Subalternbeamte 132.

D.

Qualifikation zu einem Amte 2.

n.

Rang 4. Recht, statutarisches 32. Rechte, besondere der Beamten 4, 13 ff. Rechtsbeugung 423.

Rechtsverhaltniffe b. Diensteinkommens 17. Rechtsweg (ordentlicher) 14; Erweiterung b. 16.

Regelung der Beamtenverhältniffe der ländlichen Kom-

munalverbande 84, 118.

Regierungspräsibent, Bestätigung der Feld- u. Forsthüter 334; der Magistratsmitglieder 236, 244, 250, 266, 280, 287; der Polizeibeamten 77, 78; Einwirkung auf die Städte bezügl. ortsstatutarischer Regelung d. Betriebsverwaltungen 107; bezügl. Bereinbarung mit Angestellten älteren Rechts 110.

Registraturdienst 146.

Reglement (provinzielles) 95.

Reichsanzeiger 154.

Reichstag, Gintritt in ben 42.

Reifekoftenentichabigung 13, 72, 104.

Renten bei Betriebsunfallen 369.

Revision an das Oberverwaltungsgericht 14.

Mheinproving, Landgemeinden, Beamte d. 162; Diener 163; Beftätigung u. Bahl 214; Gemeindeeinenehmer 86, 164, 206, 210; Gemeindevorsteher 162; Bestäti-

gung 212; Ernennung d. Stellvertreters 212; Babl d. 212; Unterbeamte 163; Beftätigung u. Bahl 214; Land= bürgermeistereien, Beamte d. 206; Bürgermeister 206; Ernennung b. 207, 212; fommiffarifche 208; Beigeordnete, befoldete 209; Beftellung b. 208, 214; Diener, Unterbeamte 209; Beftätigung d. 209, 214; Wahl b. 209. 214; Stabte, Beamte b. 248; Burgermeifter. Beigeordnete 248; Bestätigung b. 250; Grnennung b. 251; Bereidigung b. 251; Bahl b. 249; Magistratspersonen 248; Gehaltsfestigung b. 252; Benfionirung d. 252, 338; Normalbefoldungsetat 251; jonftige ftabt. Beamte, Anftellung b. 291; Beauffichtigung b. 291; Benfionirung b. 348; Rreisberbande, Beamte b. 299; Beauffichtigung b. 299; Befoldung b. 299; Ernennung b. 299; Provingialverband, Beamte bes 302; Einführung b. 309; Ernennung b. 303; Bereidigung b. 309; leitende 302; obere 302; Ginführung b. 307; Bereidigung b. 307; Bureau u. Raffenbeamte 308; Befegung b. Stellen b. 309; Ginführung und Bereidigung 309; Einrichtung von Provinzialämtern 303; Geschäftsinstruktion 309; Landesdirektor 303; Beftatigung b. 303; Ginführung b. 306; fomniffarifche Berwaltung feiner Stelle 304; Bereidigung b. 306; Bahl b. 303; Provinzialausschuß 303; Provinzialinftitute, Beamte d. 309; Provinziallandtag 302; Provinzialftatut 302. 307; Realements über Beamtenverhaltniffe 309; Genehmigung b. 310;

Riefelfelber 109.

Rügen, fiehe Reuborpommern. Rubegehälter, Befteuerung b. 29.

ø.

Sachverftandige, Gebühren ber 73, 103; Rommunalbeamte als 54.

Schabenserfak megen Amtsanmakung 4: fiebe auch Be-

fammthaftung; wegen eigenmächtiger Substitution 39; gegen die Beamten 63; gegen den Kommunalverband 67. Shlachthöfe als Betriebsverwaltungen 99. 109.

Schlesmig-Bolftein, Landgemeinden, Beamte ber 184; Anitellung 185; Gemeindevorstand, kollegialischer 186; Gemeindevorfteher (Lehnsmann), befoldete 184; Beftätigung ber 190; Entschädigung ber 191; Stellvertreter ber 186; Ernennung ber Stellvertreter 191; Bereibigung der Gemeindevorsteher 191; Bahl der G. 186; Bahlhandlung 187; Wahlvorstand 187; Zwedverbande, Beamte der 218; Verbandsausschuß 221, 222; Verbandsftatut 221; Berbandevorfteber 220; Bestätigung bes 220; Bahl bes 220, 222; Amtsverbande, Beamte ber 226; Amtsvorsteher 227; Anstellung des 228; Bestallungsurfunde bes 229; tommiffarifcher 227; beffen Remuneration 230; Stadte, Beamte ber 274; Behaltsfestfegung 282; Gemeindeunterbeamte, Ernennung, Beauffichtigung 293; Stadtkaffirer 293; Kaution des 294; Magistratsmitglieder, Bestätigung 280; tommissarifche Berwaltung ihrer Stellen 281; Bereidigung 281; Wahl 276; Normalbefoldungsetat 282; Benfionirung ber Magiftratemitglieder 282, 339; der fonftigen ftadtifchen Beamten 348; Kreife, Beamte der 298; Beauffichtigung, Ernennung 299; Befolbung 298; Proving, Beamte ber, leitende, obere 302; Ginführung, Bereidigung ber 307; Bureau- und Raffenbeamte 308; Befegung ber Stellen, Ginführung und Bereidigung, Gefcafteinftruttion 309; Einrichtung von Provinzialämtern 303; Ernennung ber Beamten 303; Landesbirektor, Beftatigung 303; Einführung und Bereidigung 306; tommiffarifche Berwaltung der Stelle 304; Wahl 303; Provinzialausichuß 303; Provingialinftitute, Beamte ber 309; Provingiallandtag 302; Provinzialitatut 302, 307; Reglements über Beamtenverhaltniffe 309; Genehmigung berfelben 310. Schoffe (Berichte-), Berufung als 44.

450 Sachregifter. Die Biffern weisen auf die Seitenzahlen bin.

Berbandsvorsteher, Ordnungsstrafen gegen 394; Rechtsverhältnisse der 220 ff., 224 ff.

Berbindung, verbotene 419.

Bereidigung, fiehe Dienfteid.

Bereinbarung zwischen Städten und Beamten über bisheriges Dienftverhältnig 110.

Berhaftung, widerrechtliche 423.

Berleitung Dienstuntergebener zu strafbaren Handlungen 427.

Berluft dauernder öffentlicher Aemter 416; bes Amtes im Disziplinarwege 390; im gerichtlichen Strafverfahren 416.

Bermogenerechtliche Anfprüche, Berfolgung berfelben 74.

Berfehen im Amte 5.

Bersehung als Disziplinarstrase 390; giebt Kündigungsrecht des Miethsvertrages 36.

Berficherungsgelder, Unrechnung ber 117.

Berforgung der Kommunalbeamten 91.

Bertretungsverbindlichteit 5, 63 ff., fiehe auch Schabenserfag.

Berwaltung, abgesonderte, wirthschaftliche als Betriebs-

Berwaltungsbehörden, Entscheidungen der, maßgebend für richterliche Beurtheilung vermögensrechtlicher Berhältnisse 16.

Bermaltungsregulative 102.

Verwaltungsftreitverfahren 13.

Bermaltungszwangsverfahren 25.

Bermeis als Disziplinarftrafe 389, 391.

Bermeifung auf ben Diensteib bei Wieberwahl hannoverider Magistratsmitglieber.

Biehhof als Betriebsverwaltung 109.

Bollftredung von Gelbftrafen 26.

Vorbereitung zum Subalterndienft 144.

Borbilbung, technische 128; wiffenschaftliche 128.

Bormundichaft, Genehmigung gur Uebernahme 59.

Borort 85. 118.

Borprüfung 132. Boridriften, landesgefegliche, vermogensrechtliche 17.

Borgugerecht bei Stellenbefekung 155.

23.

Wahl der Kommunalbeamten 1.

Baijengelb 83, 116, 381.

Barnung als Disziplinarftrafe 389, 391.

Bartegelder, Befteuerung b. 29.

Bafferbauvermaltung, Militaranmarter in 134.

Baffermerte. Betriebsvermaltung 109.

Weftfalen, Landgemeinden, Beamte d. 165; Diener d. 165; Gemeindeeinnehmer d. 86, 166; Gemeindevorsteher b. 165; Unterbeamte b. 165; Aemter, Beamte b. 215; Amtmanner, Beigeordnete b. 216; Ernennung b. 218; befoldete 215, 216; Ernennung d. 217; fommiffarifche Bermaltung bes Amtes 218; Amtsbeamte 218; Stabte, Beamte b. 240; Beigeordnete 240; Bestätigung b. 244; Bahl b. 242; Befoldung, Feftfetung b. 246; Burgermeifter 240; Bestätigung b. 244; Bahl b. 242; Magiftratsmitalieder, befoldete, Beftatigung b. 244; Benfionirung d. 247, 337; Bereidigung d. 246; Bahl b. 241; Magiftratestellen, fommiffarische Bermaltung b. 245; Normalbefoldungsetat 246; Schöffen 241; Beftatigung b. 244; Bahl b. 242; fonftige Beamte, Anftellung b. 291; Beauffichtigung b. 291; Benfionirung b. 348; Rreisbeamte, Beauffichtigung, Befoldung, Ernennung b. 299; Provingialverband, Beamte bes 302; Bureau- und Raffenbeamte b. 308. 309; Ginrichtung von Provinzialamtern 303; Ernennung b. Beamten 303; Landesdirektor 303; Bestätigung b. 303; Ginführung b. 306; tommiffarische Berm. b. St. b. 304; Bereidigung b. 306; Wahl b. 303; leitende Beamte b. 302; obere Beamte 302; Einführung b. 307; Bereibigung b. 307; Provinzialausschuß 303, 309; Provinzialinstitute, Beamte b. 309; Provinzialinstitute, Beamte b. 309; Provinzialianstag 302; Provinzialstatut 302, 307; Reglements über Beamtenverhältnisse 309; Genehmigung b. 310.

Biberftand gegen die Staatsgewalt 417.

Wiesbaden, Regierungsbezirt, Forstichutheamte 88, 122, 326; Besoldungssesstestungen 329; Pensionirung 330; Stellenbesetung 328; Wittwen- und Waisengelber 331; Zwangsetatifirung d. Besoldung 330.

Wittwengelb 83, 116, 380. Wohnfihpflicht 38; für Hannov. ftädt. Beamte 38. Wohnfihverlegung 38.

5.

Beugengebühren 73, 103.

Beugnigpflicht 53.

Boologifche Garten, Betriebsvermaltung 109.

Buchthausftrafe 416.

Buganglichteit öffentlicher Memter 7.

Bulaffung ju öffentlichen Memtern 8.

Buficherungen an Beamte 16.

Buftandig teitstabelle für vermögenbrechtliche Anfpruche v. Beamten 14.

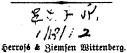
3 mangsmittel jur Anftellung von Beamten 98, 100.

3mangspenfionirung b. Beamten 413.

Amangsftrafen, Einziehung von 26.

Bmangsweise Regelung ber Berhaltniffe landlicher Kommunalbeamten 84, 118.

3medberbanbe, fiebe unter ben einzelnen Provingen.



Die Guttentag'sche Sammlung

Deutscher Reichsgesetze Preußischer Gesetze

Cext - Ausgaben mit Anmerkungen und Sachregister — Caschenformat

enthält alle wichtigen Gelețe in absolut zuverlässigen Gelețestexten und in mustergültiger, gemeinverständlicher Weise erläutert



Das am Schluß befindliche Schlagwort-Register wird geneigter Beachtung empfohlen.

Enttentag'ihe Sammlung Denticher Reichsgesetze.

Tert-Ausgaben mit Anmertungen. Tafdenformat.

- 1. Serfassung des Deutschen Reichs. Von Dr. L. von Rönne. 9. Aust. von Landrat P. von Könne. 1904. Mit Abänderungen vom Mai 1906. 2 R. 40 Vs.
- 2. Strafgesehung für das Deutsche Reich. Son Dr. H. Büdorst. 23. Auft. bearbeitet von Prof. Dr. Fr. v. Liszt und Dr. Ernst Delaguis. 1910. 1 M. 80 Pf.
- 3. Militärftrafgerichtsordnung nebst Einsubrungsgeset Bon Wirkl. Geheimen Ariegsrat Dr. jur. A. Bomon u. Ariegsgerichtsrat Dr. jur. Carl Bissom. 1910. 6 M.
- 4. Handelsgesethuch vsm 10. Mai 1897 unter Ausschluß bes Seerechts. 14. Aust. herausgegeben von Seb. Justigrat Pros. Dr. A. Mosso. Im Drud.
- 5. Wechselbrung vom 3. Juni 1908. Rommentar von Zustigrat Dr. J. Stranz und Rechtsanwalt Dr. M. Stranz, und das Wechselstempelstenergeset vom 15. Juli 1909 von Seh. Regierungsrat P. Loock. 10. Aust. 1909. 3 M.
- 5a. Bechfelftempelftenergefet apart. 10.Aufl. 1 M. 25 Pf.
 - 6. Reichsgewerberrbnung nehft Ausschhrungsbestimmungen. Bon Borgor und Wilhelmi. 18. versänderte und sehr vermehrte Auflage von Stadtrat Dr. Karl Flosch in Berbindung mit Dr. Friedr. Hiller u. Dr. Herm. Luppe. 1910. 4 M

Erganzungsband: Preußische Ausführungsauweifung. 1904. 2 M.

- 7. Post- und Telegraphen-Geseigebung. Rebst Welts postvertrag und internationalem Telegraphemertrag. 6. Aust. von Geh. Ober-Postrat Dr. M. König. 1908. 4 R.
- 8. Die Reichsgeseige über ben Unterstünungswohnsit, die Freizügigseit, den Erwerd und Berlust der Bundes- und Staatsangehörigseit. Bon Geheimstat Dr. J. Kroch, Mitglied d. Bundesamtes für das Geimatwesen. 7. Aust. Mit Anhang: Geset für Elsak-Kothringen v. 1909. 1908. 3 M.
- 9. Sammlung Neinerer ftrafrechtlicher Reichsgesetze. Bon Dr. N. H. Kriegsmann, Privatbozent in Kiel. 3. Aust. 1910. 4 M.
- 10. Das Neichsbeamtengefet von J. Pioper. 2. Aufl. 1901. 4 M. 50 Pf.
 - Gefet von 1907 ftebe Rr. 82.
- 11. Zivilprozeherbung mit Gerichtsverfaffungdgefet in den neuesten Faffungen. Ban R. Sydow. Fortgeführt von L. Busch. 13. Aufl. mit Novelle betr. Zuständigkeit des Reichsgerichts v. 22. V. 1910. 8%. 1910. 7 R.

Die Rovelle (als Anhang ber 12. Aufl.) enth. bas Gefet v. 22. V. 1910. 25 Pf.

Amts- und Gemeindeeinnehmer 335; der rheinisch-westfälischen Forstbeamten 335; der städtischen Beamten 78, 112, 348 ff., in Hannover 348; der Standesbeamten 79, 114; Rechtsverhältnisse der Kension, Abtretung, Beschlagnahme, Ruhen, Verpfändung 359; Verfahren bei Pensionirungen 357; Boraussetzung der Pensionirung 350; Biedereintritt eines Pensionärs in den Kommunaldienst 360; Jahlung der Pension 359.

Penfionsberechtigung, fakultative ber Beamten der Amtsbezirke, Landgemeinden, Zweckverbande 336.

Penfionsgefes, staatliches auf Kommunalbeamte an wendbar 350.

Penfionskaffenverbande in Rheinland und Beftfalen 89, 120, 365.

Perfonal, eigenes, Kriterium ber Betriebsverwaltung 108.

Pfandung des Gehalts, Wirkung derfelben 22.

Pfandungsvorrechte 22.

Pfanbfreie Gehaltsforderungen 23, 25; Beufionstheile 23, 25; Sachen 22.

Pflegichaft, Genehmigung zur Uebernahme 59.

Pflichten ber Beamten 1, 4, 38.

Pflichtverlegung feitens Beamter 386.

Pförtner, Nichtbeamte 99.

Polizeibeamte, ftabtifche, Gehaltsrevifion 78, 112.

Polizeiezekutivbeamte 78.

Bolizeifergeanten 145.

Polizeiverwaltung, örtliche 77.

Bosen, Kreisbeamte 300; Beaufsichtigung, Besolbung, Ernennung 300; E. ber Bureau- und Kassenbeamten 313; Provinzialbeamte 310; Beautse ber Provinzial-Chausses. u. Wegeverwaltung 314; Landesbirektor, Bestätigung des 310; Einführung und Bereidigung 312; sommissäusige Verwaltung der Stelle 312; Wahl 310, 311, Bestellung des Stellvertreters 311.

Brivatverficherungsgefellichaften 117.

Probezeit (Militaranwarter) 134. Brobedienftleiftung (Militaranwarter) 134. Brovingialbeamte, fiebe die einzelnen Brovingen. Provingialrath, Beichwerde an ben 15. Provingiale Armen- und Baifenfaffen 117. Brufung für Subalternbeamte 132.

Qualifitation ju einem Amte 2.

M.

Rang 4. Recht, ftatutarisches 32. Rechte, besondere der Beamten 4, 13 ff. Rechtsbeugung 423.

Rechtsverhaltniffe d. Diensteinkommens 17.

Rechtsmeg (ordentlicher) 14; Erweiterung d. 16. Regelung der Beamtenverhaltniffe der landlichen Rom-

munalverbande 84, 118.

Regierungsprafident, Beftatigung ber Feld- u. Forfthüter 334; ber Magiftratsmitglieder 236, 244, 250, 266, 280, 287; ber Polizeibeamten 77, 78; Einwirkung auf bie Stadte bezügl. ortsftatutarifcher Regelung b. Betriebsverwaltungen 107; bezügl. Bereinbarung mit Angestellten älteren Rechts 110.

Regiftraturdienft 146.

Reglement (provinzielles) 95.

Reichsanzeiger 154.

Reichstag, Gintritt in ben 42.

Reifekoftenentichabigung 13, 72, 104.

Renten bei Betriebsunfallen 369.

Revision an das Oberverwaltungsgericht 14.

Rheinproving, Landgemeinben, Beamte b. 162; Diener 163; Beftatigung u. Bahl 214; Gemeindeeinnehmer 86, 164, 206, 210; Gemeindevorfteber 162; Beftatiaung 212; Ernennung b. Stellvertreters 212; Bahl b. 212; Unterbeamte 163; Beftatigung u. Bahl 214; Landburgermeiftereien, Beamte b. 206; Burgermeifter 206; Ernennung b. 207. 212; fommiffarifche 208: Beigeordnete, befoldete 209; Beitellung b. 208, 214; Diener, Unterbeamte 209; Beftatigung b. 209, 214; Wahl b. 209, 214; Städte, Beamte b. 248; Bürgermeifter, Beigeordnete 248; Beftatigung b. 250; Grnennung b. 251; Bereidigung b. 251; Bahl b. 249; Magistratsperionen 248; Gehaltsfestjehung b. Penfionirung d. 252, 338; Normalbefoldungsetat 251; fonftige ftadt. Beamte, Anftellung b. 291; Beauffichtigung b. 291; Benfionirung b. 348; Rreisverbande, Beamte b. 299; Beauffichtigung b. 299; Befoldung b. 299; Ernennung b. 299; Provingialverband, Beamte des 302; Einführung b. 309; Ernennung b. 303; Bereibigung d. 309; leitende 302; obere 302; Ginführung b. 307; Bereidigung b. 307; Bureau u. Raffenbeamte 308; Befetung b. Stellen b. 309; Ginführung und Bereidiauna 309; Einrichtung von Provinzialämtern 303; Geschäftsinstruktion 309; Landesdirektor 303; Beftatigung b. 303; Ginführung b. 306; fommiffarifche Berwaltung seiner Stelle 304; Bereidigung b. 306; Bahl b. 303; Provinzialausschuß 303; Provinzialinftitute, Beamte d. 309; Provinziallandtag 302; Provinzialstatut 302, 307; Reglements über Beamtenverhaltniffe 309;

Riefelfelder 109.

Genehmigung b. 310;

Rügen, fiehe Reuvorpommern.

Ruhegehälter, Besteuerung b. 29.

☎.

Sachberftändige, Gebühren der 73, 103; Kommunalbeamte als 54.

Schabenserjag wegen Amtsanmagung 4; fiehe auch Ge-

sammthaftung; wegen eigenmächtiger Substitution 39; gegen die Beamten 63; gegen den Kommunalverband 67. Shlachthöfe als Betriebsverwaltungen 99. 109.

Schlesmig-Bolftein, Landgemeinden, Beamte ber 184; Anftellung 185; Gemeindevorftand, tollegialifcher 186; Gemeindevorfteber (Lehnsmann), befoldete 184; Beftatigung ber 190; Entichabigung ber 191; Stellvertreter ber 186; Ernennung ber Stellvertreter 191; Bereidigung der Gemeindevorfteber 191; Wahl der G. 186; Wahlhandlung 187; Wahlvorstand 187; Zwedverbanbe, Beamte der 218; Verbandsausschuß 221, 222; Verbandsftatut 221; Verbandsporfteber 220; Beftätigung bes 220; Bahl bes 220, 222; Amtsverbande, Beamte ber 226; Amtsvorsteher 227; Anstellung des 228; Beftallungeurfunde des 229; tommiffarifcher 227; beffen Remuneration 230; Stadte, Beamte der 274; Behaltsfeitfehung 282; Gemeindeunterbeamte, Ernennung, Beauffichtigung 293; Stadtkaffirer 293; Raution des 294; Magiftratemitalieder, Beftatigung 280; fommiffarifche Bermaltung ihrer Stellen 281: Bereidigung 281: Wahl 276; Normalbesoldungsetat 282; Benfionirung ber Magiftratsmitglieder 282, 339; ber fonftigen ftadtischen Beamten 348; Rreife, Beamte ber 298; Beauffichtigung, Ernennung 299; Befoldung 298; Broving, Beamte ber, leitende, obere 302; Ginführung, Bereidigung ber 307; Bureau- und Raffenbeamte 308; Befekung ber Stellen, Ginführung und Bereidigung, Geschäfteinstruftion 309: Einrichtung von Provinzialämtern 303; Ernennung ber Beamten 303; Landesbirektor, Beftatigung 303; Ginführung und Bereidigung 306; tommiffarifche Berwaltung ber Stelle 304; Wahl 303; Provinzialausichuß 303; Provingialinftitute, Beamte ber 309; Provingials landtag 302; Provinzialstatut 302, 307; Reglements über Beamtenverhaltniffe 309; Genehmigung berfelben 310. Schoffe (Gerichte-), Berufung ale 44.

Sicherung der Utten beim Tobe eines Beamten 69.

Sigungszimmer, Raumung bes 72.

Staatsbiener 1.

Staatsbienft, mittelbarer 8, 10.

Stadtgemeinde, Beamte ber, siehe unter ben einzelnen Provinzen; Definition ber 84.

Stadtkaffirer, fiehe Schleswig-Holftein, Beamte der Städte.

Stadtsekretar, hannober, kein Militäranwärter 148; Bahl des 294; Bohnsitypflicht am Dienstort 38.

Standesamtsbezirke 80. Standesbeamte 79, 114; Penfionirung 79; Stellver-

treter 80; Widerruf feiner Beftallung 81, 114. Statutoktrogirung 85, 119; nicht bei Gemeindeforst-

beamten 122. Stellvertretungskoften für beurlaubte Beamte 42.

Stellvertreiungstoften für deurlaubte Beamte 42.

Stempelkontrole 60.

Stempelsteuer, Haftbarkeit für 60; Zeit der Verwendung 61.

Sterbegelb bei Betriebsunfallen 369.

Sterbemonate 377, 379; fteuerfrei 29.

Steuergeheimniß bei Gintommen- und Bewerbefteuer 55; Ergangungsfteuer 56.

Steuerprivilegien (Steuervorrechte) 26.

Strafentziehung 424.

Strafverfegung gegen Provinzialbeamte 390.

Strafvollftredung, rechtswidrige 424.

Straßenbauverwaltung, Militaranwarter in 134.

Streit über vermögensrechtliche Ansprüche 13.

Subalternstellen, Besetzung durch Militäranwärter 76, 126, 137.

Substitution, eigenmächtige verboten 39.

Suspenfion eines Beamten 408.

3.

Tagegelber 73, 104.

Technische Beamte, Anftellung auf Zeit 106.

Theater, ftabtifche, Betriebsverwaltungen 99, 109.

Theilnehmer an geheimen Berbindungen 419.

Titel 4, 71.

u.

Nebergangsbestimmungen d. K.B.G. 88, 123.

Umzug 8 ko ften, Berluft des Anspruches auf, als Disziplinarftrafe 390.

Unfähigkeit gur Bekleidung öffentlicher Memter 416.

Unfreiwillige Berfetung in ben Ruheftand, fiehe Zwangspenfionirung.

Unpfändbare Gegenstände 22, 25; Gehaltsforderungen 23. 25.

20, 20

Unterbeamtenstellen, Besetzung durch Militäranwärter 76, 126, 137.

Unterbeamte, Arreftstrafen 389; Stellen ben Militäranwärtern vorbehalten 126, 138.

Unternehmungen, gewerbliche 108; wirthschaftliche 108.

Unteroffiziere mit achtjähriger Dienstzeit 132.

Unterfcblagung im Amte 426.

Unwürdiges Betragen im Amte 386.

Ungüchtige Sandlungen Beamter 420.

Urfunbenfälschung im Umte 425, 426.

Urkundspersonen, Beamte als 37.

Urlaub, Entfernung vom Amte ohne 388; Ueberschreitung des 388; kein, bei Erfüllung öffentlicher Pflichten 42, 43.

Urlaubenachfuchung in Rrantheitsfällen 40.

B.

Berabichiedung ber Beamten 6.

Berbande, kommunalständische und landschaftliche fallen nicht unter das K.B.G. 92.

Rremsti, Rommunalbeamtengesetgebung. 2

- 54. Die Reichsgeseigebung über ben Bertehr mit Rahrungsmitteln, Genugmitteln und Gebrauchsgegegenftlinden. Bon Dr. Georg Lobbin, Rahrungsmittelchemiter. 1900. 2 M. 25 Bf.
- 55. Das Recht ber Befchlagnahme von Luhu- und Gehaltsforderungen. Bon Juftigrat Georg Moyer. 4. Aufl. 1910. 2 M. 60 Pf.
- 56. Geset, beir. die Bekämpfung gemeingefährlicher Arantheiten. Rebst Ausstührungsbestimmungen. Bon Dr. Bruno Burkhardt, Regierungsrat, Mitglieb bes Rais. Gesundheitsamts. 1900. 1 M. 40 Pf.
- 57. See-Unfallversicherungsgeset. Bon Dr. Max Mittelstein, Oberlaubesgerichtsrat in Hamburg. 1901. 2 R.
- 58. Das Recht ber unehelichen Kinder nach dem BGB. Bon Hormann Justrow, Amisg.-Rat. 1901. 1 M. 80 Af.
- 59. Reichsgeset über die Benrfnubung bes Personenftandes und die Cheschliehung. Bon Dr. F. Fidler, Amtgerichtsrat. 1901. 1 R. 80 Bf.
- 60. Gefet, betreffend bas Urheberrecht an Werten ber Literatur und ber Tonlunft in ber Fassung vom 22. V. 1910. Bon Oberlandesgerichtstat Otto Lindomann. 3. Aust. 1910. 1 M. 60 Pf.
- 61. Geset über das Berlagsrecht. Son Suftigrat E. Hoinitz. 2. Aust. Bearbeitet v. Rechtsanwalt Dr. Marwitz. 1911. 1 M. 80 Af.

- 62. Ges. über private Bersicherungsunternehmungen. Bon H. Könige, Reichsgerichtsrat. 2. Aufl. 1910. 4 M. 20 Mf.
- 63. Gesetzestafel bes Dentschen Reichsrechts. Systematisch geordnete Rachweisung bes z. 3. gestenben Reichsrechts. Ergänzungsband zu der Guttentag'schen Sammlung Deutscher Reichsgesetze. Bon Hugo Brudus, Syndikus. 1902. 8°. 2 R. 50 Pf.
- 64. Sefetsammlung betr. ben Handel mit Orogen und Ciften. Reichsgesetzl. Bestimmungen und Anhang mit den landesgesetzl. Berordnungen sämtlicher Bundesstaaten. Bon Rechtsanwalt H. Sonnonfold, Syndis. b. Berl. Orogisten-Innung. 1902, 3 R.
- 65. Das Weingeset in der Fassung v. 1909. Mit Ausführungsbestimmungen von Dr. Georg Lebbin, Handels- u. Gerichtschemiker. 2. Aust. 1909. 2 M. 50 Pf.
- 66. Die Eisenbahn-Gesetzgebung. Bon W. Plotsch, Rechnungsrat im Reichs-Eisenbahn-Amt. 1902.
 5 M.
- 67. Militär-Strafgefetond. Bon Romen u. Rilom. In Borbereitung.
- 68. Das Fleischeschangeset. Bom 3. Juni 1900. Bon Dr. Georg Lebbin, Gerichtschemiker und Rechtsanwalt Dr. Georg Baum. 1903. 4 M.

- 69. Reichsgeset über die Naturalleiftungen der bewaffneten Macht im Frieden nehft den in Preußen geltenden Bestimmungen. Bon Regierungkassessor Dr. Walter v. Hippel. 1903. 1 M. 25 Mf.
- 70. Das Reichs-haftpflichtgeset, vom 7. Zuni 1871. Bon Regierungsrat Dr. G. Egor. 2903. Preis 3 M.
- 71. Kinderarbeit in gewerblichen Betrieben, v. 30. März 1903. Bon H. Spangonborg, Oberverwaltungsgerichtsrat. 2. Aufl. 1904. 1 M. 60 Pf.
- 72. Unfallversicherungsgeset für Land- und Forstwirtschaft von weil. Dr. E. von Woodtko, fortgesetzt von Alfred Radtko, Geh. Regierungsrat und Senatspräs im Reichsversicherungsamt. 2. Aufl. 1904. 4 R. 50 Bf.
- 73. Entichabigung für unichnlbig erlittene Berhaftung und Bestrafung. Rebst Anhang, enth. bie bazu gehörigen Rebengesete über Schabensersat. Bon Dr jur. A. Romon, Birtl. Geb. Rriegsrat. 1904. 2 M.
- 74. Die Kanfmannsgerichte nehft ben preuß. Ausführungsbestimmungen. Bon Prof. Dr. Max Apt, 3. Aufl. 1905. 2 M.
- 75. Reichsgeset über bie Konfulargerichtsbarteit. Bon Dr. jur. A. F. Vorwork, Rechtsanwalt in Schanghai. 2. Ausgabe, mit bem Schutgebietsgeset und ber Ausschrungsverordnung, betr. die Rechtsverhältniffe in den Schutgebieten. 1903. 2 M.

- 76. Die Rechtshilfe im Bertehr mit ben orbentlichen Gerichten nach bentschem Reichsrecht. Bon Landstichter Dr. A. Friedländer. 1906, 1 M. 80 Bf.
- 77. Das Reichserbichaftsstenergeset. Bom 3. Juni 1906. Bon Ulrich Hostmann, Rechnungsrat im Kgl. Preuß. Finanzministerium. 2. Aust. 1911. 5 M.
- 78. **Bigarettenstenergeset.** Bom 15. Juli 1909. Bon Dr. Cuno, Regierungsassessor. 2. Aust. 1909. Im Druck, nach Erlas ber sämtl. Auss. Best.
- 79. Die Militärpensionsgesete vom 31. Mai 1906 nebst Aussührungsbestimmungen. Zum Gebrauch für Heer, Marine und Schustruppe von Dr. jur. A. Romen, Wirklicher Geheimer Kriegsrat.
- a) I. Teil: Offizierpenfionsgefes. 1907. 3 M. 50 Pf.
- b) II. Teil: Mannicaftsversvrgungsgeset. 1908. 3 M. 50 Pf.
 - 80. Reichsgesetigebung über gerichtliche Registerführung. Bon Otto Lindomann, Landrichter. 1906. 3 R.
 - 81. Sejet, betr. Urheberrecht an Werken ber bisbenben Künste und ber Photographie. Bon Dr. Ludw. Fuld, Rechtsanwalt. 1907. 1 M.
 - 82. **Neichsbeamtengeset** in der Fassung vom 18. Mai 1907 und seine Ergänzungen von Geheimrat Brosessor Dr. Ad. Arndt. 1908. 3 M.
 - 83. Reichsgeset über ben Bersicherungsvertrag nebst Einführungsgeset, Bon Dr. Paul Hager und Dr. E. Bruck. 2. vermehrte u. verbess. Aust. 1910, 5M.

Enttentagije Samminng Prengijger Sejege.

Tert-Ausgaben mit Anmertungen. Tafchenformat.

- 1. Die Berfassungs-Urfunde für den Preußischen Staat. Mit Einleitung, vollständigem Kommentar. Bon Prof. Dr. Adolf Arndt. 6. Aust. 1907. 3 M.
- 2. Preußische Beamten-Gesetgebung. Enthaltend bie wichtigften Beamtengesetz in Preußen. Bon C. Pfassorth. 4., neubeard. Aufl. 1905. Mit Anhang: Abanderung vom 27. Dai 1907. 2 M.
- 3. Die Anfnahme bes Rottestaments burch die bestellten Urkundspersonen. Anweisung mit Mustersbeispielen und Abriß des Erbrechts von Amissgerichtstat C. Kurtz. 1904. 1 M. 50 Pf.
- 4. Gebührenordung für Notare vom 25. Zuli 1910.
 4. Aufl. bearbeitet von Zustizrat Rausnitz. 1910.
 2 N. 20 Ph.
- 5. Gefet vom 24. April 1854 (betr. Die angerebel. Schwängerung). Bon Dr. Schulze. 1873. 75 Pf. Gultiges Recht fiebe: Reichsgefete Rr. 58.
- 6. Die Preuß. Ansführungsgesetze und Berordnungen zu den Reichs-Instizgesetzen. Bon R. Sydow. 3. vermehrte Aust. 1895. 2 M. 40 Pf. S. Seite 23, Busch schlau, Aussührungsgesetze.
- 7. Aug. Gerichtsorbnung und Preuß, Konfursorbnung. Bon F. Viorhaus. Bergriffen.

- 8. Bermundichaftsorbung. Bon F. Schultnenstein. Gultiges Recht fiebe: Reichsgefese Rr. 47.
- 9. Die Preußische Grundbuchgesetzebung. Bon Prof. Dr. Fischer. Bergriffen. Siehe: Reichsgesetze Rr. 42.
- Cinfommenstenergeset. Bon A. Fornow, Geh. Ober-Finanzrat. 7. Aufl. 1908/9. Wit Nachtrag v. 22. III. u. 26. V. 09. 3 R. 25 Pf.
- 11. Gewerbestenergeset. Bon A. Fornow, Geh. Obers Finanzrat. 5., vermehrte Ausl. 1910. 3 M.
- 12. Allgemeines Berggefet für die Preußischen Staaten vom 24. Juni 1865. Bon W. Westhoff und W. Schlüter. 2. Aufl. 1907. Mit Rachtrag v. 1909. 5 R.
- 18. Ergänzungsfienergeset (Bermögensfteuerges sei). Bon A. Fornow, Geh. Ober-Finanzrat. 4. vermehrte Aufl. 1907. 2 M. 40 Pf.
- 14. Rommunalabgabengeseth. Bom 14. Juli 1893 und Geseth wegen Ausstehnig direkter Staatssteuern. Bon Dr. F. Adickos, Oberbürgermeister. 4. Auss. 1906. 1 M. 50 Pf.
- 15. Die Areisorbungen für ben Breußischen Staat. Bon O. Kolisch, Landgerichtsrat. 1894. 4 M.
- 16. Konzessionierung gewerblicher Anlagen. Preuß. Ausführungs-Anweisung zu §§ 16 u. ff. ber Gewerbe-Ordnung. Bon Dr. W.v. Rädiger, Seh. Regierungsu. Gewerberat. 2. Aust. 1901. 2 R.

- 17. Preußisches Gerichtsloftengeset. Bom 25. Zuli 1910. Mit Koftentabellen Bon Dr. P. Siméon, Rammersgerichtsrat. 6. Aust. 1910. 3 M. 60 Pf.
- 18. Preußisches Stempelstenergeset vom 30. Juni 1909. Mit Aussührungsbestimmungen. Bon P. Loock, Geh. Regierungsrat. 7. Ausl. 8°. 1911. ca. 7 M.
- Das Jagbicheingeset. Mit aussührlichen Erläuterungen. Bon F. Kunzo, Wirklichem Geh. Obers Regierungsrat.
 Aufl. 1899.
 M.
- 20. Die prenfischen Erbschaftsstenergesete. Unter Berruckstigung der Rovelle vom 31. Juli 1895. Bon U. Hostmann, Rechnungsrat im Königl. preuß. Finanzministerium. 1905. 4 M. (Reichs-Erbschaftssteuergeset f. Reichsgesete Rr. 77).
- 21. Sejet über die Handelstammern. Bon F. Lusonsky, Seh. Regierungkrat. 2. Auft. 1909. 3 M.
- 22. Gefet, betr. Anstellung unb Berforgung ber Kommunalbeamten. Bon Dr. W. Lodormann, Maggiftratkaffeffor zu Berlin. 1899. 1 M. 25 Bf.
- 23. Ansführungsgeset zum Bürgerlichen Gesethuche. Bon Rammergerichtsrat Dr. P. Simson. 2. Aufl. 1905. 1 M. 80 Bf.
- 24. Die Hinterlegungsordnung in der Fassung des Ausssührungsgesets 3. BGB. v. 20. Sept. 1899 nebst Aussührungsbestimmungen. Bon Regierungsrat Dr. Georg Bartols. 2. Aust. 1903. 2 M.

- 25. Prengifde Kommunalbeamtengefetgebung. Bon Ragiftr.-Affeff. Dr. Fr. Kromski, Berlin. 2902. 3 N.
- 26. Sesehe über das Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen, Ruhegehalt und Färsorge für Hinterbliebene. Labelle zur Berechnung der Ruhegehalts., Bitwen. u. Baisenbezüge. Bon Dr. Ed. Cromor, Beigeordneter. 1900. 2 M. 40 Pf.
- 27. Geset, betreffend die Warenhaussteuer. Bon Geh. Ober-Finanzrat Dr. G. Strutu. 1900. 1 DR. 20 Pf.
- 28. Geset über die Fürsorgeerziehung Minderjähriger. Bon Landgerichtsdirektor Dr. P. F. Aschrott. 2. umgearbeitete Aust. 1907. 2 M. 80 Pf.
- 29. Gefet, betr. die ärztlichen Chrengerichte, das Umlagerecht und die Raffen der Aerztekammern. Bon Amtsgerichtsrat Dr. F. Fidlor. 1901. 1 Dt. 50 Pf.
- 30. Das Prenhische Staatsschuldbuch und Reichsschuldbuch. Bon Wirkl. Geh. Ober-Finanzrat J. Mücko, 1902. 2 M.
- 31a. Die geltenben Preußischen Gesinbesrbnungen. Gerausgegeben in zwei Bänben von Stophan Gorhard, Rechtsanwalt in Berlin. 1902.

Band I: Gefindeordnung für die alt preußischen Provinzen vom 8. XI. 1810, mit Erläuterungen unter Berückfichtigung der Ergänzungsgesetze und der Rechtsverhältnisse der Gefindevermieter, sowie Gefindeordnungen für Reuvorpommern und Rügen und für die Rheinprovinz. 2 M. 50 Pf

- 31b. Band II: Sesindeordnungen für Hannover, Schleswig-Holstein, Hessen-Rassau und den Regierungsbezirk Hohenzollern. 2 M. 50 Pf. Siehe auch Seite 24: Ratgeber von Grieben.
 - 32. Die Stäbteordnung für die sechststichen Provinzen Preußens vom 30. Mai 1853. Bon Dr. Jur. Walter Lodermann, Magistrats-Assessor zu Berlin. 8°. 1902. 6 M.
 - 33. Rentenguts- und Anerbeurechts-Gesetzebung in Breußen. Bon Sandgerichtsrat M. Poltasohn und Rechtsanwalt Bruno Poltasohn. 1903. 3 M.
 - 34. Sammlung ber wichtigsten preußischen Strafgesetze nebst Anhang: Gesetz beir. polizeiliche Strafverfügungen vom 23. April 1883. Bon Otto Lindomann, Oberlandesgerichtsrat. 1903. 2 M. 50 Bf.
 - 35. Geschäftsorbung für Gerichtsvollzieher. Gerichtsvollzieherorbnung und Gebührensche von Amtsgerichtssetzette Emil Exnor. 1904. 3 M. 50 Pf.
- 36. Bolizeiverordnungen in Breugen. Bon Otto Lindomann, Lanbrichter. 1904. 1 M. 50 Bf.
 - 37. Sefet über die Enteigung von Erundeigentum vom 11. Juni 1874. Son Oberlandesgerichtsrat O. Meyer. 2. Aufl. 1911. 2 M. 25 Pf.
 - 38. Areis: und Provinzial: Abgabengefet. Bom 23. April 1906. Bon Fr. Schmidt, Gemeindevorfteber. 1906. 1 M. 25 Mf.

- 39. Gefet betr. die Unterhaltung ber 3ff. Bollsschulen. Bon Dr. A. Marcks, Reg. Rat. 1906. 2 D.
- 40. Berwaltungsstrasversahren bei Zuwiderhandlungen gegen die Zollgesetze und indirekte Reichse und Landesabgaben, sowie die Bestimmungen über die Schlachte und Wildpretsteuer vom 26. Juli 1897. Bon Dr. Richard Katxonstoin, Gerichtsassessor. 1907. 3 M. 60 Pf.
- 41. Die preußischen Jagdpolizeigesete. Bon Fr. Kunzo, Birkl. Geh. Oberregierungsrat und R. Kühnemann, Rechtsanwalt. 2. Aufl. 1907. 3 R. 60 Pf.
- 42. Die Sesetgebung über die Allgemeine Landesverwaltung und über die Zuständigkeit der Berwaltungs- und Berwaltungsgerichtsbehörden. Bon Rechtsanwalt Dr. Karl Friedrichs. 1908. 3 R.
- 43. Seset betr. die Zulassung einer Berschuldungsgrenze für lands und sorstwirtschaftlich benutte Grundstüde v. 20. August 1906 nebst Aussührungsvorschriften. Bon, Dr. jur. R. Lowock, Synditus der Ostpreuß. Landschaft. 1908. 2 M. 40 Pf.
- 44. Quellenschutzeset vom 14. Mai 1908 nebst ben Ausschhrungsbestimmungen von Carl Voelkel, Geheimer Bergrat. 1909. 1 M.
- 45. Rechtsverhältnisse ber Inben in Preußen von Dr. jur. et rer. pol. Max Kollenscher, Rechtsamwalt. 1910. 2 M. 40 Pf.

Suttentag'fde Sammlung von

Cezt-Jusgaben mit Sachregifter ohne Jumerkungen.

Tafdenformat, elegant in Leinen gebunden.

- Neichs-Inftigesete: Gerichtsversaffungsgeset. Bivilprozesordnung. Ronfurdordnung. Strafprozesordnung. 2. Aufl. In einem Bande 3 M. 80 Bf.
- Bivilprozekordunug mit Gerichtsverfassungsgeset und Einführungsgesetzen. Reue Fassung von 1909 mit Ergänzungen v. 22. Mat 1910. 2 M.
- Aonaursordunug mit Ginführungsgefet. 80 Pf.
- Bargerliches Gefehbuch nebft Ginführungsgefet. 10. Abbrud. 2 M. 60 Bf.
- Sandelsgesethuch nebft Einführungsgeset u. Seerecht.

 8. Abbrud. 1910. 1 M. 80 Bf.
- Ausführungsauweisung jur Gewerbeordnung vom 1. Mai 1904 nebft ber preuß, technischen Anleitung. 2 D.
- Militärfirafgerichtsordnung nebst Einführungsgefetzt. Gef., betr. Dienstvergehen der richterlichen Militärjustzbeauten u. untreiwillige Bersetzug derselben usw. Militär-Strafgesethuch *) mit Abbrud der entsprechenden Den Bestimmungen des Reichs-Strafgesethuchs. 2. Aufl. 1 M. 50 Pf. *) In auch einzeln zu haben. Preis 1 Mt.
- **Bechselordnung** in der Fassung der Bekanntmachung v. 3. Juni 1908. Mit Anhang: **Bechselprozes und** Ausführungsanweisung. 1908. 1 M.
- Die Frenhischen Ausführungsgesetz zum Mürgerlichen Gesethuche und Aebengesetz. Text-Ausgabe ohne Unmertungen. 5. Aufl. Taschenformat. Geb. in ganz Leinen Preiß 1 M. 80 Pf.
- Reichsftnanzgefehe v. 15. Juli 1909 einschlieflich ber Reichsftempelgesete u. bes Erbichaftsftenergesetes.
 1909. Geb. in gang Leinen. 2 M.
- Buwadsftenergefes. 80 Pf.

Guttentag'iche Camminng von Tegt-Ansgaben mit Sachregifter von e Anmerlungen.

- Pie Frenkischen Ausführungsgesche, Ferordnungen und minifieriellen Ferfügungen zu dem Bürgerlichen Gesehonde und ben Reichs-Juftiggesehen nebft anderen angehörigen Gesehen. Bon L. Busch. 2. Aufl. von Landrichter O. Eylan. 8°. Preis geb. 4 M. 50 Bf.
- Frenkische Bargerliche Gesetsammlung. Sammlung ber noch geltenden Landesgesetze privatrechtlichen Inhalts. Herausgegeben von den Gerichtsassessoren D. Fischer und Dr. F. Schroeder. 8 °. 2 Bande Preis geb. in ganz Leinen 20 M.
- Erfter Banb: Das Allgemeine Laubrecht mit ben Ginführungs-Batenten, Breis 6 M.
- 3 meiter Banb: Gefebe von 1773-1902. Breis 14 M.
- Freußisches Banpolizeirecht. Mit Kommentar ber Banpolizeiverordnung für die Bororte von Berlin. Bom 28. Mai 1907. Bon Gemeinde-Baurat Garf Sak, Königlichen Reg.:Baumeister a. D. Preis 6 M.
- Strafen- und Baufindiliniengeset. Rommentar für ben praftischen Gebrauch mit zeichnertichen Darstellungen von Gemeindebaurat Karl Sak, Kgl. Regierungs-baumeister a. D. 8°. Breis tartoniert 3 M.
- Fluckliniengeset. Das Geset, betressend die Aulegung und Feränderung von Straßen und Plätzen
 in Städten und ländlichen Duschaften vom 2. Juli 1875.
 Des Kommentars von weil. Oberverwaltungsgerichtsrat
 R. Friedrichs. Sechse, völlig neubearbeitete Auslage.
 Bon Senatspräsident Dr. jur. Hugo von Strauß
 und Korney. 1920. Im Drud.

3. Suttentag, Berlagibuchhanblung, & m. f. f. in Berlin W R.

- Invalidenversicherungsgeset vom 13. Juli 1899. Sanbausgabe mit Anmerkungen herausgegeben von Dr. Richard Freund, Borstendem ber Landessversicherungsanstalt Berlin. 3 Aufl., geb. 5 M.
- Sie leitet man eine Versammlung? Geschäftlicher Handweiser für Borstigende. Bon einem Mitgliede bes beutschen Reichstages und bes preußischen Absgeordnetenhauses. 2. Aufl. 1908. fart. 1 M.
- Fraktifder Raigeber für Pieufherricaften nach bem Preuß. Gefinberecht unter Berudfichtigung ber neueren Enticheibungen bearbeitet von h. Grieben, Berwaltungsbir. a. D. u. Bürgermeifter. 1908. 1 R.
- Pas Necht der Sandlungsgestlfen und handlungslehrlinge. Bon Rechtsanwalt hugo horrwit. 2. Aufl. 1905. (203 S.) Geb. in Leinen 3 M.
- Pie Regifiratur. 2. Auflage. 1906. Bon Hermann Rollrad, Kgl. Polizeifetretär am Berliner Polizeipräsibium. 8°. (84 S.) Kart. 1 M. 40 Pf.
- Pie Ffichten des Baiseurates. Ein pratisscher Lettsfaben für Baisenräte und Berwaltungsbeamte. Bon F. Baum, Geh. Justigent und Bormundschaftsrichtes. Achte vermehrte und verbesserte Auslage. 1906. 8°. (46 S.) 60 Bf.
- Per Formund, Gegenvormund, Ffleger u. Namisteurat. Rach bem Bürgerlichen Gesethuch, bem Reichsgeset über die Angelegenheiten ber freiwilligen Gerichisbarteit und bem Aussihrungsgesetz jum BeB. Gin praftischer Leitsaben. Bon G. Baum, Geh. Juftigrat und Bormundschaftstichter. 1809 84. (64 S.) 50 Bf.

Schlagwort - Register.

R. — Nummer ber Sammlung Deutscher Reichsgesetze **B.** — Nummer ber Sammlung **Prenßischer** Gesetze. **S.** — Seite,

Abzahlungsgeschäfte R. 34. Meratelammern B. 29. Meratl. Ehrengerichte B. 29. Attienrecht R. 24, 26. Altersverficherungsgef R. 30. Anerbenrechtsgefet 3. 33. Anfechtungsgefet R. 13. Unfiebelungsgefes f. G. 23 Baupolizeirecht. Arbeitericusgeses R. 6. Arbeiterverficherungsgefete **97.** 20, 23, 28, 30, 57. Araneimittel R. 6, 64. Ausführungsanweifung zur Gew.D. G. 22. Ausführungsgefege 3. 868. **28.** 23, **3.** 22. Ausführungsgefete gu ben Reichsjuftigaelegen **6.** 23. Auslieferungsverträge R. 86. Auswanderungsgefet R.9.44. Mutomobilgef. R. 92.

Zantzefet R. 26. Banfuctengefet S. 23. Baumifallversicherungsgefet R. 28. Baupolizetrecht S. 23. Beamtengefete R. 10, 82, 94, **25.** 2. Belampfung gemeingefähr: licher Rrantheiten R. 56. Belagerungszuftand \$. 34. Berggefes 3. 12. Beichlagnahme von Lohn:und Gehaltsforberungen R. 55. Beurfundung bes Berfonen: ftanbes 91. 59. Binnenidiffahrtegefet M. 36. Bleis u. zinkhaltige Gegenft. SR. 9. Borfengefet 98. 41. Börfenftenergefet M. 18. Branntweinfteuergei. R. 96. Brauftenererhebung R. 25. Bunbes und Staatsanges hörigfeit R. 8. Bürgerliche Gefenfammlung für Breußen G. 24. Burgerliches Gefenbuch R. 38/39. 6. 22, 23. Bürgerliches Rechts-Lexiton **6.** 31.

Chauffeegelb B. 34. Civilprozehordnung R. 11, S. 22. Pampstesselbetrieb N.6, P.34, Deichgeset S. 23 (Bampolizeis recht). Depotgeset R. 40. Diensteinkommen der Lehrer und Lehrerinnen P. 26. Dienstdoten siehe Gesinde. Ratgeber sür Diensiherrsschaften S. 24. Drogenbandel R. 48. 64.

Cheichliehungsgefet R. 59. Einkommenfteuergefet P. 10. Gifenbahngefetgebung R. 66, 35. Eifenbahnverkehrsordnung

Stjendagnberregrsordning R. 91. Clefirizitäts-Diebstabl R. 2.

Enteignung von Grunbeigenstum B. 37.

Enimunbigungsgefet R. 45. Enifchäbigung freigefprochener Berfonen R. 12.

Entschädigung unschulbig Berhafteter u. Berurteilter R. 78.

Entziehung-elettr. Arbeit R.2. Erbichaftsfteuergefet R. 77, 28. 20.

Erganzungsftenergefet B. 18. Erwerbs: und Wirtschafts: genoffenschaften R. 29,

Fahrfarienftener R. 18. Farbengefet R. 9, 48.

Farbenhanbel N. 48.
Feingehalt der Gold: und
Silberwaren N. 9.
Feld: n. Forfholizeiges. B. 34.
Feicherwaren F. 34.
Fleischeichauges. N. 9, 54, 68.
Fleischeichauges. N. 9, 54, 68.
Floisbereiges R. 36.
Forstbiebstahl B. 34.
Freiwillige Gerichtsbarteit
N. 46.
Freizligigkeit N. 8.
Fürsorgeerziehung Minderziäriger R. 47, B. 28.

Safts u. Scanftwirtschaftsgehilfen R. 6.

Gebrauchsgegenftanbe, Bertehr mit R. 9, 54,

Gebrauchsmufterschutzgefet 98. 9, 84.

Gebührengeset, preußtsche, für Rechtsanwälte und Gerichtsvollzieher R. 17.

Sebührenordnung für Gerichtsvollzieher R. 15.

Gebührenordnung für Rotare B. 4. Gebührenordnung für Recits-

anwälte R. 17. Gebührenordnung für Zengen

und Sachverftändige R. 15. Gehaltsforderungen.

Gehaltsforberungen, Befolagnahme von R. 55.

gewerblicher | Gewerbe-Unfallberficherungs. Senehmigung ... Unlagen B. 16. Genoffenicaftsgefes St. 29. Genugmittel, Bertehr mit **SR.** 9, 54. Gerichtsbarteit, freiwillige **St. 4**6. Gerichtstoftengefes, beutiches **S**R. 15. Berichtstoftengefes, preußis (ches 38. 17. Gerichtsorbnung, Breugifche **3**. 7. Geridisverfaffungsgefes St. 14. 11. 12. **S.** 22. Berichtsbollzieher: Gebühren: ordnung R. 15. Gefcaftsorbnung für Œe₅ richtsvollzieher 🏶. 35. Gefenicaften mit beforantter Saftung 98. 32. Gefetbuch, Bürgerliches I. 38/39, S. 22, 23. Befenestafel bes beutichen Reicherechts St. 63. Gefet Sammig., preuß. S.23. Gefinbebienftpflichten B. 84. Gefinbeorbnungen, preus Bifche \$3. 31 a, 31 b, G. 24. Gefundheitsmefen R. 27. Gewerbebeirieb im Umbergiehen R. 6, B. 84. Gewerbegerichte St. 81. Gewerbeordnung R. 6, C. 22. Gemerbeftenergefet, preußis ides 8. 11.

gefet 91. 23. Bifthanbel R. 48, 64. Gold: u. Silberwaren:Feingehalt **R.** 9. Grundbuchordnung R. 42, Grundbuchgefeigebung, Breußifche B. 9. Grunbeigentum, Enteignung von 3. 87. Baager Friebenstonferena **SR.** 99. Saftpflichtgefes R. 70, 94. Sanbelegefenbuch R. 4, G.22, Sandelstammergefes 3. 21. Sanbfeuermaffen R. 9. Banblungsgehilfen G. 24. Sandwertergefen 31. 6. Silfstaffen, eingeschr. R. 20. Sinterlegungsorbnung B. 24. Sprothetenbantgefes R. 51. Jagbpolizeigefet B. 34, 41. Ragbiceingefes 28. 19, 34. Inhaberpapiere mit Brämien **SR.** 9. Internat. Brivatrecht **R.** 90. **SR.** 98. Invalibenversicherung **M.** 30. **E.** 24. Raligefet R. 100. Raufleute, Bflichten bei Aufbewahrung von Wertpavieren **SR. 40.**

Raufmannsgerichte R. 74.

Riauticou-Gebiet, militär. Strafrechtsvillege im M. 3. Rinber, Recht b. unebel. R.58. —. Unterbringung verwahr: lofter St. 47, 38. 28. Rinderarbeit.aewerbl. R.2. 71. Rinderichungefen R. 71. Rolonialgefergebung R. 49. Rommunalabgabengef. B. 14. Rommunalbeamiengel. B.22 Rommunalbeamteurecit B.25. Ronfurøordnung R. 13. S.22. Ronfursordnung, Breug. B. 7. Ronfulargerichtsbarkeit R.75. Ronfulargefetgebung R. 21. 75. Ronzestonierung gewerdl. Anlagen 3. 16. Araftfahrzeuge R. 18, 92. Arantenverficerungsgefes **SR.** 20. Areisabgabengefet B. 38.

Labenichluß R. 6. Nandesgesetz, privatrechiliche.
(Bürg. Gesetzlamml.) S. 23. Nandestrauer P. 34.
Nandesverwaltungges. P. 42.
Nandrecht, preußische S. 23.
Lehrergehalts. u. "Penfionsgesetz P. 26.
Niteraturichuß R. 60, 95.
Nohnsorberungen, Beschlag:
nahme von R. 55.
Notteriespiel P. 34.

Areisordnungen B. 15.

Mantelgefet 3. 28. Margarinegefet R. 9, 54. Mediainalgefetgebung R. 27. Militärpenfionsgesetze R. 79. Militarifde Gebeimniffe, Berrat R. 9, 84. Militärftrafgerichtsorbnung **St.** 3, **S**. 22. Militärftrafgejesbuch R. 67, **e**. 22. Minberjährige, Fürsorgeer: giehung für R. 47, 38. 28. Mineraliengewinnung Aneianuna 28. 34. Mobiliar: Fenerverfic. 3. 34. Mobelicungejengeb. R. 9. Münawesen R. 26.

Mannichaftsverforgungsgef.

SRL 79 b.

Mahrungsmittelgesete R. 9, 54, 65. Raturalleistung für die bewassnete Macht R. 69. Rotare, Gebührenordnung für preußische B. 4. Rotenbantwesen R. 26. Rotteskament B. 3.

Mufteridusgefes R. 9.

Offizierpensionsges. N. 79. Fatentgeses N. 22, 9. Bersonenstandsges. N. 59, 9, 2. Bensionsgesese N. 10, 79, S. 2, 26. Bhotographiesaus N. 81, 9. Polizeiverordnungen i. Prensen B. 36.
Voligefeige R. 7.
Volificedordnung R. 85.
Vreügefeig R. 9, 53.
Vreußliche Berfastung P. 1.
Vrivairechtliche preußliche Landesgeseige S. 23.
Vrivairechtliche Reichsgeseige R. 84, 90.
Vrodunzialabgabenges. P. 38.

Quellenichutgefet B. 44. Rayongefes R. 84. Reblausgefet R. 84, B. 34. Rechte ber Befiger v. Schulb: ber dreibungen R. 52. Rechts anmalts . Gebührenordnung R. 17. Recitsanwaltsorbu, R. 16. Rechtshilfe R. 76. Rechtsleriton C. 23. Rechtsmittel S. 29, 30. Rechtsverhaltniffe ber Juben **38. 4**5. Registerführung, gerichtliche **SR.** 80. Registratur **S.** 24. Reichsbeamtengefet 91.10,82 Reichseisenbahngesetzgebung **St.** 35, 66. Reichserbichaftsteuer R. 77. Reichefinanzgefete G. 23

Reichsgewerbeordnung R. 6,

6. 22.

Reichsgrundbuchardn. R. 42, Reichs : Aufligeses S. 22, R. 11, 12, 13.

— , Aussichtungsgeses S. 22, Reichstaffenschen R. 9. Reichstaffenschen R. 9. Reichstaffenschen R. 53. Reichstenbelogiet R. 53. Reichstenbelogiet R. 9, 56. Reichstenbelogiet R. 18. Reichsberfasiung R. 1. Rentenguisgeses B. 33. Kinderpek R. 9.

Saccaringeles R. 9, 54. Schabenserfas an unichulbig Berhaftete u. Berurteilte R. 78. Schedgefet M. 85. Schlachthäufer B. 34. Schlachtviehgefes R. 9, 54, 68. Schonzeit bes Wildes B. 34. Sauldverfareibungsgefes H. 52. Schulunterhaltungsgef. \$39. Schutgebietegefet R. 75, 97. Schustruppe, Strafverfahren 91. 3. Benfion 91. 79. Schwängerung, außerebeliche **37.** 58, **35**. 5. Seegejeggebung R. 19. Seerecht vide SGB. Text. See-Unfallverficherungsgefet SR. 57. Seuchengefet 3. 56.

Sklavenbandel M. 9. Sozialpolitifche Gefene R. 20, 23, 28, 30, 57, 72. Sprengftoffgefes R. 2. 9. Staatsangeborigfeit, Erwerb und Berluft R. 8. Staatsschulbbuch B. 30. Staatsftenern, Gefet betr. Aufhebung birefter \$8. 14. Städteordnung für die 6 5%: lichen Provingen B. 32. Stempelftenergefes f. Breugen **33.** 18. Stempelfteuergefet für bas Reich Rt. 18. Steuergefese 91. 5, 18, 25. **38.** 10, 11, 13, 14, 18, 20, 27. Strafgejesbuch R. 2. Strafgesete preuß. B. 34. Strafprozekordnung R. 12. **6.** 24. Strafrecitliche RG. 9. Straken: und Baufluchtengefet 6. 24. Subhastationsgeset R. 43. Sugnoffe, tanftliche 91. 9, 54,

Cantidmensteuer R. 18. Telegraphengesets R. 7. Testamentsrecht B. 3.

64.

Uneheliche Kinder R. 58. Unfallversicherungsgesetze R. 23, 28, 57, 72. Unterbringung verwahrlofter Kinder R. 47, 28. Unterhaltung d. Ballsschulen B. 39.

Unterflühungswohnstig R. 8. Urheberrechisgesete R. 9, 60,

22, 81, 95.
Fereinsgefet R. 88.

Fereinsgeset R. 88.
Bereins. u. Bersaumlungsrecht R. 33, P. 34.
Bersällchung v. Nahrungsmitteln K. 54, Wein R. 65.
Bersassung, Neich R. 1.
Bersassung, preußische P. 1.
Bertagsrecht R. 61.
Bermagenssteuergeset R. 13.
Bernat militärticher Geheimnisse R. 2, 9.

Berjammlung, wie leitet man eine S. 24. Berjchulbungsgrenze P. 43.

Berficherungsbertrag R. 83. Berficherungsunternehmuns gen, private R. 62. Berforgung ber Lommungls

beamten \$. 22. Berwaliungsftrafverfahren B. 40.

Berwendung geinndheitsschädlicher Haberungsmittel, Weinkl. 54,65. Biehkauf (Biehgemährichaft) und Biehhandel A. 50.

Unlauterer Betibewerb R. 37. Biebfeuchengefet R. 84.

Bogelichutzeiet R. 89. Bormundschaftsorbnung, preußliche B. 8. Bormundschaftsrecht, Deuts sche R. 47. S. 25.

Baifenrat C. 24. Balb: und Wassergenossenssensicher schaft B. 34. Banbergewerbebeirteb P. 34. Barenzeichenrecht N. 9, 87. Barenhauskeuergeset P. 27. Bechselordnung N. 5, S. 22. Bechselstempelsteuerges. N. 5. Beingeset N. 9, 54, 64, 65.

Wertpapiere, Depotgeses R. 40. Beitdewerd, Bekämpfung unlauteren R. 37. Bild-Schonzett B. 34. Buchergeies R. 2.

Beugengebühr R. 15. Ligarettensteuergeset K. 78. Lupänbigseitägeset P. 42. Luwachssteuergeset S. 22. Luwachssteuergeset S. 22. Luwachssteuergeset S. 22. Luwachssteuergeset A. 47. Luangsversiegerung an Jummobilten K. 43. Luangsvollsredungsgeset K. 43.

Bürgerliches Rechis-Lexikon. Nach dem Bürgerlichen Gesethuch, dem Handelsgesethuch und soustigen Reichs- und Laubesgesetzen bearbeitet von Amisgerichtsrat E. Christiani. Dritte, wesentlich vermehrte und verbesserte Auflage. 1908. Leg. 8°. Geb. in gang Leinen Preis 11 M. 20 Pf.

Musführl. Berzeichnis über herborragende Ericheinungen aus dem Gebiete der Rechtswiffenichaft u. des Berwaltungswelens burch jebe Buch

